www.e-rara.ch

Illustrierte Schweizer Geschichte für Sekundar- und Mittelschulen

Troxler, Joseph

Einsiedeln, 1925

Stiftung Pestalozzianum

Shelf Mark: SH 772

Persistent Link: https://doi.org/10.3931/e-rara-95069

www.e-rara.ch
Die Plattform e-rara.ch macht die in Schweizer Bibliotheken vorhandenen Drucke online verfügbar. Das Spektrum reicht von Büchern über Karten bis zu illustrierten Materialien – von den Anfängen des Buchdrucks bis ins 20. Jahrhundert.

e-rara.ch provides online access to rare books available in Swiss libraries. The holdings extend from books and maps to illustrated material – from the beginnings of printing to the 20th century.

e-rara.ch met en ligne des reproductions numériques d'imprimés conservés dans les bibliothèques de Suisse. L'éventail va des livres aux documents iconographiques en passant par les cartes – des débuts de l'imprimerie jusqu'au 20e siècle.

e-rara.ch mette a disposizione in rete le edizioni antiche conservate nelle biblioteche svizzere. La collezione comprende libri, carte geografiche e materiale illustrato che risalgono agli inizi della tipografia fino ad arrivare al XX secolo.

Nutzungsbedingungen Dieses Digitalisat kann kostenfrei heruntergeladen werden. Die Lizenzierungsart und die Nutzungsbedingungen sind individuell zu jedem Dokument in den Titelinformationen angegeben. Für weitere Informationen siehe auch [Link]

Terms of Use This digital copy can be downloaded free of charge. The type of licensing and the terms of use are indicated in the title information for each document individually. For further information please refer to the terms of use on [Link]

Conditions d'utilisation Ce document numérique peut être téléchargé gratuitement. Son statut juridique et ses conditions d'utilisation sont précisés dans sa notice détaillée. Pour de plus amples informations, voir [Link]

Condizioni di utilizzo Questo documento può essere scaricato gratuitamente. Il tipo di licenza e le condizioni di utilizzo sono indicate nella notizia bibliografica del singolo documento. Per ulteriori informazioni vedi anche [Link]

Visual Library

J. Troxler

Schweizer Geschichte

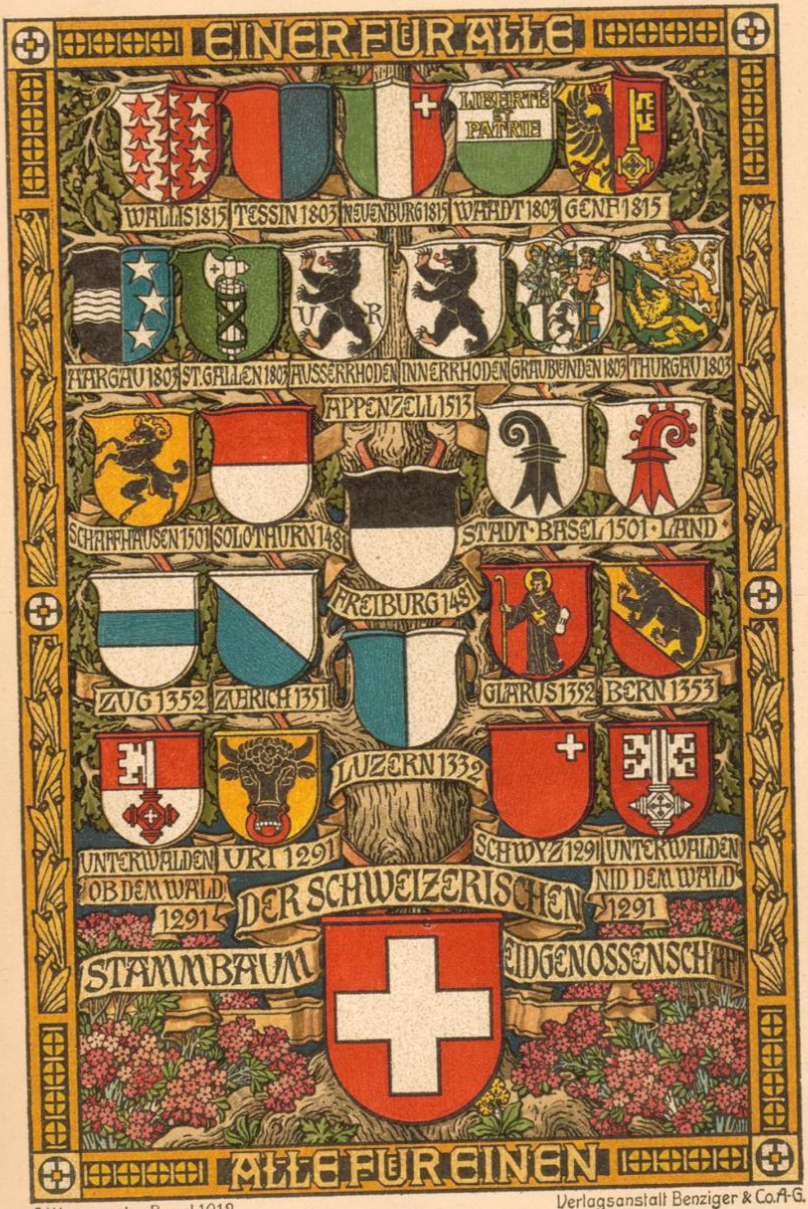
Pädagogische Hochschule Zürich
UM749414

Pestalozzianum
ZÜRICH

Geschenkt vom Verlag Benziger u. Co. Einsiedeln.

Illustrierte Schweizer Geschichte

Pestalozzianum
ZÜRICH



A. Wagen entw. Basel 1912.

Verlagsanstalt Benziger & Co. A.-G.

Illustrierte Schweizer Geschichte

für

Sekundar- und Mittelschulen

Nach Dr. L. Suters „Schweizer Geschichte" bearbeitet

von

J. Troxler,

Lehrer an der untern Realschule in Luzern.

Mit 115 Textbildern, farbiger Wappentafel und 8 farbigen Geschichtskarten der Schweiz nebst Erläuterungen und einer Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse der Schweizer Geschichte in zeitlicher Reihenfolge.

Beilage: „Kurzer Auszug aus der Schweizer Geschichte" mit Tabellen zur Verfassungsgeschichte der Eidgenossenschaft.

2. Auflage.

PH 772b.

Verlagsanstalt Benziger & Co. A.-G.

Einsiedeln — Waldshut — Köln — Straßburg

Pestalozzianum
ZÜRICH
25 MAI 1925

Alle Rechte und Übersetzungsrechte vorbehalten.

papersave
2017
Entsäuert

Vorwort.

Vorliegendes Buch baut auf die „Schweizer Geschichte“ von Dr. Ludwig Suter auf, die sich bei der obligatorischen Einführung in den Sekundar-, Bezirks-, Fortbildungs-, Realschulen, Gymnasien und Lehrerseminare vorzüglich bewährt hat.

Im Verlaufe der Schuljahre haben aber Fach- und Kennerkreise, gestützt auf ihre praktischen Erfahrungen, doch den Wunsch geäußert, es möchte manchenorts namentlich für die **untern Stufen** der Sekundar-, Fortbildungs- und Mittelschulen auf der Grundlage der „Schweizer Geschichte“ von Dr. Ludwig Suter ein Lehrmittel geschaffen werden, das inhaltlich und methodisch auf die noch weniger entwickelte Fassungskraft der Schüler dieser Stufe speziell Rücksicht nimmt. Dem Rate des Autors folgend, betraute die Verlagsanstalt Benziger & Co. A. G. in Einsiedeln mich mit dieser Aufgabe. Ob und wie weit sie gelungen ist, mögen die HH. Lehrer und Fachprofessoren, die auf dieser Stufe unterrichten, beurteilen.

Bei meiner Arbeit waren mir also zwei Hauptgedanken wegleitend. Zunächst versuchte ich den geschichtlichen **Lehrstoff** wesentlich zu **kürzen.** Namentlich in den drei ersten Zeiträumen trat eine erhebliche Reduktion ein. Immerhin konnte auf die Periode vor der Gründung der Eidgenossenschaft nicht gänzlich verzichtet werden, weil unsere Sekundarschüler vorher meist keinen Unterricht in der allgemeinen Geschichte genossen haben und darum einer kurzen Einführung in die Vorgeschichte unseres Landes bedürfen, wodurch sie das Werden und Wachsen der Eidgenossenschaft besser verstehen und beurteilen lernen. Doch beschränkte ich mich auf eine gedrängte Darstellung der wichtigsten politischen und kulturgeschichtlichen Epochen, die auf die Gestaltung unseres Landes einen wesentlichen Einfluß hatten.

Im zweiten Zeitraum wurde die Entstehungsgeschichte der Eidgenossenschaft, wie sie die Überlieferung erzählt, nach der historischen Darstellung im Kleindruck eingefügt. Die Wirksamkeit des Friedensstifters Bruder Klaus fand eine etwas eingehendere Würdigung. Dagegen blieben in allen Abschnitten ausführlichere Schlachtenschilderungen weg, während Ursachen und Folgen der kriegerischen Unternehmungen gebührend hervorgehoben wurden.

Auch das Zeitalter der Reformation und der Aristokratie (dritter Zeitraum) mußte bedeutend gekürzt werden. Nur die wesentlichen Unterschiede zwischen der katholischen Glaubenslehre und den Lehren Zwinglis und Calvins wurden etwas eingehender behandelt, nicht um dadurch die Erklärungen des Lehrers überflüssig zu machen, wohl aber, um sie zu ergänzen. Die kulturgeschichtlichen Darstellungen gewähren auch einen Rückblick auf die religiösen Verhältnisse nach der Reformation und auf die wirtschaftlichen Zustände der gleichen Periode.

Um die Schüler in das Verständnis der Gegenwart einzuführen, wurde die Geschichte des 19. Jahrhunderts etwas stärker als die übrigen Abschnitte berücksichtigt und durch eine knappe Zusammenfassung der neuesten Ereignisse ergänzt. Die geschichtliche Entwicklung brachte es auch mit sich, daß im vierten Zeitraum die Verfassungsgeschichte, mit der die Darstellung der gesetzgeberischen Tätigkeit parallel geht, einen bedeutend größeren Raum einnimmt als in den frühern Perioden.

Auch in **methodischer Hinsicht** habe ich mich bestrebt, die Fassungskraft der Schüler möglichst zu berücksichtigen. Was inhaltlich zusammen gehört, wurde in eine Nummer vereinigt. Dabei mußte ich freilich mit einer Gepflogenheit brechen, die bisher in vielen Geschichtslehrmitteln dieser Stufe beachtet wurde: mit der Einteilung des gesamten Lehrstoffes in Lektionen von ungefähr gleichem Umfang. Aber ich suchte gleichzeitig den Stoff übersichtlich zu gliedern und durch entsprechende Untertitel dem Schüler das Lernen zu erleichtern, ohne dabei den inhaltlichen Zusammenhang zu beeinträchtigen. Bei den Titeln der einzelnen Nummern strebte ich nach möglichst einfacher Fassung. Zur Erleichterung des Studiums mögen bei geographischen Bezeichnungen auch die orientierenden Klammerbemerkungen dienen.

Ebenfalls aus methodischen Rücksichten wurde manches Kapitel an anderer Stelle eingefügt, als die streng chronologische Darstellung der Ereignisse dies verlangt hätte. Man beachte die Abschnitte über die Erwerbung der tessinischen Vogteien, über den Kampf gegen die Aristokratie und dann namentlich alle kultur- und verfassungsgeschichtlichen Rückblicke. Letztere sind für diese Schulstufe auch jetzt noch inhaltsreich genug. Man wird sich dem Stand der Schule und der verfügbaren Zeit anpassen müssen und je nach den Verhältnissen die eine oder andere Nummer nur kursorisch behandeln oder auf eine spätere Zeit verschieben. Es ist überhaupt nicht gesagt, daß alles auswendig gelernt werden müsse, was im Buche steht. Das Buch will eben nicht bloß „Leitfaden" sein oder nur so viel bieten, als ein Durchschnittsschüler etwa wissen soll, sondern den Stoff so vermitteln, daß es den freien Vortrag des Lehrers in der Unterrichtsstunde dem Schüler zu Hause gleichsam nochmals wiedergibt. — Bei Repetitionen wird man mit Vorteil die verfassungsgeschichtlichen Abschnitte der verschiedenen Epochen miteinander in Zusammenhang bringen, desgleichen die Nummern über die religiösen Verhältnisse, Erwerbsleben, Schulwesen, Kunst und Wissenschaft usw. Wiederholt wurde im Text auf verwandte Nummern hingewiesen.

Bei Titeln und Untertiteln sind häufig Jahreszahlen eingefügt. Von ihnen gilt das Sprichwort: „Zu wenig und zu viel, verdirbt alles Spiel". Sie sind nicht dazu da, um die Schüler zu schikanieren, wohl aber, um ihnen Anhaltspunkte zu geben zur richtigen Einordnung der geschichtlichen Ereignisse, die in einem ursächlichen Zusammenhang zueinander stehen und infolgedessen nicht bunt durcheinander gewürfelt werden dürfen. Die Chronologie im Anhang, die den ganzen geschichtlichen Lehrstoff systematisch noch mehr zu gliedern sucht, wird gute Schulklassen zur Repetition veranlassen und die Beilage „Kurzer Auszug" mit der verfassungskundlichen Tabelle speziell dem Schüler in Fortbildungs- und Bürgerschulen die Wiederholung wesentlich erleichtern.

Auch bei vorliegender Ausgabe hat die Verlagsanstalt für eine Illustration gesorgt, die bei einem Geschichtslehrbuch dieser Stufe selten in solcher Zahl und Gediegenheit zu treffen ist. Der Bilderschmuck will nicht bloß eine Zier, sondern eine kräftige Unterstützung und Veranschaulichung des geschriebenen Wortes sein und anderseits in die vielfach trockenen Darstellungen, die ihrer Natur nach eine poetische Ausschmückung nicht vertragen, eine angenehme Abwechslung bringen. Selbstverständlich gewinnt der Geschichtsunterricht viel, wenn der Lehrer die Schüler in eine richtige Bildbetrachtung einführt.

Eine ganz besonders willkommene Beigabe für Lehrer und Schüler dürften auch die acht kolorierten Karten nebst Texterläuterung sein (siehe Anhang), die, in erster Linie für die Neuauflagen der Schweizer Geschichte von Dr. Ludwig Suter bestimmt, auch für Bearbeitungen und Übersetzungen nach dieser Original-Ausgabe zur Verwendung kommen sollen. Ohne durch allzuviele Details zu verwirren, ist in den Karten doch alles Wesentliche der einzelnen Epochen zur Darstellung gebracht. Die für den Entwicklungsgang des Landes oft mitbestimmende Bodengestaltung ist durch Unterdruck einer klaren plastisch wirkenden Geländeplatte hervorgehoben Die farbige Tonung der Gebiete ermöglicht eine rasche Orientierung über eingetretene Verschiebungen der Besitzverhältnisse, die sich damit dem Auge sinnenfällig einprägen. Im Buche ist wiederholt auf diese Karten verwiesen. Beim Studium seines Pensums sollte sie der Schüler stets zu Rate ziehen, und der Lehrer darf nicht versäumen, die Schüler zum richtigen Gebrauch derselben anzuleiten. Die Verlagsanstalt Benziger & Co. hat für die Herstellung dieses teuren Kartenmaterials, wie überhaupt für die sehr gediegene Illustration und Ausstattung des Buches keine Mühen und Opfer gescheut, um unserer Schule auch nach dieser Richtung ein Lehrmittel zu schenken, das allen modernen Anforderungen entspricht. Ihr gebührt hierfür mein ganz besonderer Dank.

Bei Ausarbeitung vorliegender „Schweizer Geschichte" wurden außer der Original-Ausgabe von Dr. L. Suter und einer Reihe von Geschichtslehrmitteln für Sekundar- und Mittelschulen auch bewährte größere Handbücher und das Geographische Lexikon der Schweiz (Verlag von Attinger in Neuenburg) zu Rate gezogen.

Den HH. Prof. Dr. L. Suter und Prof. Dr. S. Grüter, Luzern, Prof. Dr. P. Adelhelm Jann, Stans, Kantonalschulinspektor W. Maurer, Luzern, und Sekundarlehrer Joh. Bucher, Eschenbach (Luzern), die mir bei Durchsicht der Korrekturbogen mit Rat und Tat zur Seite standen, spreche ich hiermit meinen besten Dank für ihre freundliche Mitwirkung aus.

Luzern, im März 1923.

J. Troxler.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Zeitraum.

Von der Urzeit bis zur Gründung der schweizerischen Eidgenossenschaft (1291).

Seite

1. Die Urzeit 1
2. Die Helvetier 4
3. Helvetien unter den Römern 8
4. Anfänge des Christentums in Helvetien 10
5. Einwanderung der Germanen 11
6. Religiöse Verhältnisse im fränkischen Helvetien 12
7. Verfassung und Recht unter den Merovingern 14
8. Die Karolinger und ihre Nachfolger 16
9. Lehenswesen und Adel 19
10. Klöster und Ritterorden 22
11. Die Herzoge von Zähringen und ihre Erben 24
12. Rudolf von Habsburg 25
13. Bürger und Bauern 28

Zweiter Zeitraum.

Von der Gründung der schweizerischen Eidgenossenschaft bis zur Reformation.

(1291—1519)

14. Die drei Waldstätte 31
15. Die ersten Freiheitsbriefe und Bündnisse der Eidgenossen 33
16. Der Morgartenkrieg 35
17. Die Entstehung der Eidgenossenschaft. (Wie sie die Überlieferung darstellt) 36
18. Der Vierwaldstätterbund 40
19. Berns Kampf gegen den Adel 43
20. Erweiterung der Eidgenossenschaft zum Bund der acht alten Orte . 44
21. Der Sempacher- und Näfelserkrieg 47
22. Die acht alten Orte 52
23. Gewerbe, Handel und Verkehr im 14. Jahrhundert 53

Seite
24. Die Appenzeller Freiheitskriege 54
25. Die Eroberung des Aargaus 56
26. Die Freiheitskämpfe im Wallis 58
27. Die drei Bünde in Rätien 59
28. Der alte Zürichkrieg 60
29. Neue Bündnisse und Unternehmungen 66
30. Der Burgunderkrieg 67
31. Zwei große Männer zur Zeit des Burgunderkrieges 77
32. Der Schwabenkrieg 82
33. Erwerbung der tessinischen Vogteien 87
34. Die Kämpfe um die Lombardei 90
35. Die dreizehnörtige Eidgenossenschaft 98
36. Das Kriegswesen der Eidgenossen 101
37. Geistiges Leben am Ausgange des Mittelalters 106

Dritter Zeitraum.

Von der Reformation bis zur Helvetik.

(1519—1798)

38. Die Reformation in der deutschen Schweiz 109
39. Die Kappelerkriege 115
40. Die Reformation in der Westschweiz 121
41. Die Zeit der Gegenreformation 125
42. Die Bündner Wirren 130
43. Der Bauernkrieg 133
44. Die Villmergerkriege 136
45. Staatliche und kirchliche Zustände im 16., 17. und 18. Jahrhundert 139
46. Wirtschaftliche und geistige Kultur im 16., 17. und 18. Jahrhundert 144
47. Empörungen und Parteikämpfe 150

Vierter Zeitraum.

Von der Helvetik bis zur Gegenwart.

(Von 1798 an)

48. Die französische Revolution 155
49. Die helvetische Revolution 159
50. Kampf und Untergang des alten Bern 162
51. Die helvetische Verfassung 163
52. Der Kampf der Urschweiz gegen die Helvetik 166

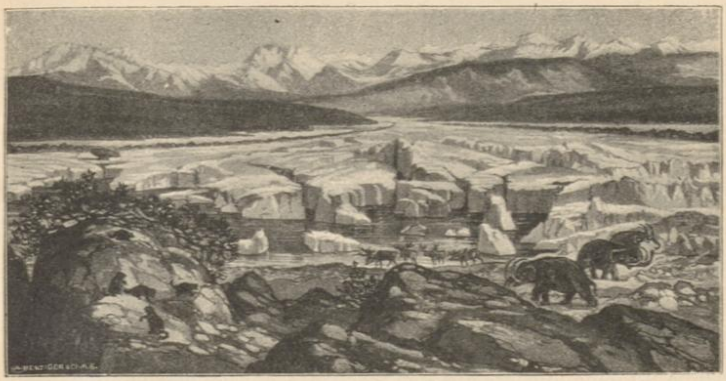
Seite
53. Die Schweiz als Kampfplatz fremder Heere 169
54. Die Mediation 171
55. Die Zeit der Restauration 174
56. Reformbestrebungen in Bund und Kantonen 177
57. Aufschwung des Radikalismus 181
58. Die Freischarenzüge 185
59. Der Sonderbundskrieg 187
60. Die Bundesverfassung von 1848 190
61. Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität . . . 193
62. Der Kulturkampf 196
63. Demokratie und Zentralisation in Bund und Kantonen 199
64. Die Schweiz während des Weltkrieges 203
65. Wirtschaftliches, soziales und geistiges Leben der Schweiz in der Neuzeit 207

Wichtige Ereignisse der Schweizer Geschichte (Chronologie) . 215

Anhang.

Geschichtskarten mit textlichen Erläuterungen:

Karte I. Helvetien unter den Römern (58 v. Chr. — 406 n. Chr.).
„ II. Die Schweiz beim Aussterben der Zähringer (1218).
„ III. Die Urschweiz und angrenzende Gebiete (um 1315).
„ IV. Die VIII alten Orte (1412, beim Abschluss des 50-jährigen Friedens mit Österreich).
„ V. Die XIII Orte (um die Mitte des 17. Jahrhunderts).
„ VI. Die Bistümer und die Konfessionen der Schweiz (im 17. Jahrhundert).
„ VII. Die Schweiz zur Zeit der Helvetik u. Mediation (1798—1815).
„ VIII. Die Schweiz seit 1815. — Bistumskarte der Gegenwart.



Die Gegend von Zürich zur Eiszeit. Nach Oswald Heer: „Die Urwelt der Schweiz"

Erster Zeitraum.

Von der Urzeit bis zur Gründung der schweizerischen Eidgenossenschaft (1291).

1. Die Urzeit.

Höhlenbewohner. Pfahlbauer. Erste Landsiedelungen.

1. Ältere Steinzeit. Jahrtausende sind verflossen, seitdem das Gebiet der Schweiz seine ersten Ansiedler erhalten hat. Man fand von ihnen zwar keine schriftlichen Aufzeichnungen, wohl aber Spuren — Waffen und Geräte — in Höhlen (Wildkirchli am Säntis, Keßlerloch bei Thaingen, Schweizersbild bei Schaffhausen). Deshalb nennt man sie Höhlenbewohner. Damals sah unser Land noch rauh und winterlich aus. Die Gletscher reichten weit in die Täler hinab, zum Teil bis an den Jura und die Aare. Viele Tiere von damals sind ausgestorben, so das Mammut und der Höhlenbär; andere bewohnen heute die kalten Zonen (Renntier) oder das Hochgebirge (Gemse); nur wenige sind bei uns geblieben (Rabe, Hirsch). — Die Menschen lebten von Beeren und vom Fleische der Jagdtiere, das sie am Feuer brieten; Felle dienten als Kleidung. Ihre Werkzeuge bestanden aus harten Steinen (Feuerstein) oder aus Horn und Knochen der Jagdtiere, ebenso ihr Schmuck, der oft zierliche Tierfiguren zeigt. Deshalb nennt man jene Zeit die Steinzeit, und zwar gehören die Höhlenbewohner der ältern Steinzeit an.

2. Jüngere Steinzeit. Im Laufe der Zeiten änderte sich die Natur des Landes. Das Klima wurde wärmer; die Gletscher traten allmählich zurück bis auf die heutigen Überreste, und nach und nach nahm die Landschaft mit ihren Pflanzen und Tieren ein anderes Aussehen an. Die Höhlenbewohner verschwanden. Ein neues Volk zog ins Land; doch weiß man nicht, woher es kam. Es siedelte sich mit Vorliebe auf den Seen an. In einiger Entfernung vom Ufer trieb man Pfähle in den Seegrund und errichtete darauf einen hölzernen Boden, worauf Hütten aus Holz, Lehm und Flechtwerk erstellt und mit Stroh und Schilf bedeckt wurden. Ein Steg verband die Hütte mit dem Ufer. An verschiedenen Orten entstanden eigentliche Pfahlbaudörfer, auf den Seen des ganzen Mittellandes (Vierwaldstättersee und Walensee ausgenommen) über 200. Vermutlich wollten sich ihre Bewohner auf diese Weise vor räuberischen Überfällen und Raubtieren schützen; vielleicht konnten sie besser dem Fischfang obliegen. Gleichzeitig gab es aber auch Landsiedelungen, teils Höhlen, teils Hütten aus Stein oder Holz. Sogar eine Art Befestigungen wurden auf Felsenvorsprüngen errichtet, so auf dem Uetliberg.

Die Pfahlbauer lebten aber nicht nur von Jagd und Fischfang, sie hatten auch Haustiere, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Hunde. Sie rodeten den Wald und pflanzten Gerste und Weizen, aus dem sie Brot bereiteten, und Flachs, der zu Geweben, Stricken und Fischernetzen verarbeitet wurde. Auch aus Schafwolle und Tierfellen machte man Kleider. Die Geräte bestanden noch immer aus Stein, Horn oder Holz. Doch waren sie verschiedenartiger und vollkommener als früher. Auch der Schmuck trat häufiger auf, und dazu neu die Töpferei. Besondere Fundstellen von Werkstätten jener Zeit sind Moosseedorf (Bern) für Feuersteingeräte und Rümlang (Zürich) für Töpferei. Mit ausgehöhlten Baumstämmen (Einbäumen) befuhr man den See. Man nennt diese Periode die jüngere Steinzeit. (Vergl. Bild S. 5)

3. Bronzezeit. Um das Jahr 2000 vor Chr. brachten Handelsleute Kupfer ins Land. Man stellte daraus besonders Waffen her, so in Vinelz am Bielersee. Später gelang es, aus Kupfer und Zinn (ca. 90% und 10%) eine Metallmischung herzustellen, die haltbarer war: die Bronze. Damit begann die Bronzezeit (2000 bis 800 vor Chr.) Vorerst brachte man bronzene Waren aus Italien, später errichtete man in unserer Gegend eigene Gießereien, so in Wülflingen (Zürich). Wichtige Fundorte dieses Zeitalters sind außerdem Morges (am Genfersee) und Wollishofen (am Zürichsee).

Pfahlbausiedelung.

Aus Bronze stellte man nun Beile, Lanzen und Pfeilspitzen, Angeln, Meißel, Sägen her, statt bisher aus Stein oder Horn oder Knochen, aber auch Schwerter, Sicheln, Ringe, Armspangen, Schmucksachen. Gleichzeitig widmete man sich mehr als vorher dem Ackerbau und der Viehzucht. Handel und Verkehr nahmen zu. Über den Großen St. Bernhard führte ein Weg nach Italien.

Auch in andern Ländern machte die Menschheit eine ähnliche Entwicklung durch wie in unserer Gegend. Von England bis Rußland gab es zur gleichen Zeit Pfahlbauer wie bei uns. Es gibt malaiische Stämme, die jetzt noch solche Wasserwohnungen haben, und auf den Südseeinseln, im Innern Brasiliens usw. auch solche, für welche die Steinzeit noch fortdauert.

4. Eisenzeit. Später (etwa um das Jahr 800 vor Chr.) wurde das Eisen bekannt. Die Pfahlbauten waren inzwischen überall verschwunden, meist durch Feuer zerstört. (Die verkohlten Pfähle kamen erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Vorschein, die ersten im Vorfrühling 1854 bei Meilen, als der Spiegel des Zürichsees tief gesunken war.) Es entstanden auf dem Lande Dörfer, die mit Wällen und Gräben umgeben waren. Auch gab es wie früher auf Bergeshöhen Zufluchtsorte, Befestigungen. Ort-

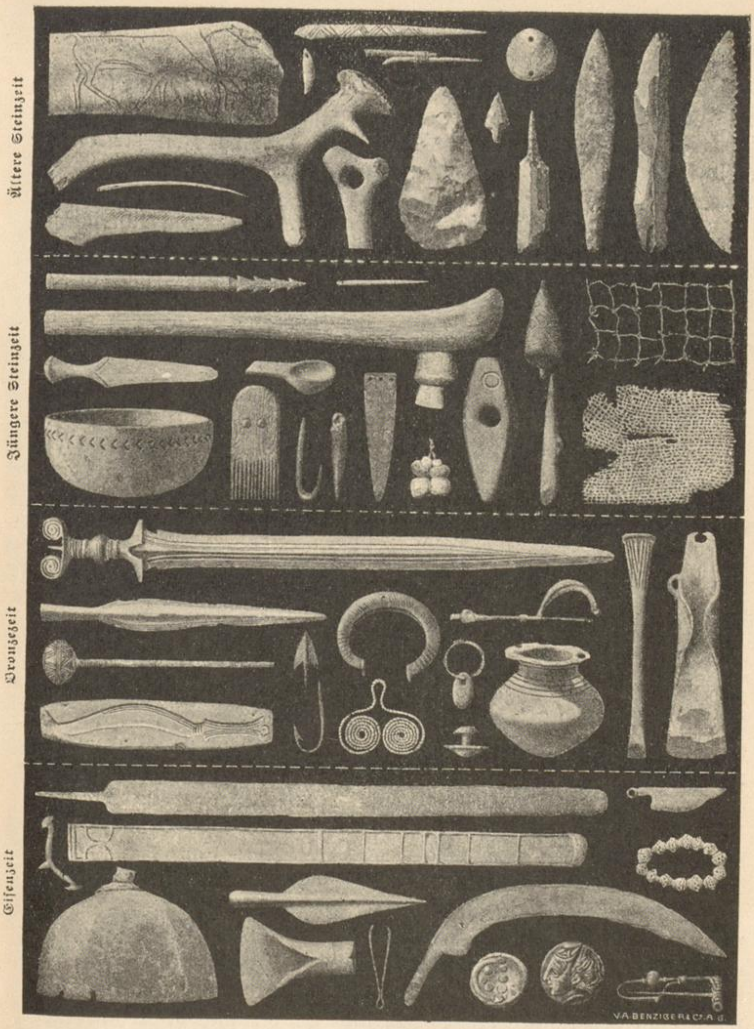
schaften zu Anfang der Eisenzeit waren Windisch und Avenches. Um das Jahr 400 vor Chr. war La Tène (beim Ausfluß der Zihl aus dem Neuenburgersee) die bedeutsamste Niederlassung dieser Periode. Die dort aufgefundenen Schwerter und andere Gegenstände weisen feine Verzierungen auf. Auch kunstvoll gearbeitete eiserne und bronzene Sicherheitsnadeln, Glasringe und Glasperlen wurden ausgegraben.

5. Totenbestattung. Die Sorge um die Toten zeugt vom Kulturstand jedes Volkes. Das gilt auch von den ältesten Bewohnern der Schweiz. In der Steinzeit wurden die Toten begraben und zwar in kauernder Stellung in kurzen, kistenähnlichen Särgen, die ins Grab gesenkt wurden (Hockergräber). In der Bronzezeit dauerte die Beerdigung in der Westschweiz fort; in der Ostschweiz wich sie der Verbrennung. Die Asche sammelte man in vasenförmige Gefäße aus Ton oder Metall (Urnen) nnd barg sie reihenweise in die Erde (Urnengrabfelder). Später (in der La Tène-Zeit) ging die Leichenverbrennung ganz ab. Man legte die Toten ausgestreckt in flache Erde und errichtete um die Leiche eine kleine Mauer. — In der Stein- und Bronze- und Eisenzeit gab man den Verstorbenen Schmuck mit ins Grab, den Männern Waffen, später auch Münzen, den Kindern Spielzeug.

2. Die Helvetier.

1. Keltische Stämme. Im letzten Jahrhundert vor Chr. bewohnten, wie römische Geschichtsschreiber uns berichten, Kelten oder Gallier unser Land. (Kelten = lat. Celtae, griech. Keltoi, in Kleinasien Galatai, d. h. Galater). Ihre Stammesgenossen hatten auch das ganze heutige Frankreich und Belgien inne. Die bedeutendsten Stämme in unserer Gegend waren die Sequaner im Neuenburger und Berner Jura, die Rauriker in der Umgebung Basels, die Lepontier im Tessin und die Rätier im Südosten der Schweiz. Alle überragte an Bedeutung der Stamm der Helvetier zwischen dem Rhein, den Berner Alpen und dem Jura.

2. Die Helvetier. Die tapfern, kriegerischen Helvetier gliederten sich in vier Gaue. Sie besaßen 12 befestigte Orte (Städte) und 400 Dörfer, trieben Viehzucht und Ackerbau, auch Handel, waren gute Töpfer und Waffenschmiede und zogen gerne auf Raubzüge aus. Ein einflußreicher Adel war Besitzer von Grund und Boden; die übrigen Leute standen als Pächter, Knechte oder Hörige in seinem Dienste. Großes Ansehen genossen die Druiden (heidnischen



Fundstücke aus vorgeschichtlichen Epochen.

Ältere Steinzeit: Renntier auf Horn geritzt. Durchbohrter Bärenzahn. Renntierhorn zum Schlagwerkzeug hergerichtet. Ahle aus Knochen. Messer aus Horn. Verzierte Lanzenspitze und Pfeilspitze aus Knochen. Kleiderhalter aus Renntierhorn. Schlagkeil aus Feuerstein. Durchbohrte Versteinerung (Muschel). Pfeilspitze, Bohrer, Lanzenspitze, Messer und Säge aus Feuerstein. – **Jüngere Steinzeit:** Harpune aus Horn in Holzschaft. Nähnadel aus Knochen. Feuersteinaxt, in Horn gefaßt, mit Holzschaft. Messer aus Holz. Schüssel aus gebranntem Ton. Löffel aus Horn. Kamm aus Holz. Fischangel aus Horn. Pfriemen aus Knochen. Dolchklinge aus Kupfer. Steinperlen. Polierte Steinaxt. Spindel mit Garn. Weberschiffchen aus Knochen. Netz. Gewebe. – **Bronzezeit:** Schwert. Lanzenspitze. Gewandnadel. Gußform für ein Messer. Pfeilspitze. Fischangel. Armspange. Anhänger aus Golddraht. Bronzering mit Steinperle. Doppelknopf. Fibel. Hängeeimer. Meißel. Axt. – **Eisenzeit:** Schwert mit Scheide. Sporn. Helm. Lanzenspitze. Axt. Pinzette. Messerchen. Glasperlen. Sense. Goldmünzen, sog. Regenbogenschüsselchen und Helvetier-Goldstater. Sog. La Tène-Fibel.

Priester). Sie brachten den Göttern in heiligen Hainen (Eichenwäldern) Opfer dar: Früchte, Tiere, sogar Menschen. Auch waren sie Ärzte, Zauberer und Gelehrte. Von Zeit zu Zeit hielten die Helvetier Volksversammlungen ab, wo Recht gesprochen wurde.

3. Erster Kriegszug nach Gallien (107 v. Chr.). Wahrscheinlich ist dieser keltische Volksstamm erst um das Jahr 100 v. Chr. aus Süddeutschland in die Schweiz eingewandert. Kurz vorher waren vom Norden her wilde germanische Kriegsvölker, die Cimbern und Teutonen, an den Rhein vorgedrungen. Sie hatten mit Weib und Kind, Hab und Gut ihre rauhe Heimat verlassen und wollten im sonnigen, fruchtbaren Gallien, das zum Teil schon den Römern gehörte, sich neue Wohnsitze erobern. Ihnen schlossen sich die Tiguriner (einer der vier helvetischen Stämme) unter der Anführung des jungen Diviko an. Sie gelangten ohne großen Widerstand bis in die Ebene der Garonne (Südfrankreich) und schlugen im Jahre 107 v. Chr. bei Aginum (Agen, zwischen Bordeaux und Toulouse) die Römer. Dann streiften sie raubend und plündernd im Lande umher, bis die Cimbern im Jahre 101 eine blutige Niederlage erlitten, worauf die Helvetier sich in das Gebiet des schweizerischen Mittellandes zurückzogen.

4. Zweiter Zug nach Gallien (58 v. Chr.). Aber im Laufe der Jahre drangen neue germanische Völker an und über den Rhein und bedrohten die dortigen Bewohner. Inzwischen hatten sich die Römer auch am Genfersee festgesetzt. Da dachten die Helvetier wieder an das schöne Gallien und beschlossen, auszuwandern und dort neue Wohnsitze zu suchen. Ein reicher Adeliger, Orgetorix, strebte nach der Alleinherrschaft und hoffte, Anführer der Auswanderer zu werden. Darum unterstützte er dieses Vorhaben eifrig. Sein Plan wurde verraten, und nach den Gesetzen des Landes sollte er dafür den Feuertod erleiden. Umsonst trotzte Orgetorix an der Volksversammlung mit 10,000 Knechten dem Gerichte. Dieses verurteilte ihn, und er entzog sich durch Selbstmord der entehrenden Strafe. Weil aber alle Vorbereitungen zum Auszug schon getroffen waren, hielt man an dem früher gefaßten Beschlusse fest. Man verbrannte die Dörfer und Städte und brach unter der Anführung des greisen Diviko im Frühling des Jahres 58 vor Chr. auf. Auch andere Stämme schlossen sich ihnen an, sodaß der ganze Zug mit Weib und Kind über 350,000 Personen zählte.

In Genf versperrte ihnen Julius Cäsar, der größte Feldherr Roms, den Übergang über die Rhone. Sie überschritten darum den Jura (Pas de l'Ecluse) südwestlich von Genf und gelangten nach

Gerichtstag bei den Helvetiern. Gemälde von G. Rabel.

Burgund. Dort holte sie Cäsar ein, der in Italien ein starkes Heer gesammelt hatte, und schlug sie bei Bibrakte (13 km westlich von Autun) in einer blutigen Schlacht gänzlich, trotzdem sie sich heldenmütig verteidigten. Die Überlebenden wurden in ihre Heimat zurückgeschickt und mußten ihre zerstörten Ortschaften wieder aufbauen. Sie standen aber von nun an unter römischer Herrschaft.

3. Helvetien unter den Römern.

1. Ausbreitung der römischen Herrschaft. Nachdem die Römer Helvetien bezwungen hatten, unterwarfen sie sich auch die angrenzenden Völkerschaften, so die Walliser, die Rätier und die Lepontier (15 vor Chr.). Ebenso brachten sie die Gegend am Rhein bis zu seinem Unterlaufe unter ihre Herrschaft. Das eroberte Gebiet wurde verschiedenen Provinzen zugeteilt. Der größere, nordwestliche Teil der heutigen Schweiz kam zu Obergermanien, der Osten zu Rätien, der Tessin zu Italien; das Wallis bildete mit Savoyen eine eigene Provinz. Zum Schutze gegen die kriegslustigen Germanen errichteten die Römer längs des Rheines Wachttürme und Festungen, so bei Stein und Zurzach. Vindonissa (Windisch) wurde Hauptwaffenplatz mit festem Lager und einer Legion (etwa 5000) Soldaten; auch andere Städte erhielten Besatzungen. Turicum (Zürich) und andere Orte waren Zollstätten.

2. Förderung der Kultur. Um die Truppen leichter über die Alpen zu befördern, legten die Römer große Heerstraßen an. Eine führte von Augusta Prätoria (Aosta) über den Großen St. Bernhard nach Octodurum (Martigny), Aventicum (Avenches), Salodurum (Solothurn) und Augusta Raurica (Basel-Augst), eine andere von Comum (Como) über Clavenna (Chiavenna) und den Splügen nach Curia (Chur) und Brigantium (Bregenz). Von hier zweigte eine ab nach Arbor Felix (Arbon), Vitodurum (Oberwinterthur), Vindonissa und Augusta Raurica; eine andere führte hinaus nach Augusta Vindelicorum (Augsburg). Diese Hauptstraßen wurden durch viele Seitenstraßen miteinander verbunden. (Vergl. Karte I im Anhang.)

Als die römischen Eroberungen rechts vom Rheine Fortschritte machten, wurden die Besatzungen weiter nach Norden verschoben. Die schönen Heerstraßen dienten nun hauptsächlich dem friedlichen Verkehr, denn es entwickelte sich bald ein reger Handel. Viele ausgediente Krieger (Veteranen) und andere wohlhabende Römer bauten prächtige Landhäuser (Villen) in der Nähe der Städte

oder an den großen Straßen. Sie versahen ihre Wohnungen mit Bade- und Heizeinrichtungen und allem Schmuck nach römischem Muster. Man legte auch Obst- und Gemüsegärten an und pflanzte Wein, namentlich im Waadtland und Wallis. Dabei wurde die Viehzucht nicht vernachlässigt. Handwerk und Kunst förderten die Römer besonders. Sie räumten ihren Untertanen viele Rechte und

Inneres eines römischen Hauses. Nach Prof. J. Bühlmann.

Freiheiten ein und behandelten sie milde. Im Laufe der Jahre nahmen die Helvetier vielfach die Sitten ihrer Herren an, im Westen des Landes auch deren Sprache. In den übrigen Gegenden aber vermochte sich die römische Kultur weniger einzubürgern.

3. Römische Städte. Rasch blühten die Städte auf. Aventicum zählte etwa 40—50000 Einwohner und besaß ein großes Forum (Markt- und Gemeindeversammlungsplatz), ein Amphitheater (für Gladiatorenkämpfe und Tierhetzen) mit einem Zuschauerraum für 10,000 Personen, ein Schauspieltheater, mehrere große Tempel, öffentliche Bäder, ein Gymnasium (Ringerschule), eine Akademie, viele Marmorpaläste, Ringmauern und Türme. Bedeutend waren auch Augusta Raurica, Noviodunum (Nyon) und Aquä (Baden); letzteres galt schon damals als berühmter Badeort.

4. Vorstoß der Alemannen. Ums Jahr 260 brachen die Alemannen (ein germanischer Volksstamm) über den Rhein in Helvetien ein, verwüsteten weite Strecken und verbrannten Aventicum. Wohl trieben die Römer sie wieder zurück, bauten die zerstörten Festungen am Rheine wieder auf und errichteten später neue, darunter (374) Basilia, d. h. die Königsburg (Basel). Trotzdem vermochten Römer und Helvetier dem Drängen der Germanen auf die Dauer nicht zu widerstehen. Genußsucht und Sittenlosigkeit hatten ihre Kraft gebrochen; es fehlte an Ordnung, Zucht und Gehorsam.

4. Anfänge des Christentums in Helvetien.

1. Die ersten Boten des christlichen Glaubens. Unter den römischen Soldaten, Kaufleuten und Reisenden, die nach Helvetien kamen, gab es auch Christen. Sie brachten unserm Lande die ersten Samenkörner des Evangeliums. Nach der Legende erschienen aber auch Glaubensboten (Missionäre) aus Italien und Gallien, um die christliche Lehre zu verkündigen, so der hl. Beatus in der Gegend am Thunersee, der hl. Luzius in Rätien, der als erster Bischof von Chur den Martertod erlitten haben soll. (2. Jahrhundert.)

2. Christenverfolgungen. Die römischen Kaiser betrachteten die Christen als Feinde des Staates und versuchten mit allen Mitteln, die neue Religion zu unterdrücken. Es kam daher zu mehreren schweren Christenverfolgungen (die letzte unter Diokletian), von denen auch Helvetien betroffen wurde. Gegen das Ende des 3. Jahrhunderts (zwischen 285 und 296) stand die thebäische Legion (aus Theben, Oberägypten) unter ihrem Anführer, dem hl. Mauritius, mit andern Truppen in Agaunum (Wallis). Hier sollte das ganze Heer den heidnischen Göttern opfern. Die Thebäer aber waren Christen und weigerten sich dessen standhaft. Dafür wurden sie niedergemetzelt. Später erhob sich an der Stelle, wo sie den Martertod erlitten, eine Kirche und ein berühmtes Kloster (St. Maurice). Als Genossen des hl. Mauritius starben für den christlichen Glauben in Solothurn die Heiligen Ursus und Viktor, in Zürich der hl. Felix und seine Schwester, die hl. Regula, in Zurzach die hl. Verena.

3. Bischofssitze. Trotz den Verfolgungen mehrten sich die christlichen Gemeinden auch in unserm Lande. Im dritten und vierten Jahrhundert entstanden darum auch Bischofssitze, und zwar in Genf, Aventicum, Octodurum, Curia, Augusta Raurica und Vindonissa.

5. Einwanderung der Germanen.

1. Die Alemannen. Um das Jahr 450 brach die Herrschaft der Römer in Helvetien zusammen. Sie hatten schon einige Zeit vorher ihre Legionen vom Rheine zurückrufen müssen, um Italien gegen fremde Völker zu schützen. Nun rückten auch die Alemannen wieder über den Rhein und nahmen nach und nach alles Land bis an die Alpen und das anstoßende Süddeutschland in Besitz. Sie waren ein kräftiges, aber rauhes Volk, verwüsteten die Städte und machten die Einwohner, die nicht fielen oder flohen, zu Knechten. In dieser stürmischen Zeit ging das Christentum unter dem Drucke der heidnischen Eroberer fast völlig unter. An Stelle der lateinischen oder keltischen Sprache trat die deutsche. Der Alemanne wohnte nicht in Städten, sondern in offenen Dörfern oder mit seiner Verwandtschaft (Sippe) auf einzelnen Gehöften oder Weilern, die von ihrem Gründer den Namen erhielten. Später entstanden aus diesen Ansiedelungen größere Ortschaften. Ihre Namen erinnern noch an die ersten Ansiedler, z. B. Altishofen = beim Hofe des Altilo, Adligenswil = Weiler des Adalgis. Da und dort baute man auf den Trümmern früherer Städte neue Ortschaften, deren Namen verdeutscht wurden, z. B. Salodurum zu Solothurn, Turicum zu Zürich, Vindonissa zu Windisch.

Der wohlhabende freie Alemanne liebte die Jagd und den Krieg. Jeder Freie war wehrpflichtig; Wurfspieß, Lanze, Streitart, Schwert und Schild dienten ihm als Waffe. Vieh und Acker und die Rodung des Waldes besorgten die Knechte und armen Bauern. Das Volk war in Hundertschaften (Centenen), d. h. in Kreise von 100 Familien eingeteilt, die bei der Eroberung des Landes ein bestimmtes Gebiet in Anspruch nahmen. Mehrere Hundertschaften bildeten einen Gau. Hundertschaften und Gau hatten besondere Vorsteher, die von der Volksversammlung aus den vornehmen Geschlechtern gewählt wurden. An der Spitze des ganzen Volkes stand der Herzog.

2. Die Burgunder. Ums Jahr 443 ließen sich die Burgunder, ebenfalls ein germanischer Stamm, mit Zustimmung der Römer in Savoyen und am Genfersee nieder, und bald verbreitete sich ihr Reich über einen großen Teil der Westschweiz. Ihre staatliche Gliederung glich der der Alemannen. Aber ihre Sitten waren milder. Sie waren arianische Christen und traten später mit ihrem Könige Sigismund zur katholischen Kirche über. Mit den alten Einwohnern teilten sie Haus und Hof und nahmen ihre Sprache an. So wurde

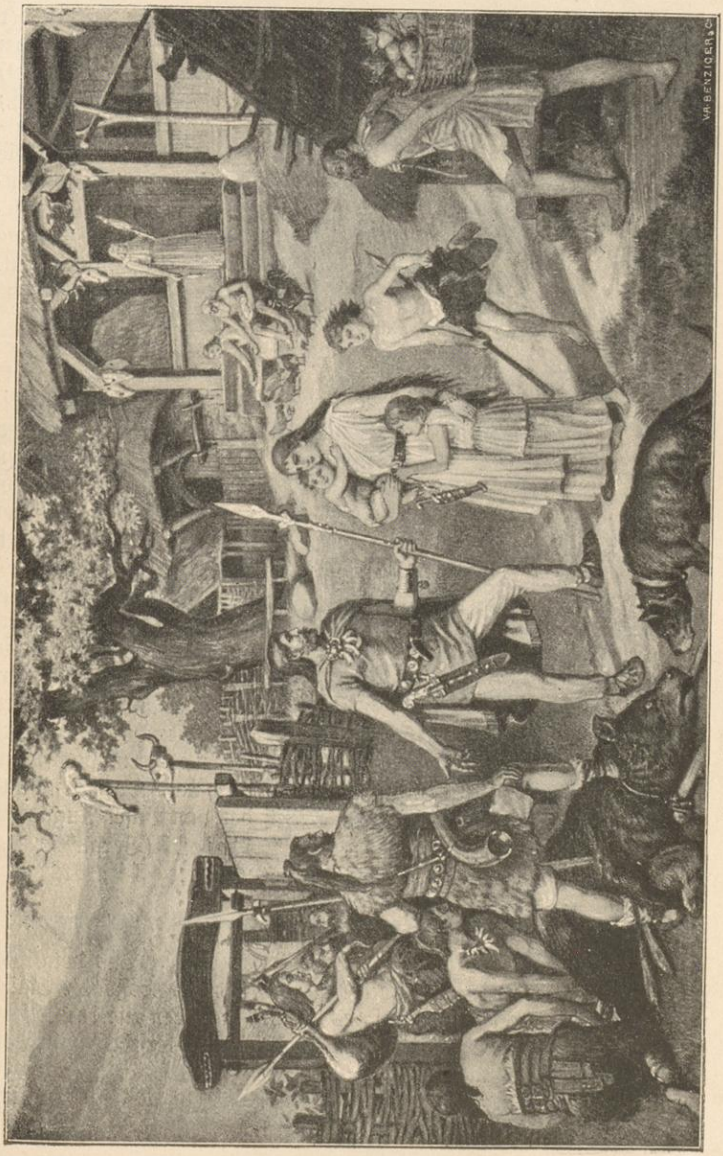
der Westen unseres Landes romanisch (französisch). Unter König Gundobad gelangte das Reich zu hoher Blüte (ums Jahr 500). — Im südlichen Rätien (Graubünden) trotzte die Bevölkerung dem alemannischen Ansturm und bewahrte ihre räto-romanische und die Südschweiz die italienische Sprache.

3. Die Franken. Bald wurden die Alemannen und Burgunder von einem andern germanischen Volke, den Franken, unterjocht. Ihr kriegslustiger König Chlodwig eroberte ganz Gallien und besiegte die Alemannen, die in die Rheinlande vorgedrungen waren, im Jahre 496 im Elsaß in einer blutigen Schlacht. Seine Söhne bezwangen im Jahre 534 auch Burgund und zwei Jahre später Rätien. So kam unser Land unter die Herrschaft der Franken.

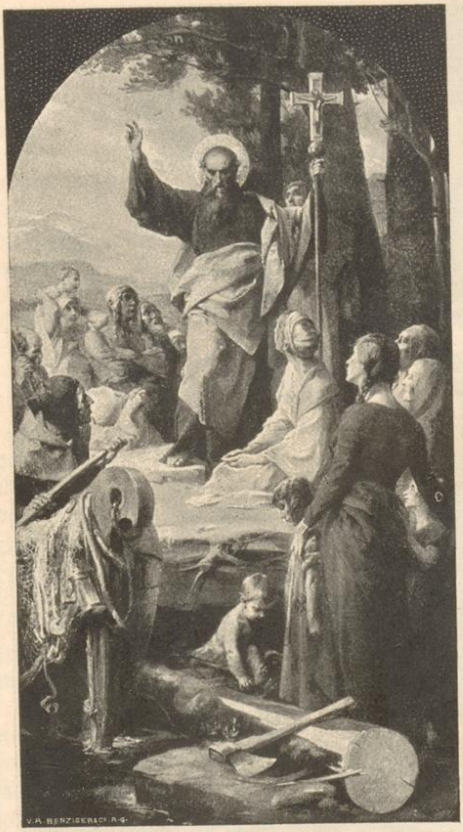
6. Religiöse Verhältnisse im fränkischen Helvetien.

1. Germanisches Heidentum. Die Alemannen fanden in Helvetien zwar schon viele christliche Gemeinden; doch blieben sie meistens ihren heidnischen Göttern treu. Sie verehrten Wodan, den Herrn des Himmels und des Sturmes, und dessen Gemahlin Freia, ferner Ziu, den Gott des Krieges, und Donar, den Gott des Donners. In heiligen Hainen auf Bergeshöhen opferten sie den Göttern. Sie feierten das Ende des Winters (Fastnacht), das Frühlingsfest (Ostern) u. a. An ihre Götter erinnern noch die Namen „Zistig" (v. Zius-Tag, Dienstag), Donnerstag, Freitag. Vielen dieser heidnischen Gebräuche gab die Kirche eine christliche Deutung.

2. Irische Glaubensboten. Nach dem Siege über die Alemannen nahm König Chlodwig das Christentum an, und seinem Beispiele folgte das Volk. Seit Beginn des 6. Jahrhunderts erschienen neue Glaubensboten, hauptsächlich aus Irland, um in Helvetien das Evangelium zu verkünden. Nach der Legende stiftete der hl. Fridolin (der Patron des Glarnerlandes) ums Jahr 500 das Kloster Säckingen am Rhein. Etwa hundert Jahre später predigten die Heiligen Kolumban, Gallus und Sigisbert am Zürichsee. In Tuggen trafen sie getaufte Christen beim heidnischen Opferfeste. Voll Entrüstung zerstörten die Missionäre die Götzenbilder, mußten sich aber flüchten. Drei Jahre lang wirkten sie in Bregenz, hernach zog Kolumban nach Italien, Gallus aber blieb wegen Krankheit mit einigen Gefährten zurück und errichtete (614) an der Steinach eine Zelle, aus der später das berühmte Kloster St. Gallen entstand. Sigisbert wanderte hinauf an die Quellen des Rheines und gründete (614) das Kloster Disentis. Etwa hundert Jahre später wirkte ebenfalls in rätischen Landen



Germanisches Gehöft. Leipziger Schulbilderverlag J. E. Wagßmuth.



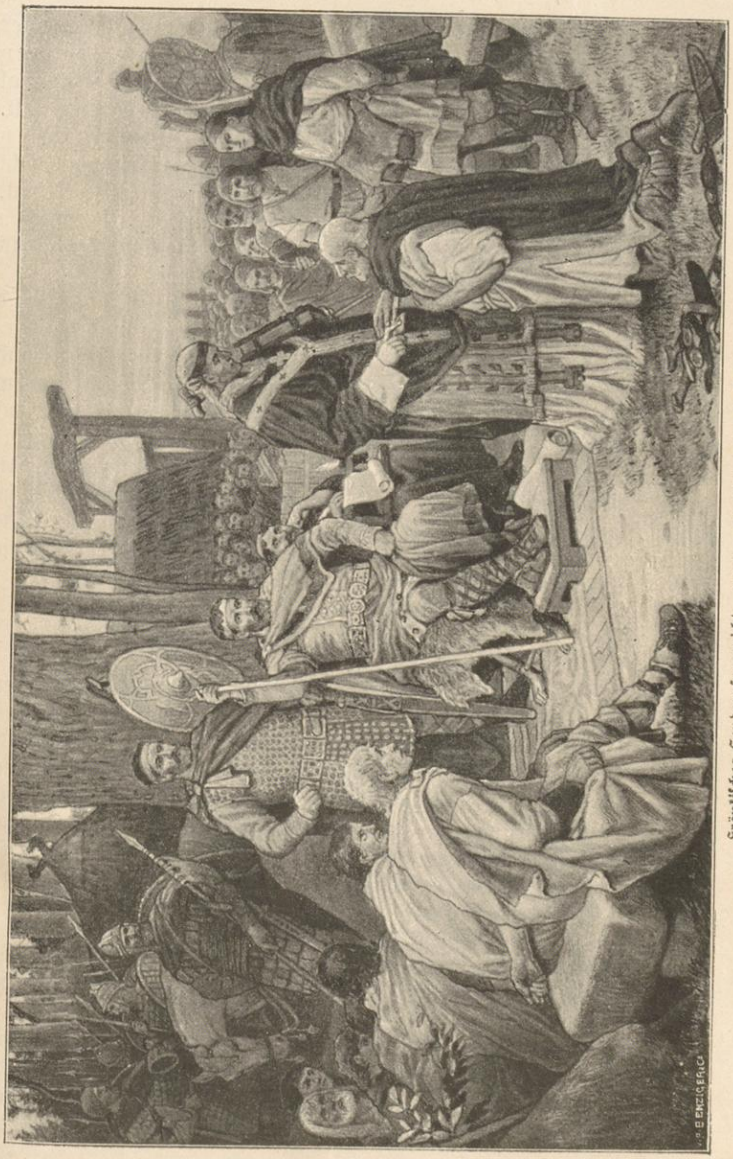
Der hl. Fridolin predigt das Christentum.
Gemälde von Prof. M. Feuerstein.

der heilige Pirmin, der die Klöster Reichenau (auf einer Bodenseeinsel) und Murbach (im Elsaß) stiftete. Außerdem entstanden um diese Zeit die Klöster Rheinau, Fraumünster und Großmünster (Zürich), sowie das Benediktinerstift St. Leodegar (Luzern), das zu Murbach gehörte.

In der Westschweiz gelangte das Kloster St. Maurice (von König Sigismund 515 gegr.) zu hoher Blüte, desgleichen Romainmôtier (Romansmünster) in der Nähe von Orbe, und St. Imier (St. Himerius) im gleichnamigen Tale. Gegen Ende des 6. Jahrhunderts verlegte man den Bischofssitz von Martinach nach Sitten, den von Avenches nach Lausanne, den von Windisch nach Konstanz und den von Basel-Augst nach Basel. (Vergl. Nr. 4,2 u. Karte VI im Anhang.)

7. Verfassung und Recht unter den Merovingern.

1. Gliederung des Landes. Die Frankenkönige aus dem Geschlechte der Merovinger (nach Meroväus, dem Großvater Chlodwigs) ließen die Dreiteilung unseres Landes in Alemannien, Burgund und Rätien bestehen. Auch behielt jede Völkerschaft ihre überlieferten Gesetze. Dagegen führten sie die fränkische Grafschaftsverfassung ein. Der König ernannte den Gaugrafen (Statthalter), dieser den Centenar (Schultheiß), den Vorsteher der Hundertschaft.



Fränkisches Sendgrafengericht. Leipziger Schulbilderverlag F. E. Wachsmuth.

2. Fränkisches Recht. Der Graf war im Kriege Anführer seiner Mannschaft, zog die Steuern ein und leitete die Gerichtssitzungen der Hundertschaften. Diese fanden (seit Karl d. Gr.) jährlich dreimal im Freien unter einer Linde oder Eiche auf den „Dingstätten" statt. Hinter dem Grafen saßen der Schultheiß und der Schreiber, neben ihm die Schöffen, die dem Volke das Urteil vorschlugen, dicht im Kreise die freien Männer. Da wurden Rechtssachen erledigt, Gesetze verkündigt, junge Männer wehrfähig erklärt, Verbrechen und Vergehen abgeurteilt. Später behandelten die Schöffen allein unter dem Vorsitz des Centenars die leichtern Fälle.

3. Freie und Unfreie. Das Volk gliederte sich in Freie und Unfreie. Zu den Freien gehörten die Adeligen und die Gemeinfreien, zu den Unfreien die Hörigen (Halbfreien) und die Leibeigenen. Die Hörigen konnten Grund und Boden, den sie von ihrem Herrn zur Bebauung erhalten hatten, auch auf die Nachkommen vererben. Aber sie durften den Hof nicht verlassen (waren „an die Scholle gebunden"), mußten ihrem Herrn Grundzinsen (Früchte, Eier, Vieh usw.) entrichten und jede Woche einige Tage auf seinem Gute ohne Lohn arbeiten („fronen"). Die Leibeigenen aber waren völlig Eigentum ihres Herrn, der sie nach Belieben verkaufen oder vertauschen konnte.

8. Die Karolinger und ihre Nachfolger.

1. Gründung der karolingischen Hausmacht. Allmählich verloren die Frankenkönige ihr Ansehen; denn sie lebten mit ihren nächsten Verwandten in bösem Streit. Bürgerkriege schwächten das Land, und die unterworfenen Völker suchten sich vom Reiche loszulösen. Da ergriffen die Hausmeier (obersten Hofbeamten) des Königs die Zügel der Regierung und bezwangen die rebellischen Untertanen. Im Jahre 751 verdrängte der Hausmeier Pippin der Kleine den letzten Merovinger vom Throne und ließ sich zum Könige wählen. Damit begründete er das Geschlecht der Karolinger (nach Karl d. Gr., dem Sohne Pippins, benannt.)

2. Karl der Große (768—814). Der mächtigste Frankenkönig und einer der besten Fürsten aller Zeiten war Karl der Große. In fast unablässigen Kämpfen unterwarf er die feindlichen Nachbarvölker, sodaß sein Reich schließlich von Spanien bis Ungarn und von Mittelitalien bis Dänemark sich ausdehnte. Im Jahre 800 wurde er vom Papste in Rom zum römischen Kaiser gekrönt. Karl war nicht nur ein großer Kriegsheld, sondern auch ein weiser Herrscher.

Unermüdlich sorgte er für eine gute Verwaltung und eine unparteiische Rechtsprechung. Er war auch ein großer Verteidiger und Förderer der christlichen Religion. Er beschenkte Bischofssitze und Klöster mit reichen Stiftungen, verlangte aber dafür vom Priester eine höhere Bildung, Berufstreue und sittenreines Leben. Auch errichtete er viele Schulen an Klöstern und Stiften und suchte überhaupt Bildung und Wissenschaft zu heben. Desgleichen wußte er die Landwirtschaft zu fördern. Er gab genaue Weisungen für den Betrieb seiner zahlreichen Landgüter, die im ganzen Reiche zerstreut lagen, und schuf so Musteranstalten für die Bauern der Umgebung.

Karl der Große.
Gemälde von A. Dürer.

Auch unser Land spürte die segensreiche Wirksamkeit Karls d. Gr. In seinem Sinne wirkten die Bischöfe Hatto von Basel und Remedius von Chur. Das Großmünster in Zürich und die Abtei St. Maurice wurden von ihm reich beschenkt; nach ihm benannte sich die Stiftsschule von Zürich „Carolinum". Den Kriegern aus Luzern und Uri soll er die Harsthörner geschenkt haben, die die Eidgenossen später oft zum Kampfe riefen.

3. Die nachkarolingische Zeit. Die Nachfolger Karls d. Gr. vermochten das gewaltige Reich nicht auf die Dauer zusammenzuhalten. Durch den Vertrag von Verdun (843) wurde es in drei Teile geteilt, in Frankreich, Deutschland und Italien mit den Rheinlanden (einem schmalen Streifen zwischen Deutschland und Frankreich). Doch erlitten sie im Laufe der Jahre viele Veränderungen, die auch unser Land betrafen. In der ersten Hälfte des 10. Jahrh. gehörte die Ostschweiz zum Herzogtum Alemannien, wurde aber

bald Deutschland angegliedert. Den größten Teil des schweizerischen Gebietes nahm jedoch das Königreich Burgund unter König Rudolf II. ein. Nach seinem Tode regierte Königin Berta, dessen Gemahlin, das Reich und war beim ganzen Volke als wahre Landesmutter, als Wohltäterin der Armen, der Kirchen und Klöster sehr beliebt und hochangesehen. Später aber kam auch Burgund unter die Herrschaft der deutschen Kaiser (1033), und von da an bildete unser ganzes Land einen Bestandteil des deutschen Reiches.

4. Einfälle der Ungarn und Sarazenen. In dieser nachkarolingischen Zeit fielen die Ungarn oft in Mittel- und Westeuropa ein. Sie erschienen auf raschen Pferden, mit Bogen und Wurfspeeren bewaffnet, bald da, bald dort, und raubten, mordeten und brannten. Im Jahre 917 steckten sie Basel in Brand, neun Jahre später plünderten sie das Kloster St. Gallen. Um dieselbe Zeit stürmten die Sarazenen (mohammedanische Araber) durch Südfrankreich und Italien bis in die Alpen. Sie besetzten Bergpässe im Wallis und Graubünden und errichteten daselbst Felsenburgen, durchzogen plündernd Ebenen und Täler, verwüsteten Churrätien, verbrannten das Kloster St. Maurice, verheerten das Waadtland und drangen bis St. Gallen vor (954). Erst gegen Ende des 10. Jahrhunderts hörten diese Einfälle nach und nach auf.

hot. Braun & Cie. Hunnen plündern eine Villa. Gemälde von G. Rochegrosse.

9. Lehenswesen und Adel.

1. Lehensherr und Vasall. Das Lehenswesen, jenes eigenartige Verhältnis zwischen den einzelnen Ständen, reicht mit seinen Anfängen bis in die Zeit der Merowinger zurück. Unter den Karolingern erhielt es aber seine eigentliche Ausbildung. Der König, die Grafen und auch viele Bischöfe und Klöster konnten ihre großen Besitzungen nicht mehr selber bewirtschaften. Deshalb übergaben sie Teile davon ihren Beamten, Dienstleuten und Getreuen zur Benutzung. Der auf solche Weise Belehnte hieß Vasall (Lehensmann). Er mußte seinem Herrn den Treueid schwören und mit ihm in den Krieg ziehen, genoß aber dafür seinen Schutz. So belehnte der König die Grafen, seine verantwortlichen Beamten; diese vergaben wiederum einige ihrer Güter an ihre Anhänger. Auch die Klöster hatten Vasallen. Ursprünglich wurden nur Grundgüter zu Lehen gegeben, später auch Zölle, Steuern, Ämter. Mit der Zeit vererbten sich die Lehen auf die Nachkommen der Vasallen.

Gewappneter Ritter.
Grabmal aus dem XIII. Jahrhundert.

2. Immune Gebiete. Im Laufe der Jahre wurden viele Grafschaften zerstückelt, sei es durch Erbteilung oder aber durch die Immunität (Unverletzlichkeit, Abgabenfreiheit). Die Immunität entzog einzelne Gebiete der Gewalt des Gaugrafen. So standen die Königsgüter unmittelbar unter dem König und wurden vom Reichsvogt verwaltet. (Eine solche Reichsvogtei war z. B. Zürich.) Auch die geistlichen Stifte besaßen die Immunität. Anfänglich übte der Gaugraf im Namen des Bischofs oder Abtes die weltlichen Amtshandlungen im Stiftsgebiet aus. Später übertrug der geistliche Herr dieses Recht einem besondern Schirmherrn oder Kastvogt, besonders das Recht über Leben und Tod. Auch diese Ämter wurden nach und nach erbliche Lehen. (Die Grafen von Lenzburg waren Kastvögte des Chorherrenstiftes Beromünster, das ihre Vorfahren am Ende des 10. Jahrhunderts gegründet hatten.) Nach und nach suchten sich auch weltliche Grundbesitzer der Oberhoheit des Gaugrafen

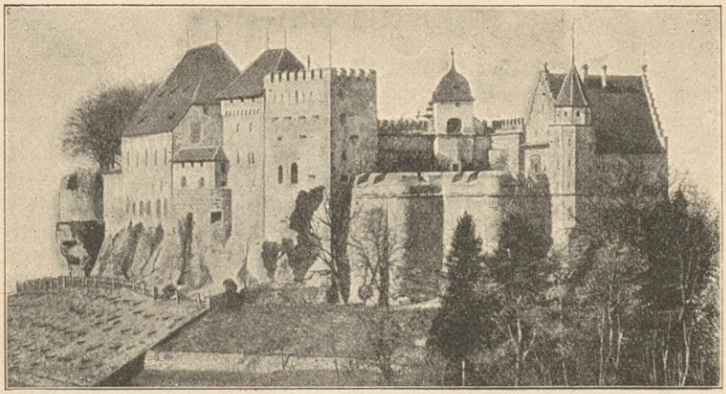
zu entziehen. Auf diese Weise zersplitterte sich das Land in viele weltliche und geistliche Herrschaften.

3. Rückgang der Gemeinfreien. Zur Zeit Karls d. Gr. bildeten die Gemeinfreien den Hauptbestandteil des Volkes, die Kraft des Staates. Durch die vielen Kriege und Unruhen der folgenden Jahrhunderte gerieten aber viele Gemeinfreie in große Not und Bedrängnis und stellten sich unter den Schutz eines mächtigen Grafen oder Ritters. Sie wurden dadurch Zinsbauern oder Hörige. Aber auch vermögliche Freie traten als Vasallen in den Dienst geistlicher oder weltlicher Großen. Dadurch ging die Zahl der Gemeinfreien noch mehr zurück.

4. Aufschwung des Adels. Um den Einfällen der Ungarn (vergl. No. 8, Ziff. 4) wirksam begegnen zu können, mußten Fürsten und Könige starke Reiterheere aufbieten. Dem gemeinen Volke aber war der Dienst zu Pferd zu kostspielig. Darum wurde er ein Vorrecht der Vornehmen und Reichen, die dadurch ihr Ansehen mehrten, während das Volk seine Waffenfähigkeit zum größten Teil einbüßte und deswegen in der Achtung der andern sank. So wuchs die Macht des Adels, die in der sog. Feudalzeit (11.—14. Jahrhundert) ihren Höhepunkt erreichte.

5. Fürsten und Herren. An der Spitze des Adels standen die Fürsten, d. h. die geistlichen Großen (Bischof, Fürstabt) und die Grafen. Sie besaßen als Reichslehen die wichtigsten Herrschaftsrechte, insbesondere die hohe Gerichtsbarkeit oder hohe Vogtei, d. i. die Richtergewalt über Leben, Freiheit und Eigentum. Die Freiherrn, große Grundbesitzer, übten auf ihrem Gebiet zum Teil auch die hohe Gerichtsbarkeit aus. Zum niedern Adel gehörten die Herren, d. h. die übrigen Ritter, die einst Gemeinfreie oder Hörige gewesen sein mochten, aber durch Verwendung zu Hof- oder Reiterdienst Vasallen geworden waren. Sie besaßen nur die niedere Vogtei über irgend ein Gebiet, d. i. die Richtergewalt über geringere Vergehen, z. B. als „Meier" oder Verwalter gräflicher Güter die Gerichtsbarkeit über Forstfrevel. — Alle Abstufungen des Adels leisteten ihren Waffendienst zu Pferd.

6. Ausbildung des Ritters. Der angehende Ritter genoß eine sorgfältige Erziehung. Im Knabenalter kam er als Page auf das Schloß eines angesehenen Ritters, wo er im Dienste der Edelfrauen Anstand und feine Manieren lernte. Als Knappe begleitete er später den Burgherrn zum Kampfe, auf die Jagd, zu Waffenspielen (Turnieren). Mit dem 21. Jahre erhielt er den Ritterschlag, nachdem er sich durch religiöse Übungen darauf vorbereitet hatte. Vor dem



Phot. Stocker.

Schloß Lenzburg.

Altare in der Burgkapelle schlug ihm ein angesehener Ritter mit flacher Schwertklinge dreimal auf die Schulter und machte ihn so zum Ritter. Damit übernahm der junge Edelmann auch die Pflichten seines Standes: Religion, Schwache und Bedrängte, insbesondere edle Frauen zu schützen und zu verteidigen. — Waffen des Ritters waren Speer, Schwert, Dolch und Schild. Den Kopf schützte der Helm, vom Hals bis zu den Knien reichte der Panzer; Schienen bedeckten die Beine. Über dem Panzer trug er meist einen Rock mit gesticktem Wappen. Sporen und Handschuhe vollendeten die Ausrüstung.

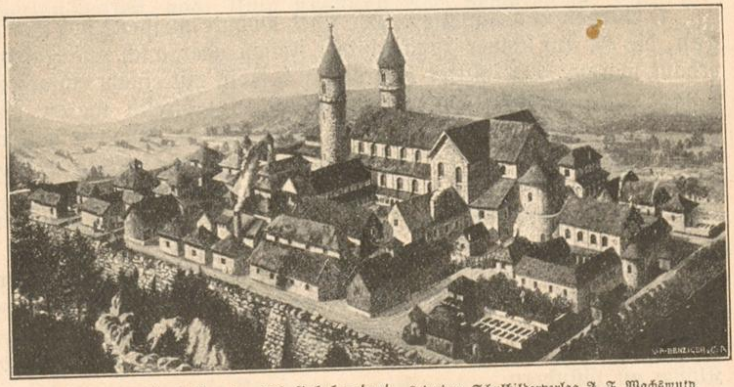
7. Burgen und Schlösser. Der Adel wohnte meistens auf Burgen, die oft auf schwer zugänglichen Felsen oder auch auf Inseln erbaut waren. Der Ritter begnügte sich meist mit einem einfachen Turm und einigen Anbauten. Weniger zahlreich waren die Schlösser mächtiger Fürsten. Ihre ausgedehnten Anlagen hatten starke Ringmauern und tiefe Burggraben, verschiedenartige Wohngebäude, weite Höfe und hohe Türme. Zu ihnen zählen wir z. B. Lenzburg, Kyburg, Chillon. Viele schauen bloß noch als Ruinen in die Täler hinab, andere sind ganz verschwunden.

8. Raubritter. Später artete das Rittertum aus. Viele Ritter lebten nur dem Vergnügen und vernachlässigten die Bewirtschaftung ihrer Güter. Sie verarmten und zogen dann oft als Raubritter ins Tal, um Kaufleute und Reisende, Dörfer, Städte und Klöster zu plündern.

10. Klöster und Ritterorden.

1. Wirksamkeit der Klöster. Nachdem das Christentum im fränkischen Reiche Eingang gefunden hatte, blühten die religiösen Orden rasch auf und wirkten außerordentlich viel Gutes, auch in unserm Vaterlande. Vorerst arbeiteten die Mönche unablässig an der Ausbreitung und Befestigung des christlichen Glaubens. Daneben rodeten sie die Wälder und verwandelten Einöden in fruchtbares Acker- und Gartenland. In der Umgebung der Klöster entfalteten sich Handel und Gewerbe; bei ihnen fand der müde Wanderer freundliche Aufnahme, der Kranke kundige, liebevolle Pflege. Auch errichteten die Mönche Schulen, die jahrhundertelang die einzigen Bildungsstätten blieben. Viele herrliche Gotteshäuser sind heute noch die Zeugen des religiösen Eifers und hohen Kunstsinnes jener Zeit.

2. Die St. Galler Klosterschule. Unter den Klöstern unserer Gegend war das Benediktinerstift St. Gallen das bedeutendste. Seine Besitzungen erstreckten sich bis in den Schwarzwald und ins Elsaß, und seine Schule erfreute sich während ihrer Blütezeit (850 bis 1050) in ganz Deutschland des besten Rufes. Sie zerfiel in eine innere und eine äußere. Die innere Schule bildete die künftigen Mönche heran, die äußere widmete sich der Erziehung anderer Schüler. An der St. Galler Klosterschule wirkten viele berühmte Männer, so Notker der Heilige (der Stammler, 840—912), ein hochbegabter Dichter und Musiker, und Notker Labeo (der Dicklippige, 952 bis 1022), der gelehrteste Mann seiner Zeit. Berühmt waren auch drei Mönche mit dem Zunamen Ekkehard, die als Dichter und Chro-



Das Kloster St. Gallen im IX. Jahrhundert. Leipziger Schulbilderverlag J. F. Wachsmuth.

nikschreiber sich hervortaten. — Die St. Galler Klosterbibliothek, die wertvollste ihrer Zeit, zählte damals 400 Bände und verdankt ihr Werden dem Fleiß der Mönche, die ihre freie Zeit benutzten, um Bücher abzuschreiben und mit Malereien zu zieren.

Johanniterritter.
Glasgemälde im Landesmuseum.

3. Klostergründungen. Neue Benediktinerklöster entstanden in Einsiedeln (am Grabe des hl. Meinrad, gest. 861), Muri (1027, eine Stiftung der Habsburger) und Engelberg (um 1120). Das angesehenste Frauenkloster war die Fraumünsterabtei Zürich. — Vom französischen Benediktinerkloster Cluny (in Burgund) ging zu Anfang des 10. Jahrhunderts eine Bewegung aus zur Wiederherstellung der alten, strengen Ordensregel, die im Laufe der Jahre gelockert worden war. Mehrere Klöster unserer Gegend verschafften der Regel der Cluniacenser Eingang. — Auf dem Großen St. Bernhard errichtete der heilige Bernhard von Menthon das bekannte Chorherrenstift und Hospiz (ums Jahr 1000).

4. Die Kreuzzüge. Im 11. und 12. Jahrhundert ging durch alle abendländischen Völker eine große Erhebung des religiösen Lebens, die ihren gewaltigsten Ausdruck in den Kreuzzügen fand. Siebenmal zogen von 1096 bis 1270 große Heere aus Europa nach Palästina, um das Grab des Erlösers den Händen der Mohammedaner zu entreißen und im Heiligen Lande ein christliches Königreich zu gründen. Auch unser Land beteiligte sich lebhaft an diesen Heerfahrten. Mit Begeisterung nahm man den heiligen Bernhard von Clairvaux auf, der als Prediger des zweiten Kreuzzuges (1146) durch die nördliche Schweiz zog und in Basel, Zürich, Winterthur und Schaffhausen machtvoll zum Volke redete. Nicht nur geistliche und weltliche Herren, sondern auch schlichte Bürger und Bauern rückten in großer Zahl aus zum Kampfe für das Kreuz.

5. Ritterorden. Um die christlichen Pilger im Heiligen Lande zu schützen und zu pflegen und die Ungläubigen zu bekämpfen, bildeten sich um diese Zeit die geistlichen Ritterorden der Johanniter, der Tempelherren und der Deutschritter. Sie besaßen auch in unserer Gegend Niederlassungen (Komptureien), die Johanniter u. a. in Hohenrain (Luzern) und Küßnacht (Zürich), die Deutschritter

oder Kreuzherren in Sumiswald, Köniz (Bern) und Hitzkirch (Luzern), die Templer in Cologny bei Genf. Sie widmeten sich da besonders der Armen- und Krankenpflege.

6. Neue Orden und Klöster. Zu den bestehenden kamen noch neue religiöse Orden. Die Cisterzienser (ein Zweig der Benediktiner, vom hl. Robert in Cistercium oder Citeaux in der Côte d'Or 1098 gegründet) hatten Klöster in Hauterive (Freiburg), St. Urban (Luzern) und Wettingen (Aargau). Sie pflegten neben dem geistlichen Leben besonders die Landwirtschaft. Den Augustiner Chorherren gehörte die Abtei Interlaken. Auch neue Frauenklöster erhoben sich: Fahr auf einer Insel der Limmat (Benediktinerinnen), Eschenbach bei Luzern und Fraubrunnen bei Bern (Cisterzienserinnen), Schänis im Gaster (Augustinerinnen).

Im 13. Jahrhundert bildeten sich die sog. Bettelorden der Franziskaner (Barfüßer) und Dominikaner (Predigerbrüder). Im Laufe der vorhergehenden Jahrzehnte war eine Verweichlichung und religiöse Lauheit eingetreten, zum Teil auch in den Klöstern, die durch Schenkungen und Erbschaft oft große Reichtümer erworben hatten. Die Bettelorden lebten auch als Orden in freiwilliger Armut einzig vom Almosen der Gläubigen. Sie fanden rasch Eingang, namentlich in den Städten, wo sie als Prediger und Seelsorger wirkten. (Vergl. Karte II und VIII im Anhang.)

11. Die Herzoge von Zähringen und ihre Erben.

1. Der Investiturstreit. Im 11. Jahrhundert wurde unser Vaterland als Glied des deutschen Reiches in den Kampf hineingezogen, der zwischen dem deutschen Könige Heinrich IV. und Papst Gregor VII. entbrannte. Er heißt der Investiturstreit, d. i. der Streit, ob der Papst oder der König das Recht habe, Bischöfe und Äbte zu ernennen. Es entstanden auch bei uns zwei Parteien, eine päpstliche und eine königliche. Viele geistliche und weltliche Herren nahmen für den Papst Partei, andere hielten zum Könige. Dadurch gab es langwierige Fehden.

2. Die Herzoge von Zähringen. Am Ausgang des 11. Jahrhunderts war in Oberdeutschland (zu dem das Gebiet der Schweiz gehörte) Herzog Bertold II. von Zähringen das Haupt der päpstlichen Partei. Seine Stammgüter lagen im Breisgau. Aber als Erbe des Grafen Rudolf von Rheinfelden (seines Schwiegervaters) erwarb er ausgedehnte Besitzungen vom Emmental bis an den Genfersee. Später erlangten seine Nachfolger auch

alle Rechte über die Reichsvogtei Zürich (1097) und die Oberhoheit über die Bistümer Genf, Lausanne und Sitten.

3. Städtegründungen. Die Zähringer hatten später gegen geistliche und weltliche Herren der Westschweiz viele Kämpfe auszufechten und gründeten zum Trutz gegen den Adel Städte, versahen sie mit festen Mauern und verliehen ihren Bürgern weitgehende Vorrechte und Freiheiten. Bertold IV. erbaute Freiburg i. Uechtland (um 1177), sein Sohn Bertold V. erhob Burgdorf, Thun, Laupen und Murten zu Städten und legte 1191 den Grund zur Stadt Bern. Bald zogen bedrängte Freie, Hörige und Leibeigene in die Städte, aber auch Angehörige des niedern Adels, die insbesondere die Kriegsmannschaft stellten und die Macht ihres neuen Wohnsitzes hoben. Gleichzeitig entwickelten sich darin rasch Handel und Gewerbe. (Vergl No. 13,3 und Karte II im Anhang.)

4. Die Erben der Zähringer. Als Bertold V. 1218 kinderlos starb, kamen Freiburg i. Ue., Burgdorf und Thun und ihre Umgebung an die Grafen von Kyburg. Zürich, Bern, Solothurn, Laupen und Murten aber wurden reichsfrei, desgleichen verschiedene geistliche und weltliche Herren in der Westschweiz. — Auch in der nördlichen und östlichen Schweiz erstarkte nach dem Tode der Zähringer das Herrentum. So sehen wir um die Mitte des 13. Jahrhunderts unser ganzes Vaterland in der Gewalt einer großen Zahl geistlicher und weltlicher Herren.

Die hervorragendsten Geschlechter unter ihnen waren die Grafen von Kyburg, Savoyen und Habsburg. Die Kyburger hatten zu ihren Gütern beim Stammschloß Kyburg (ob Winterthur) frühzeitig auch den Thurgau erworben. Nach dem Aussterben der Lenzburger (1173) und der Zähringer (1218) vergrößerte sich ihre Macht vom Bodensee bis weit in die Westschweiz hinauf. Gleichzeitig erweiterte Graf Peter von Savoyen sein Gebiet und seine Rechte auf Kosten der Bischöfe von Sitten und Lausanne und zwang die waadtländischen Adeligen, seine Vasallen zu werden. — Vom Nordwesten der heutigen Schweiz her aber suchte ein anderer Großer des Reiches seine Hausmacht zu mehren: der Graf von Habsburg.

12. Rudolf von Habsburg.

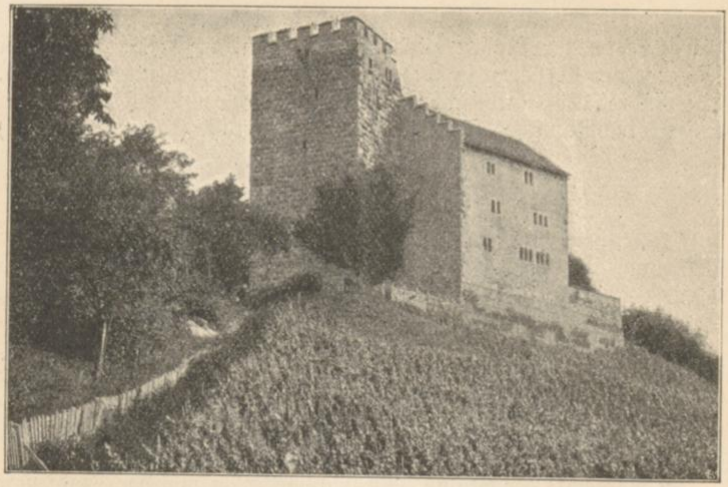
1. Der Graf. Die Stammgüter der Grafen von Habsburg lagen in Windisch, Brugg und Muri. Auf dem Wülpelsberge bei Brugg errichteten sie 1020 die Habsburg. Ihre Ländereien vergrößerten sich rasch, teils im Elsaß, teils als Erben im Gebiete der

Lenzburger. Die Söhne Rudolfs I. teilten die Grafschaft. Albrecht erhielt die aargauischen Stammgüter, Rudolf II. Laufenburg, die Besitzungen im Zürichgau und in der Zentralschweiz.

Graf Rudolf III. (1218—1291) Albrechts Sohn, brachte die reichen Güter der Kyburger durch Erbschaft und Kauf an sich. Darum war seine Macht in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts in der ganzen Nord- und Zentralschweiz sehr groß, und sein Ansehen stieg beim Volke wie bei den Großen des Reiches. Mit den Städten unterhielt er freundschaftliche Beziehungen, schützte sie gegen den umliegenden Adel und verkehrte in leutseliger Weise mit Bürgern und Bauern. Auch seine Frömmigkeit und seine Achtung vor der Religion wurde viel gerühmt. So traf er einst, wie die Überlieferung meldet, auf der Jagd einen Priester, der einem Kranken das heilige Sakrament bringen wollte, aber durch einen stark angeschwollenen Bach aufgehalten wurde. Sogleich stieg der Graf vom Pferde und schenkte es dem Geistlichen, damit dieser rascher zum Kranken gelange und es künftig dem Dienste des Herrn weihe.

König Rudolf von Habsburg.
Grabplatte im Dom zu Speyer.

Im Jahre 1250 starb der deutsche Kaiser Friedrich II., und nach seinem Tode gab es im Reiche kein allgemein anerkanntes Oberhaupt mehr. Diesen Zustand machten sich Fürsten und Herren zunutze, um Güter und Rechte des Reiches an sich zu reißen. Anstatt des Gesetzes herrschten Willkür und Gewalt. Das war die Zeit des Faustrechtes. Das Volk litt schwer unter den fortwährenden Fehden und Raubzügen der Großen. Alles sehnte sich nach Ruhe und Ordnung und nach einem gemeinsamen, starken Oberhaupte. Als solches wurde im Jahre 1273 von den Kurfürsten Graf Rudolf von Habsburg gewählt.



Schloß Habsburg.

2. Der König (1273—1291). Auch als König war Rudolf darauf bedacht, seine Hausmacht zu vergrößern, um den Fürsten und Städten, die fast völlige Selbständigkeit erlangt hatten, als Reichsoberhaupt gewachsen zu sein. Bald bot sich ihm Gelegenheit dazu. König Ottokar, der Beherrscher von Böhmen und Österreich, wollte Rudolf nicht als Oberherrn anerkennen. Dieser schlug ihn in einer entscheidenden Schlacht auf dem Marchfelde bei Wien (26. Aug. 1278), wobei Ottokar seinen Tod fand. Rudolf trennte nun Österreich und die Steiermark und Krain von Ottokars Landen ab und verlieh sie seinen Söhnen Albrecht und Rudolf als erbliches Reichslehen. Dadurch wurde seine Herrschaft — das Haus Habsburg-Österreich — die mächtigste im ganzen Reiche.

3. Ausbreitung der habsburgischen Hausmacht. Daneben vergaß Rudolf keineswegs, auch auf schweizerischem Gebiete seinen Besitz zu erweitern. So gelangten Freiburg i. Ue. und die Vogtei Ursern unter seine Herrschaft. Bern wurde gezwungen, eine Reichssteuer zu zahlen. Für seine Söhne erlangte er das Meieramt über das Land Glarus, das dem Kloster Säckingen gehörte. Vom Kloster Murbach erwarb er 1291 die Herrschaft über Luzern, ebenso kam die Kastvogtei über Einsiedeln und Pfäfers an sein Haus. — So befand sich schließlich das meiste Land zwischen Rhein, Jura und Alpen unter habsburgischer Herr-

schaft, und es war zu erwarten, daß daraus ein einheitliches Fürstentum entstehen werde. Das ahnten die freiheitsliebenden Männer der Urschweiz und wehrten sich für ihre Unabhängigkeit. Als Rudolf 1291 starb, schlossen sie den ewigen Bund, aus dem unser republikanisches Staatswesen erwachsen ist. (Verg. Karte III.)

13. Bürger und Bauern.

1. Ursprung der Städte. Unsere Städte haben verschiedenen Ursprung. Basel, Solothurn, Lausanne, Genf, Sitten und Chur — die ältesten — knüpfen an römische Niederlassungen an. Andere bildeten sich im Anschluß an ein Chorherrenstift oder Kloster, z. B. Zürich, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen. Ferner gründeten weltliche Herren neue Städte, so die Zähringer Freiburg und Bern, der Burgunderkönig Rudolf II. Neuenburg, oder verliehen bestehenden Ortschaften das Stadtrecht, z. B. erhielt es Frauenfeld von den Kyburgern.

2. Vorrechte der Städte. Ein wichtiges Merkmal der Stadt war das Marktrecht, d. h. die Befugnis, zu gewissen Zeiten große Märkte (sog. „Messen") abzuhalten. Zum Schutze der Stadt umgab man sie mit Befestigungen, Ringmauern, Türmen, Wallgräben. Deswegen nannte man diese Orte auch Burgen, und ihre Bewohner Burger oder Bürger. Als die Städte sich nach und nach von ihren Oberherren freizumachen wußten, wählten sie ihre Obrigkeit, den Rat, selber, mit dem Bürgermeister oder Schultheißen an der Spitze. Viele Städte erlangten im Laufe der Jahre bedeutende Rechte, so die Gerichtsbarkeit, das Münz- und Zollrecht, und waren niemand mehr untertan als dem Kaiser, also reichsfrei.

3. Städtisches Leben. Die Bürger gliederten sich nach Ständen. Die Edelleute und die freien Grundbesitzer, die oft auch Handel trieben, hatten allein das Recht, in den Rat gewählt zu werden. Die Handwerker waren anfänglich unfrei und besaßen keinen Anteil an der Stadtverwaltung. Später aber wurde jeder Unfreie ein Jahr nach seiner Niederlassung in der Stadt frei. Deshalb mehrte sich der Handwerkerstand, und da zugleich durch die Zunftverfassung sein Wohlstand und Ansehen sich hob, so erhielt er auch Anteil an der öffentlichen Verwaltung.

Im Mittelalter sahen unsere Städte vielfach anders aus als heute. Die Gassen und Straßen waren meist eng, krumm und ungepflastert. Die hölzernen Häuser fingen mit ihren Schindeldächern leicht Feuer. Alle Schweizerstädte zählten damals viel weniger

Einwohner als heute. Manche ihrer Insassen trieben auch Landwirtschaft, darum gab es zwischen den Häusern nicht selten Scheunen, und kleine Viehherden belebten die Straßen und Plätze.

4. Bäuerliche Rechtsverhältnisse. Unter den Bauern gab es im 13. Jahrhundert zwar noch viele Freie, die auf eigenem Grund und Boden wohnten und unmittelbar unter dem Landgrafen standen. Sie hatten manche Vorrechte und ein eigenes Gericht, das — wie sein Vorsteher, der Ammann — aus Angehörigen ihres Standes und Kreises gewählt wurde. Aber die meisten Freien hatten im Laufe der Jahre ihre Unabhängigkeit eingebüßt und waren entweder Zinsleute eines Herrn oder standen als Vogtleute unter der niedern Gerichtsbarkeit eines Vogtes. In beiden Fällen mußten sie Abgaben entrichten, Korn, Hühner,

Ländliches Fest. Aus Diebold Schillings Chronik Bürgerbibliothek in Luzern.

Schweine usw. Daneben gab es von altersher noch Hörige und Leibeigene. Doch verbesserten auch diese ihr Los, kauften sich von ihren Lasten los und wurden freie Eigentümer ihres Grundstückes. Die Gotteshausleute (die unter einem geistlichen Stifte standen) erfreuten sich unter allen Unfreien der mildesten Behandlung und genossen viele Vorrechte. Daher kam das Sprichwort auf: „Unterm Krummstab ist gut wohnen."

5. Das Leben auf dem Lande. Die Bauern führten ein sehr einfaches, stilles Leben. Ihre Wohnungen waren ärmlich. Bei Mißernten entstand nicht selten Hungersnot, denn die Straßen waren schlecht und die Zufuhr mühsam. Jede Familie verfertigte ihre Kleider und Werkzeuge selbst, weil es auf dem Lande keine Handwerker und Kaufleute gab. Dann und wann erschien ein Hausierer mit Gewürzen und Schmuckgegenständen im Dorf, oder auch ein Reisender oder Bote oder Spielmann. Von ihnen erfuhr man die Neuigkeiten aus der übrigen Welt. Einige Abwechslung in das einförmige Landleben brachten kirchliche Feste, z. B. das Kirchweihfest, das zu einem Tage allgemeiner Belustigung wurde.

6. Die Markgenossenschaft. Noch aus alemannischer Zeit stammte die Allmend- oder Markgenossenschaft. Mehrere Dörfer, Weiler oder Höfe besaßen nämlich gemeinsam unverteiltes Wald- und Weideland, worauf Freie und Unfreie Anspruch hatten. Zu bestimmten Zeiten versammelten sich alle Bauern, um die Nutzung dieser Gemeindegüter zu regeln. Doch wurden dabei auch andere Angelegenheiten besprochen und erwogen, wie man den Übergriffen der großen Grundbesitzer oder Vögte entgegentreten könne. So entstand aus der Allmendgenossenschaft allmählich die Ortsgemeinde und deren Freiheit, die die Grundlage der Eidgenossenschaft geworden ist.

Das Rütli.

Zweiter Zeitraum.

Von der Gründung der schweizerischen Eidgenossenschaft bis zur Reformation (1291—1519).

14. Die drei Waldstätte.

1. Die ersten Ansiedelungen. Die drei Urkantone, Uri, Schwyz und Unterwalden, waren in keltischer und römischer Zeit sehr spärlich bewohnt. Auch die Alemannen siedelten sich anfänglich meist im Mittelland an und drangen erst später in größerer Zahl in die Bergtäler ein. Nach und nach entstanden auch dort Weiler und Dörfer, und die Wälder wurden gelichtet. Die neuen Ansiedler waren teils Freie auf eigenem Grund und Boden, teils Vogt- und Zinsleute.

2. Uri. Ein ansehnlicher Teil des heutigen Kantons Uri wurde im Jahre 853 von König Ludwig dem Deutschen an das Fraumünster in Zürich verschenkt, das sich später dort noch andere Besitzungen erwarb. Die „Meier" (Verwalter) zogen im Namen der Äbtissin die Abgaben ein und verwalteten gemeinsam mit dem Ammann die niedere Gerichtsbarkeit. Die hohe Vogtei hatte der

Reichsvogt von Zürich (der Graf von Lenzburg, später der Herzog von Zähringen) inne, der zugleich Kastvogt des Klosters war. Er kam jährlich zweimal nach Altdorf, um dort unter der Linde Gericht zu halten. Die Bewohner dieses Gebietes waren also unfreie Gotteshausleute. Neben ihnen lebten freie Bauern, so im Schächental, und einige Adelige, z. B. die Freiherren von Attinghausen. — Freie und Unfreie hatten Anteil an der Allmend und bildeten eine einzige Markgenossenschaft, die ihre Zusammengehörigkeit förderte und festigte.

3. Schwyz. Die Umgebung von Schwyz und das Muotatal bewohnten meistens freie Bauern; doch hatten das Kloster Ein-

Siegel von Uri, Schwyz und Unterwalden.

siedeln und die Grafen von Lenzburg dort auch Besitzungen. Die letztern übten als Grafen des Zürichgaues, zu dem Schwyz und Nidwalden gehörten, auch die hohe Gerichtsbarkeit über die Freien aus. Hingegen waren alle Einwohner Glieder der Markgenossenschaft (Korporationsgemeinde).

4. Unterwalden. Ebenfalls unter der Oberhoheit der Lenzburger standen die Talleute von Unterwalden, das damals schon in Ob- und Nidwalden zerfiel. Neben den Zinsleuten der Lenzburger finden wir auch Untertanen der Stifte Engelberg, Murbach-Luzern und Muri, aber auch Freie, besonders in Sarnen und Stans, und mehrere Ritter, z. B. die von Winkelried. In Unterwalden bestanden mehrere Markgenossenschaften.

5. Die Waldstätte unter den Habsburgern. Im Laufe der Jahre gelangten die Waldstätte unter die Herrschaft der Habsburger, die teils als Landgrafen und Kastvögte, teils als Grundherren ihre Rechte ausübten. Dadurch kam die Urschweiz in Gefahr, ein erbliches Untertanenland dieses aufstrebenden Geschlechtes zu werden. (Vergl. Karte III im Anhang.)

15. Die ersten Freiheitsbriefe und Bündnisse der Eidgenossen.

1. Uri wird reichsfrei (1231). Die Waldstätte suchten sich den Machtgelüsten der Habsburger zu entziehen. Uri wandte sich an den deutschen König Heinrich, der in Abwesenheit seines Vaters, des Kaisers Friedrich II., das Reich verwaltete. Im Jahre 1231 gab Heinrich dem Lande Uri, das seit 1218 als Pfand den Habsburgern gehört hatte, die Reichsfreiheit zurück. Es stand von da an nur mehr unter dem König, und später schickte dieser sogar keinen Reichsvogt mehr ins Land, sondern übertrug dessen Rechte dem Ammann oder Landammann. Aus der Markgenossenschaft entstand die Landsgemeinde, die die Geschäfte des Landes verwaltete.

2. Freiheitsbrief der Schwyzer (1240). Inzwischen hatte sich Kaiser Friedrich II. mit dem Papste entzweit und wurde von ihm mit dem Kirchenbanne belegt. Graf Rudolf II. von Habsburg, der Onkel des spätern Königs, nahm Partei für den Papst, während Schwyz und Unterwalden zum Kaiser hielten (1239—1244). Die Schwyzer schickten Boten an den Kaiser, der damals in der Lombardei Krieg führte, um ebenfalls die Reichsfreiheit zu erbitten. Friedrich gewährte sie ihnen (1240); der Graf von Habsburg anerkannte jedoch diesen Freibrief nicht, weil der gebannte Kaiser nicht mehr berechtigt war, ihn auszustellen.

3. König Rudolf und die drei Länder. Rudolf III. von Habsburg bestätigte nach seiner Wahl zum deutschen König nur den Freiheitsbrief der Urner. Doch waren auch die Schwyzer reichsunmittelbar, weil Rudolf in ihrem Gebiete die gräflichen Rechte selber ausübte. Er wählte die vier Ammänner (später einen Landammann) aus den einheimischen Geschlechtern. Unterwalden dagegen hatte keinerlei Selbständigkeit und seufzte (wie die übrigen Urstände) unter den hohen Steuern des Königs.

4. Der ewige Bund von 1291. In der Zeit von 1239—1244 führten die Waldstätte heftige Fehden gegen die Habsburger. Deren Amtsleute wurden vertrieben und manche Burgen zerstört (z. B. Rotzberg). Damals schlossen die Urkantone, und wahrscheinlich auch Luzern, ihr erstes Bündnis, vermutlich auf dem Rütli; doch sind uns die Urkunden darüber nicht erhalten. Nach kurzer Waffenruhe erhoben sich Schwyz und Unterwalden neuerdings (1245), mußten aber 1252 die Herrschaft der Habsburger wieder anerkennen.

Als Rudolf 1291 starb, befürchteten die drei Länder neue kriegerische Verwicklungen und erneuerten aus Besorgnis über die zu-

nehmende Macht des Hauses Habsburg zu Anfang August ihr altes Bündnis und erweiterten es zu einem ewigen Bund, der die Grundlage der Eidgenossenschaft wurde. Darin gelobten sie, einander mit Rat und Tat gegen jeden beizustehen, der ihre alten Rechte und Freibriefe antasten würde, und keinen Herrn anzuerkennen, der sein Amt erkauft oder nicht im Lande seinen Wohnsitz hätte. Der rechtmäßigen Obrigkeit sollte jedermann gehorchen und jeder seinem Herrn die Dienste leisten, die er ihm schuldete; Streitigkeiten unter den Verbündeten hatten selbstgewählte Schiedsrichter zu schlichten. Dieses Versprechen bekräftigten sie mit einem feierlichen Eide. Seither nannten sie sich Eidgenossen. Diese älteste schriftliche Bundesurkunde ist in lateinischer Sprache abgefaßt und befindet sich im Staatsarchiv in Schwyz.

5. Adolf von Nassau. Als Nachfolger Rudolfs wählten die Kurfürsten nicht dessen Sohn Albrecht, sondern den Grafen Adolf von Nassau zum deutschen Könige (1292). Dieser bestätigte 1297 den Urnern und Schwyzern ihre Freiheitsbriefe, weshalb die Waldstätte zu ihm hielten. Aber Adolf geriet bald mit den Kurfürsten in Streit und wurde von ihnen abgesetzt. Im Jahr 1298 fiel er bei Göllheim (Pfalz) im Kampfe gegen seinen Nebenbuhler Albrecht.

6. König Albrecht I. (1298—1308). Hierauf wurde nun Albrecht zum Könige gewählt. Er war ein tüchtiger, aber strenger Herrscher und deshalb nicht beliebt. Die Freibriefe der Urner und Schwyzer bestätigte er nicht; vielmehr suchte er die Rechte des Hauses Habsburg in den Waldstätten zu wahren und zu mehren. Doch blieben die Leute von Uri und Schwyz auch unter seiner Herrschaft ziemlich selbständig und ordneten ihre öffentlichen Angelegenheiten an der Landsgemeinde selber. Die alten Urkunden nennen uns um diese Zeit folgende Landammänner aus einheimischen Geschlechtern: in Uri Werner von Attinghausen, in Schwyz Rudolf Stauffacher, in Unterwalden Rudolf von Ödisried (den ersten dieses Gebietes). — Am 1. Mai 1308 wurde König Albrecht von seinem Neffen Johann und dessen Verschworenen bei Windisch ermordet.

7. Unterwalden wird reichsfrei (1309). Der Nachfolger Albrechts auf dem deutschen Königsthron war Heinrich von Luxemburg (1308—1313). Auf die Bitten der Waldstätte erneuerte er die Reichsfreiheit der Urner und Schwyzer und verlieh auch den Unterwaldnern einen Freibrief (1309). Jetzt waren alle drei Länder reichsfrei.

16. Der Morgartenkrieg (1315).

1. Ursachen. Als Heinrich VII. starb (1313), konnten sich die Kurfürsten über die Wahl seines Nachfolgers nicht einigen. Die einen wählten Ludwig von Bayern, die andern Friedrich von Österreich (Albrechts Sohn) zum Könige. Dadurch entstand ein unheilvoller Krieg im Reiche. Die Waldstätte stellten sich auf die Seite Ludwigs, was die Österreicher erbitterte. — Ferner hatten die Schwyzer seit alter Zeit Grenzstreitigkeiten mit dem Kloster Einsiedeln, das unter Österreichs Kastvogtei stand. Im Jahre 1314 erlaubten sie sich neue Gewalttaten gegen das Kloster. — Für all das wollten sich die Österreicher rächen und die widerspenstigen Bauern mit dem Schwert zum Gehorsam zwingen.

2. Vorbereitungen zum Kampfe. Herzog Leopold I., Friedrichs jüngerer Bruder, zog Ende Oktober 1315 vom Aargau her mit einem wohlgerüsteten Heere von 9,000 Rittern und Bürgern gegen die Waldstätte heran; auch Luzern und Zürich mußten Zuzug leisten. Er wollte den Feind gleichzeitig von mehreren Seiten angreifen. Otto von Straßberg (Stammburg westlich von Grenchen im Solothurner Jura), der österreichische Vogt zu Unterseen, sollte vom Brünig her in Obwalden einfallen, Luzern vom See aus Uri und Unterwalden bedrohen. Leopold selbst gedachte die Schwyzer zu überraschen und zog von Zug aus gegen Ägeri und Morgarten, währenddem er Scheinangriffe gegen die Letzi bei Arth vornehmen ließ. Nach der Überlieferung hat ein Ritter von Hünenberg im österreichischen Heere, der mit den Schwyzern befreundet war, des Nachts einen Pfeil über die Landesmark geschossen, an dem ein Zettel mit den Worten hing: „Hütet euch am Morgarten am Tage vor St. Othmar!" Nun besetzten etwa 1500 Eidgenossen (in Mehrheit Schwyzer), die Höhen von Sattel und Morgarten.

3. Die Schlacht am Morgarten. In der Morgenfrühe des 15. Novembers zogen die Österreicher, voran die Reiterei, dem Ägerisee entlang — auf einem Wege, der östlich vom Morgartenberg, westlich von Sümpfen begrenzt war, — gegen die Schwyzergrenze heran. Eine Abteilung Schwyzer verwehrte ihnen an der Landesgrenze den Durchpaß. Gleichzeitig griffen die übrigen Eidgenossen an, die auf den Höhen Stellung genommen hatten. Sie rollten an verschiedenen steilen Stellen große Felsblöcke und Baumstämme in die feindliche Reiterei hinein und brachten sie in arge Verwirrung. Unterdessen fielen andere Abteilungen der Eidgenossen

dem Feinde in die Flanke und in den Rücken. Die Reiter konnten sich nicht erfolgreich zur Wehr stellen, weil die Halde zu steil und der Weg zu schmal war, und wurden gegen den See gedrängt, während die Eidgenossen mit ihren kurzen Schlagwaffen unter den Österreichern ein großes Blutbad anrichteten oder sie in den Sumpf und See trieben. Über 1500 Ritter kamen ums Leben. Das Fußvolk, das erst nachrücken wollte, wandte sich zur Flucht; auch Herzog Leopold floh in wildem Schrecken bis nach Winterthur. — Graf Otto von Straßberg wurde in Alpnach von einer Schar Eidgenossen ereilt und geschlagen und verunglückte auf der Flucht nach Luzern.

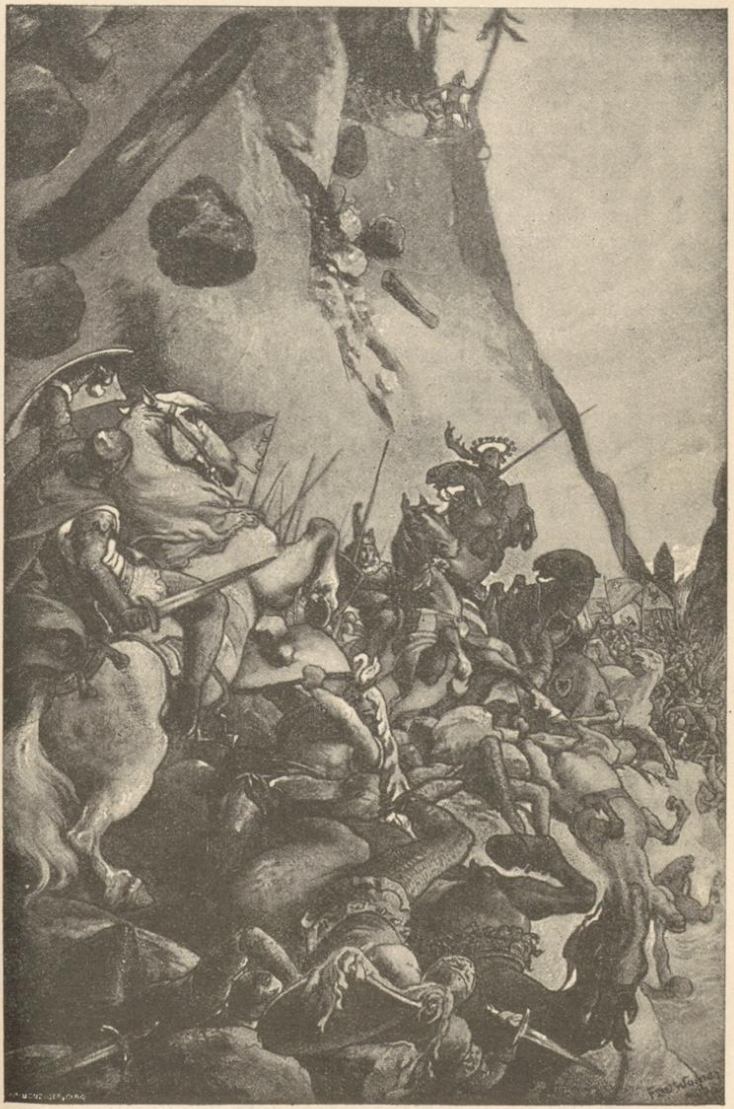
4. Der Bund von 1315. Diese erste Freiheitsschlacht war die Bluttaufe der jungen Eidgenossenschaft. Zum Danke gegen Gott beschlossen die Sieger, diesen Tag wie einen Apostelfeiertag zu begehen. — Am 9. Dezember 1315 traten die Boten der drei Orte in Brunnen zusammen und erneuerten und erweiterten den ewigen Bund. Im folgenden Jahre bestätigte König Ludwig von Bayern alle Freiheitsbriefe der Eidgenossen.

17. Die Entstehung der Eidgenossenschaft.

(Wie sie die Überlieferung darstellt.)

Vorbemerkung. Die Ereignisse, durch welche die Waldstätte zur Freiheit gelangten, wurden von den Zeitgenossen nur zum kleinsten Teil aufgezeichnet. Doch lebte die Kunde hievon im Volke fort. Aber manches wurde bei dieser mündlichen Überlieferung vergessen, anderes hinzugefügt oder verwechselt und zeitlich verschoben. Das „Weiße Buch" zu Sarnen (eine Chronik, die ums Jahr 1470 entstand) verarbeitete die im Volksmunde fortlebenden Erzählungen zu einem einheitlichen Ganzen; darin sind aber vor allem die Zeitangaben unrichtig. Der Glarner Chronist Ägidius Tschudi (1505—1572) schmückte diese Geschichten weiter aus. Erst später (seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts) suchte man auf Grund der vorhandenen Urkunden der geschichtlichen Wahrheit näher zu kommen. Die Chronik von Tschudi erzählt uns über die Entstehung der Eidgenossenschaft folgendes:

1. Von den österreichischen Vögten. Die Bewohner der Waldstätte waren von altersher keinem Herrn untertan. Sie begaben sich aber freiwillig unter den Schutz des deutschen Kaisers. Als König Albrecht den deutschen Thron bestieg, schickten die drei Länder Boten an ihn und ließen ihn bitten, er möge ihnen ihre Freiheitsbriefe bestätigen und ihnen wieder einen Reichsvogt schicken, wie sein Vater



Die Schlacht am Morgarten. Wandgemälde von F. Wagner am Rathaus in Schwyz.

getan habe. Albrecht verweigerte ihnen beides und sandte ihnen statt des Reichsvogtes zwei österreichische Vögte, die wider Recht und Brauch im Lande selbst Wohnsitz nahmen. Hermann Geßler von Bruneck schaltete über Schwyz und Uri und wohnte auf der Burg zu Küßnacht. Er begann auch bei Silenen den Bau einer Burg, die er spöttisch Zwing-Uri nannte. Beringer von Landenberg herrschte über Unterwalden und hauste auf der Burg zu Sarnen. Beide waren harte Tyrannen. Die Steuern wurden erhöht, neue Zölle eingeführt, die Frondienste vermehrt und die kleinsten Vergehen überaus schwer bestraft. Auch die Untervögte verübten ruchlose Taten, so der Burgvogt zu Schwanau und Junker von Wolfenschießen auf dem Rotzberg.

2. Gewalttaten der Vögte. Im Melchtal (Unterwalden) wurde Arnold, der Sohn des Heinrich Anderhalden, wegen eines geringen Fehlers um ein Paar Ochsen gebüßt. Ein Knecht des Vogtes wollte die Ochsen gleich vom Pfluge wegnehmen, indem er sprach: „Wenn die Bauern künftig Brot essen wollen, so können sie den Pflug selber ziehen.“ Darob erzürnte der Sohn und schlug dem Spötter mit einem Stocke zwei Finger entzwei, floh dann aber aus Furcht vor der Rache des Vogtes nach Uri. Dieser ließ den alten Vater Heinrich ergreifen und ihm beide Augen ausstechen, als er nicht angeben konnte, wohin der Sohn geflohen sei. — In Alzellen (im Tal der Engelberger-Aa) erschlug Konrad Baumgarten den Junker von Wolfenschießen, als dieser das brave Weib des Bauern in frecher Weise belästigte.

3. Geßler und Werner Stauffacher. Eines Tages ritt Geßler zu Steinen (Schwyz) am neuen Hause des angesehenen Werner Stauffacher vorüber und fragte hochmütig, wem das Haus gehöre. Stauffacher antwortete: „Es ist meines Herrn, des Kaisers, Euer und mein Lehen.“ Höhnisch rief der Vogt: „Ich bin hier an des Kaisers Statt und will nicht, daß die Bauern so schöne Häuser bauen und tun, als ob sie die Herren wären im Lande.“ Werner wurde bei diesen Worten traurig. Aber seine Frau Margareta Herlobig gab ihm den Rat, sich mit vertrauten Männern in Uri und Unterwalden zu beraten, wie sie das fremde Joch abschütteln können. Stauffacher begab sich alsbald nach Uri zu Walter Fürst, einem edeln, erfahrenen Manne, und traf dort auch den flüchtigen Arnold Anderhalden. Sie beschlossen, jeder von ihnen solle in seinem Lande noch zehn mutige und vertraute Männer für ihre Sache gewinnen.

4. Der Rütlischwur. Am Mittwoch vor Martini (7. November) kamen die Vertreter der drei Länder zur Nachtzeit auf dem Rütli zusammen und gelobten bei Gott und den Heiligen, in allen Sachen gemeinsam zu handeln, für die Freiheit des Landes Gut und Blut einzusetzen und die schuldigen Abgaben auch fernerhin zu entrichten, aber die Vögte (wenn möglich, ohne Blutvergießen) zu vertreiben. Am Neujahrsmorgen 1308 sollte dieser Beschluß ausgeführt werden.

5. Der Apfelschuß. Geßler ließ zu Altdorf auf dem öffentlichen Platze einen österreichischen Herzogshut auf einer Stange aufhängen und befahl, jeder Vorübergehende solle vor dem Hute sein Haupt entblößen. Daran wollte er prüfen, wer österreichisch gesinnt sei, und wer nicht. Wilhelm Tell, ein trefflicher Bogenschütze aus Bürgeln, ging mit seinem Knaben an dem Hute vorüber, ohne ihm die befohlene Ehre zu erweisen. Die aufgestellte Wache führte ihn deshalb vor den Vogt, der ihm befahl, zur Strafe seinem eigenen Kinde einen Apfel vom Kopfe zu schießen. Tell bat, man möge ihm die Strafe erlassen. Geßler aber drohte, er werde ihn mit dem Kinde töten lassen. Da betete Tell zu Gott, steckte noch einen zweiten Pfeil in den Köcher, zielte und schoß den Apfel mitten durch. Das Volk jubelte; der Vogt aber fragte Tell, was jener zweite Pfeil zu bedeuten habe, und

Der Schwur im Rütli. Fresko von E. Stückelberg in der Tellskapelle.

versicherte ihn des Lebens, wenn er die Wahrheit sage. Tell antwortete: „Hätte der erste Pfeil mein Kind getroffen, dann hätte der zweite Euer Herz nicht gefehlt."

6. Geßlers Tod. Geßler wurde bleich vor Wut und ließ Tell gebunden nach Flüelen auf ein Schiff bringen und wollte ihn zu Küßnacht in den Kerker werfen. Da erhob sich ein heftiger Sturm, und die Schiffsleute erklärten, nur Tell als kundiger Fährmann vermöge das Schiff vor dem Untergange zu retten. Tell wurde losgebunden und lenkte das Fahrzeug nach einer Felsplatte am Axenberge, ergriff die Armbrust, sprang aus dem Schiffe und stieß es in die Wellen zurück. Dann eilte er nach der hohlen Gasse ob Küßnacht und erwartete dort den Vogt, der sich aus dem Sturme hatte retten können. Als Tell seinen Todfeind heranreiten sah, erschoß er ihn.

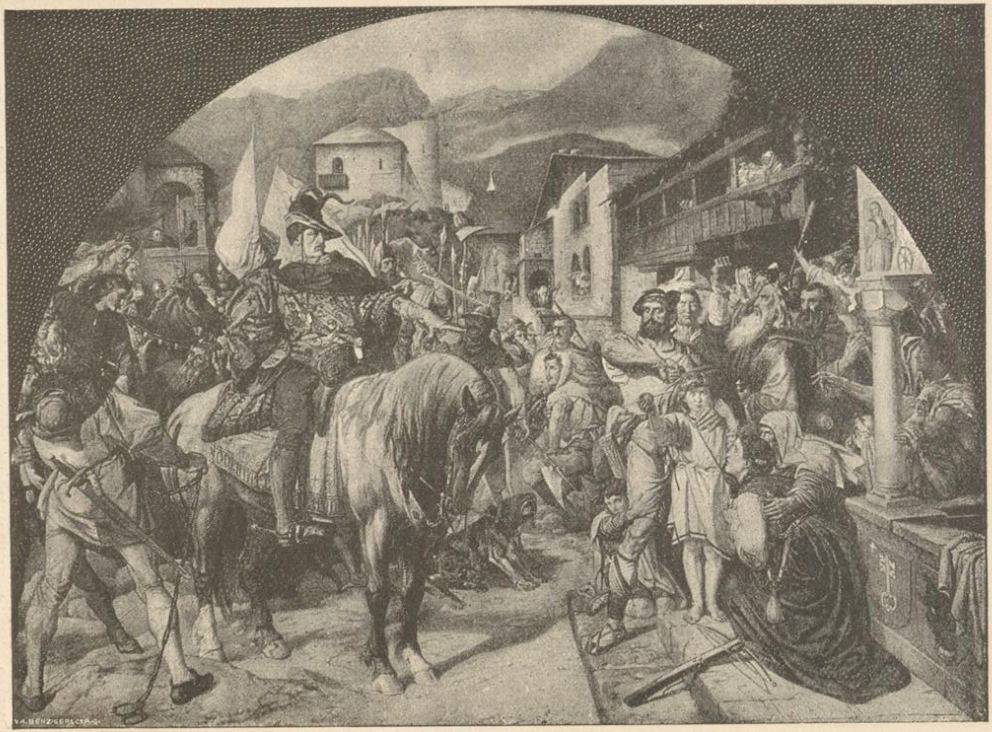
7. Die Vertreibung der Vögte. In der Neujahrsnacht 1308 zog eine Magd auf dem Rotzberg einen befreundeten Jüngling an einem Seile in die Burg hinauf. Dieser überfiel mit zwanzig vertrauten Freunden am frühen Morgen die Burgknechte, und sie zerstörten die Burg. — Am gleichen Morgen brachten Landleute von Sarnen dem Vogt Landenberg Geschenke. Dieser begegnete ihnen auf dem Wege und wies sie freundlich in die Burg hinauf, da sie keine Waffen trugen. Als sie aber in der Burg waren, überwältigten und fesselten sie die Torwächter und Kriegsknechte und steckten die Burg in Brand. Der Vogt wurde gefangen genommen und mußte auf der Landesgrenze den Eid schwören, das Land nie mehr betreten zu wollen. — Zu gleicher Zeit erstürmten und zerstörten die Schwyzer die Burgen Schwanau und Küßnacht und die Urner die Feste Silenen. Feuerzeichen verkündeten auf den Bergen den Sieg der drei Waldstätte über ihre Unterdrücker.

8. Albrechts Tod. Als König Albrecht vernahm, was in den drei Ländern geschehen war, sammelte er viel Kriegsvolk und kam auf sein Schloß zu Baden, um von dort aus in die Waldstätte vorzudringen und sie zu züchtigen. Allein sein plötzlicher Tod vereitelte die Ausführung des Planes und so blieb die Freiheit der Waldstätte bestehen.

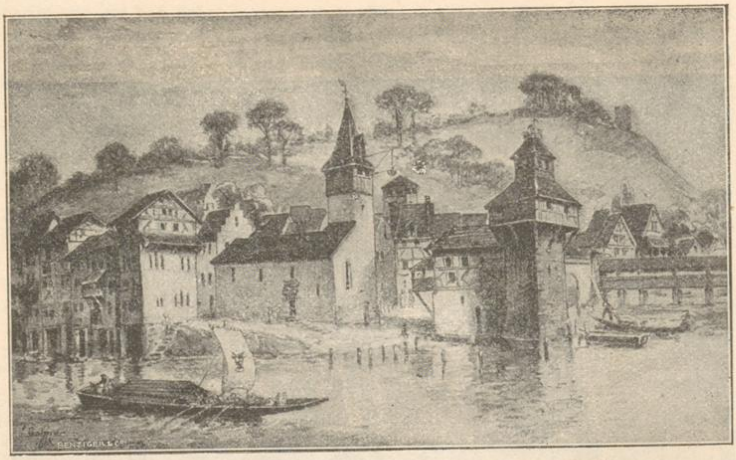
18. Der Vierwaldstätterbund (1332).

1. Luzerns Ursprung und Entwicklung. Die Stadt Luzern war ursprünglich ein alemannisches Fischerdorf. Im 8. Jahrhundert entstand dort das Benediktinerstift St. Leodegar im „Hof". Dorf und Stift gehörten dem Kloster Murbach im Elsaß, dessen Mönche wahrscheinlich das Stift gegründet haben. Im 12. Jahrhundert erhielt Luzern das Stadtrecht (das Recht zur Befestigung, Marktrecht, Zollfreiheiten, eigenes Verwaltungsrecht usw.), und als der Gotthardpaß mehr bekannt und begangen wurde, mehrte sich sein Wohlstand, indem es den Güteraustausch zwischen Italien und Deutschland vermittelte. Gleichzeitig erhielt Luzern von seinem geistlichen Oberherrn viele Rechte und Freiheiten.

2. Der Vierwaldstätterbund. Kurz vor seinem Tode (1291) erwarb König Rudolf von Habsburg alle Rechte über Luzern, das dadurch unter Österreich kam und von dessen Amtsleuten, den Vögten zu Rothenburg, in seinen Freiheiten bedroht



Tells Apfelschuß. Fresko von E. Stückelberg in der Tellskapelle.



Luzern im XIII. Jahrhundert. Partie um die Peterskapelle.
Nach Diebold Schillings Chronik rekonstruiert von Jos. Balmer.

wurde. Bei der feindseligen Haltung Österreichs gegen die drei Waldstätte erlitten die Luzerner großen Schaden, indem sie oft genötigt wurden, ihre guten Handelsbeziehungen zu den drei Ländern abzubrechen und gegen diese ins Feld zu ziehen. Um solchen Übelständen abzuhelfen, schloß sich Luzern am 7. November 1332 dem ewigen Bunde der Eidgenossen an. Auch die Dörfer Weggis und Gersau traten ihm bei. Das war der Vierwaldstätterbund.

3. Die Mordnacht in Luzern. Bald entbrannte ein Kampf zwischen der Stadt und den österreichischen Amtsleuten. Die Luzerner hatten in diesen Fehden wenig Glück und mußten einstweilen sich der Herrschaft Österreichs fügen. Auch in der Stadt selber gab es noch österreichisch Gesinnte. Diese beschlossen, die Anhänger der Eidgenossen zur Nachtzeit zu überfallen, den Bund mit den Ländern zu lösen und Luzern wieder völlig den Österreichern auszuliefern. Indessen wurde ihr Plan verraten (1343). Nach der Sage belauschte ein Knabe die Verschworenen unter der Egg, wurde aber ertappt und mußte geloben, über den Anschlag keinem Menschen etwas zu sagen. Er schlich sich unbemerkt davon, begab sich in die Zunftstube der Metzger und erzählte dort dem Ofen, was er keinem Menschen sagen durfte. Die anwesenden Bürger leiteten rasch eine Gegenwehr ein. Die Verschworenen wurden gefangen genommen und aus der Stadt verbannt; Luzern aber blieb eidgenössisch.

19. Berns Kampf gegen den Adel (1339).

1. Berns Aufschwung und Adel. Die Stadt Bern war seit 1218 reichsfrei; ihre Bürger zeichneten sich durch Unternehmungsgeist, Klugheit und kriegerischen Sinn aus. Sie erweiterten ihr Gebiet außerhalb der Stadt, kämpften gegen den Adel der Umgebung und zwangen verschiedene Ritter, einen Teil ihrer Rechte und Güter an die Stadt abzutreten und Bürger von Bern zu werden. So gewannen sie das Hasletal, Laupen und andere Orte und Landschaften. Die Waldstätte, Solothurn und Biel hatten sich mit Bern ebenfalls verbündet.

2. Vorbereitungen zum Kampfe. Um der Macht der aufstrebenden Stadt entgegenzutreten, vereinigten sich (1336) die Grafen von Greyerz, Neuenburg, Nidau, Kyburg u. a., um das verhaßte Bern gemeinsam anzugreifen. Auch das benachbarte Freiburg schloß sich ihnen an. Die Herzoge von Österreich begünstigten den Bund des Adels, ohne selber gegen die Stadt vorzugehen. Bald darauf wurde über den deutschen König Ludwig von Bayern vom Papste der Kirchenbann verhängt. Darum wollten ihn die Berner nicht als Kaiser anerkennen. Ludwig erklärte ihnen deshalb den Krieg und forderte im Namen des Reiches die Städte und Herren vom ehemaligen Burgund (im südlichen Jura und in der Waadt) zum Kampfe gegen Bern auf. Diese folgten freudig und rasch seinem Rufe.

Im Frühjahr 1339 sammelten sich die Feinde Berns vor Laupen, 16,000 Mann zu Fuß und über 1000 Reiter. Doch Bern verzagte nicht. Stadtpfarrer Theobald Baselwind ermahnte die Bürger zum mutigen Kampfe gegen den gebannten Kaiser und zum Vertrauen auf Gott und die gerechte Sache. Laupen wurde durch Johann von Bubenberg (den Sohn des erfahrenen und tatkräftigen Bürgermeisters von Bern) mit seinen Getreuen tapfer verteidigt. Unterdessen sammelte der bernische Befehlshaber Rudolf von Erlach 6000 tapfere Männer, darunter auch Hilfstruppen aus Solothurn, den Waldstätten und dem Oberland, um Laupen zu entsetzen.

3. Die Schlacht bei Laupen. Am 21. Juni 1339 zog Erlach mit seinen Truppen gegen Laupen heran, voraus der Stadtpfarrer Baselwind mit dem Allerheiligsten in der Monstranz. Sie besetzten eine Anhöhe östlich des Städtchens; die Feinde hatten sich in der Ebene zur Schlacht aufgestellt. Nachdem der Kampf mit Steinwürfen der Berner eröffnet worden war, drängten sich die Adeligen

den Abhang hinan. Doch wurden ihre Reihen bald durchbrochen, und nach anderthalb Stunden hatten die Berner völlig gesiegt. Unter den 1500 gefallenen Feinden befanden sich viele Führer des Adels. Die Sieger machten reiche Beute an Bannern, Waffen und Kostbarkeiten. Zum Andenken an diesen Sieg gelobten sie, den 10,000 Rittertag (an dessen Vorabend sie ihn erfochten) künftig als kirchlichen Festtag zu begehen. Den Freunden aus den Waldstätten versprachen sie, ihre treue Hilfe nie vergessen zu wollen.

4. Friede. Der Schlacht bei Laupen folgten noch viele Raubzüge und Fehden, die alle für die Berner gut verliefen, sodaß der Spruch aufkam: „Gott selbst ist Bürger von Bern geworden". Ende 1340 wurde endlich Friede geschlossen; darin behauptete Bern seine Macht und Unabhängigkeit.

20. Erweiterung der Eidgenossenschaft zum Bund der acht alten Orte.

A. Zürich wird Bundesglied (1351).

1. Verfassungsänderung in Zürich. Die Stadt Zürich, die ihre rasche Entwicklung hauptsächlich der königlichen Pfalz und den beiden Stiften Großmünster und Fraumünster verdankte, war 1218 reichsfrei geworden. Zu Anfang des 14. Jahrhunderts hatten einige Rittergeschlechter und reiche Familien alle öffentliche Gewalt an sich gebracht, während die Handwerker ohne Vertretung im Rate waren. Bald entzweiten sich die Adeligen mit den reichen Bürgerfamilien. Letztere verbündeten sich nun mit den Handwerkern, um den bisherigen Rat zu stürzen und die Verfassung zu ändern (1336). Rudolf Brun, ein ehrgeiziger Adelssprosse, übernahm die Führung der Bürgerlichen und gab der Stadt eine neue Verfassung. Der Rat bestand inskünftig aus 13 Vertretern der Konstafel (Ritter, Altbürger, Kaufleute) und 13 Zunftmeistern (Vorsteher der Zünfte, d. h. der gewerblichen Genossenschaften). Die oberste Leitung der Stadt erhielt der Bürgermeister. Als solcher wurde Brun gewählt.

2. Krieg um Zürich. Brun vertrieb viele Anhänger der alten Ordnung, die beim Grafen Johann von Rapperswil (einem Habsburger) bereitwillig Aufnahme fanden. Damit begann eine vieljährige Fehde zwischen der Stadt Zürich und dem österreichischen Adel der Umgebung. In einem Gefechte bei Grynau (Gemeinde Tuggen, March) verlor der Graf von Rapperswil

(1337) das Leben. Sein Sohn Johann verband sich mit den Verbannten, die durch Vermittlung Österreichs wieder nach Zürich zurückkehren durften, zu einer Verschwörung gegen die neue Regierung (1350). Brun erhielt rechtzeitig davon Kunde und bereitete den Verschworenen in den engen Gassen der Stadt eine blutige Niederlage. Graf Johann wurde gefangen genommen. Hierauf ließ der Bürgermeister 30 der Verschwörer hinrichten, verwüstete die March, zerstörte die Burg Alt Rapperswil (Gemeinde Altendorf, March) und einen Teil des Städtchens Rapperswil.

Partie aus dem alten Zürich.
Nach Murers Stadtplan.

3. Zürichs Eintritt in den eidgenössischen Bund. Durch solche Gewaltakte geriet Zürich in kriegerische Verwicklungen mit Österreich, da Rapperswil und die March österreichische Lehen waren. In dieser Not suchte Brun Hilfe bei den Eidgenossen, und am 1. Mai 1351 schloß sich Zürich ihrem ewigen Bunde an. Im Herbst des gleichen Jahres rückte Herzog Albrecht II. von Österreich mit einem großen Heere gegen Zürich und die Waldstätte heran. Brun unterhandelte mit dem Feinde und wollte Bedingungen eingehen, die den Waldstätten sehr nachteilig gewesen wären. Aber die Urkantone erhoben dagegen energischen Einspruch. Der Krieg dauerte fort, zunächst ohne einen Entscheid zu bringen. Unterdessen sahen sich die Eidgenossen nach neuen Verbündeten um.

B. Glarus, Zug und Bern werden eidgenössisch.

1. Glarus tritt dem Bunde bei (1352). Das Land Glarus gehörte seit alter Zeit dem Frauenkloster Säckingen am Rhein und wurde von einem Meier verwaltet, der in Glarus wohnte. Reichsvögte waren die Grafen von Lenzburg und nach ihnen die von Kyburg. Die milde Herrschaft des Stiftes gewährte den Glarnern viele Freiheiten. Später kamen Reichsvogtei und Meieramt an Habsburg-

Österreich. Das sahen die Glarner und die Eidgenossen nicht gerne. Letztere besetzten 1351 das Ländchen ohne Widerstand der Glarner und vertrieben die österreichischen Beamten und Kriegsleute. Im folgenden Jahre versuchte der österreichische Vogt, Walter von Stadion (Burg ob Näfels), Glarus wieder zurückzuerobern, verlor aber auf dem Rautifelde bei Näfels Schlacht und Leben. Am 4. Juni 1352 wurde Glarus in den Bund der Eidgenossen aufgenommen.

2. Aufnahme von Zug in den Bund (1352). Das Gebiet von Zug bestand aus der Stadt und dem „äußern Amt", (d. h. den Landgemeinden Baar, Menzingen und Ägeri). Alle waren Österreich untertan. Die Eidgenossen trachteten danach, auch Zug in ihren Bund aufzunehmen, um dadurch eine bessere Verbindung zwischen den Waldstätten und Zürich herzustellen. Sie besetzten das Land, das sich alsbald unterwarf. Die Stadt leistete einige Zeit tapfern Widerstand, erhielt aber keine Hilfe von Österreich und ergab sich ebenfalls. Am 27. Juni 1352 traten Stadt und Land dem ewigen Bunde der Eidgenossen bei.

3. Bern wird eidgenössisch (1353). Bald darauf, am 6. März 1353, schloß sich auch Bern den Eidgenossen an. Damit war der Bund der acht alten Orte geschlossen, der nun 128 Jahre lang die schweizerische Eidgenossenschaft bildete.

C. Der Regensburger- und Thorberger-Friede (1355 u. 1368).

Der Krieg Österreichs gegen die Zürcher dauerte noch — zwar ohne große Schlachten — bis 1355 fort. Doch war man allenthalben des Streites müde und sehnte sich nach dem Frieden. Brun und seine Anhänger neigten sich sogar auf die Seite Österreichs und verbündeten sich wieder mit dem Erbfeinde der Eidgenossen. Zu Regensburg (Bayern) wurde 1355 ein Friede geschlossen, der Glarus und Zug zwang, aus dem eidgenössischen Bunde auszutreten und die Herrschaft Österreichs wieder anzuerkennen. Auch Luzern, Schwyz und Unterwalden mußten den österreichischen Herzogen wieder gewisse Abgaben entrichten. Nach dem Tode Bruns (1360) kehrte Zürich wieder zur Eidgenossenschaft zurück, und ihm folgte 1365 auch Zug, nachdem die Schwyzer im Einverständnis der Bürgerschaft das Land besetzt hatten. So drohten neue Feindseligkeiten auszubrechen, weil die Eidgenossen den Regensburger Frieden verletzt hatten. Allein Österreich war damals nicht zum Kriege gerüstet. Deshalb kam es durch geschickte Vermittlung des österreichischen Landvogtes im Thurgau, Peter von

Thorberg, im Jahre 1368 zu einem Waffenstillstand, dem Thorberger Frieden, der Zug bloß mehr verpflichtete, seine frühern Abgaben an Österreich zu entrichten, im übrigen aber seine Unabhängigkeit sicherstellte. Glarus dagegen erhielt seine Selbständigkeit erst nach der Schlacht bei Sempach (1386) wieder.

21. Der Sempacher- und Näfelserkrieg (1386—1388).

A. Ursachen des Sempacherkrieges.

1. Die Gugler (1375). Der französische Freiherr Ingelram von Coucy war mütterlicherseits mit den Herzogen von Österreich verwandt und forderte von ihnen als Erbteil seiner Mutter die Städte Sempach, Sursee, Aarau, Lenzburg und Bremgarten, die ihm verpfändet worden waren. Da ihn die Österreicher abwiesen, wollte er seine Ansprüche mit Waffengewalt geltend machen. Er drang im Spätherbst 1375 mit 50,000 französischen und englischen Söldnern über den Hauenstein in den Aargau vor und brannte und plünderte und mordete, wo seine Horden hinkamen. Man nannte sie die Gugler, weil sie spitze Gugelhüte trugen. Die Österreicher taten wenig, um die schlimmen Gäste abzuwehren. Aber die Luzerner und Urschweizer schlugen eine Abteilung der fremden Plünderer bei Buttisholz, die Berner eine andere bei Ins und Fraubrunnen. Im Januar 1376 zog sich Coucy mit seinen Söldnern wieder zurück.

2. Feindseligkeiten der Kyburger (1382). Im Laufe der Zeiten geriet der Adel in arge Verschuldung. Er wollte hinter den reichgewordenen Bürgern nicht zurückbleiben und schreckte vor keinem Aufwande zurück. Um sich Geld zu verschaffen, mußte er bei den Städten Anleihen aufnehmen und dafür von seinen Landgütern verpfänden, die er gewöhnlich nicht mehr herauslösen konnte. Dadurch verarmte er immer mehr und war neidisch auf das Glück der aufblühenden Städte.

Auch die Grafen von Neu-Kyburg, denen Burgdorf und Umgebung gehörte, kamen auf solche Weise in Geldnot. Sie wollten deshalb die umliegenden Städte überfallen und plündern, vorab Solothurn. Allein der Plan wurde verraten und vereitelt (1382). Die Bürger von Solothurn stellten sich zur Wehr und zogen dann mit den Bernern und andern Eidgenossen gegen die Kyburger ins Feld und belagerten Burgdorf, das sie aber wegen österreichischer Unterstützung nicht erobern konnten (1383). Im folgenden Jahre kam ein Friede zustande. Burgdorf und Thun gingen durch Kauf

an Bern über. Die Macht der Kyburger war nun gänzlich gebrochen, dafür aber wuchs die Abneigung zwischen den Eidgenossen und Österreich, die seit dem Regensburger Frieden (1355) ohnehin groß war.

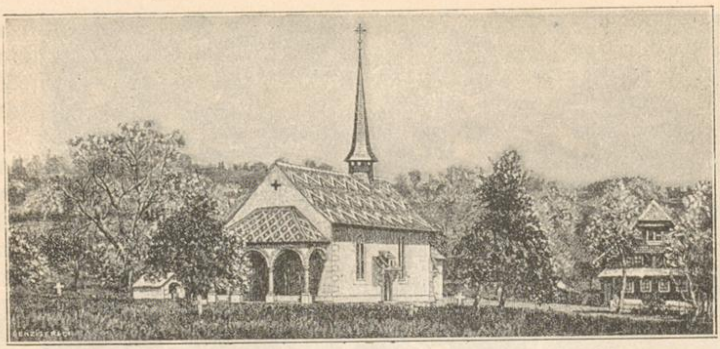
3. Veranlassung zu neuem Kriege. Herzog Leopold III. von Österreich (der Sohn Albrechts II., der die Zürcher so hart bedrängt hatte) war bestrebt, seine Herrschaft im Rhein- und Aaregebiet zu vergrößern. Dabei mußte er den Eidgenossen in die Quere kommen und erweckte natürlich ihr Mißtrauen aufs neue. Diese schlossen sich dem Bunde süddeutscher Städte an, der gegen Österreich gerichtet war. — Den nächsten Anlaß zum Ausbruch neuer Feindseligkeiten aber gaben die Luzerner. Sie hatten sich beim Herzog schon oft über die hohen Zölle beschwert, mit denen der österreichische Vogt zu Rothenburg ihren Handel über den Hauenstein nach Basel schädigte. Als der Herzog ihnen kein Gehör schenkte, zerstörte eine Schar junger Luzerner die verhaßte Feste (Weihnachten 1385). Auch nahm Luzern das Entlebuch und das Städtchen Sempach — zwei österreichische Besitzungen — ins Burgrecht auf. Zürich, Schwyz und Zug beunruhigten das benachbarte österreichische Gebiet durch Streifzüge. Die süddeutschen Städte aber, die sich unterdessen mit Österreich ausgesöhnt hatten, suchten zu vermitteln, doch ohne Erfolg.

B. Die Schlacht bei Sempach (1386).

1. Rüstung zum Kampfe. Herzog Leopold sammelte zu Brugg 6000 Mann zu Fuß und zu Roß und zog über Zofingen und Sursee (eine Abteilung eroberte auch Willisau) gegen Sempach heran, während die Eidgenossen einen Angriff auf Zürich erwarteten. Rasch rückten 1500 Luzerner und Urschweizer, als sie den Plan des Feindes erfuhren, gegen Sempach vor, um die Österreicher von Luzern abzuhalten. Eine halbe Stunde oberhalb des Städtchens stießen die Gegner aufeinander. Es war am 9. Juli 1386, ein heißer Tag. Die österreichischen Ritter warteten die Ankunft des Fußvolkes nicht ab, stiegen aber von den Pferden (des unebenen Bodens wegen) und übergaben sie den Knechten. Dann stellten sich die schwergepanzerten Kämpfer in die Schlachtordnung und bildeten mit ihren langen Speeren eine eiserne Mauer. Die Eidgenossen aber fielen zuerst auf die Knie und beteten zu Gott um Hilfe und Beistand. Dann ordneten auch sie ihre Scharen in Form eines Keiles. An der Spitze standen die Luzerner unter der Anführung des alt Schultheißen Peter von Gundoldingen.

Die Schlacht bei Sempach.

Radierung der Verlagsanstalt Benziger & Co. nach dem Gemälde von R. Grob.



Die Schlachtkapelle bei Sempach.

2. Not und Sieg. Die Schweizer suchten die Eisenmauer der Feinde zu durchbrechen, doch umsonst; denn ihre kurzen Schlagwaffen vermochten gegen die langen Speere nicht aufzukommen. Bald lagen 60 Eidgenossen todwund in ihrem Blute, darunter auch Gundoldingen. Schon drohte dem Häuflein der Schweizer die Gefahr, von dem übermächtigen Gegner erdrückt zu werden. — In größter Not tritt Arnold von Winkelried aus Stans aus den Reihen und ruft: „Eidgenossen! Ich will euch eine Gasse machen; sorget für mein Weib und meine Kinder!" Dann wirft er sich rasch auf die feindlichen Speere, umklammert davon mit beiden Armen, so viele er vermag, und drückt sie im Falle mit sich zu Boden, während die Eisen seine Heldenbrust durchbohren. Dadurch entsteht für einen Augenblick in der feindlichen Mauer eine Lücke; die Nächststehenden dringen in diese ein und schlagen mit ihren Hellebarden und Streitäxten auf die verblüfften Feinde los. Wohl wehren sich die Ritter tapfer, aber ihre langen Spieße eignen sich nicht mehr gut dazu, und die Mittagshitze erdrückt sie fast in ihren schweren Panzern. Als Österreichs Banner sinkt, hebt es der Herzog empor, bis er mit vielen seiner Edlen den wuchtigen Streichen der siegesdurstigen Eidgenossen erliegt. Andere wollen fliehen, aber ihre Knechte sind schon auf den Rossen davongesprengt. In später Stunde erscheint auch das österreichische Fußvolk auf der Walstatt, aber auch es muß sich bald zur eiligen Flucht wenden.

3. Nach der Schlacht. Der Sieg der Eidgenossen war vollständig. Unter den gefallenen Feinden zählte man 676 Vertreter des Adels und der Städte. Der Bürgermeister von Zofingen,

Niklaus Thut, hielt im Tode noch das Banner seiner Stadt mit den Zähnen fest. — Die vier Orte betrauerten 120 Mann, jeder Ort ungefähr gleichviel. Die Eidgenossen blieben nach alter Sitte drei Tage auf dem Schlachtfeld und bestatteten ihre Toten — viele davon in der Heimat — und auch die gefallenen Feinde. Die Leiche des Herzogs und anderer vornehmer Ritter setzten die Österreicher der Gruft im Kloster Königsfelden (in der Nähe von Brugg) bei. Schon im folgenden Jahre errichteten die Luzerner auf dem Schlachtfelde eine Kapelle, und alljährlich wird zum Andenken an den glorreichen Sieg die Sempacher Schlachtjahrzeit gefeiert.

C. Der Näfelserkrieg (1388).

1. Eroberung von Wesen. — Der böse Friede. Nach der Schlacht bei Sempach dauerten die Streifzüge noch fort, auch die Berner beteiligten sich jetzt daran. Die Glarner machten sich von Österreich wieder frei (Vergl. Regensburger Friede) und besetzten mit den Eidgenossen das Städtchen Wesen am Walensee. Im Herbst 1386 kam ein Waffenstillstand auf anderthalb Jahre zustande, der „böse Friede".

2. Der Überfall zu Wesen. Nach Ablauf des Waffenstillstandes (Frühjahr 1388) suchte Herzog Albrecht III. (der Bruder Leopolds) Wesen zurückzuerobern. Viele Bürger dieses Städtchens waren insgeheim dem Herzog treu geblieben und gewährten im Verborgenen österreichischen Kriegsknechten Einlaß. Dann wurden 30 Mann der eidgenössischen Besatzung niedergemacht, 20 andere konnten entfliehen und brachten die Kunde von dem Überfall nach Glarus.

3. Die Schlacht bei Näfels. Alsbald zog Graf Hans von Werdenberg, ein österreichischer Vasall, mit 6000 Mann gegen das Glarnerland heran. Die Eidgenossen waren um ihre eigenen Gebiete besorgt und rieten den Glarnern, mit Österreich vorderhand Frieden zu schließen. Aber die Bedingungen waren zu hart. Sie sollten sich Österreich unbedingt unterwerfen. Darum kam es zum blutigen Kampfe. Am 9. April 1388 stellte sich der glarnerische Landeshauptmann Matthias Ambühl mit nur 600 seiner Getreuen an der Rauti bei Näfels dem übermächtigen Feinde entgegen, der inzwischen das Dorf in Brand gesteckt hatte. Als die österreichische Reiterei die steile Halde erstürmen wollte, wurde sie von einem Steinhagel empfangen, der schwere Unordnung in ihre Reihen brachte. Sogleich gingen die Glarner, die inzwischen noch Zuzug erhalten hatten, zum Angriff über. Nach mehrstündigem

Hin- und Herwogen des Kampfes ergriffen die Feinde die Flucht und rannten der Maagbrücke bei Wesen zu (die Maag war früher der Ausfluß des Walensees), daß sie zusammenbrach. Viele der Fliehenden fanden in den Fluten den Tod. — Die Verluste der Österreicher beliefen sich auf mehr als 1700 Mann, die Glarner betrauerten nur etwa 55 Gefallene. Sie dankten Gott für den herrlichen Sieg und begehen zur Erinnerung alljährlich die Näfelserfahrt.

4. Friede mit Österreich. Im folgenden Jahre (1389) wurde ein 7jähriger Waffenstillstand geschlossen, der im Jahre 1394 zu einem Frieden auf 20 Jahre verlängert wurde. Darin anerkannte Österreich das Glarnerland als freien eidgenössischen Ort und verzichtete auch auf alle Besitzungen, die die Eidgenossen den Österreichern entrissen hatten. Dadurch erhielt namentlich Luzern einen bedeutenden Gebietszuwachs.

22. Die acht alten Orte.

1. Rückblick. Innert 100 Jahren (seit 1291) entwickelte sich aus den drei Ländern der Bund der acht alten Orte. Durch königliche Freibriefe und noch mehr durch siegreiche Schlachten waren sie von der Herrschaft Österreichs frei geworden. Die Rechte der Klöster und Stifte auf ihren Gebieten lösten sie durch Geld ab. Sie waren jetzt reichsfrei und besaßen auch die hohe Gerichtsbarkeit; ihre Zugehörigkeit zum deutschen Reiche lockerte sich mehr und mehr. Zur Besprechung gemeinsamer Angelegenheiten wurden Tagsatzungen abgehalten, die bald da, bald dort stattfanden. Jeder Ort schickte seine Boten (Abgeordneten). Zu den wichtigsten Erlassen der Tagsatzungen jener Zeit gehören der Pfaffenbrief und der Sempacherbrief. (Vergl. Karte IV im Anhang.)

2. Der Pfaffenbrief (1370.) In Zürich hatten die Österreicher immer noch ihre Anhänger. Ihr Haupt war Bruno Brun (Sohn des verstorbenen Bürgermeisters), Propst am Großmünster. Er lebte mit dem Luzerner Schultheißen Peter von Gundoldingen in Fehde. Als dieser 1370 die Zürcher Messe besuchte, ließ ihn Brun auf offener Straße überfallen. Vor Gericht gefordert, weigerte sich Brun, das weltliche Gericht anzuerkennen, da er als Propst nur dem geistlichen Gerichte pflichtig sei. Das erregte die Gemüter der Eidgenossen, und sie erließen am 7. Oktober 1370 gegen solche Vorfälle ein Gesetz, den „Pfaffenbrief". Darin wurde bestimmt, daß die Geistlichen in Streitsachen nicht ein fremdes Gericht anrufen dürfen, sondern sich dem einheimischen Richter zu unterziehen haben.

Nur geistliche Angelegenheiten und Ehesachen sollten, wie bisher, vor den Bischof gebracht werden. — Untertanen der Österreicher, die auf dem Gebiete der acht Orte wohnten, mußten schwören, den Nutzen und die Ehre der Eidgenossenschaft zu fördern und jeglichen Schaden von ihr abzuwenden.

3. Der Sempacherbrief (1393). Am 10. Juli 1393 kamen die Boten der acht Orte und Solothurn zur Tagsatzung in Zürich zusammen, um gegen neue Umtriebe der österreichischen Partei in Zürich (unter Bürgermeister Rudolf Schöno) Stellung zu nehmen und zugleich auch gegen viele Mißbräuche einzuschreiten, die während des letzten Krieges zutage getreten waren. Sie nannten dieses erste Kriegsgesetz der Eidgenossen „Sempacherbrief". Darin wurde folgendes festgesetzt:

Jede Selbsthilfe ist verboten (ausgenommen, es handle sich um Notwehr), ebenso jede Blutrache. Im Kriege darf niemand sein Banner eigenmächtig verlassen, um zu fliehen oder zu plündern. Die verwundeten Feinde, die nicht mehr in den Kampf eingreifen können, sollen an Leib und Gut unversehrt belassen werden. Mit der Plünderung darf erst begonnen werden, wenn die Hauptleute die Erlaubnis dazu gegeben haben. Die Beute ist den Hauptleuten abzuliefern und soll gleichmäßig nach der Zahl der Mannschaft verteilt werden. Kirchen und Klöster sind zu schonen, Frauen und Töchter dürfen nicht mißhandelt werden. Kein Ort darf mutwillig Krieg anfangen, sondern soll vorher Recht und Unrecht wohl erwägen.

23. Gewerbe, Handel und Verkehr im 14. Jahrhundert.

1. Das Zunftwesen. Wie früher, so beschränkte sich auch im 14. Jahrhundert Handwerk und Handel fast ausschließlich auf die Städte; das Landvolk nahm wenig oder keinen Anteil daran. Die Gewerbsleute derselben Stadt vereinigten sich zu Zünften (Metzger-, Bäcker-, Schmiedezunft usw.), an deren Spitze der Zunftmeister stand. Sie besaßen ihre besonderen Zunfthäuser. Jeder selbständige Handwerker war verpflichtet, seiner Zunft beizutreten. Vor der Aufnahme hatte er eine Prüfung abzulegen und durch ein „Meisterstück" seine Fähigkeit zu beweisen.

Ursprünglich wurde jedem tüchtigen Handwerker die Aufnahme in die Zunft gewährt. Im Laufe der Zeit aber erschwerte man diese immer mehr durch hohe Eintrittsgelder und andere lästige Bedingungen, die nur den Reichen ermöglichten, selbständige Meister zu

Auf der Zunftstube.
Lavierte Federzeichnung von H. Holbein d. J.

werden. Das führte zu vielen Streitigkeiten innerhalb der Zünfte. Trotzdem wirkten diese viel Gutes; sie förderten das Handwerk, weckten den Sinn für gemeinnützige und vaterländische Bestrebungen und hoben die wirtschaftliche und politische Stellung der Handwerker. Unter dem Zunftbanner rückten die Zunftgenossen zum Kriege aus und begingen festliche Anlässe.

2. Geldverkehr. Schon seit den Kreuzzügen trieben manche Städte mit ihren Erzeugnissen regen Handel nach dem Auslande. Gleichzeitig nahm auch der Geldverkehr zu. Weil die Juden dieses Geschäft mit Vorliebe pflegten und oft hohe Zinsen verlangten, wurden sie beim Volke verhaßt. Als 1349 die Pest ausbrach, beschuldigte man die Juden, sie hätten die Brunnen vergiftet, und vertrieb sie; doch kehrten sie bald wieder zurück.

24. Die Appenzeller Freiheitskriege (1401—1429).

1. Ursachen. Der größte Teil des heutigen Kantons Appenzell gehörte einst dem Kloster St. Gallen, das sein Eigentum durch Beamte verwalten ließ, die im Lande herum feste Burgen bewohnten. Manchmal wurden die Steuern und Abgaben willkürlich erhöht und dadurch der Unwille des Volkes erregt, das zudem von den Freiheitsbestrebungen der Waldstätte viel gehört

Zerstörung der Burg Klanx. Originalzeichnung von V. Tobler.

hatte. Im Jahre 1377 verbanden sich mehrere appenzellische Gemeinden zum Schutze ihrer Rechte mit der Stadt St. Gallen und dem Bunde der schwäbischen Städte.

Abt Kuno von Stoffeln aber suchte die Rechte des Klosters zu wahren. Als die Appenzeller und St. Galler ihm den Gehorsam verweigerten, brachte er die Streitfrage vor ein Schiedsgericht des schwäbischen Städtebundes, das dem Abte Recht gab. Die Stadt St. Gallen söhnte sich mit ihrem Oberherrn aus, Appenzell mußte sich ergeben. Doch brach der Aufstand bald wieder los, als sich das Gerücht verbreitete, der Abt habe die Absicht, Appenzell an Österreich abzutreten. Im Jahre 1401 verbündete sich das Bergvolk neuerdings mit der Stadt St. Gallen gegen den Abt, zerstörte dessen Burg Klanx bei Appenzell und vertrieb die Amtsleute, die sie bewohnten.

2. Die Schlacht bei der Vögelisegg (1403). Nach verschiedenen Unterhandlungen ließ St. Gallen seine Verbündeten wieder im Stiche, worauf sich die Appenzeller an Schwyz wandten, das sie ins Landrecht aufnahm und ihnen Hilfstruppen schickte. Dem Abt aber standen die schwäbischen Städte und St. Gallen zur

Seite. Am 15. Mai 1403 kam es bei der Vögelisegg (nordwestlich von Speicher) zum Kampfe, der mit einer entschiedenen Niederlage des äbtischen Heeres endete. Bald darauf schlossen die schwäbischen Städte mit den Appenzellern Frieden.

3. Die Schlacht am Stoß (1405). Abt Kuno wandte sich nun an Österreich. Herzog Friedrich IV. sicherte ihm seine Hilfe zu. Da der 20jährige Friede mit den Eidgenossen noch nicht abgelaufen war, durfte Schwyz die Appenzeller nicht mehr offen unterstützen, ohne den Frieden zu brechen. Trotzdem löste es das Landrecht nicht und gewährte ihnen insgeheim Hilfe. An die Spitze der Appenzeller stellte sich Graf Rudolf von Werdenberg, der mit Österreich verfeindet war, das ihm seine Besitzungen entrissen hatte. Auch die Bürger von St. Gallen hielten wieder zu Appenzell.

Im Juni 1405 mißlang vorerst ein Angriff des Herzogs auf St. Gallen. Zur gleichen Zeit drangen österreichische Truppen von Altstätten aus gegen das Ländchen Appenzell vor. Auf der Paßhöhe des Stoß kam es zum blutigen Kampfe, in dem das tapfere Bergvolk trotz seiner Minderzahl abermals siegte (17. Juni).

4. Neue Streifzüge der Appenzeller. Nach dieser Schlacht eroberten die Appenzeller die mittlere March (am Zürichsee), die den Österreichern gehörte, und schenkten sie den Schwyzern. Gleichzeitig unternahmen sie Streifzüge in den Thurgau, ins Rheintal, nach Vorarlberg und Tirol, zerstörten Burgen und riefen die Bauern zum Kampfe gegen die Herren auf. Unter ihrer Führung entstand der „Bund ob dem See" (d. h. oberhalb des Bodensees), der aber rasch wieder zerfiel, als die schwäbischen Herren und Ritter den Appenzellern bei Bregenz eine Niederlage bereiteten (1408).

5. Friede. Im Jahre 1411 schloß Appenzell ein Burg- und Landrecht mit den Eidgenossen, die den Frieden zwischen dem Kloster St. Gallen und den Appenzellern vermittelten (1429). Ihm zufolge mußten diese dem Abte die schuldigen Steuern wieder zahlen, behielten aber ihre alten Rechte.

25. Die Eroberung des Aargaus (1415).

1. Das Konzil in Konstanz. Im Jahre 1414 wurde in Konstanz eine allgemeine Kirchenversammlung (Konzil) eröffnet, die die Einheit in der Kirche wieder herstellen sollte. Neben dem rechtmäßigen Papste gab es nämlich damals noch zwei Gegenpäpste, und jeder hatte seinen Anhang. Das Konzil wollte alle drei Päpste veranlassen, ihr Amt niederzulegen, und einen neuen Papst

wählen. Auch der Gegenpapst Johann XXIII. verzichtete in Konstanz auf seine Würde, bereute diesen Schritt aber bald und leistete dem Konzil Widerstand. Dabei wurde er von Herzog Friedrich IV. von Österreich unterstützt. Der deutsche König Sigismund, der Schutzherr des Konzils, verhängte deshalb über Friedrich die Reichsacht und forderte Fürsten und Städte auf, dem Geächteten seine Ländereien zu entreißen.

2. Eroberung des Aargaus. Die Eidgenossen sollten sich des österreichischen Aargaus bemächtigen. Zunächst zögerten sie, da ihr Friede mit Österreich kurz vorher (1412) auf 50 Jahre verlängert worden war. Als aber der König ihnen erklärte, sie dürften alle Gebiete, die sie dem Herzog abnehmen, als Reichsgut behalten, fielen sie in den Aargau ein (Frühjahr 1415). Voran zogen die Berner und brachten in kurzer Zeit die Städte Zofingen, Aarau, Aarburg, Lenzburg und Brugg und ihre Umgebung an sich. Auch viele Schlösser (darunter der Stammsitz Habsburg) gelangten in ihren Besitz. Die Luzerner eroberten Sursee, das Kloster St. Urban, Münster und seine Umgebung (das Michelsamt) und einen Teil der Freien Ämter. Die Zürcher nahmen das Knonaueramt (zwischen Albis und Reuß). — Ein eidgenössisches Heer besetzte Bremgarten und belagerte Baden mit der Festung „Stein", die von Burkhard von Mannsberg tapfer verteidigt wurde. Nach drei Wochen mußte sich Baden ergeben. Die Eidgenossen zerstörten das verhaßte Schloß, das ihrem Feinde so oft als Sammelplatz gedient hatte.

3. Vergleich mit Österreich. Herzog Friedrich hatte sich inzwischen mit König Sigismund wieder ausgesöhnt. Letzterer verlangte deshalb die Herausgabe der eroberten Gebiete. Aber die Schweizer weigerten sich dessen entschieden. Es kam ein Vergleich zustande. Sie bezahlten König Sigismund eine Entschädigung von 9500 Gulden, und der Aargau blieb im Besitze der Eidgenossen. Er ward ihr erstes Untertanenland.

4. Verteilung der eroberten Gebiete. Was Bern, Luzern und Zürich einzeln erobert hatten, behielt jeder Ort für sich. Baden und die Freien Ämter (auch jenes Stück, das Luzern erobert hatte) aber bildeten fortan gemeine Vogteien. Bern hatte an diesen keinen Anteil, weil es ohnedies den größten Teil des Aargaus besaß, ebenso Uri, das den Eroberungsfeldzug nicht mitgemacht hatte. Erst später trat es in die Verwaltung der gemeinen Vogteien ein.

26. Die Freiheitskämpfe im Wallis (1416—1420).

1. Rechtsverhältnisse. Das Wallis gliederte sich früher in zwei Teile. Das Unterwallis, mit französischer Bevölkerung, war den Grafen von Savoyen untertan. Im Oberwallis, wo die deutsche Sprache herrschte, gebot der Bischof von Sitten. Doch hatten Sitten und die „7 Zehnten" (Landbezirke) des Oberwallis das Recht, Abgeordnete in einen Landrat zu wählen, der vom Bischof bei bestimmten Anlässen zusammenberufen wurde.

2. Ursachen und Ausbruch der Unruhen. Im Anfange des 15. Jahrhunderts war Freiherr Wilhelm von Raron Bischof von Sitten und sein Oheim, Witschard von Raron, Landeshauptmann, d. h. der Vertreter des Bischofs in weltlichen Geschäften. Letzterer mißbrauchte seine Gewalt öfters und verletzte die Rechte des Volkes. Das erregte große Unzufriedenheit, die im Jahre 1414 zur offenen Empörung führte. Als Zeichen des Aufstandes wurde ein Banner, auf welchem eine Hündin mit ihren Jungen abgebildet war, durchs Land getragen. Die unzufriedenen Bauern fielen über die Besitzungen der Raron her, zerstörten ihre Burgen und verheerten ihre Ländereien. Witschard floh nach Bern, wo er das Burgrecht besaß. Die Oberwalliser aber schlossen mit Luzern, Uri und Unterwalden ein zehnjähriges Bündnis (1416 und 1417).

3. Kampf bei St. Ulrichen (1419). Die Berner suchten zunächst Frieden zu vermitteln, doch ohne Erfolg. Dann griffen sie zum Schwerte, fielen ins Oberwallis ein, verwüsteten die Dörfer und

Sitten.

trieben das Vieh weg. Die Walliser aber unternahmen Raubzüge ins Hasle- und Kandertal. Hierauf rückten 13,000 Berner über die Grimsel. Ihre Vorhut stieß bei St. Ulrichen auf 600 Walliser unter dem tapfern Thomas in der Bünden. Trotz ihrer Überzahl mußten die Berner nach heißem Kampfe weichen. Thomas starb den Heldentod (1419).

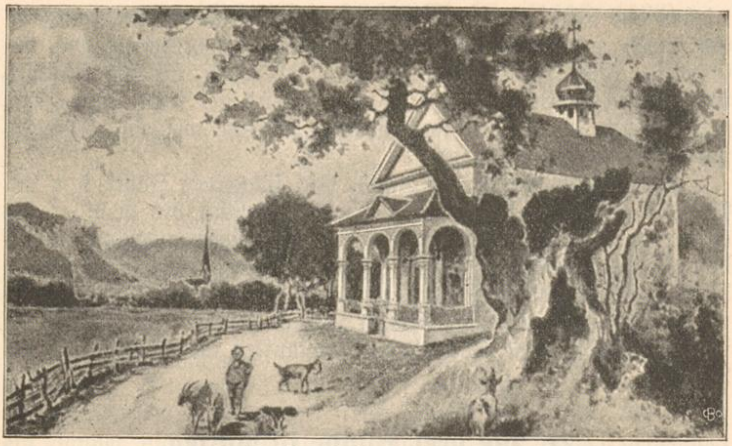
4. Vergleich und Friede (1420). Im folgenden Jahre kam ein Friede zustande. Trotz ihres Sieges mußten die Walliser die eroberten Güter dem Freiherrn von Raron wieder zurückgeben und dem Bischof von Sitten große Entschädigungen zahlen. Doch wählte dieser inskünftig einen Mann aus dem Volke zum Landeshauptmann und gewährte den Zehnten größere Rechte. Witschard starb in der Fremde, seine Nachkommen verkauften ihre Besitzungen im Wallis.

27. Die drei Bünde in Rätien.

1. Der Gotteshausbund (1367). Das an Tälern und Burgen reiche Rätien zerfiel im 14. Jahrhundert in viele Herrschaftsgebiete. Unter den geistlichen Herren waren der Bischof von Chur und der Abt von Disentis die bedeutendsten, unter den weltlichen Großen die Grafen von Werdenberg und Toggenburg und die Freiherren von Montfort (Stammburg bei Rankweil in der Nähe von Feldkirch), Sax (im Bezirk Werdenberg) und Räzüns (bei Reichenau). Neben den Untertanen des Adels gab es auch viele freie Bauern. — Bischof Peter von Chur, dessen Gebiet den mittleren Teil Rätiens und das Engadin umfaßte, verkaufte den Herzogen von Österreich verschiedene Rechte. Das erbitterte das ganze Volk. Im Jahre 1367 traten die Domherren des Stiftes, die bischöflichen Amtsleute, die Bürger von Chur und Abgeordnete der Landschaft zu einem festen Bunde — dem Gotteshausbunde — zusammen, der nach und nach viele Rechte und Freiheiten erhielt.

2. Der Graue Bund (1395). Im Oberland (Gebiet des Vorderrheins) bekämpften sich die adeligen Herren gegenseitig, worunter das Volk schwer litt. Deshalb schlossen der Abt von Disentis und die Herren von Sax und Räzüns samt ihren Leuten ebenfalls einen Bund (1395), der bald das ganze Oberland umfaßte. Im Jahre 1424 wurde er zu Truns feierlich erneuert. Das war der Obere oder Graue Bund, der dem Lande später den Namen gab.

3. Der Zehngerichtenbund (1436). Die „10 Gerichte" im Prätigau und Davos standen unter der Herrschaft der Grafen von



Kapelle und Ahorn zu Truns.

Toggenburg. Als dieses Geschlecht 1436 ausstarb, taten sich die Vertreter des Volkes noch im gleichen Jahre zum Zehngerichtenbund zusammen.

4. Zusammenschluß der drei Bünde. Seit 1450 bildeten diese drei Bünde die „Republik der drei rätischen Bünde", die von Zeit zu Zeit ihre Bundestage abhielt. Später wurden der Graue Bund (1497) und der Gotteshausbund (1498) zugewandte Orte der Eidgenossenschaft.

28. Der alte Zürichkrieg (1436—1450).

A. Die Toggenburger Erbschaft.

Um das Jahr 1400 war Friedrich VII. von Togggenburg der reichste und mächtigste Graf der Ostschweiz. Seine ausgedehnten Besitzungen lagen zwischen den österreichischen Landen und der Eidgenossenschaft. Ihm gehörten das Toggenburg, die obere March (am obern Zürichsee, rechts der Wäggitaler-Aa), das Gaster (zwischen dem Walen- und Zürichsee) und das Sarganserland, das st. gallische Rheintal, Vorarlberg, die rätische Landschaft Davos und das ganze Prätigau. Friedrich war ehrgeizig und herrschsüchtig, aber klug und wußte die Eidgenossen als Freunde zu gewinnen. Mit Zürich schloß er ein Burgrecht, mit Schwyz ein Landrecht: in beiden Fällen versprach man sich gegenseitige Hilfe. Außerdem suchten die beiden Orte einige anstoßende Gebiete als

Erbteil zu erhalten. Die Zürcher waren aber etwas aufdringlich, weshalb er seine Gunst mehr den Schwyzern zuwandte und ihnen die obere March als bestimmtes Erbteil verhieß.

Im Jahre 1436 starb Friedrich, ohne eine genaue Verfügung über seine Ländereien zu hinterlassen. Alsbald meldeten sich seine Verwandten als Erben, aber auch Zürich und Schwyz. Und zwar beanspruchten beide das Talgelände vom obern Zürichsee bis gegen Chur. In Schwyz stand Landamman Ital Reding an der Spitze des Volkes, in Zürich Bürgermeister Rudolf Stüßi. Beide waren entschlossen, die Ansprüche auf die verwaisten Gebiete mit Waffengewalt zu verteidigen. Das führte zunächst zu einer Spaltung zwischen den Städten und Ländern und alsbald auch zu einem unheilvollen Bürgerkrieg zwischen den Eidgenossen.

B. Verlauf des Krieges (1439—1444).

1. Erste Kämpfe. Die Schwyzer besetzten rasch die obere March und nahmen in Verbindung mit den Glarnern das Toggenburg, Uznach und Gaster ins Landrecht auf. Aus Rache dafür verbot Zürich den Schwyzern und Glarnern, den Markt in Zürich zu besuchen. Die beiden ausgeschlossenen Orte baten die Tagsatzung um ihre Vermittlung. Doch die Zürcher ließen sich zu keinem Vergleiche herbei. Im Frühling 1339 rückten sie mit bewaffneter Macht gegen den Etzel vor, wurden aber zurückgeschlagen. Es gab alsdann einen Waffenstillstand, doch die Marktsperre dauerte fort. Deshalb erklärten Schwyz und Glarus 1440 an Zürich den Krieg, und Zürich zog ihnen rasch entgegen, abermals an den Etzel. Doch die beiden Länder hatten von Uri und Unterwalden Zuzug erhalten, weshalb ihre Gegner die Flucht ergriffen. Bald nachher stießen auch Truppen aus den übrigen Orten zu den Schwyzern und besetzten mit ihnen das ganze linke Ufer am Zürichsee. Zürich mußte um Frieden bitten und die Höfe (Pfäffikon, Wollerau, Hurden und Ufenau) an Schwyz abtreten und den Markt freigeben.

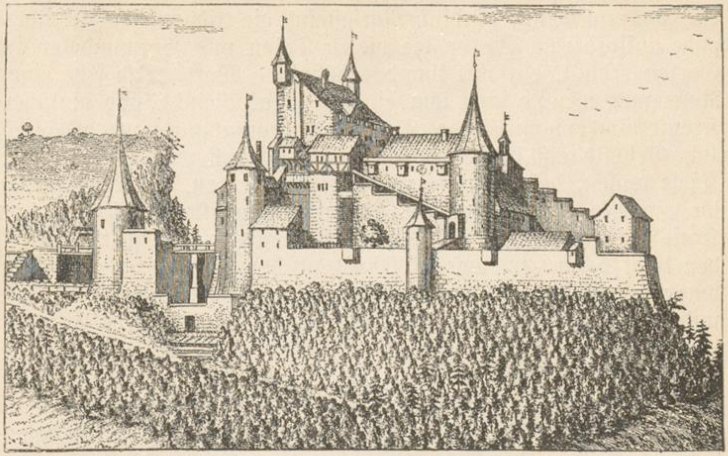
2. Die Schlacht bei St. Jakob an der Sihl (1443). Nun verbündete sich Zürich mit dem deutschen König Friedrich III. — zugleich Herzog von Österreich — und war bereit, ihm den Aargau wieder ausliefern zu helfen (1442). Dafür versprach der König, den Zürchern Uznach und das Toggenburg zu verschaffen. Die Vorbereitungen zum Kriege in Zürich leitete der österreichische Gesandte Wilhelm von Hochberg; Thüring von Hallwil befehligte die österreichische Mannschaft, die in die Stadt einzog. Ihm mußte die ganze Bürgerschaft Gehorsam schwören.

Nach erfolglosen Vermittlungsversuchen erklärten nun alle andern eidgenössischen Orte dem abtrünnigen Zürich den Krieg (1443). Im Mai kam es zu Kämpfen bei Freienbach (in den „Höfen") und am Hirzel (südlich von Horgen). Beidemal unterlagen die Zürcher, obschon die Sieger erhebliche Verluste erlitten. Die Eidgenossen unterwarfen sich in raschem Siegeszuge fast die ganze Zürcher Landschaft, und im Juli rückten sie gegen die Stadt vor. Die Zürcher zogen ihnen entgegen. Beim Absonderungshaus (Siechenhaus) St. Jakob an der Sihl stießen die Truppen aufeinander (22. Juli 1443). Nach kurzer Gegenwehr wichen die Zürcher über die Sihlbrücke zurück, verfolgt von den Eidgenossen. Stüßi stellte sich mitten auf der Brücke seinen Feinden entgegen, fiel aber bald unter den Schlägen der Gegner. Noch konnte (wie die Überlieferung berichtet) das mutige Weib des Torwarts am Stadttor rechtzeitig das Fallgitter herunterlassen und so den Nachstürmenden den Eintritt in die Stadt verwehren. Auf eine Belagerung waren die Eidgenossen nicht gerüstet, darum zogen sie ab.

3. Neue Vermittlungsversuche. — Der Mord bei Greifensee. Im März 1444 fand in Baden eine neue Friedenskonferenz statt. Die Abgeordneten von Zürich waren geneigt, die gestellten Bedingungen anzunehmen. Aber bei ihrer Rückkehr fanden sie das Volk wieder ganz verhetzt. Der Rat wurde gezwungen, die Anträge der Eidgenossen zu verwerfen. Drei Ratsmitglieder büßten ihre eidgenössische Gesinnung mit dem Tode (im April).

Hierauf belagerten die Eidgenossen das zürcherische Städtchen Greifensee, das Hans von Breitenlandenberg mit 70 Mann verteidigte. Nach vier Wochen tapferer Abwehr mußten sie sich ergeben. Alle bis auf 10 fielen unter dem Schwerte des Henkers (28. Mai). Das war der „Mord bei Greifensee", der den Eidgenossen keinen Segen brachte. — Mit einem Heere von 20,000 Mann erschienen diese abermals vor den Toren Zürichs, konnten aber nichts ausrichten, denn die Stadt war gut verteidigt.

4. Die Schlacht bei St. Jakob an der Birs (1444). Zürich und Österreich mußten bald einsehen, daß sie allein die Eidgenossen doch nicht bezwingen konnten. Sie wandten sich nun an König Karl VII. von Frankreich um Hilfe, der alsbald 40,000 raublustige Söldner, Armagnaken genannt, unter der Führung des Kronprinzen (Dauphin) Ludwig gegen die Schweiz schickte. Unterdessen geriet das belagerte Zürich in arge Bedrängnis. Um die Gefahr abzulenken, überfiel auf Anstiften der Österreicher Freiherr Thomas von Falkenstein (Burgen bei Gösgen und in der Balstaler



Schloß Farnsburg. Nach D. Herrliberger.

Klus) das Städtchen Brugg, das den Bernern gehörte, und steckte es in Brand. Dann zogen sich die Mordbrenner auf die Farnsburg (östlich von Liestal, hoch über dem Tal der Ergolz) zurück. Alsbald belagerten 1500 Berner und Solothurner die Burg, ohne sie bezwingen zu können.

Inzwischen erschienen die Armagnaken vor den Toren Basels. Die Belagerer der Farnsburg hatten noch Zuzug erhalten und schickten nun 1300 Mann dem Feinde entgegen; doch sollten sie nicht über die Birs gehen. Zu ihnen stießen auch 200 Landschäftler unter Hemmann Seevogel. Am 26. August 1444 warfen die Eidgenossen bei Pratteln eine erste, bei Muttenz eine zweite Vorhut der Feinde zurück und wateten trotz dem gegenteiligen Befehle der Hauptleute durch die Birs. Hier griffen sie 16,000 berittene Armagnaken unter Jean de Beuil furchtlos an, gerieten jedoch bald in große Not. Die Basler wollten ihnen Hilfe bringen, wurden aber von der Übermacht der Feinde daran gehindert.

Das Häuflein der Eidgenossen suchte nun beim Siechenhaus zu St. Jakob an der Birs Schutz, wurde jedoch in wiederholten schweren Angriffen vom Feinde immer mehr gelichtet. Auch steckten die Armagnaken das Siechenhaus in Brand. Aber die todesmutigen Schweizer setzten den Kampf im ummauerten Friedhofgarten selbst dann noch fort, als Hans von Rechberg den Feinden österreichische Hilfstruppen zuführte. Nun sollte Ritter Burkhard Münch von

Landskron (Burg nördlich Mariastein) die Eidgenossen zur Übergabe auffordern. Wie er die vielen Toten und Verwundeten im Garten erblickt, entfährt ihm das höhnische Wort: „Ich sehe einen Rosengarten.“ Da saust ihm ein Stein ins Gesicht, und blutüberströmt stürzt er vom Pferde. Der Kampf beginnt aufs neue, das feindliche Geschütz reißt immer größere Lücken in die Reihen der Schweizer. Diese wissen, daß sie nicht mehr siegen werden. Aber sie wollen ihr Leben so teuer wie möglich verkaufen und stürzen sich mit letzter Kraft auf die Feinde. — Frankreichs Sieg war unbestritten. Von den 1500 Schweizern lagen 1300 tot auf dem Schlachtfelde, der Rest war gefangen oder verwundet. Der Feind aber zählte über 2000 Tote und fast ebensoviele Verwundete und hatte 1100 Pferde verloren.

C. Ende des Krieges.

1. Friede mit Frankreich. Der französische Kronprinz hatte vor der Tapferkeit der Eidgenossen eine solche Hochachtung gewonnen, daß er mit ihnen am 28. Okt. 1444 zu Ensisheim im Elsaß einen Friedens- und Freundschaftsvertrag schloß. Damit nahmen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Frankreich ihren Anfang, die ohne größern Unterbruch dreieinhalb Jahrhunderte lang andauern sollten.

2. Gefecht bei Ragaz (1446). Wohl dauerte auf Betreiben Österreichs der Kleinkrieg noch weiter. Bei Ragaz kam es am 6. März 1446 zu einem letzten Treffen, wobei 1100 Eidgenossen ein österreichisches Heer von 5000 Mann in die Flucht schlugen. Dann aber war man auf beiden Seiten des Krieges müde, und es wurde ein Waffenstillstand geschlossen (1446).

3. Der Friede zu Einsiedeln (1450). Vier Jahre lang dauerten die Friedensunterhandlungen, die mehrere deutsche Reichsstädte zu fördern suchten. Im Jahre 1450 endlich unterzeichneten die Boten Zürichs und der Eidgenossen zu Einsiedeln den Friedensvertrag, den der Berner Schultheiß Heinrich von Bubenberg entworfen hatte. Das Bündnis Zürichs mit Österreich wurde aufgelöst. Dafür erhielt Zürich fast das ganze Gebiet, das ihm die Eidgenossen im Kriege entrissen hatten, wieder zurück. Nur die „Höfe“ durfte Schwyz behalten. Österreich ging diesmal keinen förmlichen Frieden ein, aber seine Ansprüche auf den Aargau mußte es aufgeben. In der ganzen Eidgenossenschaft herrschte große Freude über die Wiederherstellung des Friedens und über die Rückkehr Zürichs zum Bunde. Die Schweiz ging trotz der schweren Verluste an Gut und Blut neugestärkt aus dem unheilvollen Bürgerkriege hervor.

Schlacht bei St. Jakob an der Birs. Gemälde von H. Heß. Museum in Basel.

29. Neue Bündnisse und Unternehmungen.

1. Neue Bündnisse und Verträge. Die vielen Siege der Eidgenossen mehrten ihre Macht und ihr Ansehen in hohem Maße. Ihre Nachbarn fühlten sich geehrt, wenn sie mit den Schweizern sich verbünden konnten. So trat 1451 das Kloster St. Gallen und 1454 die Stadt St. Gallen als zugewandter Ort in ein Burg- und Landrecht mit der Eidgenossenschaft. Desgleichen verband sich Schaffhausen (1454) mit ihr zum Schutze gegen Österreich und den Adel; Bern erneuerte sein altes Bündnis mit Freiburg i. Ue. Auch schloß die Schweiz Handels- und Freundschaftsverträge mit Frankreich, Burgund und Mailand.

2. Der Plappartkrieg (1458). Solche Erfolge steigerten aber das Selbstgefühl und die Kriegslust der Eidgenossen noch mehr. Man griff deshalb auch rasch zum Schwerte. Bei einem Schützenfeste in Konstanz (1458) setzte ein Luzerner einen Berner Plappart (ein Geldstück von geringem Wert); ein Konstanzer nannte ihn höhnisch „Kuhplappart". Darob entstand ein großer Streit. Zornig eilten die Eidgenossen heim und zogen mit 4000 Mann vor Konstanz, das dann um 5000 Gulden den Frieden erkaufen konnte. Das war der „Plappartkrieg".

3. Neue Erwerbungen. Auf dem Heimwege von Konstanz besetzten die Schweizer das Städtchen Rapperswil, ein österreichisches Lehen. Ein Teil der Bevölkerung wünschte schon lange Anschluß an die Eidgenossenschaft; deshalb wurde Rapperswil als „Schirmort" aufgenommen. Der österreichische Herzog Sigismund beschwerte sich über dieses Vorgehen, aber vergeblich. Als er sich bald nachher mit dem Papste entzweite, eroberten die Eidgenossen auf päpstliche Aufforderung hin den österreichischen Thurgau (1460) und machten daraus eine gemeine Vogtei. Das (st. gallische) Rheintal gelangte durch Kauf an Appenzell; dreißig Jahre später wurde es eine gemeine Vogtei der Eidgenossen (ohne Bern). Damit ging der letzte Besitz Österreichs in der Ostschweiz verloren.

4. Der Waldshuter Friede (1468). Im Jahre 1468 eilten die Eidgenossen der vom österreichischen Adel bedrängten Stadt Mülhausen (die mit Bern und Solothurn verbündet war) zu Hilfe, und belagerten nachher Waldshut. Herzog Sigismund mußte einen Frieden mit 10,000 Gulden erkaufen (Waldshuter Friede, 1468). Diese Summe sollte innert Jahresfrist bezahlt werden, sonst würde Waldshut und die Umgebung an die Eidgenossen fallen.

30. Der Burgunderkrieg (1474—1478).

A. Ursachen.

Karl der Kühne. Museum in Brüssel.

1. Karl der Kühne. Im Westen der Schweiz dehnte sich das Herzogtum Burgund aus. Es bildete einen Bestandteil Frankreichs, bekümmerte sich aber wenig um seine Lehenspflichten. Im Jahre 1467 bestieg Karl, mit dem Zunamen der Kühne, den herzoglichen Thron. Er erbte von seinem Vater, Philipp dem Guten, außer dem Kronlehen Burgund (Bourgogne) den nordöstlichen Teil des heutigen Frankreich samt Belgien und Holland, nebst unermeßlichen Reichtümern. Karl war hochfahrend und ländergierig und darauf bedacht, sein Herzogtum zu erweitern und zu einem Königreich zu erheben.

An ihn wandte sich nun Herzog Sigismund von Österreich, der wegen seiner Verschwendungssucht sich oft in Geldverlegenheit befand. Karl lieh ihm 50,000 Gulden und erhielt dafür das Elsaß, den Sundgau, den Schwarzwald und die vier Waldstätte am Rhein (Rheinfelden, Säckingen, Laufenburg und Waldshut) als Pfandlande. Nun konnte Sigismund den Eidgenossen die 10,000 Gulden bezahlen, die er ihnen im Waldshuter Frieden versprochen hatte. Gleichzeitig hoffte er, sie mit Hilfe Burgunds zu demütigen.

Karl setzte über die österreichischen Pfandlande seinen getreuen Vasallen Peter von Hagenbach. Dieser herrschte mit großer Willkür und Härte über die verpfändeten Gebiete, so daß sich das Volk bald wieder nach der österreichischen Herrschaft zurücksehnte. Gleichzeitig reizte er den Zorn der Eidgenossen, indem er Mülhausen bedrängte und es ruhig geschehen ließ, daß der schweizerische Verkehr durch Raubritter geschädigt wurde. Die Eidgenossen beklagten sich beim Landvogt und beim Herzog, aber ohne Erfolg. Dadurch entstand eine tiefe Mißstimmung gegen Burgund. Auch

war Österreich nicht zufrieden, daß Karl die Pfandlande wie sein Eigentum behandelte.

2. Die Ewige Richtung (1474). — Die Niedere Vereinigung. König Ludwig XI. von Frankreich (der gleiche, der als Dauphin bei Basel die Tapferkeit der Eidgenossen kennen gelernt hatte) benutzte diese Mißstimmung, um Karl mit der Schweiz zu verfeinden. Er selber war zu schwach gewesen, Burgund unter seine Herrschaft zu zwingen. An einflußreiche Schweizer verteilte er reiche Geschenke und begünstigte den im Jahre 1474 zu Konstanz zwischen Österreich und den Eidgenossen abgeschlossenen Frieden: die Ewige Richtung. Darin verzichtete Sigismund für sich und seine Erben auf alle Besitzungen, die Österreich an die Eidgenossen hatte abtreten müssen. — Die Städte Basel, Straßburg, Kolmar und Schlettstadt (Niedere Vereinigung) taten sich mit Österreich und der Schweiz zum Schutze gegen Burgund zusammen. Sie liehen Herzog Sigismund das nötige Geld, um die österreichischen Pfandlande wieder von der burgundischen Herrschaft zu befreien. Karl wies aber die Kündigung des Vertrages zurück, da sie nicht vorschriftsgemäß erfolgte.

Inzwischen war Peter von Hagenbach von den Bürgern von Breisach gefangen genommen, zum Tode verurteilt und enthauptet worden. Sigismund brachte die oberrheinischen Pfandlande wieder an sich. Karl konnte nicht sogleich herbeieilen, um seinen Freund Hagenbach zu rächen, weil er mit der Stadt Köln und dem deutschen König Friedrich III. in Krieg verwickelt war. Letzterer forderte die Eidgenossen als Glieder des Reiches auf, sich am Kriege gegen Burgund zu beteiligen. König Ludwig von Frankreich sicherte ihnen in einem besondern Bündnis seine kräftige Unterstützung an Geld zu. Nun waren die Schweizer gerüstet, um den Kampf mit dem gefährlichen Nachbar aufzunehmen.

B. Verlauf des Krieges (1474—1477).

1. Der Zug nach Héricourt (1474). Am 25. Oktober 1474 schickte Bern im Namen und Auftrage aller eidgenössischen Orte an Karl den Kühnen den Fehdebrief. Sofort belagerten sie vereint mit elsässischen und österreichischen Truppen das Städtchen Héricourt in der Freigrafschaft (Hochburgund). Graf Heinrich von Neuschâtel versuchte, mit einem burgundischen Heere die Feste zu entsetzen, wurde aber in die Flucht geschlagen, worauf sich Héricourt ergab und von österreichischen Truppen besetzt wurde, während die Eidgenossen beutebeladen heimkehrten.

2. Besetzung der Waadt (1475). Im Frühling des Jahres 1475 zogen die kriegslustigen Eidgenossen auf das Drängen Frankreichs in die Waadt; denn die Herzogin Yolantha von Savoyen und Graf Jakob von Romont, der Herr der Waadt, hielten zu Burgund. Grandson, Orbe, Payerne, Murten, Estavayer und andere Orte und Schlösser fielen in die Hände der Schweizer. Das bedrohte Genf konnte sich nur dadurch einem Angriffe entziehen, daß es versprach, eine Brandschatzungssumme von 26,000 Talern zu bezahlen.

Hut Karls des Kühnen. Henninsche Sammlung.

3. Die Schlacht bei Grandson (1476). Inzwischen hatte Burgund mit König Friedrich Friede geschlossen, und auch Ludwig XI. ließ die Schweizer im Stich und ging mit Karl einen Waffenstillstand ein. Diese waren also nur auf die Hilfe der Niedern Vereinigung angewiesen. Nun brach der Burgunderherzog in Lothringen ein, das sich der Niedern Vereinigung angeschlossen hatte, und vertrieb den jungen Herzog Renat aus seiner Hauptstadt Nancy. Dann drang er im Februar 1476 mit 20,000 Mann über die Jurapässe bis nach Grandson vor, das die Eidgenossen noch besetzt hielten, während ihnen die andern waadtländischen Orte vom Grafen von Romont bereits wieder entrissen worden waren. Die kleine eidgenössische Besatzung mußte das Städtchen bald der burgundischen Übermacht opfern und zog sich ins Schloß zurück. Nach achttägiger Verteidigung war kaum mehr an Rettung zu denken, so groß war die Not geworden. Da verhieß ein burgundischer Unterhändler den Verteidigern freien Abzug, worauf diese die Tore öffneten. Aber Karl, der kein solches Versprechen gegeben

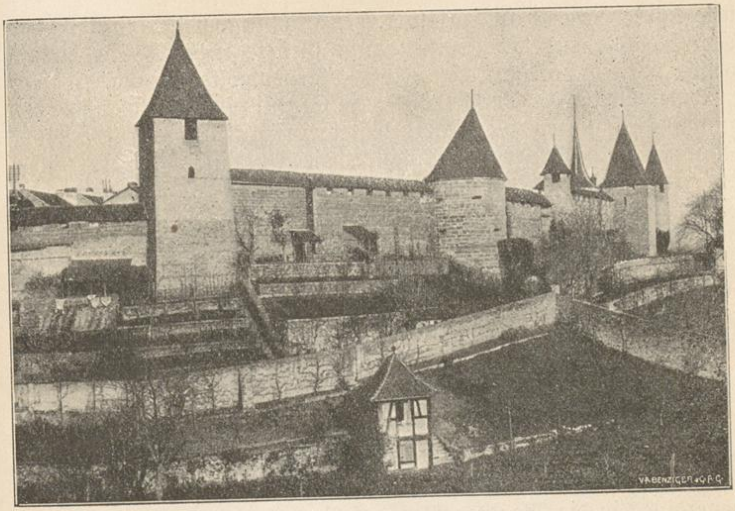
Goldenes Geheimsiegel Karls des Kühnen.
Staatsarchiv in Luzern.

hatte, ließ die 412 Mann an Bäumen aufhängen oder im See ertränken.

Das eidgenössische Heer, verstärkt durch elsässische und österreichische Zuzüge, zog am 2. März 18,000 Mann stark von Neuenburg aus dem See entlang gegen Grandson heran. Eine Abteilung Schwyzer, Luzerner, Berner und Freiburger unter der Führung des Berner Schultheißen Nikl. v. Scharnachthal zog dem Gewalthaufen voraus bis auf eine Anhöhe oberhalb Concise (5 km nördl. Grandson). Karl hatte unterdessen sein festes Lager bei Grandson verlassen und war ihnen entgegengezogen. Die eidgenössische Vorhut ging sofort zum Angriff über, nachdem man kniend („mit zerthanen Armen") das Schlachtgebet verrichtet hatte.

Die Versuche der Burgunder, die schweizerische Schlachtordnung zu durchbrechen, mißlangen. Diese hielt den englischen Bogenschützen und der gepanzerten Reiterei wie auch den schweren Kanonen stand. Als jedoch immer neue feindliche Scharen vorrückten, wuchs die Not der Eidgenossen. Auf Karls Befehl sollte sich seine Reiterei und Artillerie etwas zurückziehen, um freies Feld zu bekommen. Die hintern Reihen seines Heeres deuteten das als Zeichen zur Flucht; zur gleichen Zeit ertönten die Harsthörner von Uri und Luzern, die eidgenössische Hauptmacht rückte auf dem Schlachtfeld an. Jetzt erfaßte die Burgunder wilde Furcht und Unordnung. Umsonst versuchte Karl, die Fliehenden aufzuhalten; er wurde mit fortgerissen. Sein Heer war zersprengt, sein Lager verloren. Doch nur etwa 300 Burgunder hatten auf dem Schlachtfelde den Tod gefunden; die Sieger zählten 50 Tote und 400 Verwundete.

4. Die Beute. Nur auf kurze Strecke verfolgten die Eidgenossen den Feind, weil ihnen genügende Reiterei hierzu fehlte. In Grandson fanden sie ihre Brüder noch als Leichen an den Bäumen aufgehängt. Als Entgelt erschlugen sie die burgundische Besatzung von Grandson. Dann fielen sie über das burgundische Lager her. Hier erbeuteten sie 400 grobe Geschütze samt 10,000 Zugpferden, 800 Hakenbüchsen und andere Waffen und Rüstungen aller Art, auch 27 Hauptbanner und 650 Fahnen und Fähnlein. In den Prachtzelten Karls und seiner vornehmen Vasallen fanden sie den mit Goldblech überzogenen Thronsessel, das Prunkschwert, geschmückt mit Edelsteinen, das goldene Siegel (1 Pfund schwer), Tafelgeschirre und Altargeräte aus lauter Gold, herrliche Teppiche, eine Menge feinster Seidenstoffe, und endlich so viel Geld, daß die Krieger es mit Hüten maßen. Gegen 1000 Buden und Zelte enthielten Lebens-



Die Mauern von Murten.

mittel aller Art. Karl selber schätzte die ganze Habe, die den Eidgenossen zur Beute fiel, auf 3 Millionen Gulden (1 Gulden von damals hatte eine Kaufkraft wie heute 200 Fr.) Ein großer Teil dieser Kostbarkeiten wurde leichtsinnig verschleudert und verschachert, so auch drei große geschliffene Diamanten, deren Wert heute nach Millionen geschätzt wird.

5. Die Schlacht bei Murten (1476). Karl der Kühne war wütend über seine Niederlage und sann auf Rache. In Lausanne sammelte er neue Truppen und rückte im Juni 1476 mit 25,000 Mann gegen Murten heran, in der Hoffnung, diesmal mit den Schweizern leichter fertig zu werden. Murten wurde von 2000 Bernern unter Adrian von Bubenberg mehr als 10 Tage lang tapfer verteidigt. Allerdings setzten die burgundischen Geschütze und Sturmläufe den Mauern und Türmen des Städtchens stark zu. Doch Bubenberg verzagte nicht, sondern ließ den Bernern melden: „Wartet den Zuzug der Eidgenossen ab; solange eine Ader in uns lebt, wollen wir uns wehren!" Aber Murtens Not wuchs mit jedem Tage.

Endlich, am 22. Juni (10,000 Ritter-Tag, Gedenktag der Berner für die Schlacht bei Laupen) langten die eidgenössischen Truppen und der Zuzug aus der Niedern Vereinigung, zusammen 25,000 Mann stark, vor den burgundischen Schanzen an. Nach alter Väter-

sitte kniete Hans von Hallwil, der Hauptmann der Vorhut, vor der Schlacht mit den Seinen zum Gebete nieder. Als unterdessen die Sonne durch die schweren Regenwolken drang, rief er: „Eidgenossen, Gott leuchtet uns zum Siege!" sprang auf und ging zum Angriff über. Der Feind leistete zuerst kräftigen Widerstand, Kanonen und Reiterei bedrängten die Angreifer schwer. Aber die Schwyzer (unter Dietrich in der Halden) umgingen den Feind und fielen ihm in die Flanke. Gleichzeitig griff der Gewalthaufen unter Hans Waldmann, Zunftmeister von Zürich, die Burgunder an, die nun bald zu weichen begannen. Auch Herzog Karl wurde mit fortgerissen. Die Eidgenossen und ihre Verbündeten aber verfolgten die Feinde auf weite Strecken; tausende wurden in Sumpf und See getrieben. Insgesamt kamen gegen 10,000 Burgunder ums Leben, während die Eidgenossen nur etwa 400 Mann verloren. Auch diesmal gab es reiche Beute.

6. Friede mit Savoyen (1476). Groß war der Jubel der Sieger; mit Glockengeläute und Gottesdienst feierte man den glorreichen Tag. Man beabsichtigte, den Sieg auch auszunützen, und zog neuerdings in die Waadt. Aber auf Betreiben des treulosen französischen Königs kam es zu einem Waffenstillstand und bald darauf in Freiburg zu einem Frieden mit Savoyen. Die Eidgenossen verzichteten gegen eine Entschädigung von 50,000 Gulden auf die Waadt. Nur Murten, Grandson, Orbe und Echallens verblieben als gemeine Vogteien bei Bern und Freiburg. Bern behielt außerdem Aigle (am Unterlauf der Rhone), Oberwallis erlangte die Herrschaft über das Unterwallis. Freiburg wurde reichsfrei.

7. Die Schlacht bei Nancy (1477). Karl der Kühne hielt sich seit der schweren Niederlage vor Murten einsam in einem Schlosse der Freigrafschaft auf. Da eroberte im Herbst 1476 Herzog Renat von Lothringen sein Land aus der Hand des Burgunders wieder zurück. Karl belagerte hierauf dessen Hauptstadt Nancy mit 10,000 Mann. Renat suchte und fand Hilfe bei den Eidgenossen. Die Tagsatzung erlaubte ihm die Werbung von 6000 Söldnern; doch zu Weihnachten desselben Jahres stießen schon mehr als 8000 Schweizer unter Hans Waldmann zu den lothringischen Truppen, die nun insgesamt 20,000 Mann zählten.

Karl zog trotz Abmahnung einsichtiger Führer dem feindlichen Heere entgegen. Ein Teil seiner Soldtruppen (unter Campobasso aus Mailand) ging alsbald zum Gegner über. Am 5. Januar 1477 kam es zur Schlacht. Karl griff selber mit großer Tapferkeit in den Kampf ein, wurde aber erschlagen. Auch sein Heer war voll-

Flucht Karls des Kühnen nach der Schlacht bei Murten.
Gemälde von E. Burnand.

ständig vernichtet und zerstreut. Erst zwei Tage später fand man die entstellte Leiche des stolzen Burgunderherzogs. Renat ließ ihn in Nancy feierlich bestatten. So verlor Karl der Kühne, wie das Sprichwort sagt:

bei Grandson das Gut,
bei Murten den Mut,
bei Nancy das Blut.

C. Friedensschluß (1478).

Die Eidgenossen standen jetzt auf der Höhe ihrer Macht. Man hielt sie für unbesiegbar, nachdem der stärkste Fürst der damaligen Zeit ihrer Wucht erlegen war. Aber den Sieg auszunützen, verstanden sie nicht. König Ludwig von Frankreich zog sofort das Herzogtum Burgund als erledigtes Lehen ein und wollte auch die Freigrafschaft an sich reißen. Bern und die westlichen Orte machten ebenfalls Anspruch auf dieses fruchtbare Land; andere aber, namentlich Zürich, waren nicht geneigt, die Landesgrenze so weit nach Westen vorzuschieben. Auf der Tagsatzung zu Zürich (Januar 1478) wurde schließlich ein Friede vereinbart. Die Freigrafschaft kam um den Preis von 150000 Gulden an Maximilian, den Sohn des deutschen Kaisers, der mit der einzigen Erbin Karls — Maria von Burgund — vermählt war. Diesem Frieden schlossen sich auch Lothringen und die Niedere Vereinigung an.

D. Folgen des Krieges.

1. Städte und Länder. Die großen Siege über die äußern Feinde vermochten den alten Gegensatz zwischen den Städte- und Länderkantonen nicht zu verwischen, sondern hoben ihn nur noch stärker hervor. Bern und die andern Städte, die im Burgunderkriege eine leitende Stellung eingenommen hatten, suchten diese auch nach dem Kriege zu behaupten. Das erregte bei den Urkantonen Groll und Mißtrauen. Nun wünschten auch Freiburg und Solothurn in den Bund der Eidgenossen aufgenommen zu werden. Beide Städte hatten im Burgunderkriege treu zu ihnen gehalten. Die Länder aber widersetzten sich ihrer Aufnahme, weil sie das Übergewicht der Städte nicht noch vermehren wollten; denn es wären alsdann 5 Städte gegen 5 Landsgemeindeorte gewesen.

2. Der Saubannerzug. In der Fastnacht 1477 sammelte sich in Arth und Weggis viel müßiges Kriegsvolk aus den Ländern. Man beschloß, die Brandschatzungssumme der Stadt Genf vom Jahre 1475, die noch nicht bezahlt worden war, dort selber zu holen. Mit einem Banner, das eine Sau und einen Narr im Bilde trug, zogen die jugendlichen Freischärler bis nach Freiburg und erhielten auf ihrem Zuge noch immer Zuwachs, sodaß sie gegen 2000 Mann zählten. In Freiburg bewirtete man die „Brüder vom tollen Leben" reichlich, gab jedem zwei Gulden, und Genf zahlte außerdem von seiner Schuld 8000 Gulden. Darauf kehrten die Abenteurer heim.

3. Das Burgrecht der Städte. Bei den Städten hatte der „Saubannerzug" viel böses Blut gemacht. Man konnte es den Ländern nicht verzeihen, daß sie ihn nicht gewaltsam verhindert hatten. Um Friede und Ordnung im Lande besser zu wahren, schlossen die Städte Zürich, Bern, Luzern, Freiburg und Solothurn unter sich ein Burgrecht. Das erregte wieder das Mißtrauen der Länder in hohem Maße. Die Urkantone verlangten von Luzern den Rücktritt vom Burgrecht, da es ohne Einwilligung der drei Länder gemäß seinem Bundesbrief keine Bündnisse eingehen durfte. Doch Luzern kam dieser Forderung nicht nach.

Das Banner von 1477. Zeughaus in Zug.

4. Der Amstalden-Handel. Aus Rache versuchte nun Obwalden, das Entlebuch zum Abfall von Luzern zu verleiten. Allein der Plan wurde vereitelt und der Anführer der unzufriedenen Entlebucher, der Landeshauptmann Peter Amstalden, hingerichtet. Auch dieser Vorfall verschärfte den Gegensatz zwischen Stadt und Land.

5. Die Tagsatzung in Stans (1481). Mehr als drei Jahre lang war man auf den (16) Tagsatzungen bestrebt, eine Einigung der Eidgenossen herbeizuführen. Die Städte erklärten sich bereit, das Burgrecht aufzuheben, wenn Freiburg und Solothurn in den Bund aufgenommen würden. Auf der großen Tagsatzung zu Stans vom 18.—22. Dezember 1481 sollte der Zwist endgültig beigelegt werden. Aber hier gerieten die Tagherren noch mehr in Streit und hoben am vierten Tage die Versammlung auf, um die Entscheidung in blutigem Bürgerkriege zu suchen.

In dieser höchsten Not eilte der Pfarrer von Stans, Heinrich am Grund, zum frommen Bruder Klaus (vergleiche No. 31) in den Ranft, um ihm von diesen Vorgängen Kenntnis zu geben und bei ihm Rat zu suchen. Nachdem der Pfarrer zurückgekehrt, versammelten sich auf seine Bitten die Tagherren nochmal, und er trug ihnen das vor, was der weise Gottesmann gesagt hatte. Und nach kurzer Beratung einigten sich die Abgeordneten auf folgende Punkte: Freiburg und Solothurn werden als Bundesglieder aufgenommen, doch mit der Einschränkung, bei Bündnissen und in der Kriegsführung sich den acht Orten zu fügen. Das Burgrecht der Städte wurde aufgelöst. — Glockengeläute verkündete dem ganzen Lande die Versöhnung der Eidgenossen, die das große Ansehen und der weise Rat des heiligmäßigen Einsiedlers im Ranft herbeigeführt hatten.

6. Das Stanserverkommnis. Die Tagsatzung erließ in derselben Sitzung auch eine neue Verordnung, das Stanserverkommnis. Darin wurden Vorfälle wie der „Saubannerzug" und außergewöhnliche Volksversammlungen, aus denen Aufruhr entstehen könnte, verboten. Jeder Ort mußte sich verpflichten, keine Angehörigen eines andern Ortes zum Aufruhr zu verleiten. Vielmehr sollen alle Orte einander beistehen, um aufständisches Volk zum Gehorsam zu bringen. — Der Sempacherbrief wurde erweitert: Bewegliche Beute soll nach der Zahl der beteiligten Mannschaft, erobertes Gebiet nach der Zahl der Orte verteilt werden. — Das Stanserverkommnis, der Sempacherbrief und der Pfaffenbrief sollten alle fünf Jahre anläßlich der Beschwörung der Bünde öffentlich verlesen werden.

31. Zwei große Männer zur Zeit des Burgunderkrieges.

Zur Zeit des Burgunderkrieges begegnen uns neben andern hervorragenden Eidgenossen zwei Männer, die auf die Entwicklung unseres Landes den allergrößten Einfluß ausübten: Nikolaus von Flüe und Hans Waldmann. Beide entstammten angesehenen Bauernfamilien. Ihre Wirksamkeit in der engern und weitern Heimat aber war grundverschieden, obwohl beide dem Vaterland große Dienste leisteten.

A. Nikolaus von Flüe (1417—1487).

1. Jugendzeit und häusliches Leben. Nikolaus von Flüe war 1417 geboren. Sein Vater Heini (Heinrich) besaß im Flüeli ob Sachseln einen ausgedehnten Bauernhof. Seine Mutter Hemma Ruobärt stammte aus Alzellen, damals zur Pfarrgemeinde Stans gehörig. Er wurde von seinen Eltern christlich und einfach erzogen und widmete sich frühzeitig dem bäuerlichen Betriebe. Eigentliche Schulbildung erhielt er wie die meisten seiner Zeitgenossen auf dem Lande nicht, zeigte aber von Jugend auf einen ungewöhnlich klaren Verstand und eine wahrhaft erbauliche, aufrichtige Frömmigkeit. Im Alter von 30 Jahren verehelichte er sich mit Dorothea Wißling. Seinen 5 Söhnen und 5 Töchtern war er ein liebevoller Vater und leuchtendes Vorbild. Er erzog sie in Gottesfurcht und frommer Sitte zur Arbeitsamkeit und Einfachheit. Noch zu seinen Lebzeiten wurde sein ältester Sohn Johann Landammann von Obwalden. Von seinen direkten Nachkommen bekleideten 11 diese hohe Würde.

2. Nikolaus als Kriegsmann. Als Bürger erfüllte Nikolaus alle seine Pflichten gewissenhaft. Er zog deshalb mit seinen Landsleuten auch in den Krieg (Zürichkrieg, Feldzug in den Thurgau) und wurde von ihnen zum Rottmeister (Führer von 100 Mann) und zum Fenner erwählt. Wehrlose und Schwache, Kirchen und Klöster gegen Angriffe und Plünderungslust zügelloser Krieger zu schützen, war allzeit sein Bestreben. Zugleich suchte er, wo immer möglich, bei Streitigkeiten zu vermitteln und den Frieden herbeizuführen.

3. In Amt und Würde. Auch an den öffentlichen Angelegenheiten seiner engern Heimat nahm Nikolaus regen Anteil, obschon er nie nach Ehren und Ämtern strebte. Seine Mitbürger wählten ihn in den Rat (der Fünfzehn), der zugleich Regierung und Obergericht war. Wiederholt trug man ihm auch die erste Beamtung an, die das Land Obwalden zu vergeben hatte. Aber er schlug sie ent-

Der Tag von Stans.

Nach Diebold Schillings Chronik. Bürgerbibliothek in Luzern.

schieden aus. Mehrmals vertrat er seine Heimat als Abgeordneter an der Tagsatzung. Als sich einst einige Mitglieder des Rates in Einbürgerungssachen bestechen ließen, erhob Nikolaus von Flüe mit großer Entschiedenheit dagegen Einspruch und trat von allen seinen Ämtern zurück, als seine Mahnungen nicht beachtet wurden.

4. Nikolaus der Einsiedler. Im Jahre 1467 (im 50. Lebensjahre) vollzog Nikolaus einen schon längst gefaßten Entschluß. Er verließ Familie und Heim, die er in wohlgeordneten Verhältnissen seinem treuen Weibe und seinen ältesten Söhnen anvertraute, und wanderte in die Einsamkeit, um da nach Art der Gottesfreunde ganz ungehindert Gott allein zu dienen. Zuerst zog er hinab bis in die Gegend von Basel, kehrte dann aber wieder zurück in den nahegelegenen Ranft (eine tiefe Schlucht an der Melcha). Hier erbauten ihm seine Landleute eine kleine Einsiedelei und eine Kapelle. Darin verbrachte er seine Tage in andächtigem Gebet, frommen Betrachtungen und strenger Abtötung. Nach glaubwürdigen Berichten geistlicher und weltlicher Behörden, die ihn strenge beobachteten, genoß er über 18 Jahre lang weder Speise noch Trank und empfing alle Monate in der Pfarrkirche zu Sachseln die heilige Kommunion. Im Verkehr mit seinen Mitmenschen zeigte er sich freundlich, leutselig, fröhlich und umgänglich. Aber er sprach nicht viel und von sich selbst stets bescheiden. Doch scheute er sich nicht, wo es nötig wurde, die Schäden seiner Zeit scharf zu tadeln. Ein langer, brauner Rock war sein Kleid, ein harter Stein sein Kopfkissen. Stets ging er barfuß und barhaupt. Er war groß und hager von Gestalt, mit einem wohlgeformten Antlitz.

5. Der Ratgeber und Friedensstifter. Bald erhielt Bruder Klaus, wie er nun beim Volke allgemein genannt wurde, von verschiedenster Seite Besuch, auch aus dem Auslande, um bei ihm in wichtigen Angelegenheiten Rat zu holen. Trotzdem er in strenger Zurückgezogenheit lebte, verfolgte er die Ereignisse im engern und weitern Vaterland mit großer Aufmerksamkeit und bewundernswertem Scharfblick. Mit Schmerz und Besorgnis beobachtete er die immer mehr um sich greifende Zwietracht unter den Schweizern, die den Fortbestand der Eidgenossenschaft gefährdete. Bruder Klaus war darum, wie in seinen frühern Tagen, so auch als Einsiedler allzeit bemüht, Frieden zu vermitteln. Das Zustandekommen der „Ewigen Richtung" ist zum großen Teile sein Werk, da er auf den Herzog von Österreich einen großen Einfluß ausübte. Er hat auch einen Frieden der Eidgenossen mit Mailand und mit Konstanz vermittelt.

Nikolaus von Flüe.
Gemälde von J. M. Würsch.

Bei dem großen Streit um das Burgrecht der Städte galt er als ein zuverlässiger Ratgeber Luzerns, wie er überhaupt mit Luzern in enger Beziehung stand. Ihm war wohl daran gelegen, der zerfahrenen eidgenössischen Politik wieder eine einheitlichere Richtung und Festigkeit zu geben. In der Zeit von 1478—1481 fanden 16 Tagsatzungen statt, die die großen Streitfragen lösen sollten. Wohl nicht ganz zufällig wurden 7 davon in Stans abgehalten, darunter auch die vom 18.—22. Dez. 1481, welche die Entscheidung bringen sollte. Heinrich am Grund, der vertrauteste Freund und geistlicher Führer des großen Einsiedlers, war Bürger von Luzern, von 1464—1480 Pfarrer in Kriens und seit Anfang 1481 Pfarrer in Stans. Durch ihn übte Bruder Klaus seinen entscheidenden Einfluß auf die Tagherren der Städte aus. Aber nicht minder groß war sein Ansehen in den Ländern, die auf seinen Rat hin ihre Tagsatzungsboten ausnahmsweise mit unbeschränkten Vollmachten zum Abschluß des Burgunderstreites ausstatteten (vergleiche No. 35, B 2). Der Vergleich zu Stans (siehe No. 30, D) war sein Werk.

6. Tod des Friedensstifters. Am 21. März 1487 starb Bruder Klaus, der große Friedensstifter, eines gottseligen Todes und wurde in der Pfarrkirche zu Sachseln zur ewigen Ruhe gebettet. Die Kunde hievon verbreitete sich rasch durchs ganze Schweizer-

land und erweckte überall tiefe, aufrichtige Trauer. Papst Klemens IX. hat ihn im Jahre 1669 selig gesprochen, und zwei Jahre später wurde er vom Papste als Landespatron der ganzen katholischen Schweiz bezeichnet.

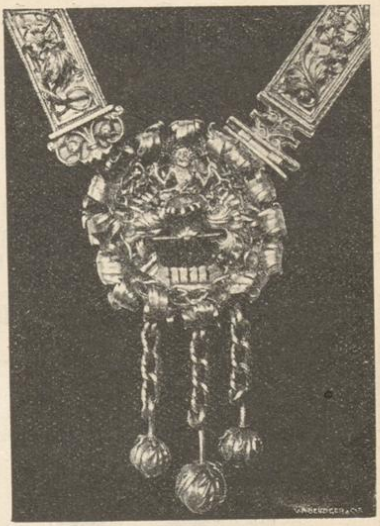
B. Hans Waldmann, Bürgermeister von Zürich (1436—1489).

1. Waldmanns Jugend. Hans Waldmann, geboren ums Jahr 1436 in Blickensdorf bei Baar, kam in jungen Jahren mit seiner Mutter nach Zürich, wo er 1452 das Bürgerrecht erwarb. Er trat bei einem Schneider, später bei einem Gerber in die Lehre. Doch behagte ihm das Handwerk nicht recht, denn später wurde er Eisenhändler. Mehr sagte ihm auch das Kriegsleben zu. Er machte die Eroberung des Thurgaus und den Waldshuterkrieg mit und zeichnete sich durch Tapferkeit, aber auch durch Gewalttätigkeit aus. Im Jahre 1464 wurde er Einsiedler Amtmann und mußte als solcher die Zinsen einziehen, die das Stift in Zürich zu fordern hatte. In dieser Eigenschaft kam er mit den Konstafel in Berührung, wurde aber von ihnen als Streber und Emporkömmling sehr abschätzig behandelt. Darum wandte er sich wieder den Zünften zu und wurde 1473 durch die Schneiderzunft in den Rat gewählt.

2. Der Staatsmann und Bürgermeister. Im Burgunderkriege tat sich Waldmann als einsichtiger und mutiger Führer hervor und empfing vor Murten den Ritterschlag. Auch im Rate nahm er bald eine hervorragende Stellung ein, vertrat den Stand Zürich viele Jahre auf der Tagsatzung und im Verkehr mit dem Auslande. Als Bevollmächtigter der Eidgenossenschaft verkehrte er mit den Fürstenhöfen in Paris, Mailand und Rom und erhielt von ihnen große Jahrgelder und reiche Geschenke, wodurch er der reichste und angesehenste Eidgenosse seiner Zeit wurde.

Der Rat von Zürich wählte Waldmann für das Jahr 1483 zum Bürgermeister. Alsbald trat er gegen die Konstafel auf und verminderte ihren Einfluß im Rate zugunsten der Handwerker. Auch die Rechte des Landvolkes wurden durch allerlei Vorschriften schwer geschädigt und die Ausübung von Handel und Handwerk einzig der Stadt zugesichert. Dadurch hob er den Wohlstand der Handwerker. Aber die hohen Steuern und seine strengen Verordnungen gegen Kleideraufwand und große Festlichkeiten machten ihn auch bei vielen Stadtbürgern verhaßt, namentlich deshalb, weil er selber nicht ein einwandfreies Leben führte. — Auch sonst zog er sich viel Abneigung zu. Bei der Belagerung von Bellenz (1478) soll

er im geheimen Einverständnis mit dem Herzog von Mailand gehandelt haben, als er ohne Schwertstreich mit den eidgenössischen Truppen sich zurückzog und die Stadt den Mailändern preisgab (siehe No. 33, Die Schlacht bei Giornico). Der Luzerner Frischhans Teiling nannte ihn deshalb Verräter. Im Jahre 1487 ließ ihn Waldmann dafür auf der Zürcher Messe festnehmen und hinrichten.



Zierstück der Ehrenkette Waldmanns mit seinem Wappen und seine Unterschrift.

3. Waldmanns Ende. Im Frühjahr 1489 erließ der Rat von Zürich auf Veranlassung Waldmanns die Verordnung, daß alle großen Bauernhunde abgetan werden sollten, weil sie in den Weinberger und im Wildstand Schaden anrichteten. Wegen dieses Erlasses entstand ein großer Auflauf der Bauern gegen die Regierung. Waldmann mußte sich unter dem Drucke der eidgenössischen Boten dazu bequemen, die lästige Verordnung zurückzunehmen, setzte sich aber bald über die gemachten Zusagen hinweg. Da brach der Sturm der Bauern von neuem los und wurde von den Unzufriedenen der Stadt unterstützt. Man nahm Waldmann gefangen, setzte den alten Rat ab und wählte eine neue Regierung, an deren Spitze sein grimmigster Gegner, Lazar Göldli, stand. Sofort wurde der gefürchtete Bürgermeister von einem einseitig zusammengesetzten Gerichte zum Tode verurteilt. Noch am nämlichen Tage (6. April 1489) fiel sein Haupt unter dem Schwerte des Scharfrichters, nachdem er zuvor seine Seele Gott empfohlen und alle um Verzeihung und Fürbitte gebeten hatte.

4. Waldmannische Spruchbriefe. Nach Waldmanns Tod kam ein Ausgleich zwischen Stadt und Land zustande. Die verhaßten Verordnungen wurden aufgehoben und der Landschaft die Freiheit des Handels und Gewerbes zurückgegeben. Das waren die Waldmannischen Spruchbriefe.

32. Der Schwabenkrieg (1499).

A. Ursachen.

1. Die Schweiz als Glied des deutschen Reiches. Von jeher bildete die Schweiz einen Teil des deutschen Reiches. Doch schon seit der Gründung der Eidgenossenschaft war die Einheit und Kraft des Reiches im Schwinden begriffen. Die Könige hatten ihre alte Macht eingebüßt; immer mehr suchten Fürsten und Städte sich der königlichen Gewalt zu entziehen und ganz selbständig zu werden. Auch die Eidgenossen hatten nur wenige Beziehungen mehr zum Reiche. Wohl suchten sie jeweilen um Bestätigung ihrer Freiheiten nach und empfingen auch Kaiser und Könige in festlichem Gepränge. Auf die Mahnung des Kaisers eroberten sie den österreichischen Aargau, im Namen des Reiches erklärten sie Burgund den Krieg. Im übrigen aber nahmen sie wenig Anteil am Reichsleben. Namentlich Friedrich III. (1440 bis 1493) entfremdete die Schweizer dem Reiche. Er benützte seine kaiserliche Gewalt vor allem dazu, die Rechte Österreichs zu fördern, versuchte im alten Zürichkrieg mit Hilfe der Armagnaken die Eidgenossen zu unterjochen und ließ sie im Burgunderkriege schmählich im Stiche, nachdem er sie zur Kriegserklärung an Karl den Kühnen veranlaßt hatte.

Maximilian I. Stich von A. Dürer.

2. Der Schwäbische Bund. Im Jahre 1487 wurde in Süddeutschland unter Österreichs Führung der Schwäbische Städtebund gegründet, dem sich auch die Eidgenossenschaft anschließen sollte. Diese aber weigerte sich dessen entschieden und verständigte sich vielmehr mit dem Herzog von Bayern, dem Gegner der Schwaben.

3. Maximilian I. und die Schweizer. Der Nachfolger Friedrichs III., Maximilian I., faßte den Plan zu einer neuen Reichs-

ordnung, um der Regierung wieder mehr Einheit, Kraft und Ansehen zu geben. Auf dem Reichstage zu Worms (am Rheine) wurde 1495 ein ewiger Landfriede verkündet, ein Reichskammergericht als oberster Gerichtshof geschaffen und eine allgemeine Reichssteuer (der „gemeine Pfennig") eingeführt. Neben andern Gliedern des Reiches setzten auch die Schweizer diesen Beschlüssen zähen Widerstand entgegen. Denn seit Jahrhunderten hatten sie ihren Landfrieden selber gewahrt und eigene Gerichte bestellt. Im gemeinen Pfennig erblickten sie eine Abgabe an das Haus Österreich. Alle Bemühungen und Drohungen, die Eidgenossen zur Anerkennung der Wormser Beschlüsse zu bewegen, fruchteten nichts. Die Schweizer waren entschlossen, ihre Freiheit und Unabhängigkeit mit den Waffen in der Hand zu wahren.

4. Die Schweiz und Rätien. Auch die rätischen Bünde standen mit Österreich auf gespanntem Fuße. Als Maximilian Herr des Tirols wurde, wuchs für sie die Gefahr, dem Herzogtum Tirol einverleibt zu werden. Darum schlossen der Graue Bund (1497) und der Gotteshausbund (1498) mit den Eidgenossen ein Freundschaftsbündnis. Es bekam bald Gelegenheit, seine Kraft zu erproben.

B. Verlauf des Krieges.

1. Die ersten Treffen. Im Januar 1499 fielen die Tiroler ins Münstertal (im östlichen Graubünden) ein und besetzten das Kloster Münster, auf das die Tiroler wie der Bischof von Chur Anspruch machten. Sie wurden aber von den Bündnern bald wieder vertrieben. Diese wandten sich an die Eidgenossen um Hilfe, die Tiroler fanden beim Schwäbischen Bund Unterstützung. Kaiser Maximilian war damals noch in den Niederlanden beschäftigt und konnte keinen einheitlichen Plan gegen die Schweizer entwerfen. Wohl eroberten die Schwaben die Luziensteig und Maienfeld, mußten sich aber bald wieder zurückziehen. Die Eidgenossen besiegten sie am 11. Februar bei Triesen (nördlich der Luziensteig), verheerten den Walgau (Tal der Ill) und schlugen die Gegner am 20. Februar bei Hardt (vor Bregenz), während andere schweizerische Truppen den Hegau (nordöstlich von Schaffhausen) plünderten.

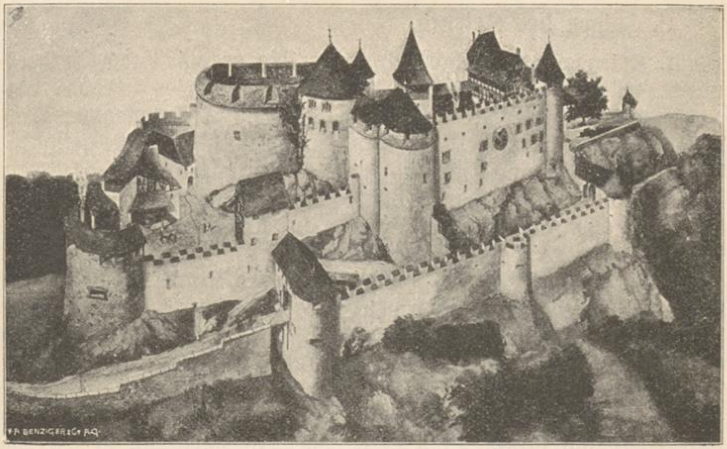
2. Kämpfe bei Basel und im Thurgau. Nach vergeblichen Friedensversuchen machten die Schwaben einen Einfall ins Gebiet von Solothurn und erlitten am 23. März auf ihrem Rückzuge in einem Gefecht beim Bruderholz (südlich von Basel) eine Niederlage. Im April kam es im Thurgau zu blutigen Zusammenstößen.

Der Schwäbische Bund hatte in Konstanz sein Hauptlager und unternahm von hier aus Streifzüge in die eidgenössischen Vogteien, verwüstete die Gegend von Ermatingen, wurde aber bei Triboldingen (Schwaderloh, 11. April) von den Schweizern geschlagen, die hierauf den Klettgau (westlich von Schaffhausen) und den Hegau plünderten.

3. Die Schlacht bei Frastenz. Um dieselbe Zeit sammelten die Schwaben und Österreicher im Vorarlbergischen 10,000 Mann und befestigten sich bei Frastenz (südlich von Feldkirch). Die Bündner und Eidgenossen waren ebenso stark, hatten aber eine weniger günstige Stellung. Unter der Führung des Urner Hauptmanns Heinrich Wolleb umgingen 2000 Mann das feindliche Lager und griffen es im Rücken an. Doch leistete der Gegner hartnäckigen Widerstand, obschon gleichzeitig auch die eidgenössische Hauptmacht eingriff. In größter Not drückten Wolleb und ein anderer hochherziger Eidgenosse mit ihren wagrecht gehaltenen Speeren die feindlichen Lanzen nieder (wie einst Winkelried). Die andern Kampfgenossen drangen nun in die entstandene Lücke ein und richteten ein großes Blutbad an, sodaß mehr als 2000 Feinde ums Leben kamen (20 April).

4. Die Schlacht an der Calven. Unterdessen hatte Maximilian das ganze Reich gegen „das grobe, schnöde Bauernvolk" aufgerufen und übernahm nun selber die Leitung des Krieges. Etwa 13,000 Österreicher bezogen an der Calven (beim Eingang ins Münstertal) ein wohlbefestigtes Lager, denen nur 6300 Bündner und Eidgenossen gegenüberstanden. Auch diesmal umging eine Abteilung der Bündner von 2000 Mann das feindliche Heerlager und griff es in der Morgenfrühe des 22. Mai an. Aber die österreichische Übermacht drohte das Häuflein zu erdrücken, um so mehr, als die eidgenössische Hauptmacht mit dem Angriff bis zur Mittagszeit zögerte. Nach langem, hartem Kampfe ergriffen endlich die Feinde die Flucht, als sie sich von zwei Seiten bedrängt sahen. Unter den vielen gefallenen Schweizern befand sie auch der todesmutige Hauptmann des Gotteshausbundes, Benedikt Fontana aus Chur.

5. Die Schlacht bei Dornach. Trotz der erlittenen Niederlagen war Kaiser Maximilian noch nicht zum Frieden geneigt. Er bedrohte von Konstanz aus abermals den Thurgau. Gleichzeitig rückte sein Feldherr Heinrich von Fürstenberg mit 16,000 Mann vor die solothurnische Burg Dorneck an der Birs, die der Schloßhauptmann Benedikt Hugi besetzt hielt. Dieser benachrichtigte die Eidgenossen rechtzeitig vom Herannahen der Feinde. Solo-



Burg Dorneck bei Dornach. Rekonstruktion von E. Probst.

thurn, Bern und Zürich schickten ihm 5000 Mann entgegen (22. Juli). Sie sahen, wie sorglos die Schwaben zechten und tanzten und in der Birs badeten, weil sie keine Gefahr ahnten. Die nächststehenden Heerhaufen vor dem Schlosse wurden überfallen, wobei der feindliche Anführer ums Leben kam. Hierauf wandten sich die Eidgenossen dem Dorfe Dornach zu, das etwa 2 km westlich der Burg liegt. Dort hatte die Hauptmacht der Feinde inzwischen ihre Reihen geordnet und leistete den Angreifern solchen Widerstand, daß der Sieg längere Zeit schwankte. Gegen Abend erschienen 1200 Luzerner und Zuger, und dieser Zuzug war mächtig genug, um über die erschöpften Feinde einen vollständigen Sieg zu erringen.

6. Der Friede von Basel. Nach der Niederlage der Kaiserlichen bei Dornach wollten weder der Schwäbische Bund noch das Reich weitere Opfer bringen, obschon der Kaiser immer noch nicht zum Frieden geneigt war. Gleichwohl wurden Friedensverhandlungen eingeleitet. Aber Maximilian weigerte sich hartnäckig, die Eidgenossen aus dem Reichsverband zu entlassen; die Schweizer aber setzten diese Bedingung an erste Stelle. Schließlich kam man überein, diese Frage im Friedensvertrag, der am 22. September zu Basel abgeschlossen wurde, gar nicht zu berühren. Von da an war die Schweiz tatsächlich vom deutschen Reiche unabhängig, obschon deren Selbständigkeit urkundlich erst nach dem Dreißigjährigen Kriege (im Westfälischen Frieden 1648) anerkannt wurde.

C. Folgen des Krieges.

1. Kriegselend. Schrecklich waren die gegenseitigen Verheerungen während dieses Krieges. Besonders schwer litt das Engadin, das zum Gotteshausbund gehörte. Die Bewohner hatten ihre Hütten selber verbrannt und waren mit ihrer Habe geflohen, damit der Feind keine Unterkunft finde. Der österreichische Feldherr Pirkheimer traf einst in einem abgebrannten Dorfe zwei alte Weiber, die eine Schar Kinder wie eine Herde auf eine Wiese trieben. Dort stillten die armen Waisen ihren Hunger mit Gras. Eine der Frauen sagte zu dem Feldherrn: „Die Väter dieser Kinder fielen durchs Schwert, ihre Mütter starben den Hungertod, ihre Habe raubte der Feind, ihre Wohnungen zerstörte das Feuer. Nur wir sind übrig geblieben und hoffen, mit diesen Unglücklichen durch einen baldigen Tod von allem Elend erlöst zu werden."

2. Basel, Schaffhausen und Appenzell werden eidgenössische Orte (1501 und 1513). Bald nach dem Friedensschluß erhielt die Schweiz neuen Gebietszuwachs. Die freien Reichsstädte Basel und Schaffhausen waren schon seit längerer Zeit mit den Eidgenossen eng befreundet und hatten während des Schwabenkrieges treu zu ihnen gehalten, weshalb sie vom benachbarten Adel oft befehdet wurden. Nun trat am 9. Juni 1501 Basel und am 10. August 1501 Schaffhausen dem ewigen Bunde der Eidgenossen bei. Zwölf Jahre später (am 17. Dezember 1513) wurde auch das zugewandte Ländchen Appenzell zum vollberechtigten Bundesgliede erhoben. — Also brachte der Schwabenkrieg der Schweiz keine Schwächung, sondern erweiterte sie zur drei-

Plünderung eines Dorfes im Schwabenkrieg. Aus Joh. Stumpfs Schweizerchronik.

zehnörtigen Eidgenossenschaft. Bis zur französischen Revolution (1798) trat nun kein neuer gleichberechtigter Ort mehr dem Bunde bei.

33. Erwerbung der tessinischen Vogteien.

1. Der Gotthardpaß. Der Alpenübergang über den St. Gotthard ist verhältnismäßig erst spät bekannt geworden, während im Osten und Westen davon andere Pässe schon seit der Römerzeit begangen wurden. Die ersten Meldungen über den Gotthardpaß gehen auf das Jahr 1140 zurück. Damals verlieh der deutsche Kaiser dem Grafen von Lenzburg, der Reichsvogt über Uri war, auch die Reichsvogtei über das Livinental. Doch erst ums Jahr 1237 wird der Gotthard als Saumweg für Warentransport in den Urkunden erwähnt. Um dieselbe Zeit entstanden auch die ersten Zollstätten, die auf den Gotthardverkehr hindeuten, so in Reiden (bei Zofingen) und Luzern. Seine Bedeutung als Handelsweg des deutschen Reiches wuchs rasch, um so mehr, als die Bündner- und Walliserpässe in den Händen der Gegner des Kaisers sich befanden. Trotzdem der Bischof von Chur als Herr des Splügens den Luzernern 1278 Zollfreiheit verlieh, benutzte Luzern seit 1290 für seinen Warentransport nach Italien ausschließlich den Gotthard. Ebenso wußte König Albrecht I. den Handelsverkehr von England und den Niederlanden her über Luzern und den Gotthard zu lenken und war zugleich auch darauf bedacht, die nördlichen Zugänge (das Urnerland) in seine Hand zu bekommen, was ihm aber auf die Dauer nicht gelang.

2. Die ersten Eroberungen im Tessin (1403—1419). Die Eidgenossen wachten von jeher eifersüchtig über ihre wohlerworbenen Rechte und Freiheiten am Gotthardpaß und suchten zur Sicherung ihres einträglichen Handelsverkehrs auch den südlichen Zugang in ihre Gewalt zu bringen. Am meisten betätigten sich hierbei die Urkantone und Luzern, während die östlichen und westlichen Orte diesen Bestrebungen wenig Interesse entgegenbrachten.

Bis zu Anfang des 15. Jahrhunderts gehörte der ganze Tessin den Herzogen von Mailand. Doch das Livinental (oberhalb Biasca) hätte den Anschluß an die Urschweiz nicht ungern gesehen, da es aus dieser Verbindung Handelsvorteile zu erhalten hoffte. Uri und Obwalden bemächtigten sich deshalb im Jahre 1403 des Tales. Nach weitern Streithändeln besetzten die Eidgenossen 1410 auch das Eschental (Formazza- und Antigorio, durch den San Giacomopaß mit dem Livinental verbunden) und 1416

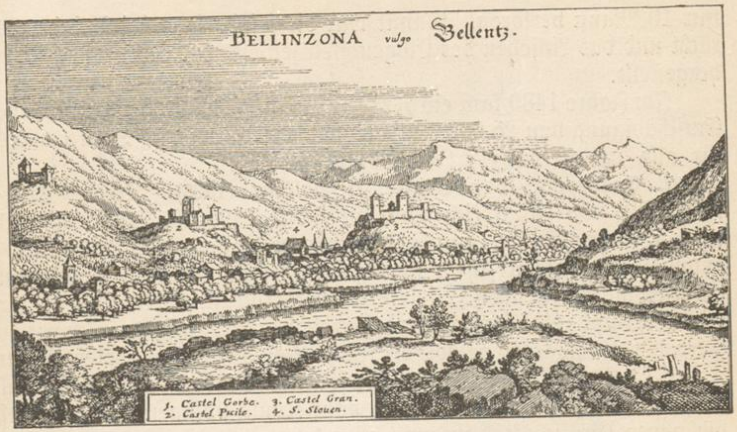
das Maggiatal und das Verzascatal. Zudem erwarben Uri und Obwalden 1419 von den Herren von Sax (Stammburg in Werdenberg) die Stadt Bellenz. Jetzt war also das Gebiet des Tessin von der Paßhöhe des St. Gotthard bis an den Langensee in den Händen der Eidgenossen.

3. Die Schlacht bei Arbedo (1422). Der Herzog von Mailand verlangte jedoch bald die Abtretung der Stadt Bellenz an die Lombardei. Als seine Forderung von den Eidgenossen abgewiesen wurde, besetzte er 1422 Bellenz und das Livinen- und Eschental. Uri und Obwalden riefen ihre Bundesbrüder zum Kampfe gegen die Mailänder auf. Aber die Schweizer waren unter sich nicht einig und zogen nur vereinzelt über den Gotthard, voran Luzern, Uri, Unterwalden und Zug, die bis Bellenz vorrückten. Die Schwyzer wandten sich dem Eschental zu, die Zürcher kamen erst später nach.

Von dem Heerhaufen der ersten vier Orte trennten sich 600 Mann ab zu einem Streifzug ins Misox. Unterdessen aber rückte ein starkes mailändisches Heer (4—5000 Reiter und 12,000 Mann Fußvolk) den Eidgenossen entgegen, die kaum mehr 2000 Mann zählten. Bei Arbedo kam es am 30. Juni 1422 zum blutigen Kampfe. Die Übermacht des Feindes brachte die Schweizer in schwere Not, trotzdem sie sich heldenhaft verteidigten. Nach achtstündiger Schlacht mußten sie das Feld räumen und ließen mehr als 1000 Tote zurück. Die „ennetbirgischen" Herrschaften waren für die Schweizer einstweilen verloren.

4. Der Zug ins Eschental (1425). Die Niederlage bei Arbedo erzeugte bittern Hader unter den Eidgenossen. Man überbot sich gegenseitig mit schweren Vorwürfen, jeder Ort schob dem andern die Schuld an dieser Schmach zu. Nach drei Jahren unfruchtbarer Zwistigkeiten brachen endlich die Schwyzer und andere Waffengenossen unter der Führung von Peter Risse auf und eroberten 1425 die Stadt Domo d'Ossola im Eschental. Die Mailänder belagerten hierauf die Stadt und brachten die Schweizer in große Not. Doch rückten nun die andern Eidgenossen nach — auch die Berner — und befreiten ihre Brüder. Zu einer offenen Schlacht kam es aber nicht; denn man war des Krieges müde und kehrte alsbald wieder heim.

5. Friede mit Mailand. Luzern und Uri drängten nun selber zum Frieden, da ihr Handel unter den fortwährenden Fehden am meisten litt. In einem Frieden von 1426 mit Mailand verzichteten die Eidgenossen auf alle Landschaften südlich des Gotthard. Dafür erhielten sie eine Kriegsentschädigung von 17,000 Gulden



Bellinzona. Nach Merian.

und Zollfreiheit bis Mailand. — Später, als der Herzog die Kriegskosten noch nicht bezahlt hatte, zogen die Urner wieder mit bewaffneter Macht über den Gotthard und veranlaßten Mailand abermals, das Livinental ihnen als Pfand abzutreten (1440).

6. Die Schlacht bei Giornico (1478). Seit dem Burgunderkriege belästigte Mailand das Livinental und seine Besitzer neuerdings. Nach erfolglosen Beschwerden zogen 10,000 Eidgenossen unter Hans Waldmann im Herbst 1478 vor Bellenz. Aber sie waren unter sich nicht einig, ob sie die Stadt, die den schweizerischen Kaufleuten als Lagerplatz diente, mit bewaffneter Hand nehmen sollten. Da inzwischen strenge Winterkälte jede weitere Unternehmung hemmte, kehrte man heim und ließ nur 175 Mann zur Bewachung des Livinentales zurück.

Doch schon am 28. Dezember 1478 rückten 10,000 Mailänder gegen Giornico im Livinental heran. Zu dem Häuflein der Eidgenossen unter Frischhans Teiling von Luzern gesellten sich noch einige hundert Männer aus dem Livinental. Sie leiteten die Bergbäche über die Ufer, sodaß sich der Weg unterhalb Giornico mit Eis bedeckte. Als die Mailänder auf der glatten Fläche mühsam bergan marschierten, rollten die Eidgenossen große Steine von den steilen Höhen ins enge Tal hinab und brachten dadurch die Feinde in arge Verwirrung. Sodann stürmten sie unter wildem Geschrei auf die herzoglichen Söldner ein und jagten sie nach kurzem Gefechte in die Flucht. Über 1400 Feinde wurden erschlagen, während die Sieger

nur 10 Mann verloren. Damit war die Niederlage bei Arbedo gerächt und das Ansehen der Eidgenossen jenseits des Gotthard wieder hergestellt.

Im Jahre 1480 kam ein Friede zustande, wonach Mailand eine Entschädigung von 25,000 Gulden zahlen und auf das Livinental für alle Zeiten verzichten mußte.

7. Eroberung der Grafschaft Bellenz (1503). König Ludwig XII. von Frankreich stand im Jahre 1495 als Kronprinz mit schweizerischen Söldnern in der Lombardei. Er hatte damals den Eidgenossen die tessinischen Herrschaften südlich vom Livinental als Belohnung für ihre Hilfeleistung versprochen, wollte aber später sein Wort nicht einlösen. Unterdessen war er mit Hilfe der Schweizer Herr der Lombardei geworden (siehe No. 34). Nun besetzten im Jahre 1503 die Urkantone die Grafschaft Bellenz (das Bleniotal und die Riviera) und verlangten vom König völligen Verzicht auf die ganze Grafschaft. Ludwig aber lehnte ihr Begehren ab. Alsbald drangen 14,000 Eidgenossen bis an das Südende des Langensees vor und nötigten Frankreich, die Grafschaft Bellenz an die drei Länder abzutreten (1503).

8. Neuer Gebietszuwachs (1512). Im Jahre 1512 eroberten die Eidgenossen das Herzogtum Mailand wieder für seinen frühern Herrn (aus dem Geschlechte der Sforza) zurück. Dafür schenkte der Herzog den 12 Orten nebst einer großen Geldsumme das Maggiatal, Locarno, Lugano, Mendrisio und das Eschental. Die Bündner gewannen Bormio, das Veltlin und Chiavenna. Als Frankreich seine Herrschaft in der Lombardei wieder aufrichtete (1515), verblieb den Eidgenossen dieses Gebiet mit Ausnahme des Eschentals (siehe No. 34).

34. Die Kämpfe um die Lombardei (1499—1525).

A. Ursachen und Beginn des Krieges.

1. Der Erbstreit um das Herzogtum Mailand. Zur Zeit des Schwabenkrieges entbrannte ein heftiger Kampf um das Herzogtum Mailand, an dem sich auch die Eidgenossen beteiligten. Herr von Mailand war damals Lodovico Sforza, nach seiner dunklen Hautfarbe il Moro (der Mohr) genannt. Ihm gegenüber erhob der französische König Ludwig XII. ebenfalls Erbansprüche auf das Herzogtum; denn er war großmütterlicherseits ein Sprößling der Familie Visconti, die vor den Sforza Mailand regiert hatte. Beide Parteien suchten zur Erreichung ihrer Ziele

die Schweizer zu gewinnen, die damals als das tapferste Kriegsvolk geachtet und gefürchtet waren und als Söldner den Krieg vielfach handwerksmäßig betrieben. Zudem hatten die Eidgenossen auch ein Interesse daran, mit dem Herrscher über die Lombardei auf freundschaftlichem Fuße zu leben, da sie einen regen Handel nach Italien unterhielten und darauf bedacht sein mußten, ihren Besitz südlich des Gotthard zu wahren und zu mehren.

2. Die ersten Feldzüge der Schweizer in der Lombardei. Alsbald unterhandelte der König von Frankreich mit den Eidgenossen und schloß mit ihnen im März 1499 ein zehnjähriges Bündnis, worauf sie ihm 5000 Mann stellten. Mit ihrer Hilfe eroberte er noch während des Schwabenkrieges die Lombardei und vertrieb den Herzog, der nach Deutschland floh. Weil aber Ludwig XII. die Schweizer schlecht behandelte, zürnten sie ihm; auch in Italien war man seiner Herrschaft satt.

Jetzt suchte Lodovico Moro die Eidgenossen zu gewinnen, der um so eher auf Erfolg hoffte, da er den Frieden von 1499 zwischen der Schweiz und Deutschland vermittelt hatte. Namentlich die innern Orte begünstigten ihn. Auf seine Werbung eilten dem Herzog 6000 Mann zu Hilfe, die ihm das verlorene Land wieder zurückeroberten (Februar 1500). Doch der französische König schickte abermals seine Werber in die Schweiz und ließ mit vollen Händen Geld austeilen. Das wirkte.

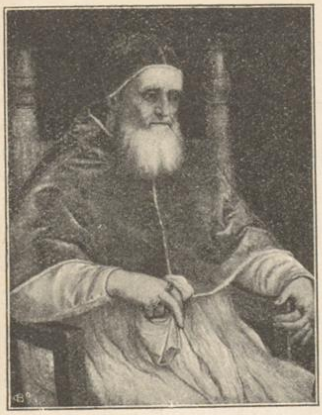
3. Der Verrat von Novara. Nach wenigen Wochen belagerte der Franzosenkönig mit über 10,000 Eidgenossen seinen Gegner in der befestigten Stadt Novara (westlich von Mailand), wohin sich Lodovico mit seinen Truppen zurückgezogen hatte. Hier standen nun Schweizer einander gegenüber. Aber es kam nicht zum Kampfe; denn die Eidgenossen im Heere des Herzogs weigerten sich, gegen ihre Brüder im französischen Lager zu kämpfen, und knüpften mit ihnen Unterhandlungen an. Der Herzog versuchte, als gemeiner Krieger verkleidet, sich beim Abmarsch in die Reihen der ausziehenden Schweizersöldner zu stellen. Aber die Franzosen hielten genaue Umschau. Ein Urner Kriegsmann im französischen Heere, Rudolf Turmann, kannte den Herzog von früher her und verriet ihn um 200 Kronen. Dadurch geriet dieser in französische Gefangenschaft (10. April 1500), wo er nach 8 Jahren Kerkerhaft starb. König Ludwig besetzte das Herzogtum neuerdings und behauptete seine Herrschaft über Mailand 12 Jahre lang. Bei den Eidgenossen aber herrschte große Entrüstung über diesen Verrat. Turmann wurde enthauptet und mehrere Hauptleute mit Geldbußen belegt.

B. Bündnis der Schweizer mit Papst Julius II. (1510—1515).

1. Kardinal Schinner. Zu den hervorragendsten Eidgenossen am Ende des 15. Jahrhunderts gehörte Kardinal Matthäus Schinner. Er stammte aus einer angesehenen Bauernfamilie in Mühlebach (Goms, im Oberwallis), wurde nach gründlichen Studien Pfarrer seines heimatlichen Dorfes und später Bischof von Sitten, der zugleich Herr des Wallis war. Als solcher vertrat er das zugewandte Wallis an der Tagsatzung der Eidgenossen. Papst Julius II. ernannte ihn zum Kardinal. Matthäus Schinner war ein entschiedener Gegner Frankreichs und suchte eine Verbindung der Schweizer mit dem Papste herbeizuführen. Tatsächlich kam am 14. März 1510 ein fünfjähriges Bündnis der Eidgenossen mit Julius II. zustande. Jetzt konnte der Papst seinen Entschluß, die Rechte des Kirchenstaates zu wahren und Italien von der Herrschaft der Franzosen zu befreien, der Verwirklichung entgegenführen. Die Franzosen hatten trotz eifrigen neuen Bemühungen die Gunst der Eidgenossen verscherzt, und als sie den Heiligen Vater in Rom bedrängten, wuchs die Begeisterung der Schweizer, für die Kirche zu streiten.

2. Mailand kommt wieder an die Sforza. Im Frühjahr 1512 zogen 18,000 Eidgenossen über die Alpen und vereinigten sich in der Lombardei mit den Venetianern, die ebenfalls mit dem Papste verbündet waren. Die Franzosen räumten eine Stadt nach der andern; einzig in Pavia (südlich von Mailand) leisteten sie Widerstand, aber ohne Erfolg. Auch Mailand selbst mußte sich hierauf ergeben. Da war großer Jubel in ganz Italien, der Papst verlieh den Schweizern den Ehrentitel „Beschützer der Freiheit der Kirche" und schenkte jedem Ort ein kostbares Banner. Die Herrschaft über das Herzogtum Mailand kam nun auf Verwenden der Eidgenossen an Maximilian Sforza, den Sohn des unglücklichen Lodovico (Ende 1512). Dieser entschädigte die Befreier seines Landes mit großen Geldsummen und schenkte ihnen den südlichen Tessin (siehe No. 33).

3. Die Schlacht bei Novara (1513). Der französische König gab seine Ansprüche auf Mailand noch nicht auf. Maximilian Sforza aber hatte durch sein leichtsinniges Leben sich beim Volke unbeliebt gemacht. Als die Franzosen neuerdings ins Land einrückten, leisteten die Mailänder ihnen geringen Widerstand. Der Herzog mußte sich nach Novara zurückziehen, wo ihm 4000 Schweizer zu Hilfe kamen. Der französische Feldherr La Trémouille wollte die Stadt



Papst Julius II. Gemälde von Raffael.

um jeden Preis erstürmen und fuhr mit den schwersten Geschützen gegen sie auf. Aber schon nahte ein neues schweizerisches Entsatzheer von 5000 Mann. Die Franzosen zogen sich etwas zurück, sodaß sich die eidgenössischen Truppen ohne Schwierigkeit vereinigen konnten.

Etwa 9000 Mann stark rückten sie am 6. Juni 1513 unter Anführung von Hans Keller, aus Bülach, gegen die Franzosen aus, die ihnen an Zahl, Geschützen und Reiterei bedeutend überlegen waren. Nach verrichtetem Schlachtgebet gingen sie zum Angriff über. Äußerst hartnäckig war der Kampf gegen die krieggewohnten deutschen Landsknechte, die im französischen Heere dienten. Endlich gelang es den Schweizern, die geordneten Reihen des Feindes zu durchbrechen und ihn in die Flucht zu schlagen. Etwa 1500 Eidgenossen waren gefallen, die Franzosen aber hatten 6000 Mann verloren und mußten die Lombardei zum zweitenmal räumen.

4. Der Zug nach Dijon (1513). Die Schlacht bei Novara erhöhte den Kriegsruhm der Schweizer noch mehr; sie standen jetzt auf der Höhe ihrer Macht. Aber im Innern des Landes herrschte nicht dieselbe Eintracht, die sie nach außen zeigten. Beim gemeinen Volke waren die „Herren" und „Kronenfresser", die die großen Jahrgelder und reichen Geschenke der fremden Fürsten bezogen und für sich behielten, verhaßt, insbesondere jene, die noch immer französische Pensionen bezogen. Da verbreitete sich gleich nach der Schlacht bei Novara das falsche Gerücht, die Eidgenossen hätten dort eine Niederlage erlitten. Die Bauern von Bern, Solothurn und Luzern rückten vor ihre Hauptstadt und setzten es durch, daß einige der verhaßtesten Franzosenfreunde bestraft wurden.

Bald darauf beschloß die Tagsatzung, im Einverständnis mit dem deutschen Kaiser Maximilian (der noch immer als Oberherr der Lombardei galt), einen Kriegszug gegen Frankreich zu unternehmen. In kurzer Zeit waren 30,000 Mann beisammen, darunter auch Deutsche. Sie belagerten im September 1513 Dijon, die Hauptstadt von Burgund, die La Trémouille ver-

Das dem Stande Schwyz geschenkte Banner Julius' II.

teidigte. Als er sie nicht zu halten vermochte, ließ er sich mit den Eidgenossen auf Unterhandlungen ein und versprach ihnen eine Entschädigung von 400,000 Kronen und bezahlte überdies bar an die Krieger 20,000 Taler. Hierauf zogen die Schweizer ab, da die innern Orte ohnehin nicht geneigt waren, sich auf weitere Unternehmungen im Westen einzulassen. Allein König Ludwig XII. wollte die Abmachungen von Dijon nicht anerkennen, und so sahen sich die Eidgenossen um den Preis ihrer Bemühungen betrogen. Sie erklärten aber, mit Frankreich keinen Frieden zu schließen, bis die versprochene Entschädigung bezahlt sei.

5. Die Schlacht bei Marignano (1515). Das Jahr 1514 verlief ohne weitere Kriegszüge; man verlegte sich beiderseits auf Unterhandlungen und schloß neue Bündnisse ab. Am 1. Januar 1515 starb Ludwig XII., ihm folgte sein Schwiegersohn Franz I. Dieser setzte alles ein, um die schöne Lombardei wieder zu erobern. Schon hatte er Venedig für sich gewonnen und wollte nun auch die Schweizer auf seine Seite bringen. Doch diese blieben dem Herzog von Mailand und dem Papste treu.

Mit 60,000 Mann (darunter 22,000 deutsche Landsknechte) und vortrefflicher Artillerie und Reiterei zogen die Franzosen im Sommer 1515 unter den Feldherren La Trémouille und Trivulzio ins Piemont ein. Die Schweizer, die inzwischen ebenfalls bedeutende Truppenmassen nach der Lombardei verbracht hatten, vermochten den Franzosen den Übergang über die Alpen nicht zu verwehren, da sie über die Pläne des Feindes nicht genügend unterrichtet waren. Sie zogen sich deshalb gegen Mailand zurück, während der ganze Westen den Franzosen in die Hände fiel.

König Franz versuchte auch jetzt wieder mit den Eidgenossen zu unterhandeln. Diese waren einem Frieden nicht mehr abgeneigt, denn ihre Streitkräfte lagen in mehreren Haufen zersplittert, und

Landsknechte im Handgemenge. Handzeichnung von J. Holbein. d. J. Museum in Basel.

dazu wurden sie von ihren Verbündeten völlig im Stiche gelassen. Sogar Herzog Maximilian knauserte mit dem Solde. Darum trat Mangel an Geld und Lebensmitteln in ihrem Heere ein. Gleichzeitig teilten französische Agenten an schweizerische Hauptleute insgeheim mit vollen Händen Geld aus, das wiederum seine Wirkung tat. In Gallerate (südöstlich vom Langensee) kam es zu einem Friedensvertrag zwischen Franz I. und den Eidgenossen. Darin versprach der König, Maximilian Sforza mit einem französischen Gebiete und einer jährlichen Pension zu entschädigen, den Schweizern aber nebst den 400,000 Kronen laut Dijoner-Vertrag noch 300,000 Kronen Kriegsentschädigung zu zahlen. Bern, Freiburg und Solothurn waren damit einverstanden und zogen mit ihren 10,000 Mann nach Hause. Die andern 15,000 Eidgenossen besetzten Mailand, während König

Kardinal Schinner.
Ehem. Museum Jovianum, Como.

Franz I. Gemälde von Tizian.

Franz bei Marignano (heute Melegnano, 15 km südöstlich Mailand) ein stark befestigtes Lager bezog.

Auch jetzt noch waren viele Eidgenossen unschlüssig, was sie tun sollten; nur die Urkantone forderten ungestüm die Fortsetzung des Krieges. Kardinal Schinner veranlaßte die herzogliche Leibgarde, die französische Reiterei anzugreifen (13. September). Bald rückte das ganze schweizerische Heer (samt mailändischem Zuzug etwa 20,000 Mann stark) den Franzosen entgegen. Werner Steiner von Zug warf nach verrichtetem Schlachtgebet drei Erdschollen über die Häupter der Knienden hin und rief: „Im Namen der heiligen Dreifaltigkeit! Hier soll unser Kirchhof sein — oder wir siegen!"

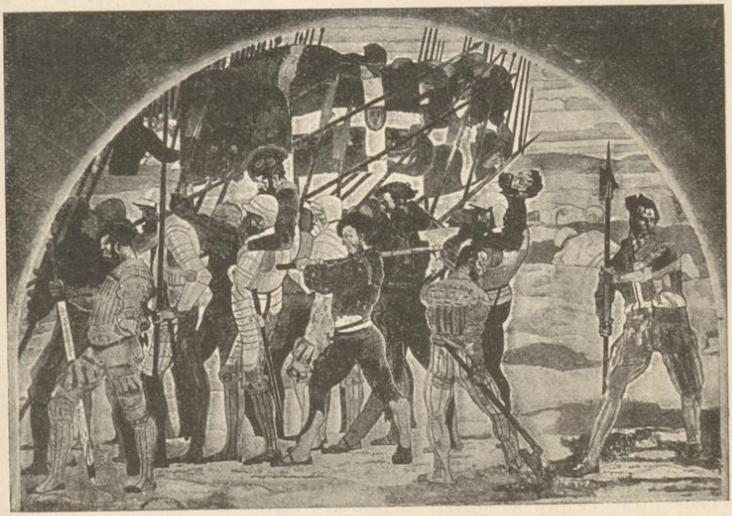
Der erste Schlachttag brachte keine Entscheidung, obwohl die Eidgenossen mit Todesverachtung sich auf die Feinde stürzten. Es war ein furchtbar blutiges Ringen, wie noch nie zuvor. Die Dunkelheit der Nacht verunmöglichte ein Weiterkämpfen. Trotzdem blieben die Schweizer auf dem Kampfplatze, bis der Morgen graute. — Dann gings von neuem ins Schlachtgewühl. Die deutschen Landsknechte wichen, aber die französische Reiterei vermochte die eidgenössischen Schlachtreihen zu durchbrechen. Gleichwohl kämpften die Eidgenossen wie die Löwen. Um die Mittagszeit fiel ihnen auch eine Schar venetianischer Reiterei in den Rücken; sie glaubten, es sei ein großes feindliches Heer im Anzuge, und gleichzeitig drangen neue französische Kolonnen siegreich vor.

Jetzt mußten sich die Schweizer nach Mailand zurückziehen; die Verwundeten nahmen sie auf die Schultern, die Geschütze in die Mitte. Über 12,000 Tote bedeckten das Schlachtfeld, die Großzahl Eidgenossen. Trotzdem sie der gewaltigen Übermacht erlegen waren, hatten sie doch ihren Heldenmut bewährt und ihre Ehre gerettet. „Achtzehn Schlachten habe ich durchgemacht," sagte der im Kriege ergraute französische Feldherr Trivulzio, „doch waren sie Kinderspiele im Vergleich zu dieser. Das war nicht ein Menschenstreit, das war ein Kampf mit Riesen."

C. Friede und Bündnis mit Frankreich.

1. Der ewige Friede (1516). Bald nach dieser blutigen Schlacht kehrten die Eidgenossen in die Heimat zurück. Maximilian Sforza ergab sich dem französischen Könige und überließ ihm die Lombardei. Im Jahre 1516 kam ein ewiger Friede der Schweizer mit Frankreich zustande. Darin verpflichtete sich der König, den Eidgenossen 700,000 Kronen zu zahlen (gemäß Vertrag von Galerate) und dazu noch Jahrgelder an die einzelnen Orte. Auch bestätigte er die Abtretung der tessinischen Vogteien an die Eidgenossen (siehe No. 33). — Später (1521) schlossen sämtliche Orte (mit Ausnahme von Zürich) ein Bündnis mit Frankreich, das sie im Kriegsfall zu Hilfeleistungen verpflichtete.

2. Ende des Krieges um die Lombardei. Dieser enge Anschluß an Frankreich forderte von den Eidgenossen bald neue Opfer. König Franz I. erhob auch Anspruch auf die deutsche Kaiserkrone. Er führte deshalb mit dem deutschen Kaiser Karl V., der die Lombardei als deutsches Lehen zurückverlangte, Krieg. Daran beteiligten sich auch 16,000 Eidgenossen als Verbündete Frankreichs. Sie erlitten aber bei Bicocca (7 km nordöstlich von Mailand) am



Rückzug von Marignano.

Fresko von F. Hodler im Landesmuseum. Mit Bewilligung des h. schweizerischen Bundesrates reproduziert.

22. April 1522 durch die Kaiserlichen eine blutige Niederlage, wobei 3000 Schweizer fielen, darunter der Nidwaldner Landeshauptmann Arnold II. von Winkelried, einer der letzten seines Stammes. Noch empfindlicher war die Schlappe, die sie am 24. Februar 1525 bei Pavia erlitten. Von dem einst so stolzen Söldnerheer kehrten nur mehr 5000 Mann zerlumpt und elend in die Heimat zurück, während die siegreichen deutschen Landsknechte sie mit Hohn und Spott übergossen. So endeten die großen Kämpfe um das Herzogtum Mailand für die Eidgenossen wenig ruhmvoll.

35. Die dreizehnörtige Eidgenossenschaft.

A. Gliederung des Staatsgebietes.

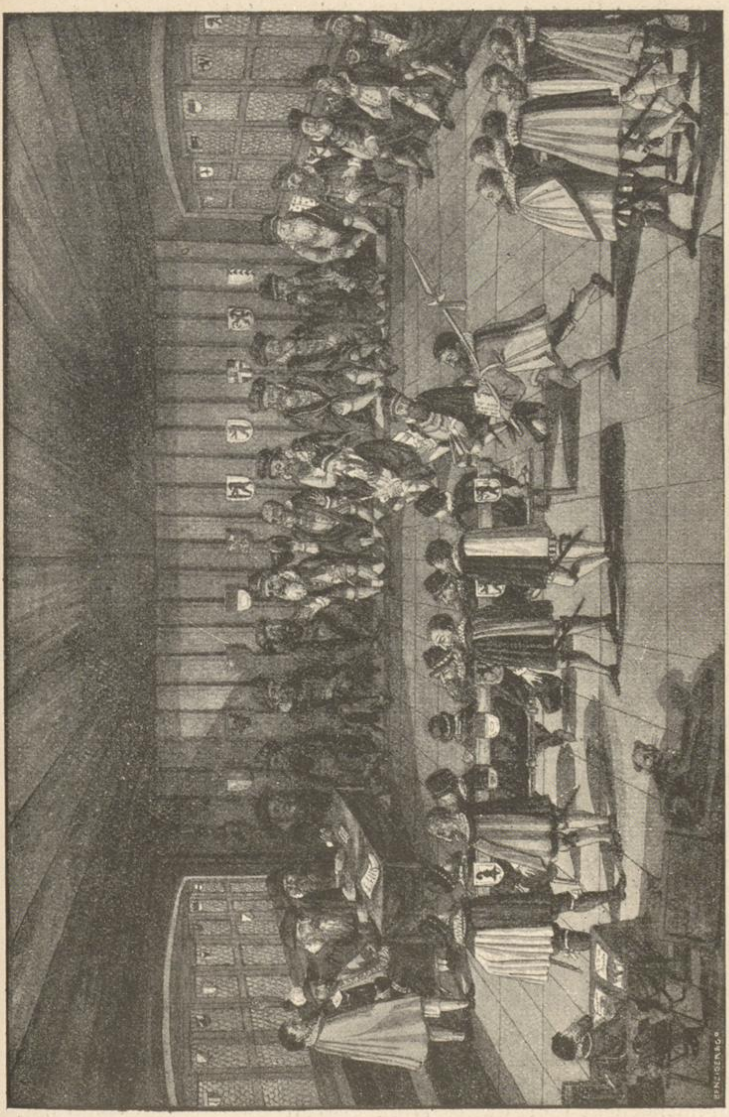
Die Eidgenossenschaft umfaßte vom Anfang des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts drei ganz verschiedenartige Bestandteile. (Vergl. Karte V im Anhang.)

1. Die dreizehn regierenden und vollberechtigten Orte oder Stände: Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen und Appenzell. Bis 1798 wurde kein neuer Ort mehr als vollberechtigter Stand aufgenommen.

2. Die zugewandten Orte: Wallis und Graubünden; die Städte Biel, St. Gallen, Mülhausen und Rapperswil; die Fürstabtei St. Gallen, die Abtei Engelberg, die Grafschaft Neuenburg und die Republik Gersau.

Die zugewandten Orte waren halbberechtigte Glieder der Eidgenossenschaft. Sie standen im Bündnis mit einzelnen oder mehreren der dreizehn Orte, genossen den Schutz der Eidgenossen und leisteten ihnen Kriegshilfe; dagegen hatten sie keinen Anteil an den Untertanenländern. Nicht alle zugewandten Orte besaßen gleichviel Rechte; Stadt und Abtei St. Gallen und Biel z. B. durften regelmäßig Abgeordnete an die Tagsatzung schicken, andere nur in besonderen Fällen.

3. Untertanenlande oder gemeine (d. h. gemeinsame) Herrschaften waren Gebiete, welche die Eidgenossen durch Eroberung oder Kauf erworben hatten. Die Grafschaft Baden, die Freien Ämter, der Thurgau, das (st. gallische) Rheintal und Sargans wurden teils von sieben, teils von acht (alten) Orten regiert. Auch Bern und Freiburg hatten besondere Untertanenländer, ebenso Schwyz und Glarus; Bellenz war Eigentum von Uri, Schwyz und



Eidgenössische Tagsatzung in Baden im Jahre 1531. Kolorierte Radierung von P. Fisher. Museum in Mülhausen.

Pestalozzianum
Z

Nidwalden; Lugano, Locarno, Mendrisio und das Maggiatal standen unter den zwölf Orten (ohne Appenzell).

Die regierenden Orte schickten abwechslungsweise einen Landvogt in die Vogtei, der sie zwei Jahre lang verwaltete und an der Tagsatzung alljährlich Rechenschaft über seine Einkünfte ablegte. Die gemeinen Herrschaften behielten unter den Eidgenossen gewöhnlich die gleichen Rechte und Pflichten, die sie unter ihrer frühern Herrschaft gehabt hatten.

B. Verfassungsverhältnisse.

1. Der schweizerische Staatenbund. Die alte Eidgenossenschaft war ein Staatenbund von sehr lockerm Gefüge. Es gab damals keine Bundesverfassung im heutigen Sinne. Die einzelnen Orte waren selbständige Staaten und nur durch die Bundesbriefe und die drei gemeinsamen Erlasse: den Pfaffenbrief, den Sempacherbrief und das Stanserverkommnis zu einem Staatsganzen verknüpft.

Die eidgenössischen Bünde (Bundesbriefe) regelten vor allem die gegenseitige Kriegshilfe und die Schlichtung von Streitigkeiten unter den Bundesgliedern. Im übrigen waren die Bünde unter sich sehr verschieden; die einen gewährten einzelnen Orten mehr Rechte als andere. Es gab damals auch keine eigentliche Bundesbehörde, obwohl Zürich seit dem Schwabenkriege „Vorort" war und als solcher die Tagsatzung einberief und leitete und die Gesandten fremder Mächte empfing.

2. Die Tagsatzung. An der Tagsatzung versammelten sich die Gesandten (Boten) der eidgenössischen und einzelner zugewandter Orte. Jeder Stand war gewöhnlich durch zwei Boten vertreten, doch hatten sie zusammen nur eine Stimme. In der ältern Zeit versammelte man sich häufig in Luzern, später mehr in der gemeinen Herrschaft Baden. Zu den wichtigsten Geschäften der Tagsatzung gehörten Verträge und Bündnisse mit andern Staaten, Vermittlung von Streitigkeiten, Verteilung der Kriegsbeute, Verwaltung der gemeinen Vogteien, Erlaß von Sittengesetzen, Verordnungen über Handel und Verkehr.

Die Boten stimmten nicht nach eigenem Ermessen, sondern nach Weisung — Instruktion — ihrer Regierung. Ließen sich die verschiedenen Weisungen nicht auf einen Antrag vereinigen, so mußten sich die Boten neue Instruktionen erteilen lassen. Zu dem Zwecke wurden ihnen die Ergebnisse der gemeinsamen Beratungen kurz zusammengestellt („eidgenössische Abschiede"). Es kam auch vor,

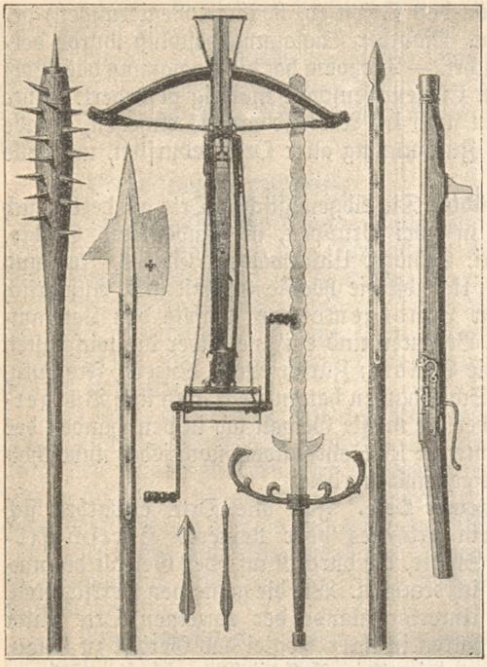
daß die Gesandten für gewisse Aufträge von ihrer Regierung gar keine Aufträge erhalten hatten. Solche Beschlüsse erhielten erst Gültigkeit, wenn sie von den Orten (d. h. ihren Regierungen) genehmigt worden waren. Mancher Tagsatzungsbeschluß wurde deswegen gar nie durchgeführt. — Trotzdem hat die Tagsatzung das Wohl und die Ehre der alten Eidgenossenschaft mächtig gefördert. Ihre Schiedssprüche genossen auch im Ausland großes Ansehen, gerade deswegen, weil sie der Zustimmung aller Orte bedurften, um volle Geltung zu erhalten.

3. Länder und Städte. Die eidgenössischen Orte gliederten sich nach ihrer Verfassung in zwei Gruppen, in Länder und Städte. In den Ländern: Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug und Appenzell übte das Volk selbst die höchste Gewalt aus. Alljährlich versammelte es sich zur Landsgemeinde, wählte den Landammann und die übrigen Beamten und entschied über die wichtigsten Angelegenheiten. — Die Städte: Zürich, Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn, Basel und Schaffhausen hatten zwar auch ihre Bürgerversammlungen. Aber die meiste Gewalt lag in den Händen des Rates. Allerdings konnte im 15. Jahrhundert noch jeder unbescholtene Bürger in den Rat gewählt werden.

4. Untertanen einzelner Orte. Fast alle Orte erwarben sich im Laufe der Zeit ein größeres oder kleineres Herrschaftsgebiet, besonders die Städte, die durch Kauf oder Gewalt die umliegende Landschaft an sich brachten. Wie die gemeinen Herrschaften, so standen auch diese Untertanenlande der einzelnen Orte unter Landvögten. Diese hatten in ihrer Vogtei das Gericht zu leiten, die Abgaben zu erheben und im Kriegsfall die Mannschaft zu führen. Doch besaßen auch die Untertanen gewisse Rechte und Freiheiten und verwalteten ihre Allmendgüter selbständig.

5. Einschränkung der Volksrechte. Im Laufe der Zeit strebten die Regierungen darnach, ihre Rechte immer weiter auszudehnen. So gaben die Städte dem Lande Vorschriften über Ackerbau, Gewerbe, Sitten und Kleidung. Das Landvolk aber empfand solche Maßnahmen als schwere Verletzung seiner Freiheiten und war eifrig darauf bedacht, seine alten Rechte zu wahren. Das führte oft zu ernstlichen Zerwürfnissen zwischen Regierung und Volk, namentlich wenn die Behörden mit unnötiger Härte und Strenge gegen die Übertreter der obrigkeitlichen Mandate vorgingen. Bei den meisten Volksaufständen trugen aber die Herren den Sieg davon, und die Lage des gemeinen Volkes verschlimmerte sich mehr und mehr.

36. Das Kriegswesen der Eidgenossen.



Altschweizerische Waffen.
Keule. Hellebarde. Armbrust mit Spannvorrichtung. Bolzen. Zweihänder. Langer Spieß. Hakenbüchse.

1. Die Ausbildung im Waffendienst. Mit Stolz und Freude erfüllten die alten Eidgenossen ihre Wehrpflicht. Schon die Knaben trieben mit Vorliebe Kriegsspiele, übten sich im Bogen- und Armbrustschießen, die Jünglinge im Steinstoßen, Speerwerfen, Laufen, Ringen, Fechten. Eifrige Pflege fand das Schießwesen; die Schützenfeste boten dazu besonders Anlaß. Die Regierungen setzten dafür oft Preise aus. Wohl fehlte eine staatliche Ausbildung im Waffendienste; doch fanden häufig Musterungen statt, um sich von der Kriegsbereitschaft der Bürger zu überzeugen.

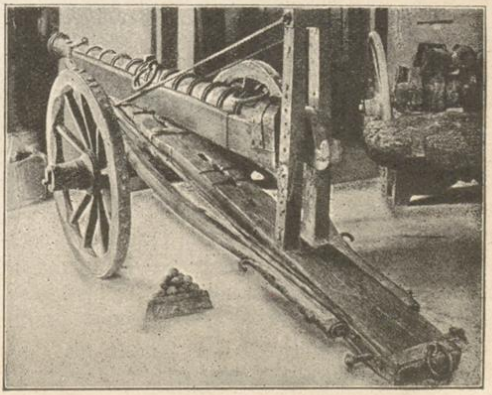
2. Ausrüstung der Mannschaft. Jeder Eidgenosse war wehrpflichtig. Zwar wurde meist nur ein Teil der Mannschaft aufgeboten; doch mußte jeder zum Schutze des Landes gerüstet sein. Die Kraft des Heeres lag im Fußvolk. Ein einheitliches Dienstkleid gab es nicht. Doch rückten die Mannschaften meist in ihrer Landestracht aus, nach dem Schwabenkriege in der Tracht der deutschen Landsknechte. Viele Krieger trugen auch ihre gewöhnliche Kleidung, als Kopfbedeckung das Barett oder den Eisenhut (Sturmhaube), die Brust mit dem Lederkoller oder Brustpanzer geschützt. Als Waffen brauchte man Keule, Streitaxt, Hellebarde, Schwert (Zweihänder) und den langen Speer; als Schußwaffen Schleuder, Bogen und Armbrust, später auch Haken-

büchsen (Handbüchsen). Der Krieger hatte seine Ausrüstung selber zu besorgen. Dafür bezog er den Sold.

Halbharnisch. Landesmuseum.

3. Reiterei und Geschütz. Edelleute und reiche Bürger gehörten gewöhnlich der Reiterei an, doch war sie nicht zahlreich. Die Reisigen (Reiter) trugen meistens einen vollständigen Harnisch, den Ringelpanzer, später den Plattenharnisch, als Waffen hauptsächlich das Schwert und den 5 Meter langen Spieß. — Grobes Geschütz (Artillerie) besaßen die Eidgenossen im 15. Jahrhundert ziemlich viel. Der größte Übelstand war freilich seine Schwerfälligkeit; gewöhnliche Feldartillerie gab es nicht. Da die Stücke meist erbeutet wurden, waren die Kaliber ungleich und daher ihre Bedienung umständlich. Noch zur Zeit der lombardischen Kriege konnte ein Geschütz in der Stunde höchstens vier Schüsse abgeben. — Zur Sammlung der Handwaffen und der Geschütze errichtete man Zeughäuser.

4. Kriegs- und Schlachtordnung. Die Truppen der einzelnen Orte waren nach Zünften und Vogteien gegliedert. Jede Gruppe hatte ihr Fähnlein, das sich dem Hauptbanner des Ortes unterstellte. Seit dem alten Züirchkrieg erscheint das weiße Kreuz als gemeinsames Abzeichen aller Krieger. Die Hauptleute der einzelnen Orte, die in den Ländern vom Volke, in den Städten vom Rat gewählt wurden, bildeten zusammen den Kriegsrat. Dieser setzte den Schlachtplan fest und handhabte die Schlacht-



Burgunderkanone. Museum in Neuenstadt.

ordnung. Einen Oberbefehlshaber mit unumschränkter Vollmacht gab es nicht. Beim Auszug zur Schlacht wurde das Heer gewöhnlich in drei Haufen geteilt: in die Vorhut, den Gewalthaufen und die Nachhut. Bei Aufstellung in Schlachtordnung bildete man in früheren Zeiten einen Keil, später einen „Geviert-haufen". In den äußern Reihen standen die Speerträger, innen die Hellebardiere, zu beiden Seiten die Schützen. — Die Kühnheit, Ausdauer und Manneszucht der Schweizer fand auch beim Gegner hohe Bewunderung. Mochten sie im Lager und auf dem Marsche manchmal die Ruhe und Ordnung stören, im Kampfe dachten sie nur an die gemeinsame Sache und hielten bis in den Tod zusammen.

5. Das Reislaufen. Die Eidgenossen hatten im 15. Jahrhundert durch ihre Kriege und Siege großes Ansehen erworben. Man betrachtete sie als das tüchtigste Kriegsvolk der damaligen Zeit. Darum bewarben sich fremde Fürsten und Könige um ihre Gunst und suchten sie als Söldner anzuwerben. Ihre Abgesandten erschienen überall im Lande und wußten durch Geld und verlockende Versprechungen die kriegslustige Mannschaft für ihre Sache zu gewinnen. Oft strömten den Werbern aus verschiedenen Ländern gleichzeitig Truppen zu, ohne auf obrigkeitliche Mahnungen und Weisungen zu achten. So geschah es zuweilen, daß Schweizer auf fremder Erde einander feindlich gegenüberstanden. Schon im Jahre 1494 eroberten 5000 Eidgenossen für den französischen König Karl VIII. Neapel, und im folgenden Jahre standen bereits 20,000 Schweizer in seinem Solde, ohne daß sie durch ein Bündnis hierzu verpflichtet gewesen wären.

6. Obrigkeitliche Erlasse über den Söldnerdienst. Die zahlreichen Übelstände, die durch das Reislaufen in alle Schichten des Volkes eingerissen waren, veranlaßten die Tagsatzung wiederholt zum Erlaß strenger Maßnahmen gegen das Söldnerwesen. Schon im Jahre 1495 (11. Juli) beschloß sie zu Luzern: „Damit wir Eidgenossen um so besser und treuer in brüderlicher Liebe und Eintracht miteinander leben können, beschließen wir, daß keiner von uns um Sold in den Dienst fremder Fürsten gehen oder von ihnen Pensionen und Geschenke annehmen dürfe."

Doch vermochten die obrigkeitlichen Erlasse den Söldnerdienst weder einzudämmen noch aufzuheben. Darum schloß die Tagsatzung (oder auch einzelne Orte) mit fremden Fürsten besondere Verträge ab, die Militärkapitulationen. Darin verpflichtete man sich, gegen bestimmten Sold die vereinbarten Truppen werben zu lassen. Dafür erhielten die Eidgenossen Jahrgelder (die vorwiegend

Anwerbung von Söldnern im XVI. Jahrhundert.
Leipziger Schulbilderverlag von F. E. Wachsmuth in Leipzig.

den Orten zufielen) und Pensionen (die meist für einzelne hochgestellte Personen bestimmt waren). Außerdem verschafften sich einflußreiche Männer oft noch geheime Pensionen, wofür sie dann besonders zugunsten der Fürsten ihren Einfluß geltend machten.

7. Vor- und Nachteile der fremden Kriegsdienste. Im Laufe des lombardischen Erbfolgekrieges wurde der Söldnerdienst für viele Schweizer zur Hauptbeschäftigung, da der heimische Boden nicht alle zu ernähren vermochte. Er bot ihnen manchmal auch Gelegenheit, sich zu hohen militärischen Stellungen emporzuschwingen. Viele Hauptleute der Söldnerheere waren zugleich auch die führenden Staatsmänner ihres Ortes. Sodann verschaffte sich die Eidgenossenschaft durch die Militärkapitulationen allerlei Handelsvorteile und Zollvergünstigungen. Aus den fremden Geldern wurden zum Teil die Staatsausgaben bestritten und die Beamten besoldet, weshalb geringe Steuern erhoben werden mußten.

Aber die Nachteile des Fremdendienstes waren nicht weniger groß. Er reizte die Geldgier und förderte Vergnügungssucht, Verschwendung und Sittenlosigkeit. Die Freude an der ernsten Arbeit auf dem Lande und in der Werkstatt nahm ab. Mit den Jahrgeldern und Pensionen wurde die Schweiz vom Auslande abhängig. Staatsmänner und vornehme Familien, die Pensionen bezogen, waren oft mehr auf den Vorteil fremder Fürsten bedacht, als auf das Wohl

des eigenen Landes. Das Landvolk hatte meistens keinen Anteil an diesen fremden Geldern; darum herrschte gegen die „Pensionsherren" große Erbitterung, die nicht selten zu Aufständen führte.

37. Geistiges Leben am Ausgange des Mittelalters.

1. Dichter und Chronisten. Trotz der vielen Kriege, die die Eidgenossen führten, vernachlässigten sie die allgemeine Bildung des Volkes nicht. Gerade die Kriegstaten der Schweizer boten Anlaß, diese in Liedern (Dichtungen) zu verherrlichen. Von einem Luzerner, Halbsuter, ist uns ein „Sempacherlied" erhalten; die Kämpfe des Burgunderkrieges verewigte Veit Weber aus dem Breisgau. Aus dem 15. Jahrhundert stammen mehrere wertvolle Chroniken, die uns über die vaterländische Geschichte unterrichten. Berühmt ist das „Weiße Buch" zu Sarnen (um 1470 entstanden), das die Befreiung der drei Länder im Zusammenhange schildert. Bern hatte um jene Zeit zwei hervorragende Chronisten: den Stadtschreiber Justinger und nach ihm den Gerichtsschreiber Diebold Schilling, Zürich den Chorherrn Felix Hemmerli, Schwyz den Landschreiber Fründ, Luzern den Gerichtsschreiber Petermann Etterlin und den Kaplan Diebold Schilling (Sohn des Ratsschreibers).

Partie aus dem Innern der Kathedrale v. Lausanne.

2. Volksbildung und Wissenschaft. Die allgemeine Volksbildung wurde in den zahlreichen Kloster- und Stiftsschulen eifrig gepflegt, die sich zum Teil auch dem höheren Schulwesen widmeten. Das Jahr 1459 brachte der Schweiz die erste Hochschule, gegründet durch Papst Pius II. in Basel. Sie war bald ein Mittelpunkt unseres geistigen Lebens, obschon auch viele Schweizer an ausländischen (besonders an ita-

lienischen) Universitäten studierten. Berühmte Lehrer wirkten an der jungen schweizerischen Hochschule, wie Glareanus (von Mollis) und Erasmus von Rotterdam, der berühmteste Gelehrte seiner Zeit.

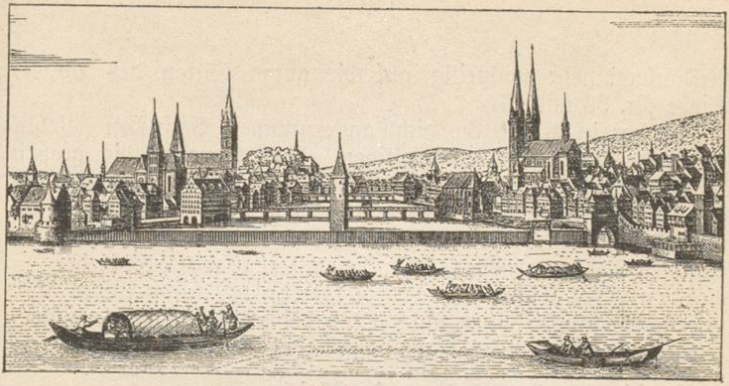
In dieselbe Periode hinein fällt auch die Einführung der Buchdruckerkunst in der Schweiz, die von Basel aus sich bald über die ganze Eidgenossenschaft verbreitete. Das erste bekannte Buch, das mit einer Jahreszahl (1470) versehen ist, entstand jedoch in Beromünster (Kanton Luzern).

Rathaus in Freiburg.

3. Kunst. Das Mittelalter hat uns eine große Anzahl herrlicher gotischer Kirchen geschenkt. Man erkennt sie leicht an ihren prächtigen schlanken Säulen und ihren Pfeilern, die in den Gewölben droben sich in Spitzbogen vereinigen. Dadurch führen sie das Auge und den Geist des Beschauers unwillkürlich himmelwärts. Die großen Spitzbogenfenster weisen oft Glasgemälde von unvergleichlicher Schönheit auf. Diese Kirchenbauten legen beredtes Zeugnis ab von der Glaubenstiefe und dem Opfergeist des katholischen Mittelalters. Ein Baudenkmal dieser Art aus der Entstehungszeit der Eidgenossenschaft ist die Kathedrale in Lausanne, ihr folgten mehr als hundert Jahre später die Münster in Basel, Freiburg und Bern, die St. Oswaldskirche in Zug u. a. — Auch verschiedene Rathäuser sind Zeugen der hochentwickelten Baukunst jener Zeit, z. B. das Rathaus in Basel, Freiburg, Zug. — In dieser Periode entstanden ferner viele Befestigungswerke unserer Städte, die zum Teil noch erhalten sind, so das Spalentor in Basel und die Museggtürme in Luzern. Dagegen waren die Privathäuser im allgemeinen noch sehr einfach gehalten. In den Städten aber erhielten sie nach und nach — namentlich unter dem Einfluß des regen Verkehrs mit dem kunstsinnigen Italien — mehr Behaglichkeit und innern und äußern Schmuck.

4. Volksleben. Das Volksleben des 15. Jahrhunderts war ungemein heiter und bewegt. Sehr beliebt waren Schaustellungen und Feste. Da und dort wurden große geistliche Schauspiele aufgeführt (so die Osterspiele in Luzern), worin biblische Begebenheiten zur Darstellung gelangten. In der Fastnacht hatte man weltliche Umzüge (Fritschizug in Luzern). Die Schützenfeste trugen zur Pflege vaterländischer Gesinnung bei. An den Kirchweihfesten huldigte man recht ausgiebig den allgemein üblichen Belustigungen.

5. Sittenzerfall. Dieses fröhliche Leben hatte aber auch seine großen Nachteile. Die Sucht nach Vergnügen bekam die Oberhand, der Sinn für ausdauernde, angestrengte Arbeit schwand. Roheit und Zügellosigkeit rissen immer mehr ein. Die Reichen und Vornehmen, die mit fremden Fürstenhöfen vielfach in Beziehung standen, ahmten auch die Unsitten dieser Kreise nach, entfalteten einen übermäßigen Aufwand in Kleidern und festlichen Mahlzeiten und gaben dadurch dem gemeinen Volke ein schlechtes Beispiel. Wohl versuchten die Regierungen durch obrigkeitliche Erlasse all diesen Unfug zu unterdrücken. Allein sie vermochten nichts gegen den unbändigen Geist, der mit den Burgunder- und lombardischen Kriegen in unser Land eingezogen war.



Zürich im XVII. Jahrhundert. Nach Merian.

Dritter Zeitraum.

Von der Reformation bis zur Helvetik (1519—1798).

38. Die Reformation in der deutschen Schweiz.

A. Übelstände im kirchlichen Leben.

Im Laufe der Jahrhunderte hatten sich vielerorts Mißbräuche in das Leben der Kirche eingeschlichen, die bei Haupt und Gliedern sehr nachteilig wirkten. Es gab Päpste, die mehr um Staatsgeschäfte und Kunst als für kirchliche Dinge sich bekümmerten. Als Rom von Geistlichen und Laien wieder neue Abgaben für Kirchenbauten bezog, waren weite Kreise deswegen unzufrieden. Gleichzeitig wurde der Papst beschuldigt, die Geldalmosen der kirchlichen Ablässe zu weltlichen Zwecken zu mißbrauchen. — Auch manche Bischöfe lebten wie weltliche Fürsten und vernachlässigten darob ihr Hirtenamt. In vielen Klöstern hielt man sich nicht mehr an die strengen Ordensregeln; dem Weltklerus fehlte vielfach die nötige Bildung und der sittenreine Wandel. Gar viele junge Leute traten in den geistlichen Stand, ohne dazu berufen zu sein, mehr nur um auf einer reichen Pfründe ein sicheres Auskommen zu erhalten. Überhaupt waren Zucht und Ordnung bei einem großen Teil des Klerus stark gelockert. Zudem wirkten die vielen Kriege und die

Reisläuferei sehr nachteilig auf die guten Sitten des Volkes. (Siehe Nr. 36 und 37.)

Es hat in der Kirche nicht an ernstlichen Versuchen gefehlt, bestehende Übelstände zu beseitigen. Das beweisen die großen Konzilien in Konstanz (1414—1418) und Basel (1431—1449), die sich die Aufgabe stellten, kirchliche Reformen durchzuführen. Auch musterhafte und seeleneifrige Bischöfe, Äbte und Priester suchten den religiösen Geist zu erneuern. In diesem Sinne wirkte z. B. der Bischof von Basel, Christoph von Uttenheim (1502—1522). Aber ihre Reformtätigkeit stieß nicht selten bei weltlichen Regierungen, die fehlbare Geistliche in Schutz nahmen, auf Widerstand.

B. Die Glaubensspaltung in Zürich.

1. Ulrich Zwingli und seine Lehre. Zu Anfang des 16. Jahrhunderts erhoben sich Männer, die nicht nur gegen die bestehenden Mißbräuche im kirchlichen Leben auftraten, sondern auch die Grundlehren der Kirche heftig angriffen. Das führte schließlich zu einem großen Abfall von der katholischen Kirche, zur sogenannten Reformation. Der Führer dieser Bewegung war in der deutschen Schweiz Ulrich Zwingli. Er wurde 1484 zu Wildhaus im Toggenburg geboren und sollte auf den Rat geistlicher Verwandten Priester werden. Den ersten Unterricht erhielt er bei seinem Oheim, Bartholomäus Zwingli, Pfarrer in Wesen, und besuchte nachher die Lateinschulen in Basel und Bern. Nachdem er seine Ausbildung an den Hochschulen von Wien und Basel vollendet hatte, wurde er Pfarrer zu Glarus (1506). Als Feldprediger der Glarner beteiligte er sich auch an den Kriegszügen in die Lombardei. Im Jahre 1516 kam Zwingli als Leutpriester nach Einsiedeln. Hier wie in Glarus setzte er seine gelehrten Studien fort, forschte in den Schriftwerken der alten Griechen und Römer, in der Bibel und den Werken der Kirchenväter. Auch stand er mit den Gelehrten seiner Zeit (Glareanus und Erasmus von Rotterdam) in regem Briefwechsel. Daneben aber zeigte sein Lebenswandel auch die Schwächen vieler seiner geistlichen Zeitgenossen.

Ulrich Zwingli. Gemälde von H. Asper. Stadtbibliothek in Zürich.

Seit Anfang 1519 wirkte Zwingli, ein gewandter Prediger, als Leutpriester (Pfarrer) am Großmünster in Zürich. Durch seinen Eifer, mit dem er gegen die fremden Kriegsdienste (Reislaufen) und das Pensionenwesen auftrat, gewann er das Vertrauen vieler Kreise. Allmählich kam er aber auf den Gedanken, die christliche Religion auf eine andere Grundlage zu stellen. Er wurde dabei von Martin Luthers Schriften beeinflußt, der zuvor in Deutschland die Reformation eingeführt hatte. Bei seiner Neuerung setzte er sich in vielen Punkten in Widerspruch zur katholischen Kirche. Diese nimmt die Heilige Schrift und die apostolische Überlieferung als Quellen der göttlichen Offenbarung an; Zwingli aber wollte nur die Bibel als solche gelten lassen, die er überdies um den Jakobusbrief verkürzte. Nach katholischer Lehre erklärt sich die göttliche Offenbarung nicht selbst, sondern Papst und Konzilien haben die Aufgabe, die Heilige Schrift und die apostolische Überlieferung auszulegen. Zwingli dagegen leugnete ein von Christus eingesetztes Lehramt des Glaubens und überließ es jedem einzelnen Christen, die Schrift nach eigenem Ermessen zu deuten („Freie Bibelforschung").

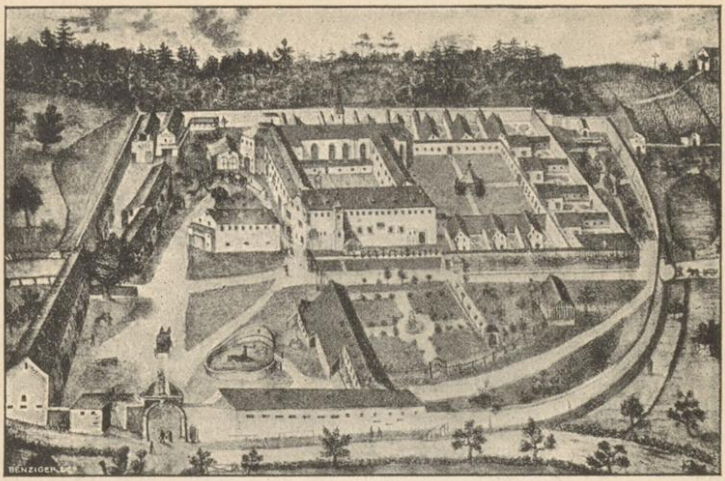
Als Ergebnis seiner Bibelauslegung bestritt Zwingli die katholische Lehre, daß die Sakramente die heiligmachende Gnade verleihen oder vermehren, und schaffte sie ab. In der katholischen Kirche bildet das Opfer der heiligen Messe den Mittelpunkt des Gottesdienstes, womit die Erklärung des Wortes Gottes (Predigt) verbunden wurde. Zwingli aber ersetzte die heilige Messe durch das Abendmahl, d. h. den gemeinschaftlichen Genuß von Brot und Wein, ohne Wandlung, während er die Predigt zum Mittelpunkt seines Gottesdienstes machte. Auch die Taufe behielt er bei. Doch waren ihm Abendmahl und Taufe nur äußere Erinnerungszeichen an Christus, ohne innere Wirksamkeit. Ferner verwarf Zwingli die Lehre vom Fegfeuer, den Ablaß zeitlicher Sündenstrafen, die Gelübde, die Heiligen- und Bilderverehrung, das Fastengebot usw., die nach katholischer Lehre in der Heiligen Schrift begründet sind. Durch die Verwerfung der Priesterweihe wurden die reformierten Geistlichen bloße Laienprediger, denen Zwingli auch die Ehe empfahl. Er selber verehelichte sich schon 1522. Die Oberleitung seiner Kirche übertrug er dem Rate von Zürich.

2. Die Zürcher Disputation (1523). Zwinglis Auftreten erregte beim gläubigen Volke scharfen Widerspruch. Viele Geistliche jedoch, die bereits mit ihrem Stande zerfallen waren, und die Mehrheit

des Rates traten zu ihm über. Letzterer hoffte dadurch das Vermögen der reichen Stifte und die bisher vom Papst und Bischof geübte kirchliche Regierungsgewalt an sich zu ziehen. Um der Neuerung in Stadt und Landschaft Zürich zum Durchbruch zu verhelfen, ordnete der Rat auf Zwinglis Drängen im Januar 1523 ein sogenanntes Religionsgespräch (Disputation) an. Dieses sollte über die Zugehörigkeit des Volkes und der Behörden zum alten oder neuen Glauben entscheiden. Bei solchen Zusammenkünften, die bereits in Deutschland allgemein üblich waren, siegte regelmäßig jene Partei, die mehr Vertreter aufwies. Zwingli hatte bei der Versammlung, die 600 Teilnehmer, Geistliche und Laien, zählte, die unbestrittene Uebermacht. Die katholische Lehre verteidigte der gelehrte Generalvikar Dr. Johannes Fabri, Abgeordneter des Bischofs von Konstanz. Er bestritt einer Versammlung von Laien und niedern Geistlichen das Recht, in Glaubenssachen zu entscheiden, da diese Befugnis nach Anordnung Christi nur dem Papste und den Konzilien zustehe. Der Rat stellte sich jedoch auf die Seite der Neuerer und beschloß, Zwingli solle fortfahren zu lehren, wie er bisher getan habe, und auch die übrigen Geistlichen zu Stadt und Land sollten nur mehr das predigen, was sie im Sinne Zwinglis aus der Bibel beweisen könnten. Damit war der Abfall Zürichs von der Kirche angebahnt.

3. Durchführung der Reformation in Zürich. In den folgenden Jahren wurden diese Beschlüsse auf dem Gebiete Zürichs gewaltsam durchgeführt: Heiligenfeste abgeschafft, Prozessionen und Wallfahrten verboten, Kirchenbilder, Altäre, Chorstühle, Orgeln herausgerissen, zertrümmert oder verbrannt, goldene und silberne Kirchengefäße, die Kirchengewänder und Kirchenbücher beseitigt und verschachert, die Feier der heiligen Messe verboten. Die Klöster wurden aufgehoben und ihre Besitzungen als Staatsgut erklärt. Der Rat zog die Oberleitung des ganzen Kirchenwesens an sich. Die Prädikanten (reformierten Prediger) standen unter seiner Gewalt.

4. Eidgenössische Bemühungen zur Erhaltung des alten Glaubens. Die V Orte (Luzern, die Urkantone und Zug) setzten der neuen Lehre einen kräftigen Widerstand entgegen. Auf ihren Antrag beschloß die Tagsatzung mehrheitlich, die Ausbreitung der Reformation mit Gewalt zu hemmen, namentlich in den gemeinen Vogteien. Doch konnte dieser Beschluß nicht durchgeführt werden. Wohl kam es bald zu gegenseitigen Verfolgungen und Gewaltakten; aber sie begünstigten nur die Ausbreitung der Neuerung, besonders im Thurgau. Dabei ging die Karthause Ittingen in Flammen auf.



Kartause Ittingen. Handzeichnung im Landesmuseum.

5. Die Wiedertäufer. Im Lager der Neugläubigen entstand alsbald eine neue Sekte; es waren die Wiedertäufer, die in Deutschland und in der Schweiz viele Anhänger fanden. Auch ihnen galt die Bibel als einzige Glaubensquelle; aber sie legten ihr einen andern Sinn bei als Zwingli. Infolgedessen erklärten sie die Kindertaufe für ungültig und ließen sich deshalb als Erwachsene noch einmal taufen (daher: Wiedertäufer). Auch strebten sie „ein neues christliches Reich" an, in dem es weder Priester noch Obrigkeit, weder Zins noch Steuer geben, sondern vollkommene Gütergemeinschaft herrschen sollte.

Die Häupter dieser Sekte waren Konrad Grebel und Felix Manz aus Zürich, zwei angesehene Bürger. Sie fanden besonders bei den Bauern des Kantons Zürich starken Anhang, auch in St. Gallen und Graubünden. Die freie Bibelforschung verleitete die Wiedertäufer zu den größten Tollheiten. Sie setzten sich wie die Kinder mit Puppen auf die Straßen, um „als Kinder ins Himmelreich eingehen" zu können. Andere arbeiteten nicht mehr, da der himmlische Vater schon für sie sorgen werde, wie „für die Lilien des Feldes"; wieder andere begingen in ihrer Schwärmerei sogar schwere Verbrechen. Zwingli und seine Anhänger suchten in Religionsgesprächen die Wiedertäufer von ihrem Irrtum zu überzeugen, erreichten aber wenig damit. Alsdann

schritt der Rat von Zürich mit strengen Strafen gegen sie ein und ließ Manz und zwei seiner Anhänger ertränken.

6. Bauernaufstände. Die Lehre der Reformatoren und der Wiedertäufer reizte die Bauern auch zu einem Aufstande gegen die weltliche Obrigkeit. Schon lange beklagten sie sich, daß die Herren und Obern ihnen die alten Rechte entrissen und dafür neue Lasten aufgebürdet hätten. Sie erhofften nun von der „evangelischen Freiheit" eine Verbesserung ihrer bedrückten Lage. In Süddeutschland kam es deswegen 1525 zum „Bauernkrieg", der bald auch in die Schweiz übergriff. Insbesondere erhoben sich die Bauern von Zürich, Schaffhausen, Basel, Thurgau und St. Gallen, wobei es wiederum zur Plünderung von Klöstern kam. Da sie aber nicht gemeinsam vorgingen, fiel es den Regierungen nicht schwer, die Bewegung zu unterdrücken.

C. Weitere Ausbreitung der Reformation.

1. In der Ostschweiz (1524—1529). Durch Zwinglis Freund, den Bürgermeister Joachim von Watt (Vadianus), wurde die neue Lehre in der Stadt St. Gallen eingeführt. Dabei verfuhr man ebenso gewalttätig wie in Zürich, plünderte die Stiftskirche, verbrannte die herrlichsten Kunstschätze und zwang die Nonnen zur Anhörung der reformierten Predigt. Von Zürich und St. Gallen aus fand die Neuerung im Lande Appenzell Eingang. Nur die Gemeinden der innern Rhoden blieben dem alten Glauben treu. Auch im Toggenburg erlangten die Neugläubigen das Übergewicht, besonders weil das Volk hoffte, auf diese Weise die Oberherrschaft des Abtes von St. Gallen abzuschütteln. — Aus gleichem Grunde fiel ein Großteil Graubündens vom Bischof von Chur und vom katholischen Glauben ab. — Im Glarnerland gewannen die Neuerer bald viele Anhänger; aber erst 1529 sprach sich die Mehrheit der Gemeinden für die Abschaffung der heiligen Messe aus. — In Schaffhausen war der Abfall ums Jahr 1529 ebenfalls vollzogen. — Auch im Thurgau machte die Neuerung unter dem Schutze Zürichs Fortschritte.

2. Die Badener Disputation (1526). Noch immer hofften die Katholiken, der Glaubensspaltung Einhalt tun zu können. An der Tagsatzung hatten sie immer noch die Mehrheit. Sie ordneten deshalb ein Religionsgespräch an, das am 21. Mai 1526 in Baden eröffnet wurde und vier Wochen dauerte. Als Verteidiger des katholischen Glaubens erschienen u. a. Dr. Eck aus Ingolstadt, der Führer der Katholiken Deutschlands, Generalvikar Dr. Fabri aus Konstanz

und der Franziskaner Thomas Murner aus Luzern. Die Lehre der Reformierten vertraten besonders Johannes Ökolampadius aus Basel und Bertold Haller aus Bern. Zwingli selbst erschien nicht, im Einverständnis mit dem Rat von Zürich. Am Schlusse der Disputation sprachen sich 82 Teilnehmer für Eck und nur 10 für Ökolampad aus. Aber die Neugläubigen kehrten sich nicht daran.

3. Die Reformation in Bern und Basel (1527—1529). In Bern wirkte besonders der Pfarrer am Münster, Bertold Haller, für die neue Lehre, fand aber erst 1527 eine Mehrheit im Rate. Dieser veranstaltete im Januar 1528 ebenfalls ein Religionsgespräch in Bern. Die katholischen Orte lehnten die Einladung dazu ab, da sie an den Badener Beschlüssen festhalten wollten. Darum errangen Zwingli und seine zahlreichen Anhänger einen leichten Sieg.

Jetzt wurde die Reformation im ganzen Gebiete von Bern mit Gewalt eingeführt. Das Hasletal, unterstützt von Obwalden, widersetzte sich, mußte sich aber den Regierungstruppen unterwerfen und büßte seinen Widerstand schwer (1528).

In Basel stand Ökolampadius an der Spitze einer rührigen Partei, die für die Neuerung arbeitete. Nachdem Bern den katholischen Glauben abgeschafft hatte, errangen die Reformierten von Basel ebenfalls die Oberhand und veranstalteten einen gräßlichen Bildersturm. Die Katholiken verließen Basel, der Bischof zog sich nach Delsberg zurück; viele Gelehrte der Hochschule, darunter Erasmus von Rotterdam und Glarean, siedelten nach Freiburg i. Br. über (1529).

39. Die Kappelerkriege.

A. Erster Kappelerkrieg (1529).

1. Ursachen. Durch die Glaubensspaltung wurde die Eidgenossenschaft in zwei religiöse Parteien getrennt, in die katholische und in die reformierte. Jede suchte ihre Stellung zu befestigen. Zürich schloß mit den reformierten Städten Konstanz, St. Gallen und Schaffhausen (zur Einkreisung des Thurgaus), ferner mit Bern, Biel, Basel und Mülhausen (Einkreisung der gemeinen Herrschaften Baden und Freie Ämter) auf Betreiben Zwinglis ein Sonderbündnis, das „christliche Burgrecht" (1527—1529). Dadurch wurden auch die Katholiken genötigt, sich nach Verbündeten umzusehen. So kam 1529 die „christliche Vereinigung"

zwischen den V Orten und König Ferdinand von Österreich zustande. Doch konnte Ferdinand ihnen wenig Hilfe leisten, da um dieselbe Zeit die Türken mit einem gewaltigen Heere Wien bedrängten.

Zwingli predigte unablässig den Krieg gegen die katholischen Orte und entwarf selber den Kriegsplan. Dadurch wurde die Erbitterung auf beiden Seiten noch gesteigert und äußerte sich in groben Gewalttaten. Die Zürcher richteten den Unterwaldner Weibel Wehrli hin, als er durch ihr Gebiet reiste. Dafür verbrannten die Schwyzer den reformierten Prediger Kaiser, der in ihrer Vogtei Uznach die neue Lehre verkündet hatte.

2. Eröffnung des Krieges. Im Jahre 1529 kam Unterwalden an die Reihe, den Landvogt für die Freien Ämter zu stellen. Zürich und Bern widersetzten sich dem Einzug des Vogtes, um die Unterwaldner für ihre Begünstigung des Aufstandes im Berner Oberland (1528) zu strafen. Luzern, Zug und Unterwalden dagegen schützten den Landvogt mit bewaffneter Macht. Sogleich ließen die Zürcher Truppen ins Freiamt einmarschieren, ebenso in den Thurgau und in die st. gallischen Stiftslande, und schickten am 8. Juni 1529 den V Orten den Absagebrief. Ihre Hauptmacht rückte gegen Kappel vor; die Katholiken sammelten sich bei Baar. Beide Parteien erhielten noch Zuzug; doch zögerte Bern mit dem Angriffe. Auch bei den Katholiken ließ der Kriegseifer nach. Den Bemühungen des reformierten Landammanns Äbli von Glarus gelang es, Friedensverhandlungen einzuleiten, ehe es zum Kampfe kam.

3. Die Milchsuppe bei Kappel. Während die Vermittler an der Arbeit waren, lagerten die beiden Heere einander gegenüber. Auf einem Vorposten — so erzählt eine Chronik — stellten einst fröhliche Burschen aus den Waldstätten eine große Mutte Milch mitten auf die Landesgrenze und riefen den Zürchern zu, sie hätten wohl gute Milch, aber nichts dreinzubrocken. Da eilten die Zürcher mit Brot herbei und brockten es ein. Dann legte sich jede Partei auf ihr Gebiet, und man aß die Suppe friedlich miteinander. Wenn aber einer über die Hälfte der Mutte hinauslangte, schlug ihm der gegenüberliegende mit dem Löffel scherzend auf die Hand und rief: „Iß auf deinem Erdreich!"

4. Der erste Landfriede. Am 26. Juni kam eine Vermittlung zustande, der erste Landfriede, der folgende Bestimmungen enthielt: Die eidgenössischen Orte sind in Glaubenssachen frei; kein Ort darf den andern zu seinem Glauben nötigen. In den gemeinen Vogteien entscheidet sich jede Gemeinde nach Stimmenmehrheit für den alten oder neuen Glauben. Die „christliche

Die Milchsuppe von Kappel.
Gemälde von A. Anker. Reproduziert mit Bewilligung der Verlagsanstalt Goupil & Cie., Paris.

Vereinigung" wird aufgehoben; das „christliche Burgrecht" aber bleibt bestehen. — Der Friede lautete also zugunsten der Reformierten.

B. Zweiter Kappelerkrieg (1531).

1. Ursachen. Die Zürcher suchten die Lehre Zwinglis mit allen Mitteln in den gemeinen Vogteien zu verbreiten, namentlich im Thurgau und im Rheintal. Sie hofften sie dadurch um so eher unter ihre Herrschaft zu bringen. Klöster wurden aufgehoben, Kirchengüter eingezogen, katholische Minderheiten unterdrückt. Über das Gebiet der Abtei St. Gallen verfügten sie, als ob es ihnen gehörte. Sie erklärten den Abt aller Herrschaftsrechte verlustig, verkauften die Klostergebäude an die Stadt und gaben den äbtischen Untertanen eine neue Verfassung. Die katholischen Orte erhoben Einspruch gegen diese Rechtsverletzungen, aber ohne Erfolg.

Gleichzeitig strebte Zwingli ein Bündnis mit den deutschen Protestanten an. Ihr Führer, Landgraf Philipp von Hessen, war dem Plane günstig gesinnt. Aber Luther und Zwingli konnten sich in der Abendmahlslehre nicht einigen, und so unterblieb der Zusammenschluß ihrer Anhänger. Immerhin kam ein Bündnis der schweizerischen Reformierten mit Straßburg und Hessen zustande.

Auch Frankreich und Venedig suchte Zwingli in den Dienst seiner Pläne zu ziehen, aber es gelang ihm nicht. Die V Orte wollte er mit Gewalt aus dem Mitbesitz der gemeinen Vogteien verdrängen. Auf den Rat Berns wurde ihnen der Markt in Zürich gesperrt.

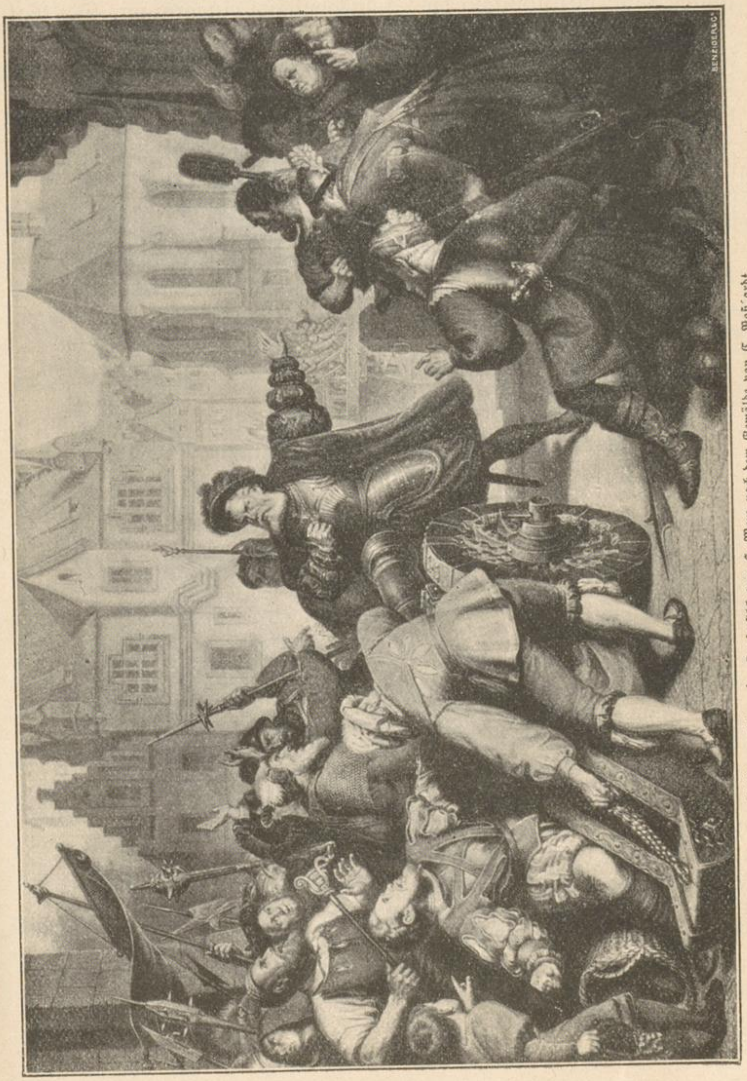
2. Die Schlacht bei Kappel. Solche Maßnahmen verbitterten die Katholiken aufs schwerste. Sie erklärten am 9. Oktober 1531 den Zürchern den Krieg und sammelten sich 8000 Mann stark in Zug, um über Kappel ins Zürchergebiet vorzurücken. Die Zürcher waren trotz des beständigen Drängens Zwinglis noch nicht zum Kriege gerüstet. Rasch rückte Georg Göldli mit 1200 Mann an die Grenze, denen alsbald noch 1500 Mann folgten, darunter Zwingli; Die Katholiken gingen ohne Zögern zum Angriff über und errangen einen vollen Sieg. Unter den 500 gefallenen Reformierten befand sich auch Zwingli; die Katholiken hatten nur 80 Mann verloren. Zwinglis Leiche wurde nach damaligem Kriegsrecht gevierteilt und verbrannt.

3. Der Überfall am Gubel. Trotz dieser Niederlagé beschloß Zürich Fortsetzung des Krieges. In kurzer Frist sammelten sich 24,000 Reformierte aus der ganzen Schweiz im Freiamt und wollten die Katholiken, die bei Baar ein festes Lager aufgeschlagen hatten, einschließen. 4000 Zürcher unter Jakob Frey drangen plündernd ins Zugerland ein und lagerten sich am Abend des 23. Oktobers am Gubel (bei Menzingen). In der Nacht wurden sie aber von 600 Zugern überfallen und 800 Reformierte erschlagen. Das entmutigte das Heer der Neugläubigen, und der Rat von Zürich zeigte sich zum Frieden geneigt.

4. Der zweite Landfriede. Bei Baar setzte man am 15. November 1531 nach langen Verhandlungen die Friedensbedingungen fest: Jeder selbständige Ort bleibt bei seinem Glauben. In den gemeinen Vogteien sollen die katholischen Minderheiten und solche, die zum alten Glauben zurückkehren, geschützt sein. Das „christliche Burgrecht" der Reformierten wurde abgetan; die Kriegskosten des ersten Kappelerkrieges mußten zurückerstattet werden. — Zögernd nahmen auch Bern und die andern reformierten Städte diese Bedingungen an.

C. Folgen des Krieges.

1. Der Kappelerbrief. Die Zürcher Landschaft hatte durch den Kappelerkrieg große Verluste erlitten. Darum beschwerten sich die Bauern, die Regierung gehe zu eigenmächtig vor und befrage das Volk auch in wichtigen Angelegenheiten nicht mehr um seinen Rat,



Niklaus Wengi. Kupferstich von H. Merz nach dem Gemälde von C. Voß, Arbt.

wie dies früher der Fall gewesen war. Auch habe man den Prädikanten zu viel Einfluß auf die Staatsgeschäfte eingeräumt. Der Rat mußte in einer Urkunde („Kappelerbrief") dem Volke versprechen, seine alten Rechte und Freiheiten zu achten. — Die Regierung von Bern wurde ebenso genötigt, den Bauern ähnliche Zugeständnisse zu machen.

2. Rückkehr zum alten Glauben. Unter dem Einflusse der V Orte kehrten die Freien Ämter, Rapperswil, Gaster und Sargans wieder zum katholischen Glauben zurück, desgleichen die Hälfte des st. gallischen Rheintals, während die Mehrzahl der thurgauischen Gemeinden bei der Neuerung verblieb. Auch in den st. gallischen Stiftslanden fand der katholische Glaube wieder Eingang, nur das Toggenburg blieb mehrheitlich reformiert. Der Abt von St. Gallen erhielt das Kloster und dessen Herrschaftsgebiet wieder zurück. — In Glarus war in vier Gemeinden die heilige Messe wieder gestattet.

3. Religiöser Zwist in Solothurn (1533). In Solothurn zählten die Reformierten viele Anhänger. Sie hatten den Bernern beim zweiten Kappelerkrieg Zuzug geleistet. Deswegen sollte nun Solothurn 800 Kronen Buße an die Kriegskasse der katholischen V Orte zahlen oder die Reformation in seinem Gebiet unterdrücken. Die katholische Ratsmehrheit entzog hierauf den Neugläubigen die Franziskanerkirche, die sie bisher benutzt hatten. Die Reformierten erklärten sich zur Zahlung der Kriegskosten bereit, wenn man ihnen Religionsfreiheit gewähre. Allein der Rat ging auf diesen Vorschlag nicht ein, weshalb die Neugläubigen Gewalt anwenden, insgeheim das Zeughaus besetzen und die katholische Ratsmehrheit stürzen wollten. Die Katholiken erhielten hiervon Kunde, und so drohte ein Bürgerkrieg. Schultheiß Nikolaus Wengi, ein edeldenkender Katholik, suchte zu vermitteln, aber ohne Erfolg. Die Reformierten bezogen auf dem rechten Aareufer eine abwartende Stellung; die Katholiken aber feuerten vom andern Ufer aus eine Kanone auf die Gegner ab und machten eine zweite schußbereit. Da stellte sich Schultheiß Wengi vor die Mündung der Kanone und rief: „Wenn Bürgerblut vergossen werden soll, fließe das meine zuerst!" Diese hochherzige Haltung Wengis verhütete den Bürgerkrieg. Die Neugläubigen zogen sich in den Bezirk Bucheggberg zurück, der unter Berns Gerichtsbarkeit stand. Solothurn aber blieb katholisch und sicherte mit Freiburg den V katholischen Orten die Mehrheit in der Tagsatzung.

40. Die Reformation in der Westschweiz.

A. Bemühungen Berns für die Verbreitung der neuen Lehre.

1. Wilhelm Farel. Bern verschaffte der neuen Lehre auch in der Westschweiz Eingang. Dadurch hoffte es seine Macht zu mehren und zu festigen und auch Herr der schönen Waadt zu werden, die teils dem Bischof von Lausanne, teils dem Herzog von Savoyen gehörte. Wilhelm Farel, der wegen seines Eifers für die Reformation aus Frankreich sich hatte flüchten müssen, predigte unter dem Schutze

Genf im XVII. Jahrhundert. Nach Merian.

Berns die neue Lehre in den Vogteien Aigle, Payerne, Murten, im St. Immertal, in Orbe, Grandson und Neuenburg, die alsbald zur Reformation übergingen (1528—1530).

2. Genfs Kampf mit Savoyen (1513—1530). Seit Jahrhunderten stand die Stadt Genf unter der Herrschaft des Bischofs von Genf; doch besaßen die Bürger eine bedeutende Selbständigkeit. Aber auch der Herzog von Savoyen hatte als Kastvogt des Bischofs eine gewisse Oberhoheit über die Stadt. Im Jahre 1513 bestieg ein Vetter des Herzogs den bischöflichen Stuhl, und beide suchten nun Genf vollständig unter Savoyen zu bringen. Auch die Adeligen und Reichen der Stadt unterstützten diese Bestrebungen. Aber die Partei der Kleinbürger strebte ein demokratisches Staatswesen an und suchte Anschluß an die

Schweiz. Unter ihrem Einflusse schloß Genf 1519 ein Burgrecht mit Freiburg, später (1526) auch mit Bern. Die savoyisch Gesinnten der Stadt fanden Hilfe beim Adel der Umgebung. Allein Bern und Freiburg schützten das verbündete Genf, und Savoyen mußte versprechen, seine Rechte nicht mehr anzutasten (1530).

3. Die Reformation in Genf (seit 1528). Unter dem Einflusse Berns hatte sich in Genf alsbald eine Partei der Neugläubigen gebildet, war aber noch in Minderheit geblieben. Als 1532 Farel sich in Genf niederlassen wollte, wurde er aus der Stadt verwiesen. Doch nahm die Zahl der Reformierten zu. Der Bischof — Pierre de la Baume — verließ deshalb kleinmütig die Stadt und siedelte nach Annecy (Savoyen) über. Es kam zwischen den beiden Parteien wiederholt zu blutigen Straßenkämpfen. Unter dem Schutze Berns kehrte Farel nach Genf zurück. Nachdem ihm Bern die freie Predigt erzwungen hatte, machte die Reformation rasch Fortschritte. Freiburg trat deshalb vom Burgrecht mit Genf zurück. Dem Bischof kündigten die Genfer den Gehorsam, die Klöster wurden aufgehoben, Kirchen geplündert, der katholische Gottesdienst verboten. Wer dem alten Glauben treu blieb, wurde verbannt.

3. Die Eroberung der Waadt (1536). Der Herzog von Savoyen bedrohte während dieser Glaubenswirren die Stadt Genf mehrmals mit Überfällen. Deshalb erklärte Bern an Savoyen den Krieg (1536); Hans Nägeli zog mit 6000 Mann nach Genf, befreite die bedrängte Stadt und besetzte die savoyischen Landschaften Gex und Chablais. Doch vermochte er Genf nicht zum Untertanenland herabzudrücken; die Stadt verblieb als Freistaat im Burgrecht mit Bern.

Da der Bischof von Lausanne und die Savoyer ihre angestammten Rechte in der Waadt gegenüber Bern zu verteidigen suchten, rückte Nägeli mit neuer Heeresmacht gegen Lausanne und besetzte Stadt und Land (1536). Der Bischof hatte inzwischen die Flucht ergriffen. Die Waadt war nun bernisches Untertanenland und wurde bald darauf zur Annahme der Reformation gezwungen (1538).

Später, im Jahre 1555, brachte Bern mit Freiburg das Gebiet des Grafen von Greyerz an sich. Den Bernern fiel das Gebiet von den Quellen der Saane südwärts bis an die Rhone zu. Auch hier wurden die Einwohner zum Abfall vom katholischen Glauben genötigt. — Jetzt stand die stolze Zähringerstadt auf der Höhe ihrer Macht. Ihr Gebiet reichte vom Genfersee bis fast an die Mündung der Aare und vom Jura bis zum Titlis.

Freiburg erwarb bei der ersten Eroberung der Waadt (1536) den obern Teil des Glanetales und einige Gebiete am Neuenburgersee, bei der Teilung des Greyerzerlandes (1555) den mittlern Teil des Saanegebietes.

B. Calvin und seine Kirche.

1. Calvin und seine Lehre. Wohl hatten Farel und seine Gehilfen in Genf den neuen Glauben eingeführt. Doch wurde die dortige Kirche nicht im Sinne Zwinglis organisiert, sondern erhielt durch Johann Calvin ein ganz anderes Gepräge. Calvin — neben Luther und Zwingli der dritte Reformator — wurde 1509 in Noyon (Nordfrankreich) geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Theologie und lernte frühzeitig die Lehre Luthers kennen. Doch wurde er, der Neugläubige, in Frankreich nicht länger geduldet und wanderte daher 1535 nach Basel aus. Hier gab er das „Lehrbuch der christlichen Religion" heraus, worin er seine religiösen Anschauungen zusammenfaßte.

Auch Calvin betrachtete die Bibel als alleinige Glaubensquelle, legte sie aber anders aus als Zwingli und Luther. So behauptete er, Gott habe einen Teil der Menschen für den Himmel, einen andern für die Hölle bestimmt, ohne Rücksicht auf ihre guten oder bösen Handlungen, sondern einzig, weil es Gott so gefalle (Prädestination, d. h. Vorherbestimmung). Auch in der Abendmahlslehre wich er von Zwingli ab. Dieser sagte, Christus sei in den Gestalten von Brot und Wein überhaupt nicht gegenwärtig. Calvin dagegen nahm an, Christus werde nicht wesentlich und persönlich, sondern nur der Kraft nach genossen, die beim Abendmahle auf den Empfänger herabströme. Diese Kraft nütze jedoch nur den „Auserwählten". Luther übertrug die höchste Gewalt über seine Kirche dem Landesfürsten, Zwingli dem Rate; beide schufen also das Staatskirchentum, Calvin dagegen stellte den Staat völlig unter die Kirche.

In Calvins schwächlichem Körper wohnte eine feurige Seele und eine gewaltige Arbeitskraft. Aber sein Charakter zeigte eine außergewöhnliche Härte und Grausamkeit. Einen Widerspruch gegen seine Anschauungen und Lehren duldete er nicht. Das sollten seine Untergebenen noch genugsam erfahren. In seinem Hasse gegen Rom überbot er womöglich Luther und Zwingli.

2. Calvins erstes Auftreten in Genf (1536—1538). Im Jahre 1536 kam Calvin nach Genf und wurde dort auf Drängen Farels, der sich ihm völlig unterordnete, Prediger. Er ging sofort ans Werk, seiner

Lehre eine sichere Grundlage zu geben. Behörden und Volk mußten gewonnen werden. Dazu bedurfte er einer neuen Kirchenordnung mit entsprechender Kirchenzucht. Doch stieß er bei seinen Neuerungen auf Widerstand, und Bern schürte die Mißstimmung, weil Calvin sich weigerte, die Gebräuche der Berner Kirche in Genf einzuführen und seine Kirche dem Staate zu unterstellen. Im Jahre 1538 wurden Calvin und Farel sogar aus Genf vertrieben. Ersterer wandte sich nach Straßburg, Farel aber wurde Prediger in Neuenburg.

3. Das Konsistorium. Nach heftigen Parteikämpfen wurde Calvin im Jahre 1541 wieder nach Genf zurückberufen, und man sicherte ihm die Wiederherstellung seiner ganzen Kirche zu. Nun herrschte er nach seinem Gutdünken. Da die Kirche die Seele des Staates war, verschaffte er den Predigern einen möglichst großen Einfluß und ein hohes Einkommen. Ein Sittengericht, das Konsistorium, bestehend aus den Predigern und 12 Vertretern der Gemeinde, war beauftragt, die religiöse Tätigkeit, die Sitten, die gesamte öffentliche und private Lebensweise der Bürger zu überwachen und mit der Lehre Calvins in Übereinstimmung zu bringen. Fehlbare wurden gemahnt, mit dem Kirchenbann belegt oder dem Rate zur Bestrafung überwiesen. Der geringste Tadel gegen die Kirchenordnung galt als Vergehen. Spiel, Tanz und andere Vergnügen wurden verboten, das Theater unterdrückt. In Kleidung und Mahlzeit sollte die größte Einfachheit befolgt werden.

Die ausgefällten Strafen waren sehr hart. In wenig Jahren wurden unter Calvins Regiment 800—900 Personen eingekerkert, 76 verbannt, 58 hingerichtet. Davon endeten im Jahre 1545 innert drei Monaten 34 Personen auf dem Scheiterhaufen oder Schafott.

4. Die Libertiner. Obwohl Rat und Konsistorium und somit alle Behörden unter Calvins Leitung standen, gab es doch immer noch viele Bürger, die seiner Herrschaft Widerstand leisteten und die Heilige Schrift nach eigenem Ermessen auslegen wollten. Es waren die „Libertiner", Angehörige altgenferischer Familien. Um seinen Anhang zu verstärken, wurden auf Calvins Betreiben viele reformierte Flüchtlinge, hauptsächlich aus Frankreich, ins Bürgerrecht der Stadt aufgenommen. Mit ihrer Hilfe behauptete er im Rate die Mehrheit. Gegen diese Einbürgerungen erhoben sich 1555 die Libertiner. Aber Calvin siegte. Viele seiner Gegner wurden mit Gefängnis, Geißelung oder Verbannung bestraft und vier hingerichtet.

5. Gründung der Akademie (1559). Nachdem Calvin seine Widersacher mit Feuer und Schwert vernichtet hatte, schickte er sich an, sein Lebenswerk zu vollenden. Er gründete eine Akademie (1559), d. i. eine Schule zur Ausbildung von Prädikanten und reformierten Lehrern. Sie wurde das große Missionshaus der calvinistischen Lehre für ganz Westeuropa, besonders für Frankreich, Holland, Schottland, England und die Rheingegend. Erster Leiter dieser Schule war Theodor Beza, ein französischer Flüchtling. — Außerdem richtete Calvin für die Flüchtlinge verschiedener Nationen besondere Gottesdienste ein und veranlaßte den Druck und die Verbreitung seiner Schriften in verschiedenen Sprachen. Damit war Genf der Mittelpunkt der calvinistischen Lehre geworden, das „protestantische Rom". — Calvin starb 1564.

Johann Calvin. Stich von Koening.

41. Die Zeit der Gegenreformation.

1. Das Konzil von Trient (1545—1563). Die Urheber der Reformation waren Luther, Zwingli und Calvin. Die Gegenreformation aber ging von der katholischen Kirche aus. Diese raffte sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts auf, um die Lehre der Reformatoren zurückzuweisen, bestehende Mißbräuche abzuschaffen und das kirchliche Leben dort, wo es erschlafft war, zu neuer Blüte zu erwecken. Dadurch wurden viele gefährdete Landesteile in verschiedenen Ländern vor dem dauernden Abfall bewahrt. Die Grundlage zu diesem Aufschwung bildete die allgemeine Kirchenversammlung (Konzil) von Trient (im Südtirol). Sie fand unter der Leitung des Papstes statt und dauerte — allerdings mit vielen Unterbrechungen — 18 Jahre lang (1545—1563).

Hier wurden alle Glaubenslehren, welche die Reformierten und Protestanten verworfen hatten, gewissenhaft geprüft und aufs neue bestätigt, genauer ausgeprägt und begründet. Zugleich erließ die Kirche Verordnungen, welche eine bessere Ausbildung der Priester bezweckten und sie zur gewissenhaften Pflichterfüllung und würdigem Wandel anhielten.

Auch die katholische Schweiz sandte Abgeordnete nach Trient, allerdings erst 1562: den Abt von Einsiedeln, Joachim Eichhorn, und Ritter Melchior Lussi von Stans.

2. Karl Borromäus (1538—1584). Nachdem die große Kirchenversammlung alle religiösen Streitfragen jener Zeit geprüft und gelöst hatte, galt es, die gefaßten Reformbeschlüsse auch durchzuführen. In der Schweiz war hierfür vor allem der heilige Karl Borromäus, Kardinal und Erzbischof von Mailand, tätig. Zu seinem Erzbistum gehörte ein großer Teil der ennetbirgischen Vogteien. Zudem besaß er in der Schweiz viele Freunde (besonders Ritter Melchior Lussi), und seine Familie war schon seit langer Zeit mit Bern, Luzern und Uri verburgrechtet.

Karl Borromäus wurde 1538 als Sprosse einer altadeligen Familie zu Arona am Langensee geboren und bestieg schon 1563 den erzbischöflichen Stuhl von Mailand. Fromm und sittenstreng, widmete er sich seinem Hirtenamte mit der Begeisterung eines Apostels. Unermüdlich arbeitete er an der Erneuerung des religiösen Lebens und beseitigte auch im Tessin mancherlei Übelstände. Im Jahre 1570 besuchte er Altdorf, Stans, das Grab des seligen Bruder Klaus (in Sachseln), Luzern und Einsiedeln. Überall befestigte er das Volk im Glauben, schärfte der Geistlichkeit strenge Kirchenzucht ein und ermahnte die Obrigkeit zur Verwirklichung der Konzilsbeschlüsse. In Mailand gründete er das Helvetische Kollegium, wo 40—50 Schweizerjünglinge sich unentgeltlich zum Priesterstande ausbilden konnten.

Um die katholische Schweiz mit Rom enger zu verbinden und die Erneuerung des kirchlichen Lebens zu fördern, bemühte sich Karl Borromäus um einen päpstlichen Gesandten (Nuntius) für die Schweiz, der seinen Sitz in Luzern nahm. Karl starb 1584, und zwei Jahre später wurde eine ständige Nuntiatur in Luzern errichtet, die bis ins 19. Jahrhundert hinein erhalten blieb. — Auch schweizerische Bischöfe (vor allem Christoph Blarer von Wartensee, Bischof von Basel) wirkten in gleichem Sinne wie Borromäus.

3. Neue Klostergründungen. Kardinal Borromäus hatte den katholischen Orten zur Durchführung der Konzilsbeschlüsse eindringlich die Berufung der Jesuiten und Kapuziner empfohlen.

Der Jesuitenorden (gegründet 1540) befaßte sich namentlich mit der Förderung des höhern Schulwesens. Seine Kollegien standen in ganz Europa in hohem Ansehen. Das erste Jesuitenkollegium in der Schweiz erhielt Luzern (1577); bald folgten Freiburg, Pruntrut, Brig. Einer der berühmtesten Jesuiten des Frei-

burger Kollegiums war der selige Peter Canisius. Sein Katechismus wurde allgemein verbreitet.

Schon vorher (1528) hatte sich vom Franziskanerorden der Orden der Kapuziner abgezweigt, der wieder zur ursprünglichen strengen Ordensregel zurückkehrte. Innerhalb 80 Jahren riefen die VII katholischen Stände in ihren Gebieten, gemeinen Vogteien und zugewandten Orten zur Erhaltung des katholischen Glaubens 35 Kapuzinerklöster ins Leben. Die ersten entstanden in Altdorf, Stans und Luzern (1581—1583). Die Kapuziner, denen auch Söhne aus fast allen katholischen Patriziergeschlechtern der Schweiz zuströmten, widmeten sich ausschließlich der Seelsorge. Durch ihre freiwillige Armut und aufopfernde Tätigkeit gewannen sie bis heute die Verehrung und Liebe des katholischen Volkes in hohem Maße.

Der hl. Karl Borromäus.
Tafelgemälde im Stift Einsiedeln.

4. Berühmte Staatsmänner der Gegenreformation. Zur Durchführung der großen Reform bedurfte die katholische Kirche der Mitwirkung der Regierungen und einflußreicher Staatsmänner. In Luzern förderte — neben andern berühmten Männern — vor allem Ludwig Pfyffer die Bestrebungen zur Erhaltung des alten Glaubens. Seit 1562 herrschte in Frankreich ein großer Religionskrieg, und die Schweiz lieferte beiden Parteien Söldner. Als Führer der katholischen Soldtruppen befreite Pfyffer 1567 König Karl IX., der in Meaux (40 km östlich von Paris) von einem Heere der Hugenotten (Calvinisten) plötzlich umzingelt worden war. — Von 1570—1594 stand Ludwig Pfyffer an der Spitze der Luzerner Regierung und wurde wegen seines großen Einflusses auf die katholische Eidgenossenschaft der „Schweizerkönig" genannt. An das neue Jesuitenkollegium in Luzern leistete er große Beiträge und gründete das Kapuzinerkloster auf dem Wesemlin (Luzern). Als trefflicher Helfer stand dem Schultheißen Ludwig Pfyffer der Stadtschreiber Renward Cysat zur Seite. Auf Pfyffers Betreiben schlossen die VII katholischen Orte der Schweiz 1586 zu Luzern

Luzern gegen Ende des XVI. Jahrhunderts.
Kupferstich nach Martinus Martini.

unter sich ein Bündnis zum Schutze des katholischen Glaubens, nach den vergoldeten Anfangsbuchstaben der Urkunde der „Goldene Bund" genannt. — Ihm stellten die reformierten Städte Bündnisse mit Mülhausen und Straßburg gegenüber.

Neben Pfyffer war Ritter Melchior Lussi von Stans (gestorben 1606) der bedeutendste Staatsmann der katholischen Schweiz. Er erwarb sich in päpstlichen und venetianischen Kriegsdiensten große Ehren und wurde 1561 Landammann von Nidwalden; zehnmal bekleidete er diese Würde. Auf dem Konzil zu Trient erschien er als Vertreter der VII katholischen Orte. Das Kapuzinerkloster in Stans verdankt ihm seine Gründung, wie er überhaupt für kirchliche und Armenzwecke große Summen aufwendete. — Im Glarnerlande wirkte Ägidius Tschudi, der berühmte Chronist, für die Erhaltung des alten Glaubens (1505—1572).

5. Erhaltung des katholischen Glaubens im Tessin und Wallis. In Locarno, das unter der Herrschaft der 12 Orte stand, hatte sich eine reformierte Gemeinde gebildet. Die reformierten Landvögte förderten, die katholischen bedrückten sie. Die Tagsatzung beschloß auf Verlangen des Rates von Locarno, daß die Neugläubigen auswandern sollten. Im März 1555 verließen 116 Personen ihre Heimat. Die meisten fanden Aufnahme in Zürich.

Im Wallis hing der größere Teil des Volkes noch am alten Glauben. Aber manche Geistliche neigten der neuen Lehre zu, ebenso

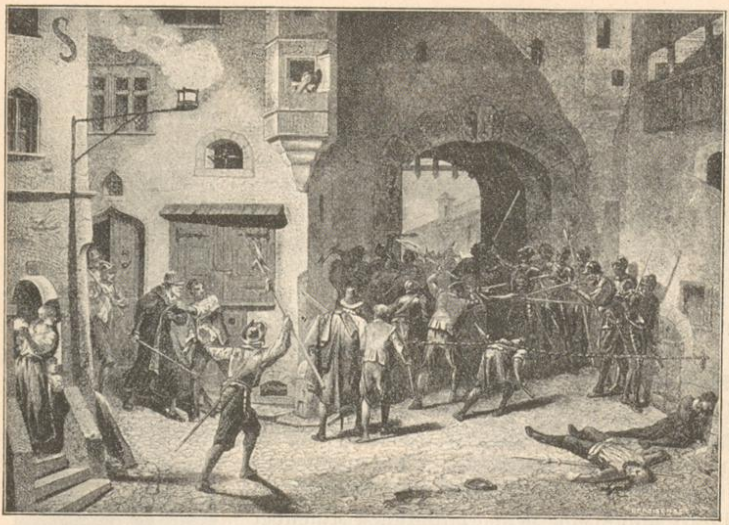
viele Gebildete aus dem Laienstande, die auf den Schulen in Bern, Basel und Zürich ihre Studien gemacht hatten. Der aufopfernden Tätigkeit der Kapuziner und Jesuiten und hervorragender Luzerner Geistlichen, wie auch den eifrigen Bemühungen des Bischofs von Sitten und der VII katholischen Orte gelang es, das ganze Wallis dem katholischen Glauben zu erhalten. Im Jahre 1604 erklärte der Landrat, daß das Land beim alten Glauben verbleiben wolle. Wer an der Neuerung festhielt, mußte das Wallis verlassen.

Initiale der Urkunde des „Goldenen Bundes". Staatsarchiv in Luzern.

6. Der Kalenderstreit. — Trennung von Appenzell (1597). Im Jahre 1582 hatte Papst Gregor XIII. einen neuen Kalender eingeführt, weil die bisherige Zeitrechnung ungenau war. Die katholischen Orte nahmen ihn sofort an; die reformierten aber wollten (bis 1700) nichts von dem „päpstlichen Kalender" wissen. Bern und Zürich machten sich sogar kriegsbereit, als die Tagsatzung sich anschickte, ihn auch in den gemeinen Vogteien einzuführen. Doch konnte der Friede erhalten werden.

In Appenzell aber gab dieser Kalenderstreit Anlaß zur Trennung des Landes. Die äußern Rhoden hatten vorwiegend die Lehre Zwinglis angenommen, die innern waren mehrheitlich beim alten Glauben verblieben. Als nun der neue Kalender eingeführt werden sollte, widersetzten sich die Reformierten diesem Antrage, ebenso eiferten sie gegen die Berufung der Kapuziner. Die Tagsatzung suchte zu vermitteln. Ein Bürgerkrieg konnte nur dadurch vermieden werden, daß sich das Ländchen in zwei selbständige Gebiete — Außer-Rhoden und Inner-Rhoden — teilte (1597). Die religiösen Minderheiten mußten nach dem andern Landesteil auswandern.

7. Die Escalade in Genf (1602). Der Herzog von Savoyen konnte den Verlust der schönen Stadt Genf und der Lande, die ihm die Berner entrissen hatten, nicht verschmerzen. Im Jahre 1564 erhielt er durch Verträge mit den Eidgenossen die Landschaften Gex und Chablais wieder zurück. Genf aber trotzte seinen wiederholten Angriffen, die er unter dem Vorwande, die Calvinstadt wieder katholisch zu machen, unternahm. In einer dunklen Winternacht des



Die Escalade in Genf.
Nach G. Roux. Aus „Schweizergeschichte in Bildern". Verlag A. Francke, Bern.

Jahres 1602 sollten seine Kriegsleute auf geschwärzten Leitern über die Stadtmauern Genfs steigen. Allein der Anschlag wurde vereitelt und das savoyische Heer zum Rückzug genötigt. Die Genfer aber stifteten zum Andenken an diese Rettung das Fest der Escalade (Leitersturm), welches heute noch alljährlich gefeiert wird.

42. Die Bündner Wirren (1602–1639).

1. Ursachen. Durch die Reformation war auch das Volk von Graubünden in zwei Glaubensparteien gespalten worden. Im Grauen Bund (Oberland) besaßen die Katholiken das Übergewicht; im Gotteshausbund und Zehngerichtenbund aber bildeten die Reformierten die Mehrheit. Diese suchten nun auch im Veltlin, dem gemeinsamen Untertanenlande, die Neuerung einzuführen. Das gab Anlaß zu langjährigen Bürgerkriegen. Zudem wußten verschiedene fremde Mächte die bündnerischen Parteien für sich zu gewinnen und das Recht zur Söldnerwerbung und zum freien Durchzug ihrer Truppen über die Alpenpässe zu erhalten. Die Katholiken suchten Anschluß an Österreich und den König von Spanien, der auch Herr des Herzogtums Mailand war; die

Reformierten wandten sich an Frankreich und Venedig, die den Spaniern das Herzogtum Mailand streitig machten. Dadurch wurde das Bündnerland auch Kampfplatz fremder Heere, namentlich während des Dreißigjährigen Krieges.

2. Das Strafgericht von Thusis und der Veltliner Mord (1618 und 1620). Schon in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts hatten die beiden Parteien einander blutig verfolgt. Öfters mußte die Tagsatzung der Eidgenossen die entzweiten Brüder versöhnen. Im Jahre 1602 entbrannte der Kampf nach kurzer Ruhe aufs neue. Die Reformierten, unter der Führung der Familie Salis, errangen die Oberhand. Aber 1617 vermochte das Haupt der katholischen Partei, Rudolf Planta, die Macht an sich zu bringen. Doch Georg Jenatsch, der Pfarrer von Samaden, und andere leidenschaftliche reformierte Prediger hetzten das Volk sofort zum Sturme auf. Planta wurde gestürzt. An einem Gerichtstage zu Thusis nahmen die Reformierten blutige Rache an ihren Gegnern. Die Brüder Rudolf und Pompejus Planta wurden geächtet, der Bischof von Chur schutz- und rechtlos erklärt, der greise Landammann Zambra von Bergell enthauptet und der Erzpriester Nikolaus Rusca aus Sondrio (Veltlin) auf bloßen Verdacht hin zu Tode gefoltert und unter dem Galgen verscharrt. (1618).

Im Jahre 1620 folgte ein fürchterlicher Gegenschlag der Veltliner. Hier entstand unter der Führung von Ritter Jakob Robustelli (Verwandter der Planta) eine Verschwörung. Mit bewaffneten Banden überfiel er die Reformierten des Tales und ließ sie niedermetzeln (18.—19. Juli 1620). Das war der Veltliner Mord, dem etwa 400 Personen zum Opfer fielen. Mailändisch-spanische Truppen besetzten das Veltlin. Die reformierten Bündner und Hilfstruppen aus Bern und Zürich wollten sie vertreiben, erlitten aber bei Tirano (Veltlin) eine schwere Niederlage.

3. Der Keulenkrieg (1622). Jenatsch, der inzwischen seinen Gegner Pompejus Planta mit einer Axt erschlagen hatte, vertrieb an der Spitze der Engadiner die Truppen der V Orte, die ihren Glaubensbrüdern zu Hilfe geeilt waren. Nun aber rückten Österreicher ins Prättigau ein, zwangen die Bewohner zur Auslieferung der Waffen und suchten sie mit Gewalt zum katholischen Glauben zurückzuführen. Jenatsch floh, gab sein Predigeramt auf und zog in fremde Kriegsdienste. Doch die Prättigauer Bauern schnitzten in den Wäldern Keulen, überfielen am Palmsonntag 1622 ihre Bedränger und erschlugen innert wenigen Stunden ihrer 400. — Wenige Tage nachher erlitt der hl. Fidelis von Sigmaringen,

Abzug der Österreicher aus Chur. Gemälde von V. Tobler.

der Obere der rätischen Kapuzinermission, in Seewis den Martertod. Die Reformierten gelangten zum vierten Mal zur Herrschaft im Zehngerichten- und Gotteshausbund. Wohl brachten später die Österreicher und Mailänder das Land wieder in ihre Gewalt, mußten aber 1631 Bünden und vier Jahre später auch das Veltlin für immer verlassen. An ihrer Stelle zogen nun die Franzosen ins Land ein.

4. Befreiung Graubündens. Doch das Volk von Rätien sah sich bald in seinen Hoffnungen getäuscht. Frankreich versuchte, das Veltlin für sich zu behalten. Zudem wuchs die Mißstimmung gegen die andauernde Besetzung Bündens durch französische Truppen. Georg Jenatsch war inzwischen zurückgekehrt und zum Katholizismus übergetreten und knüpfte mit Spanien insgeheim Unterhandlungen an. Denn er faßte den Plan, das Land von allen äußern Feinden zu befreien. Nach gründlicher Vorbereitung erhob sich 1637 das gesamte Volk der drei Bünde und vertrieb die Franzosen. Jenatsch aber fiel 1638 unter Mördershand.

Allmählich kehrte wieder Ruhe und Friede ins Land ein. Das Veltlin verblieb bei Graubünden. Unter der Bedingung, daß der katholische Glaube dort wieder hergestellt werde, verzichtete Spanien-Mailand auf das fruchtbare Tal. Der Zehngerichtenbund löste die letzten Rechte Österreichs ab. — Nun waren alle drei Bünde frei.

43. Der Bauernkrieg (1653).

A. Ursachen.

1. Einschränkung der Volksrechte. Seit den Zeiten der Reformation waren die Regierungen allenthalben darauf bedacht, ihre Gewalt zu erweitern. Mehr und mehr wurden von den Städten die Rechte und Freiheiten des Volkes in den umliegenden Landschaften umgangen und alle Vogteien in gleichmäßige Abhängigkeit gebracht. So sanken die Bauern zu Untertanen hinab und wurden auch bei wichtigen Angelegenheiten nicht mehr, wie früher, um ihre Zustimmung befragt. Die „gnädigen Herren und Obern" beanspruchten für sich alle Rechte und forderten vom Volke unbedingten Gehorsam. Der Betrieb der Landwirtschaft wurde durch lästige Bestimmungen eingeengt. Auch durften verschiedene Handwerke nur in den Städten und Flecken betrieben werden. Zu den bisherigen Abgaben gesellten sich neue Steuern.

2. Wirtschaftliche Ursachen. In Deutschland brach im Jahre 1618 zwischen den beiden Glaubensparteien ein unheilvoller Bürgerkrieg aus, der 30 Jahre lang dauerte. Auch Frankreich und Schweden kämpften an der Seite der Reformierten, während Spanien für die Katholiken eintrat. Die Schweiz verhielt sich neutral; doch kamen nicht selten Grenzverletzungen vor.

Während des Dreißigjährigen Krieges flüchteten sich viele reiche Ausländer mit ihrem Gelde in die Schweiz. Da gleichzeitig aus dem verheerten Deutschland kein Getreide mehr eingeführt werden konnte, stieg bei uns der Preis der Lebensmittel und der Grundstücke stark. Die Bauern machten dabei gute Geschäfte; aber sie gewöhnten sich auch an größere Ausgaben und machten leichtsinnige Liegenschaftskäufe.

Als nun 1648 der Krieg zu Ende ging und Friede geschlossen wurde, zogen die Flüchtlinge mit ihrem Gelde ab, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sanken in kurzem auf ein Viertel des früheren Preises. Infolgedessen trat Geldmangel ein; die Bauern gerieten in große Schulden. Zudem setzten einige Regierungen den Wert schlechter Scheidemünzen, die sie während der Krieges hatten prägen lassen, herab. Da sie nur eine dreitägige Frist einräumten, um sie noch zum vollen Werte umzuwechseln, hatte wiederum das Landvolk den größten Nachteil.

Die Abneigung, die die Untertanen gegen die Herren empfanden, und diese wirtschaftlich schlimme Zeit gaben Anlaß zu einem Bürgerkrieg, der der Bauernkrieg genannt wird.

B. Verlauf des Krieges.

1. Erhebung der Entlebucher. Die Bauern im Entlebuch erhoben zuerst die Fahne des Aufruhrs. Im Januar 1653 schickten sie Boten nach Luzern, welche dem Rat die Klagen und Wünsche des Volkes vorbrachten. Die Regierung wollte ihren Begehren nur teilweise entsprechen. Am 26. Januar versammelten sich die Entlebucher unter der Führung von Hans Emmenegger, Pannerherr in Schüpfheim, beim Wallfahrtsort Heiligkreuz ob Schüpfheim und schwuren, ihre alten Rechte mit Gut und Blut zu verteidigen. Am 15. Februar erschien eine Abordnung des Rates in Schüpfheim zu Unterhandlungen, wozu sich 1400 Bauern eingefunden hatten. Schultheiß Dulliker machte einige Zugeständnisse, doch die Versammlung forderte weit mehr. Es kam deshalb keine Einigung zustande. Die Entlebucher gingen Ende Februar in Wolhusen mit den übrigen Ämtern des Kantons ein Schutz- und Trutzbündnis ein und rückten im März bewaffnet vor die Stadt Luzern, vermochten aber nichts auszurichten.

2. Der Volksbund. Nun verpflanzten sich die Unruhen rasch auch ins bernische Emmental, nach Solothurn und Basel und ins Freiamt, wo ähnliche Verhältnisse bestanden wie im Entlebuch. Zwar kam es da und dort zu Unterhandlungen und Zugeständnissen. Aber die Unzufriedenheit blieb bestehen. Man traute den gegenseitigen Abmachungen nicht. Jetzt nahm auch die Tagsatzung Stellung gegen die Bauern und berief sich dabei auf das Stanserverkommnis. Christian Schibi aus Escholzmatt, ein alter Kriegsmann, forderte nun die Entlebucher neuerdings zum Widerstande auf. Die Bauernvertreter aus den genannten Landschaften schlossen am 23. April in Sumiswald den „Volksbund". Darin versprachen sie, sich gemeinsam gegen neue Lasten zu wehren und einander Kriegshilfe zu leisten, falls die Regierungen Truppen aufbieten sollten. Obmann des Bundes wurde Niklaus Leuenberger von Schönholz (Emmental). Zu Huttwil bestätigte eine große Landsgemeinde diese Abmachungen (14. Mai).

3. Der Entscheid der Waffen. Die Regierungen wollten nichts von dem „gottlosen Bunde" wissen. Rasch bot die Tagsatzung Truppen auf, um die Empörung zu unterdrücken. General Konrad Werdmüller von Zürich sollte die Freien Ämter besetzen, General Zwyer aus Uri die Stadt Luzern beschützen und Oberst Siegmund von Erlach das Emmental und den Aargau zum Gehorsam zwingen. Unterdessen hatte Leuenberger seine Mannschaften gesammelt und

Bauernhaus im Aargau. Gemälde von H. Lienert.

rückte gegen Bern vor. Die Regierung unterhandelte mit den Bauern, um Zeit zu gewinnen (Murifelder Friede, 28. Mai).

Bald darauf griff Werdmüller mit 8000 Mann 10,000 Bauern unter Leuenberger und Schibi bei Wohlenswil (Freiamt) an. Nach einem unentschiedenen Kampfe kam es in Mellingen zu Friedensverhandlungen. Darin versprachen die Aufständischen, ihren Bund aufzulösen und ihre Beschwerden einem eidgenössischen Schiedsgericht zu unterbreiten (Mellinger Friede, 4. Juni).

Die Solothurner und Basler ergaben sich. Schibi dagegen wandte sich mit seinen Truppen gegen Luzern, wurde aber bei Gisikon (an der Reuß) von General Zwyer geschlagen; desgleichen Leuenberger von Oberst Erlach in einem blutigen Treffen bei Herzogenbuchsee (8. Juni).

C. Folgen des Krieges.

Jetzt war der Aufruhr unterdrückt, und die Sieger nahmen grausame Rache an den Unterlegenen. Ein eidgenössisches Schiedsgericht, bestehend aus regierenden Herren, legte den Bauern große Kriegsentschädigungen auf und verurteilte Hunderte von Gefangenen. Die einen wurden auf Galeeren (Strafdienst auf

Ruderschiffen auf dem Mittelmeer) geschickt, andere enthauptet oder gehängt, wieder andere gefoltert, ausgepeitscht oder durch Ohren- und Zungenschlitzen verstümmelt. — Die Hauptführer des Aufstandes lieferte man der Rache der einzelnen Regierungen aus. Schibi, Emmenegger und Leuenberger wurden hingerichtet; auch die Basler verurteilten sieben Rädelsführer zum Tode.

Im Herbst 1653 kam eine Abordnung des Rates von Luzern ins Entlebuch, um den Huldigungseid des Volkes entgegenzunehmen. Da wurde sie von drei Männern (den „drei Tellen") überfallen, Schultheiß Dulliker verwundet, ein Ratsherr getötet. — Alsbald rückten wieder Truppen ins Land, die strenge Rache nahmen. Alle aufständischen Landschaften mußten die Waffen ausliefern. Mit eiserner Faust wurde das Volk zum bedingungslosen Gehorsam gezwungen. Die Lage der Bauern war nach dem Kriege viel schlimmer als vorher. Der letzte Rest der Freiheit ging ihnen verloren.

44. Die Villmergerkriege.

A. Erster Villmergerkrieg (1656).

1. Ursachen. Zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges nahm man in beiden religiösen Lagern der Schweiz lebhaften Anteil am Schicksale ihrer Glaubensbrüder in Deutschland, obwohl man ihnen keine Hilfstruppen zukommen ließ. Trotzdem sich die Schweiz neutral verhielt, begünstigten Zürich und die Reformierten den Durchzug der Schweden durch thurgauisches Gebiet und ihren Angriff auf die Stadt Konstanz, die ein Stützpunkt der Österreicher war. Auch andere Grenzverletzungen gaben Anlaß zu gegenseitigen Vorwürfen.

Noch mehr aber wurde die Spannung erhöht durch Klagen über die Verwaltung der gemeinen Vogteien. Seit dem zweiten Kappelerkriege (1531) besaßen die katholischen Orte die Mehrheit der Standesstimmen an der Tagsatzung und das Übergewicht bei der Besetzung der Vogtstellen in den gemeinen Herrschaften, die alle zwei Jahre wechselte. — Besonders wichtig waren die Grafschaft Baden und die Freien Ämter, die Zürich und Bern von einander trennten. Diese beiden führenden Orte der Reformierten aber suchten, die Vorherrschaft in den Vogteien an sich zu reißen und so eine bessere Verbindung unter sich herzustellen. Eine Gelegenheit hierzu sollte sich bald bieten.

2. Veranlassung des Krieges. In Arth (Schwyz) gab es seit Zwinglis Zeiten heimliche Anhänger der Reformation, die meist zur Nachtzeit zusammenkamen. Deshalb nannten sie sich

„Nikodemiten". Da jeder vollberechtigte Ort in religiösen Fragen selbständig war, verfügte im Herbst 1655 die Regierung von Schwyz die Verhaftung sämtlicher Reformierten. Man wußte damals hüben und drüben noch nichts von Duldung mehrerer Konfessionen im gleichen Staate. Etwa 30 der Bedrohten flohen nach Zürich, die andern wurden gefangen nach Schwyz geführt und vier davon enthauptet. Das Vermögen der Entflohenen wurde eingezogen. Zürich unterstützte das Begehren der Flüchtlinge, die von Schwyz die Herausgabe ihres Vermögens verlangten. Schwyz wies sie ab und forderte von Zürich die Auslieferung der Nikodemiten. Alsbald nahmen die Katholiken für Schwyz, die Reformierten für Zürich Partei, und nach vergeblichen Friedensbemühungen erklärte Zürich am 5. Januar 1656 an Schwyz den Krieg.

3. Schlacht bei Villmergen. Sofort rückte General Rudolf Werdmüller mit der Hauptmacht der Zürcher (7000 Mann) vor Rapperswil, ein Bollwerk gegen Zürich, das die Urner und Schwyzer besetzt hielten, vermochte dem Städtchen aber nichts anzutun. Die Hauptmacht der V Orte zog ins Freiamt. Die Berner stellten sich ihr unter Oberst Siegmund von Erlach 8000 Mann stark bei Villmergen entgegen, während ein Teil ihrer Truppen in Lenzburg verblieb. Obwohl die Katholiken nur 4800 Mann zählten, ging ihr Anführer Oberst Christoph Pfyffer von Luzern zum Angriff über und errang nach heißem Kampfe einen entscheidenden Sieg (24. Januar). Die Reformierten hatten 600 Tote und große Verluste an Kriegsmaterial zu beklagen.

4. Friede zu Baden. Den Bemühungen des Bürgermeisters Wettstein in Basel und des französischen Gesandten de la Barde gelang es, einen Frieden herbeizuführen. Am 7. März 1656 wurde in Baden vereinbart: „Jeder Ort soll in seiner Religion, Landeshoheit und bei seinen souveränen Rechten, Herrlichkeiten und Gerichtsbarkeiten für immer unangefochten bleiben. Insbesondere sei es jedem Stand überlassen, sich beim Wegzug Andersgläubiger zu verhalten, wie er wolle."

B. Zweiter Villmergerkrieg. (Toggenburgerstreit, 1712.)

1. Ursachen. Auch nach dem Frieden zu Baden dauerte der religiöse Hader unter den Eidgenossen fort. Die reformierten Stände Zürich und Bern konnten ihre Niederlage von 1656 nicht verschmerzen. Sie hatten immer noch die Minderheit an der Tagsatzung und in der Herrschaft über die gemeinen Vogteien. Ihre Verbindung

durch die Grafschaft Baden war noch nicht hergestellt. Nur eine entscheidende Waffentat konnte ihnen die gewünschte Änderung bringen. Das geschah ums Jahr 1712 durch einen neuen Religions- und Bürgerkrieg.

Den Anlaß dazu gab das Toggenburg. Dieses war mehrheitlich zur Reformation übergetreten. Es stand deshalb mit dem Abt von St. Gallen, seinem Oberherrn, auf gespanntem Fuße, auch deswegen, weil dem Volke im Laufe der Zeit viele Rechte entzogen worden waren. Besonders stark wuchs die Mißstimmung unter der strengen Regierung des Abtes Leodegar Bürgisser. Um eine bessere Verbindung mit der innern Schweiz herzustellen, ließ er eine neue Straße von Wattwil über den Ricken nach Uznach bauen. Bei der Gemeinde Wattwil, die diesen Straßenbau übernehmen sollte, entstand deswegen große Unzufriedenheit, ebenso bei den andern Gemeinden, die sich mit Wattwil in ihren Rechten und Freiheiten verletzt fühlten. Schwyz und Glarus, die alten Verbündeten der Toggenburger, besonders aber Zürich und Bern munterten sie zu energischem Widerstande auf. Im Jahre 1707 erklärte sich das ganze Tal unabhängig, verkündete Religionsfreiheit und wählte eigene Landesbehörden.

Bald aber entstand daraus ein religiöser Streit. Schwyz nahm sich des Abtes an, auch mehrere katholische Gemeinden söhnten sich mit ihrem Oberherrn aus. Die reformierten Toggenburger dagegen wollten die Herrschaft des Abtes mit Gewalt brechen und fanden bei ihren Glaubensgenossen in Bern und Zürich die tatkräftigste Unterstützung.

2. Verlauf des Krieges. Unter der Führung des Zürchers Ulrich Nabholz besetzten die Toggenburger im Frühjahr 1712 das Gebiet des Abtes und zogen die Stiftsgüter ein. Auch Zürich und Bern boten sogleich Truppen auf, denn jetzt schien ihnen die Gelegenheit günstig, um das Übergewicht in den gemeinen Vogteien an sich zu bringen. Die V Orte und Wallis dagegen nahmen für den Abt Partei.

Die äbtischen Lande und die gemeinen Herrschaften im Aargau waren alsbald von den Reformierten besetzt. Die Katholiken zogen sich nach der „Staudenschlacht" bei Bremgarten (so genannt, weil sie in einem Gebüschwald stattfand) zurück; auch Baden mußte sich ergeben.

Darauf kam es zu Friedensverhandlungen. Luzern und Uri nahmen die harten Bedingungen, die ihnen gestellt wurden, an. Aber Schwyz, Zug und Unterwalden beschlossen Fort-

setzung des Krieges. Auch das Luzerner Landvolk veranlaßte die Regierung, wieder zu den Waffen zu greifen; desgleichen rüsteten sich die Urner neuerdings.

Etwa 9000 Mann stark stellten sich die katholischen Orte am 25. Juli 8000 Bernern, unter denen sich viele Welsche befanden, bei Villmergen entgegen. Nach hartem Kampfe siegten die Reformierten; gegen 3000 Katholiken waren gefallen, während die Sieger nur 221 Tote zählten.

3. Friede von Aarau. Nach einigen weitern Streifzügen kam am 11. August 1712 zwischen den beiden Parteien der Landfriede von Aarau zustande. Dieser verschaffte den Reformierten das Übergewicht in den gemeinen Vogteien. Baden, das untere Freiamt und Rapperswil standen nunmehr ausschließlich unter der Herrschaft von Zürich, Bern und Glarus (bisher unter den acht Orten). Bern erhielt außerdem Anteil an den andern gemeinen Vogteien, von denen es bis jetzt ausgeschlossen war. Überall in diesen Gebieten sollte Religionsfreiheit herrschen. — Der Friede von 1531 (siehe Nr. 39B) wurde aufgehoben. — Nun war der Riß zwischen den Reformierten und Katholiken größer als je.

Das Jahr 1718 brachte auch einen Ausgleich zwischen dem Abte und den Toggenburgern. Diese erhielten Religionsfreiheit, aber nicht die Unabhängigkeit, die ihnen Ulrich Nabholz versprochen hatte. Der Berner Schultheiß erklärte ihnen höhnisch: „Es ist nirgends Brauch, daß man die Bauern zu Herren macht."

45. Staatliche und kirchliche Zustände im 16., 17. und 18. Jahrhundert.

1. Verhältnis der Schweiz zum Auslande. Seit den lombardischen Kriegen hatte sich das Gebiet der Eidgenossenschaft nicht wesentlich geändert. Zur Zeit der Glaubensspaltung wurde Genf zugewandter Ort der Reformierten, das Bistum Basel aber Verbündeter der Katholiken.

Obwohl die Schweiz schon seit dem Schwabenkriege sich nichts mehr um das Reich bekümmert hatte, erhielt sie doch erst beim Westfälischen Frieden, der 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendigte, ihre völlige Unabhängigkeit von Deutschland. Gleichzeitig ließ sie sich immer mehr mit Frankreich in Bündnisse ein. Namentlich König Ludwig XIV. (1643—1715) wußte die Eidgenossen an sich zu fesseln. Zwar warnten hervorragende Männer (namentlich Bürgermeister Rudolf Wettstein aus Basel, der die Schweiz am

Westfälischen Friedenskongreß ehrenvoll vertreten hatte) vor fremden Bündnissen. Trotzdem standen zeitweilig 30,000 Schweizer in Frankreichs Diensten, und König Ludwig verfuhr mit ihnen nach Willkür. Wenn darob Mißstimmung bei den Eidgenossen entstand, wußten die französischen Gesandten sie durch Versprechungen oder Drohungen, wie auch durch reiche Jahrgelder zu beseitigen.

In den Kriegen der Nachbarstaaten verhielt sich die Schweiz neutral. Das hinderte sie aber nicht, den streitenden Parteien Soldtruppen zuströmen zu lassen. Den Höhepunkt erreichte das Söldnerwesen um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Damals standen über 70,000 Schweizer in ausländischen Heeren.

2. Die Tagsatzung. Wie früher, so war auch nach der Reformation die Tagsatzung die einzige gemeinsame Behörde der Eidgenossenschaft. Die Boten versammelten sich gewöhnlich in Baden, seit dem Toggenburgerkrieg aber in Frauenfeld. Die Verwaltung der gemeinen Vogteien und die Bündnisse mit Frankreich waren fast die einzigen gemeinsamen Geschäfte, die beide Religionsparteien vereinigten. Doch erließ man zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges auch ein eidgenössisches Wehrgesetz zur Wahrung der Neutralität, das Defensionale (1647). Darin wurde bestimmt, wie die einzelnen Orte zum Schutze der Landesgrenzen zusammenwirken sollten. Praktische Bedeutung erhielt aber dieses Gesetz nie.

Neben den gemeinsamen Tagsatzungen hielten die beiden Glaubensparteien noch Sondertagungen, die Katholiken in Luzern, die Reformierten in Aarau. Seit dem Toggenburgerkriege (1712) hatten letztere in den gemeinen Vogteien das Übergewicht und nützten es auch rücksichtslos aus.

3. Die Aristokratie. Im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts erschwerten die Städte den Zugewanderten und ihren Nachkommen die Erwerbung des Bürgerrechtes mehr als früher. Dadurch ging die Zahl der vollberechtigten Bürger zurück; um so größer wurde ihr Anteil an den fremden Pensionsgeldern, die nur den Bürgern zukamen. Die Klasse der Hintersässen (der Angesiedelten und ihrer Nachkommen) aber nahm zu. Die Ansässen hatten kein Stimmrecht und waren von den Ämtern ausgeschlossen. — Auch in den Ländern suchte man aus gleichen Gründen die Zahl der Bürger möglichst klein zu halten.

In Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn und Genf schied sich aus den Bürgern wieder ein Kreis vornehmer und reicher Familien (Patrizier oder Aristokraten) aus, die nach und nach völlig die Oberherrschaft gewannen. Nur sie konnten wichtige Ämter

in Kirche und Staat und Heer bekleiden. Sie brachten es so weit, daß die Räte sich selbst ergänzen durften, wenn eine Stelle frei wurde, ohne daß die Bürgerversammlung etwas dazu zu sagen hatte. Dadurch wurden die Ämter erblich. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts hatten z. B. in Bern 14 Patrizierfamilien 127 Ratsstellen inne. Diesen „Standesfamilien" oder „regimentsfähigen Geschlechtern" gegenüber waren die andern Bürger fast machtlos.

In den Städten mit Zunftverfassungen — Zürich, Basel, Schaffhausen — errangen die reichen Kaufleute ähnliche Vorrechte, obschon hier die Bürger mehr Einfluß auf das öffentliche Leben hatten.

In den Ländern dagegen blieb die Staatsform demokratisch. Die höchste Gewalt stand bei der Landsgemeinde, an der jeder Bürger gleiche Rechte besaß. Allerdings gab es auch hier einflußreiche Familien, die besonders durch fremde Kriegsdienste reich und angesehen geworden waren. Sie erreichten ihre Machtstellung vielfach auch durch Bestechung der Wähler, die durch Geld ihre Wahlstimme kaufen ließen.

Einige aristokratische Regierungen bemühten sich eifrig um das Wohl des Landes, führten eine gute Verwaltung und förderten Handel und Verkehr, Kunst und Wissenschaft. Bern ist unter dieser Führung reich und mächtig geworden. Aber es herrschten auch viele Mißbräuche. Wenn die Kleinbürger in den Städten oder gar die „Untertanen" auf der Landschaft und in den gemeinen Vogteien an der Verwaltung etwas auszusetzen wagten, hatten sie die strengsten Strafen zu befürchten.

4. Verwaltung der Vogteien. Mit der Verwaltung der gemeinen Vogteien stand es im allgemeinen nicht gut, am ärgsten im Tessin. Da die Herrschaft über die Vogteien alle zwei Jahre wechselte, unternahm keiner der regierenden Orte notwendige Verbesserungen, so unhaltbar auch viele Zustände waren. Fast überall bestanden noch Leibeigenschaft und Hörigkeit. Schule, Armenpflege und Straßenbau wurden vernachlässigt. Das Amt eines Landvogtes wurde käuflich. Die Bewerber suchten Rat und Landsgemeinde durch Bestechung für sich zu gewinnen. In den zwei Jahren seiner Verwaltung aber brachte der Landvogt durch hohe Bußen- und Bestechungsgelder der Untertanen, durch Erpressung und andere verwerfliche Mittel die ausgelegten Summen wieder ein und noch viel dazu.

Auch manche Vogteien einzelner Orte litten oft schwer unter dem Ausbeutungssystem der Landvögte, wenn auch verschie-

Aufzug des Rates von Bern. Nach Dunker „Moral-polit. Courrier." Stadtbibliothek Zürich.

dene Regierungen sich bemühten, gegen Übelstände und Mißbräuche einzuschreiten. Das Los dieser Untertanen war daher vielerorts nicht besser als in den gemeinen Herrschaften. Die meisten Rechte, die sie im 15. Jahrhundert noch besessen hatten, waren ihnen nach und nach entrissen worden. Diese mißliche Lage des Volkes führte im Laufe der Zeit zu vielen Aufständen; der bedeutendste derselben war der Bauernkrieg (siehe Nr. 43); andere brachen im 18. Jahrhundert aus.

5. Folter und Hexenprozesse. Das Willkürregiment der Regierungen äußerte sich auch in barbarischen Strafen gegen Fehlbare und Angeschuldigte. Die Folter war allgemein üblich. Wer dagegen Einsprache erhob, zog sich einen scharfen obrigkeitlichen

Verweis zu. Sie kam am häufigsten zur Anwendung bei den Hexenprozessen. Durch irgend ein sonderbares Verhalten oder eigentümliche, ungewöhnliche Manieren konnte sich jemand den Verdacht zuziehen, mit dem Teufel im Bunde zu stehen und durch dessen Hilfe geheime Hexenkünste auszuüben. Solche Leute wurden erbarmungslos gefoltert und grausam hingerichtet. In Genf allein wurden einst innerhalb drei Monaten 500 Personen wegen Hexerei verurteilt. Erst im 18. Jahrhundert erlosch der Hexenwahn, der auch in Frankreich und Deutschland stark verbreitet war, nach und nach.

6. Kirchliche Verhältnisse. Die beiden religiösen Parteien der Schweiz bildeten nicht für sich geschlossene Gebiete, sondern griffen mit ihren Bestandteilen an vielen Orten stark in einander über.

Zur katholischen Schweiz gehörten: Die V Orte, Freiburg, Solothurn, Wallis, Appenzell J. Rh., ferner der Norden des Bistums Basel, das Fürstenland der Abtei St. Gallen, die südwestliche Hälfte des Grauen Bundes, die Freien Ämter, die tessinischen Vogteien, das Veltlin und die Herrschaften von Rapperswil bis Sargans. Die Grafschaft Baden, das Puschlav und einige andere Gemeinden des Gotteshausbundes waren in Mehrheit katholisch.

Maßgebend für die Katholiken war in sittlich-religiöser Beziehung das Konzil von Trient (siehe Nr. 41). Sie gehörten verschiedenen Bistümern an, die zum Teil auch über das Gebiet der Eidgenossenschaft hinausragten. Den größten Teil der deutschen Schweiz umfaßte das Bistum Konstanz, nämlich die heutigen Kantone Zürich, Glarus, Aargau, Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, Appenzell, Teile von Solothurn und Bern und die V Orte. Ferner bestanden noch die Diözesen Chur, Sitten, Lausanne (seit 1613 Sitz in Freiburg), Basel, (seit 1529 Sitz in Pruntrut, seit 1697 in Arlesheim), Genf (seit 1535 Sitz in Annecy, Savoyen) und Como-Mailand, zu dem der Tessin und das südliche Bünden gehörten. (Vergl. Karte VI im Anhang.)

Reformiert waren Bern, seine Untertanengebiete und die gemeinen Vogteien des Westens, Zürich, Basel, Schaffhausen, Appenzell A. Rh., die Stadt St. Gallen, der größere Teil Graubündens, Genf, Neuenburg und der Süden des Bistums Basel. Starke reformierte Mehrheiten wiesen ferner Glarus, der Thurgau, das Toggenburg und das Rheintal auf. — Die Anhänger der Lehre Zwinglis und Calvins suchten ihre Glaubensbekenntnisse einigermaßen in Übereinstimmung zu bringen und vereinigten sich zur „Helvetischen Konfession" (1536), die 1566 abgeändert wurde. Die Lutheraner hingegen gingen ihre eigenen Wege.

7. Das Staatskirchentum. Zwingli hatte dem Staat die Oberaufsicht über seine Kirche übertragen. Daraus entstand ein ausgeprägtes Staatskirchentum; die Regierungen mischten sich in viele kirchliche Angelegenheiten ein. Nach und nach fand diese Gepflogenheit auch bei den Regierungen katholischer Gegenden Anklang. Dadurch kam es oft zu Reibereien zwischen den weltlichen und geistlichen Behörden, z. B. im Kt. Luzern beim sog. Udligenswiler-Handel (1725—1731). Dort stritt man sich über die Frage, ob die Regierung das Recht habe, einen Pfarrer abzusetzen und einen neuen wählen zu lassen. Die Tagsatzung und sogar der Papst mußten sich wiederholt mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

46. Wirtschaftliche und geistige Kultur im 16., 17. und 18. Jahrhundert.

A. Das Erwerbsleben.

1. Landwirtschaft. Seit Jahrhunderten waren Landbau und Viehzucht die Hauptbeschäftigung des Schweizervolkes. Im Sommer trieb man das Vieh fast immer auf die Weide, nur im Winter befand es sich in den Ställen. Das gemeinsame Weideland war die Allmend. Man nahm, was der Boden bot, ohne ihn zu düngen (Raubbau). Der Viehstand war geringer als heute, die Verarbeitung der Milch zu Käse nur auf den Alpen üblich. Dagegen blühte ausgedehnter Viehhandel. — Der Ackerbau beanspruchte mehr Boden als heute, namentlich der Getreidebau. Jeder Bauer teilte sein Getreideland in drei Felder oder Zelgen ein: in eine Winterzelge mit Weizen, Roggen oder Korn, eine Sommerzelge mit Hafer und Gerste, und eine Brachzelge, die unbebaut blieb. Jedes Jahr wechselte die Bepflanzung, so daß sie sich nach Ablauf von drei Jahren auf demselben Grundstück wiederholte (Dreifelderwirtschaft). Außer dem Getreide zog man viele Gemüse und Nutzpflanzen (Hanf und Flachs, Ölpflanzen usw.), in bevorzugten Lagen auch die Weinrebe. — Der Wald bedeckte einen ansehnlichen Teil des Landes, fand aber nicht überall gute Pflege.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts suchte man den Ertrag des Bodens zu steigern. Die Stallfütterung wurde allgemeiner. Man verteilte die großen Allmenden unter die Bürger, düngte die Wiesen und bepflanzte auch Äcker mit Kunstgräsern. Brachfelder ließ man eingehen, feuchte Gebiete wurden entsumpft. — Um die Mitte des Jahrhunderts (1740) fand auch die Kartoffel in der Schweiz überall Eingang, besonders seit dem Hungerjahre 1770.

2. Gewerbe und Handel waren ausschließliche Vorrechte der Zünfte und vornehmen Familien in den Städten. Der Bauer durfte nur in der Stadt seine Produkte verkaufen. Unter den Gewerben blühte zwar schon im Mittelalter die Verarbeitung von Seide und Baumwolle, hauptsächlich in Zürich, in der Ostschweiz die Leineweberei. Zur Zeit der Gegenreformation wanderten viele Flüchtlinge aus den Niederlanden, Frankreich und dem Tessin in die protestantische Schweiz ein und gaben hier diesen Industrien neues Leben. Genf, Le Locle und La Chaux-de-Fonds schwangen sich im 17. und 18. Jahrhundert zu Hauptplätzen der Uhrenindustrie empor. — Absatzgebiet der schweizerischen Erzeugnisse waren vor allem Frankreich und England, Deutschland und Italien. Allerdings wurde der Handel durch die mangelhaften Verkehrswege vielfach gehemmt. Die Alpenübergänge waren wenig ausgebaut, das Postwesen lag in den Händen privater Unternehmungen, Geld, Maß und Gewicht wechselten von einem Kanton zum andern, kantonale Zollschranken erschwerten den freien Verkehr.

3. Volkselend. Der karge Boden des Landes vermochte das Volk nur ungenügend zu ernähren. Da die Zufuhr vom Auslande beschwerlich und teuer war, gab es bei Mißernten oft Hungerjahre; Krieg und ansteckende Krankheiten vermehrten das Elend in erschreckendem Maße. Die Zahl der Bettler wuchs unheimlich, und die Regierungen taten wenig zur Beseitigung der Übelstände. Klöster und fromme Stiftungen aber, die früher die Not gelindert hatten, waren aufgehoben oder in ihren Einkünften geschmälert. Viele junge Leute suchten in fremden Kriegsdiensten eine ausreichende Beschäftigung, und die Regierungen begünstigten diese Art des Erwerbes, weil sie auch ihnen Vorteil brachte und Gelegenheit bot, unbequem gewordene Personen in die Söldnerheere abzuschieben. — Eigentlicher Wohlstand herrschte meist nur in den bevorzugten Kreisen der Städte.

B. Geistiges Leben.

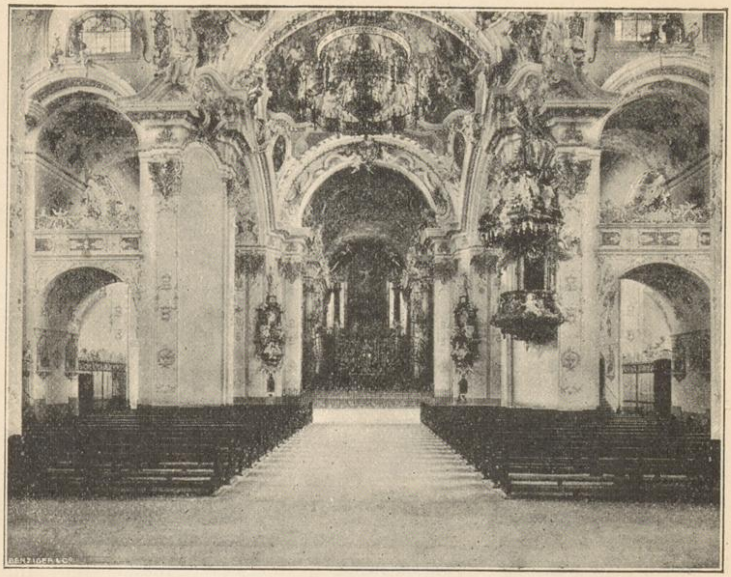
1. Schulwesen. Das Volksschulwesen hatte schon vor der Reformation in vielen Städten und Dörfern Eingang gefunden. Nach der Glaubensspaltung taten die Regierungen wenig für die allgemeine Volksbildung, obwohl die religiöse Unterweisung Anstoß zur Gründung von Schulen gab. Man hoffte so das Volk in gefügigerer Unterwürfigkeit zu halten. Vielmehr wurde zur Zeit der Reformation manche blühende Schule zerstört oder ihrer Mittel beraubt.

Aber der Drang nach Bildung war bereits im 15. Jahrhundert durch die Erfindung der Buchdruckerkunst und durch das Studium der Werke alter Kulturvölker neu erwacht und groß geworden. Und nun wetteiferten die beiden Glaubensparteien besonders in der Schaffung höherer Schulen. Die Katholiken gründeten Jesuitenkollegien (Gymnasium, Philosophie und Theologie in einer Anstalt vereinigt), die Reformierten Gymnasien oder Akademien in Zürich, Basel, Genf usw. Freilich begegneten Lehrer und Schüler oft noch großen Hindernissen; erstere waren schlecht besoldet und mußten nebenbei durch ein Handwerk ihren Unterhalt verdienen. Ebenso konnten viele Schüler nur unter großen Entbehrungen ihre Studien fortsetzen, weil ihnen die Mittel zum Unterhalte fehlten. Es waren meistens nicht die Söhne der Reichen und Vornehmen, die an die höheren Schulen gingen, sondern vorwiegend lernbegierige Jünglinge aus dem Bürger- und Bauernstande. Nach Aufhebung des Jesuitenordens (1773) wurden dessen blühende Kollegien von Weltpriestern im alten Geiste weitergeführt, bis sie im 19 Jahrhundert in Staatsschulen übergingen. Gleichzeitig erweiterten die Benediktinerstifte St. Gallen, Einsiedeln, Muri, Engelberg usw. ihre bereits bestehenden Lateinschulen oder errichteten neue, desgleichen die Kapuziner in Stans.

2. Förderung der Wissenschaft. Mit der Hebung des höhern Schulwesens wuchs auch der Eifer für die Wissenschaft. Gelehrte Männer drangen in die Geheimnisse der Natur ein. Im Reformationszeitalter tat sich auf diesem Gebiete der Zürcher Arzt und Professor Konrad Geßner (gest. 1565) hervor. Fast zwei Jahrhunderte später lebte in Zürich der Erforscher der Alpen, Joh. Jak. Scheuchzer (gest. 1733), und in Bern der berühmte Dichter, Arzt und Professor Albrecht von Haller (gest. 1777), in Genf der Geologe Benedikt von Saussure (gest. 1792).

Der hervorragendste Geschichtsforscher des 16. Jahrhunderts war Ägidius Tschudi von Glarus (gest. 1572); im Zeitalter der französischen Revolution lebte in Schaffhausen der berühmte Historiker Johannes von Müller (gest. 1809).

Großen Einfluß auf die Öffentlichkeit hatte der Genfer Schriftsteller Jean Jacques Rousseau (gest. 1778). Er war ein Feind der verkünstelten Lebensweise seiner Zeit und predigte in seinen Schriften die Rückkehr zur Natur. Dabei griff er aber, wie die meisten damaligen französischen Philosophen, christlichen Glauben und Sitte und die Grundlagen der bestehenden Staatsordnung an und bereitete dadurch die französische Revolution vor.



Inneres der Stiftskirche in Einsiedeln.

3. Pflege der Kunst. Das Reformationszeitalter tat für die kirchliche Baukunst wenig; auch in katholischen Gegenden trat ein Stillstand ein. Erst die Gegenreformation gab wieder Anstoß zum Bau prächtiger Gotteshäuser. Mit dem 15. Jahrhundert hatte die Gotik (siehe Nr. 37) ihre Blütezeit hinter sich. An ihre Stelle trat die Renaissance, die sich wieder mehr an die Kunst der alten Griechen und Römer anlehnte (daher der Name Renaissance, d. h. Wiedergeburt). Unter den schweizerischen Kirchenbauten dieser Art ist die Hofkirche in Luzern (1633—1639) wohl das beste Baudenkmal, obschon der Innenschmuck zum Teil einem spätern Stil (Barock) angehört und die Türme noch in das Zeitalter der Gotik zurückreichen. Häufiger waren profane Bauten im Renaissancestil (Luzerner Rathaus).

Schon im 17. Jahrhundert machte die Renaissance dem Barockstil Platz, der wieder andere und reichere Formen des Schmuckes aufweist als seine Vorgänger. In der katholischen Schweiz entfaltete sich bald ein großer Eifer zur Erstellung würdiger Gotteshäuser. Um diese Zeit entstanden u. a. die Jesuitenkirchen, dann die

Solothurner Madonna.
Gemälde von Hans Holbein d. J.

prächtigen Klosterkirchen in Einsiedeln und St. Gallen und vor allem die großartige St. Ursuskirche (jetzt bischöfliche Kathedrale) in Solothurn (1765—1770), ferner auch viele herrliche Pfarrkirchen, die heute noch den Stolz des Landes bilden.

Die Malerei und Bildhauerei (Plastik) wurden durch die Bilderstürme der Reformation aus den Gotteshäusern der Neugläubigen verbannt und mußten sich daher auf den Schmuck profaner Bauten beschränken. Die Katholiken dagegen schmückten wie früher ihre Kirchen reichlich mit großen Gemälden und Statuen und retteten damit die kirchliche Kunst vor dem Untergange. Der bedeutendste Maler der Schweiz war im 16. Jahrhundert Hans Holbein der Jüngere, von Augsburg, der mehrere Jahre in Basel wohnte und 1543 in London starb. Er schuf den berühmten „Totentanz" in Basel, zwei herrliche Madonnenbilder usw., im ganzen über 100 Werke. — Großen Aufschwung nahm um dieselbe Zeit die Glasmalerei. — Im 18. Jahrhundert tat sich Joh. Melch. Würsch in Buochs als Maler hervor.

Im 16. und 17. Jahrhundert lag die Dichtkunst im allgemeinen darnieder. Allmählich erhob sie sich wieder und begann die Schönheiten des Vaterlandes zu besingen. Albrecht von Haller machte den Anfang mit seiner Gedichtsammlung „Die Alpen".

4. Weckung vaterländischen Sinnes. Seit der Glaubensspaltung herrschte in der innern und äußern Politik der Eidgenossenschaft große Zerfahrenheit. Die Schweiz war zu einem Spielball französischer Könige und anderer Fürsten geworden, die um Geld alles erhielten, was sie begehrten. Mit dem fremden Gelde kamen auch fremde Unsitten ins Land, die den gesunden Kern des Volkes verdarben. Im Innern gab es zwischen den Herren und Untertanen die größten Gegensätze, die sich oft in böse Mißstimmung verwandelten.

Dieser äußere und innere Zerfall untergrub auch den vaterländischen Sinn. Das tat edeldenkenden Männern weh. Sie

Das Rathaus in Luzern.

Die Kathedrale in Solothurn.

Die Hofkirche in Luzern.

Die Kathedrale in St. Gallen.

waren darauf bedacht, Katholiken und Reformierte einander näher zu bringen und verstehen zu lernen und im Volke wieder mehr Liebe zur heimatlichen Scholle und Verständnis für Gemeinnützigkeit zu pflanzen und zu pflegen. Die „Helvetische Gesellschaft" (gegründet 1762) stellte sich zur Aufgabe, an der Verwirklichung dieser Ziele zu arbeiten.

47. Empörungen und Parteikämpfe.

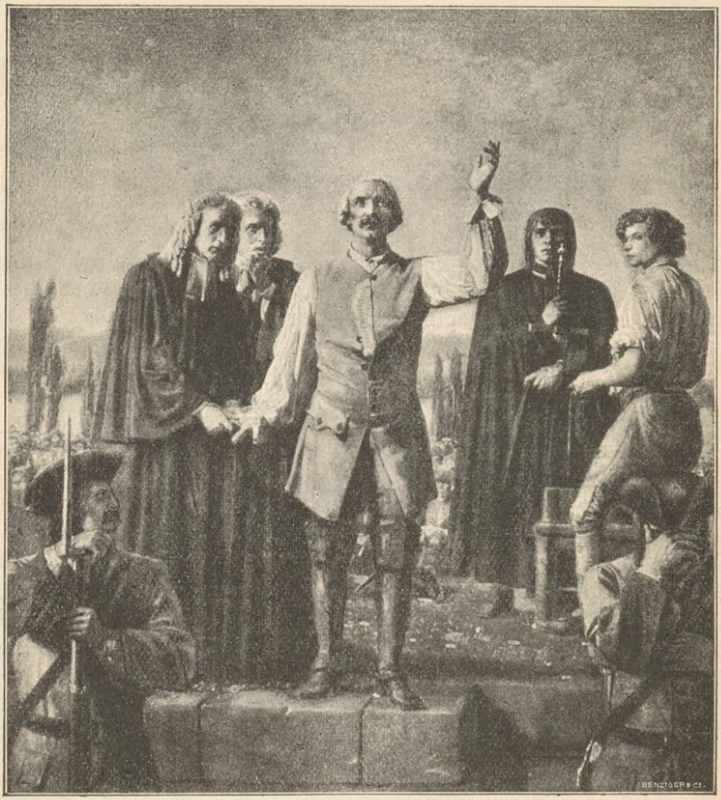
Das 18. Jahrhundert brachte der Schweiz eine Reihe von Empörungen und bürgerlichen Streitigkeiten. Dort erhob sich das Volk gegen die Herren. Ursachen hievon waren gewöhnlich die Entrechtung und Bedrückung der Untertanen und der Bürger durch die Willkürherrschaft aristokratischer Regierungen. — Im Gegensatz zu frühern Bürgerkriegen konnten diese Aufstände auf ihren Herd beschränkt werden und wurden von den herrschenden Orten mit Waffengewalt unterdrückt. Trotzdem ebneten sie den Boden für die französische Revolution, die am Ende des Jahrhunderts die alte aristokratisch organisierte Eidgenossenschaft vernichtete.

A. Volk und Herren.

1. Erhebung in der Waadt (1723). Seit der Reformation (1536) war die Waadt ein Untertanenland Berns. Die Bevölkerung hatte aber kein rechtes Vertrauen zu den Herrschern, schon wegen der Verschiedenheit der Sprache. Auch gingen ihre alten Rechte und Freiheiten verloren. In kirchlichen Dingen zeigte sich mancher Widerspruch zwischen den mehr calvinistisch gesinnten Waadtländern und den zwinglianischen Bernern.

Major Abraham Davel von Cully faßte den Plan, die Waadt vom Joche Berns zu befreien. Er war ein tapferer Offizier, voll Freiheitssinn und Liebe zu seiner waadtländischen Heimat und hatte den Bernern im zweiten Villmergerkriege große Dienste geleistet. Mit 562 Mann rückte er am 31. März 1723 in Lausanne ein und gab dem versammelten Stadtrate seinen Befreiungsplan kund. Doch ließ er sich von der bernisch gesinnten Behörde überlisten. Am andern Morgen war er der Gefangene Berns und bestieg am 23. April nach grausamen Martern das Blutgerüst. Sein Volk aber bewahrte ihm ein treues Andenken.

2. Der Henzi-Handel in Bern (1749). Die Patrizier führten auch in der Stadt Bern selber ein sehr strenges Regiment. Von den



Major Davels Hinrichtung. Gemälde von Ch. Gleyre.

11000 Einwohnern der Stadt hatten einige wenige Familien alle einträglichen Staatsstellen besetzt; die übrigen waren fast rechtlos (siehe Nr. 45, Ziff. 3).

Im Jahre 1749 taten sich nun einige Männer zusammen, die das alte Regiment zu stürzen und der Stadt eine neue Verfassung zu geben versuchten. Ihr geistiges Haupt war Samuel Henzi, ein gebildeter Mann, der die Herstellung der Rechtsgleichheit auf friedlichem Wege einleiten wollte. Allein ihr Vorhaben wurde verraten, und Henzi und seine Gesinnungsgenossen verbluteten auf dem Schafott, ehe sie ihre Pläne verwirklicht hatten.

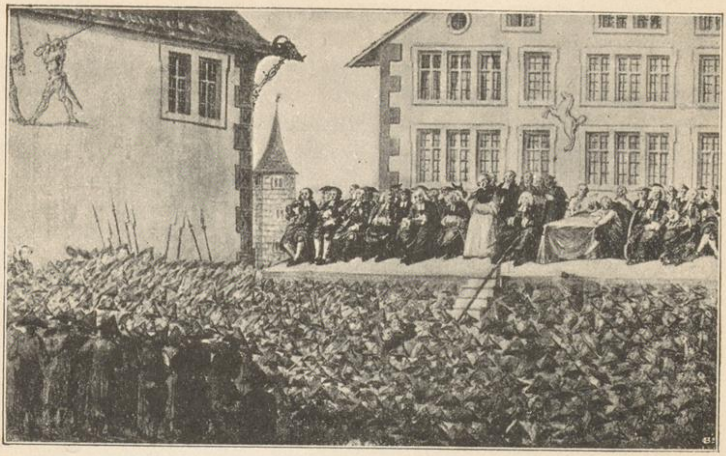
3. Empörungen im Livinental (1754—1755). Das Livinental gehörte seit dem 15. Jahrhundert den Urnern. Lange Zeit herrschte ein friedliches Verhältnis zwischen Uri und den Talleuten jenseits des Gotthard. Als aber 1754 die Urner verlangten, jede Gemeinde habe alle zwei Jahre Rechenschaft über die Güter der Witwen und Waisen abzulegen, erklärten die Liviner, dieser Erlaß sei ein Eingriff in ihre Rechte, und kündigten Uri den Gehorsam (1755). Doch die Urner rückten rasch mit Truppen über den Gotthard, besetzten das Tal und nahmen die Anführer der Aufständischen gefangen. Die ganze Mannschaft der Liviner mußte in Faido (Hauptort des Tales) unbedingten Gehorsam schwören; drei der Anführer wurden vor ihren Augen hingerichtet und acht andere zur Aburteilung nach Altdorf geführt. Von nun an war das Livinental ganz entrechtet.

4. Der Aufstand der Freiburger (1781). Das Patrizierregiment von Freiburg tat wenig zur Hebung der Landschaft. Dafür gab es immer neue Zölle und Steuern und mißbräuchliche Frondienste. Das erbitterte das Landvolk. Unter der Führung von Nikolaus Chenaux aus Greyerz erhob es sich (1781). Doch wurde der Aufstand mit Hilfe Berns blutig unterdrückt. Der Bürgerschaft in der Stadt gab man einige alte Rechte wieder zurück.

Ähnliche Aufstände gab es im 18. Jahrhundert im Werdenberg (1721—22), das den Glarnern gehörte, im Pruntrut (1740), und im Toggenburg (1734 und 1740). Auch in der Stadt Genf kämpften die Bürger und Hintersässen Jahrzehnte lang gegen das Patriziat, das aus der calvinistischen Kirchenverfassung herausgewachsen war. Im Jahre 1782 rückten 6000 Franzosen und Berner zum Schutze der Aristokraten in Genf ein und richteten das gestürzte Regiment wieder auf.

B. Bürger gegen Bürger.

Nicht nur die Untertanen erhoben sich gegen ihre Herren. Im 18. Jahrhundert kam es auch zu heftigen Parteikämpfen zwischen den vollberechtigten Bürgern selber, besonders in den Landsgemeindekantonen. Ursache derselben waren nicht selten schlechte Amtsführung und Bestechlichkeit der Behörden, aber auch persönlicher Ehrgeiz und Eifersucht. Auch spielten oft die fremden Jahrgelder und Handelsvorrechte eine große Rolle, durch die sich einzelne bevorzugte Familien bereichert hatten oder zu bereichern suchten. Manchmal wendeten die Parteien schwere Gewaltakte und andere verwerfliche Mittel an, um ihre Ziele zu erreichen. Die Anhänger der Regierung hießen die „Linden", ihre Gegner die „Harten".



Landsgemeinde in Schwyz im Jahre 1763. Handzeichnung im Staatsarchiv in Schwyz.

1. Streitigkeiten in Zug (1729). In Zug nahm die Familie Zurlauben, die französisches Salz verkaufte, zu Anfang des 18. Jahrhunderts eine führende Stellung ein. Im Jahre 1729 wurde Ratsherr Joseph Anton Schumacher, der österreichisches Salz vertrieb, von der Landsgemeinde zum Landammann gewählt. Er verfolgte nun seine Gegner mit großer Strenge, wurde aber schon fünf Jahre nachher wieder gestürzt und zur Galeerenstrafe verurteilt.

2. Parteikämpfe in Schwyz (1763—1765). An der Spitze der Regierung von Schwyz stand 1763 die Familie Reding, die viele Angehörige als Offiziere in französischen Diensten hatte. Damals änderte Frankreich willkürlich die Dienstordnung der Schweizertruppen, wogegen der Rat von Schwyz Einsprache erhob und die Werbung für Frankreich verbot. Trotzdem schickte die Gemahlin des Generals Nazar Reding wieder Söldner nach Paris und wurde dafür von der Landsgemeinde mit einer Geldbuße belegt. Das erschütterte die führende Stellung der Reding. Der Wirt Dominik Pfyl scharte die Gegner der Regierung um sich, die auch von Österreich unterstützt wurden. Sie erlangten die Mehrheit an der Landsgemeinde (1764) und in der Regierung und verfolgten die Redingpartei mit allen Mitteln. Nach Willkür wurden ihre Anhänger mit schweren Geldbußen bestraft und zur Zahlung von Taggeldern an die Bürger verurteilt. Doch war man bald dieses Trei-

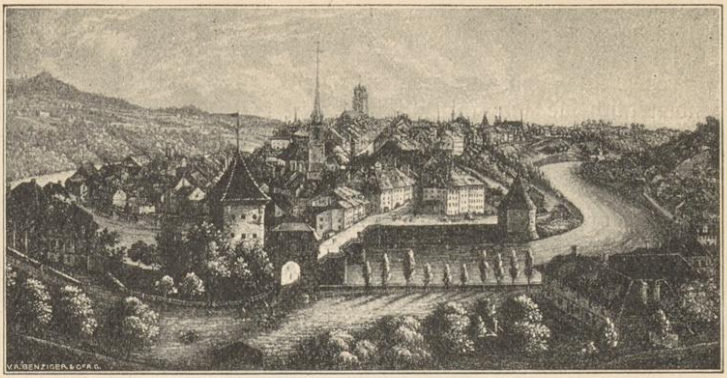
bens müde. Pfyl wanderte 1765 als Verbannter ins Ausland. Haupt der Regierung wurde später wieder ein Reding.

3. Der Suter-Handel in Appenzell (1775—1784). Besonderes Aufsehen erregte der Suter-Handel in Appenzell J. Rh. Dort wurde 1760 der Familie Geiger der Alleinbesitz der Ämter streitig gemacht. Die Landsgemeinde wählte den Wirt zu Gonten, Joseph Suter, zum Landvogt im (st. gallischen) Rheintal, welches Appenzell abwechselnd mit den acht Orten verwaltete. Später wurde er auch Landammann. Als er aber einen Prozeß um eine Alp, den er im Auftrage des Staates geführt hatte, verlor, wurde Suter gestürzt und verbannt (1775). Seine Feinde lockten ihn wieder ins Land und verurteilten ihn nach grausamer Folterung zum Tode (1784). Später wurde seine Unschuld durch gerichtlichen Spruch anerkannt (1829).

* * *

Auch unter den Patriziern der Städte gab es im 18. Jahrhundert allerlei Reibereien, namentlich in Luzern, wo sich zwei Familien, die Meyer und Schumacher, und ihre Anhänger Jahrzehnte lang leidenschaftlich bekämpften.

So sehen wir die Schweiz am Ausgange des 18. Jahrhunderts innerlich zerrissen und uneins. Um so leichter fanden nun die Ideen der großen Staatsumwälzung, die von Westen her an unsere Türen pochten, auch bei den Eidgenossen Eingang.



Bern zu Beginn des XIX. Jahrhunderts. Eidgenössische Kupferstichsammlung.

Vierter Zeitraum.

Von der Helvetik bis zur Gegenwart.
(Von 1798 an.)

48. Die französische Revolution (1789—1799).

1. Ursachen. Die französische Revolution gehört zu den blutigsten und folgenreichsten Ereignissen in der Weltgeschichte. Mit ihr beginnt eine neue Zeit, nicht nur in Frankreich, sondern beinahe auf der ganzen Erde. Auch für die Schweiz hatte sie die wichtigsten Folgen.

In Frankreich verlor das Königtum im 18. Jahrhundert allmählich die Achtung und Liebe des Volkes. Ludwig XIV. (1643 bis 1715) war äußerst kriegslustig, prachtliebend und verschwenderisch. Sein Urenkel und Nachfolger, Ludwig XV. (1715—1774), führte ruhmlose Kriege und vergeudete in üppigem Hofleben große Summen. So geriet das Reich in gewaltige Schulden, die Steuern wuchsen stark an, die zahllosen Zölle und sonstigen Abgaben erschwerten das wirtschaftliche Leben. Wohl besaß der Bauer Privateigentum, mußte aber einen bedeutenden Teil der Staatslasten tragen. Krone, Adel und hohe Geistlichkeit (Bischöfe und Äbte), denen $^3/_5$ des gesamten Grund und Bodens gehörten, hatten viel weniger zu leisten. Die große Masse des niedern Klerus (gegen 70000) jedoch teilte mit dem gemeinen Volke die Not.

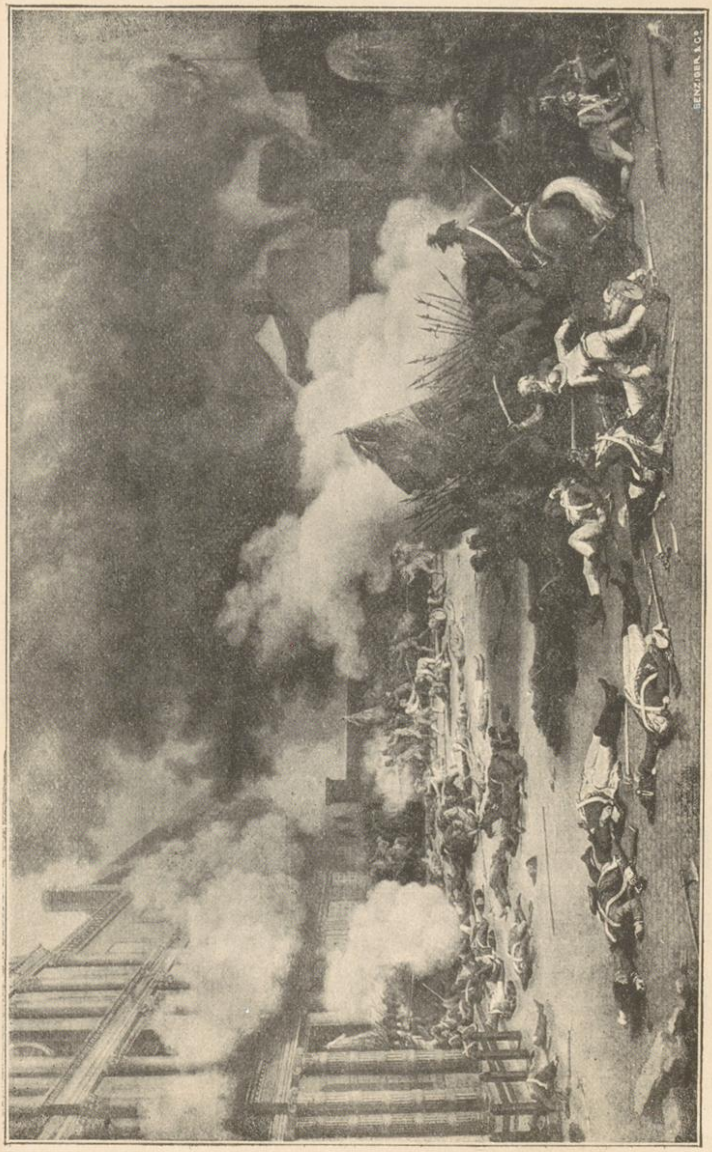
Diese Ungleichheiten erregten große Unzufriedenheit. Darum fanden auch die sog. französischen Philosophen bei der großen Masse nur zu leicht Gehör. Sie griffen im Namen der „Aufklärung" die Staatsordnung schonungslos an (z. B. Rousseau) oder verhöhnten in ihren Schriften Kirche und Christentum (z. B. Voltaire).

2. Ausbruch der Revolution. Im Jahre 1774 bestieg Ludwig XVI., ein sittenreiner und wohlmeinender Fürst, den französischen Königsthron. Wiederholt versuchte er, die ärgsten Übelstände zu beseitigen und die Lage des gemeinen Volkes zu verbessern. Aber die bevorzugten Stände legten ihm alle erdenklichen Hindernisse in den Weg, und der König war weder tatkräftig noch einsichtig genug, um diese Widerstände zu brechen. So griff die Unzufriedenheit immer mehr um sich.

Da berief der König im Jahre 1789 auf den Rat seines Ministers Necker (aus Genf) die drei Reichsstände (285 vom Adel, 308 von der hohen Geistlichkeit und 621 vom Bürger- und Bauernstande) nach Versailles, um mit ihnen über die schlimme Lage des Landes Rat zu halten (5. Mai). Aber gleich am Anfang entstand Streit über die Weise der Abstimmung. Adel und Geistlichkeit wollten nach Ständen, die Bürger und Bauern aber nach Köpfen abstimmen. Da erklärten sich die Abgeordneten des dritten Standes (d. h. der Bürger und Bauern) als die einzig wahre Nationalversammlung; ihre Aufgabe sei, dem Volke Gerechtigkeit und Freiheit zu verschaffen. Nach kurzem Widerstande gab der König nach, und die Volksvertreter waren Herr und Meister. Damit hatte die französische Revolution — jene große Staatsumwälzung — ihren Anfang genommen.

Die Staatsordnung wurde nun geändert, durch eine Verfassung (Konstitution) die Macht des Königs beschränkt und die Gesetzgebung den Abgeordneten des Volkes übertragen. Adel und Geistlichkeit verloren ihre Vorrechte; Zehnten und Frondienste wurden abgeschafft und allen Bürgern gleiche Rechte und Pflichten zuerkannt. Der Staat hob die Klöster auf und zog alle Kirchengüter ein, übertrug die Wahl der Bischöfe und Pfarrer dem Volke und legte der Geistlichkeit den kirchenfeindlichen Bürgereid auf. Die Konstitution wurde am 14. Juli 1790 vom König und den Volksvertretern feierlich beschworen.

3. Die Schweizergarde in Paris (1792). Alle diese Veränderungen vollzogen sich nicht ohne Volksaufläufe und Ruhestörungen. Schon 1789 (14. Juli) war die Bastille (das Staatsgefängnis) erstürmt worden. Der König fühlte sich bald nicht mehr sicher in



Erstürmung der Tuilerien am 10. August 1792. Gemälde von T. Berlour.

Das Löwendenkmal in Luzern.

seinem eigenen Lande und suchte zu entfliehen (Juni 1791), wurde aber mit Gewalt wieder nach Paris zurückgeführt und stand nun unter der Aufsicht der Revolutionäre. Diese hatten inzwischen die Verfassung neuerdings geändert. Eine neue Volksvertretung versammelte sich in Paris, wobei die Jakobiner (so benannt, weil sie im ehemaligen Dominikanerkloster zu St. Jakob ihre Zusammenkünfte abhielten) als heftige Gegner des Königtums auftraten.

Viele Franzosen wanderten aus, besonders nach Österreich und Preußen. Frankreich erklärte beiden Staaten den Krieg (1792). Als der Waffenerfolg anfänglich die Gegner begünstigte, stürmte bewaffneter Pöbel am 10. August 1792 vor den königlichen Palast (die Tuilerien). Des Königs einziger Schutz war die Schweizergarde (etwa 750 Mann). Offiziere und Soldaten trotzten im dichtesten Kugelregen der mehr als zehnfachen Übermacht. Da gab ihnen der König den Befehl, sich in ihre Kasernen zurückzuziehen. Die Revolutionäre drängten nach und umringten das Häuflein der Schweizer. Etwa 400 Gardisten fielen, die andern gerieten in Gefangenschaft; die meisten von ihnen wurden nachher von der Menge niedergemacht. — Das Löwendenkmal in Luzern erinnert an die heldenmütige Haltung der Schweizergarde in Paris („Der Treue und Tapferkeit der Schweizer"). — Die Schweiz entrüstete sich über die Gewalttaten gegen ihre Mitbürger, war aber zu schwach, um die Schmach zu rächen, denn es herrschte keine Einigkeit.

4. Frankreich eine Republik. Im Herbst 1792 berief Frankreich eine dritte Versammlung von Volksvertretern ein, den Nationalkonvent. Dieser setzte den König ab und verkündete die Republik. Der Kalender wurde geändert, die christliche Religion abgeschafft und dafür eine sog. Vernunftsreligion eingeführt. Jeder Freund von Ordnung und Gesetz galt als geheimer Anhänger des Königs. Dieser wurde am 21. Januar 1793 hingerichtet; mit ihm starben viele Tausende unter der Guillotine, auch seine Gemahlin Maria Antoinette von Österreich und seine Schwester Elisabeth.

Durch diese Schreckensherrschaft verwickelte sich Frankreich in viele, aber siegreiche Kriege mit dem Auslande und verbreitete die Ideen der Revolution bald über ganz Europa.

49. Die helvetische Revolution (1790–1798).

1. Der Schweizerklub. Die Vorgänge in Frankreich wurden von den Schweizern aufmerksam verfolgt, um so mehr, da man seit Jahrhunderten enge Beziehungen zu diesem Lande hatte. Wohl verurteilte jedermann mit Abscheu die Greueltaten der Revolutionäre, anerkannte aber auch die guten Ideen, die die Staatsumwälzung verwirklichen wollte. Die Regierungen waren zwar in überwiegender Mehrheit Gegner der Neuerung, aber das Volk stimmte begeistert in den Ruf nach „Freiheit und Gleichheit" ein. Je weniger die Obrigkeiten auf solche Begehren Rücksicht nahmen, desto mehr reizte das Beispiel des französischen Volkes, sich selbst zu helfen.

In Paris hatte sich ein Verein von politischen Flüchtlingen aus Freiburg, Waadt und Genf gebildet, der Schweizerklub. Er setzte sich zum Ziel, die Revolution auch auf das Gebiet der Eidgenossenschaft zu verpflanzen. In zahllosen Flugschriften forderte er die Schweiz zum Sturze der verhaßten Regenten auf. Und der Same der Revolution fiel auch bei uns auf fruchtbares Erdreich.

2. Volksaufstände in der Schweiz. Das Unterwallis erhob sich 1790 gegen die Herrschaft der Oberwalliser. Allein die Regierung vermochte die Bewegung zu unterdrücken. — In der Waadt feierte man die Taten der französischen Revolutionäre in Wort und Schrift, wogegen die Berner Regierung mit strengen Strafen einschritt und dadurch die Verbitterung noch verschärfte. — Die Untertanen des Bischofs von Basel (unterstützt von den Franzosen) riefen 1792 die Raurakische Republik aus, die später mit Frankreich vereinigt wurde.

3. Der Stäfener-Handel (1794—1795). Im Kanton Zürich erhoben sich die Seegemeinden gegen die despotische Unterdrückung durch die Regierung. Einige Männer von Stäfa verfaßten 1794 eine Denkschrift (Memorial) an die Regierung. Darin erinnerten sie an die Freiheiten, die die Obrigkeit den Landgemeinden früher zugesichert, später aber wieder geschmälert oder entrissen hatte. Sie klagten über die harte Besteuerung und die starke Beeinträchtigung im Handel und Gewerbe; auch verlangten sie Ständegleichheit und eine freiheitliche Verfassung.

Das Memorial wurde im Volke verbreitet und eifrig besprochen. Die Regierung aber schritt mit schweren Strafen gegen die Klageführer ein. Die Landleute beriefen sich nun auf die Waldmannischen Spruchbriefe und den Kappelerbrief. Die Regierung ging jedoch nicht darauf ein und besetzte Stäfa mit Truppen. Über 250 Personen wurden mit schmählichen Strafen belegt und der greise Jakob Bodmer, das Haupt der Erhebung, ins Zuchthaus verbracht (1795).

4. Verlust des Veltlins (1797). Die Herrschaft der Bündner war im Veltlin von jeher verhaßt. Im Jahre 1797 hatte der französische General Napoleon Bonaparte in Oberitalien die Cisalpinische Republik errichtet. Das Veltlin verlangte Anschluß an dieses neue Staatswesen. Napoleon lud die Bündner ein, das Veltlin als gleichberechtigtes Glied in ihren Bund aufzunehmen. Sie konnten sich aber nicht dazu entschließen, weshalb Bonaparte das fruchtbare Tal mit der neuen Republik vereinigte (1797).

5. Die letzte Tagsatzung der alten Eidgenossenschaft (1797/98) Die französische Regierung (das Direktorium) hatte schon längst den Entschluß gefaßt, die Schweiz mit Heeresmacht zu überfallen. Denn die reichen Staatsschätze Berns und anderer Orte reizten die Gier der Franzosen; auch sollte ihnen die Schweiz als Stützpunkt im Kriege gegen Österreich dienen. Sie wurden in ihrem Plane von schweizerischen Revolutionsmännern unterstützt, besonders von dem Waadtländer Cäsar Laharpe und dem Oberzunftmeister von Basel, Peter Ochs. Beide unterhandelten 1797 mit dem französischen Direktorium über den Sturz der aristokratischen Herrschaft in der Schweiz.

Die eidgenössischen Orte taten wenig, um der drohenden Gefahr zu begegnen. Einigkeit und Entschlossenheit fehlten, desgleichen die nötige Einsicht, um den Forderungen der neuen Zeit gerecht zu werden. Im Dezember 1797 trat in Aarau die letzte Tagsatzung der alten Eidgenossenschaft zusammen, die fünf Wochen dauerte. Allein man begnügte sich nach langen, erfolglosen Beratungen mit

der Erneuerung der alten Bünde (25. Januar 1798). Wirksame Maßnahmen zum Schutze des Landes ergriff man nicht, sondern überließ das den einzelnen Orten, trotzdem ein französisches Heer bereits schon auf Schweizerboden stand. Der französische Gesandte Mengaud wußte die Tagherren durch Schmeichelreden so zu betören, daß die Schweiz das Unheil gar nicht ahnte, das ihr von Westen her drohte.

Errichtung eines Freiheitsbaumes in Solothurn.
Zeichnung von H. Jenni.

6. Einfall der Franzosen in die Schweiz (1798). Schon im Dezember 1797 hatten französische Truppen das Bistum Basel besetzt. Genf wimmelte von französischen Sendlingen und forderte den Anschluß an Frankreich. Zu Anfang des folgenden Jahres rückte der französische General Ménard mit einem Heere von Genf her in die Waadt ein, die sich inzwischen von Bern losgesagt und die unabhängige Lemanische Republik ausgerufen hatte (25.—27. Jan.) Ménard ließ sich aber diese Befreiungstat mit 700,000 Fr. und 4000 Mann Hilfstruppen bezahlen.

7. Durchführung der Revolution in der Schweiz. Bald gingen die meisten schweizerischen Untertanenländer zur Revolution über. Schon während der Tagsatzung in Aarau hatten die Bauern von Baselland sich erhoben und einen Freiheitsbaum aufgerichtet. Hierauf erklärte der Rat von Basel die Landschaft frei. — In Luzern schaffte die Regierung von sich aus die aristokratische Verfassung ab. Auch Schaffhausen und Zürich gewährten ihren Untertanen Freiheit und Gleichberechtigung. — Die Abtlande von St. Gallen hatten schon 1795—1797 einen Aufstand gewagt und bedeutende Freiheiten errungen. Im Januar 1798 erklärten sie sich samt dem Toggenburg unabhängig vom Kloster und wählten eigene Behörden. — Da französische Truppen im Lande standen, sah sich die Tagsatzung genötigt, auch die gemeinen Herrschaften freizugeben.

50. Kampf und Untergang des alten Bern (1798).

1. Unentschiedenheit des Rates. Noch trotzte Bern dem Ansturm der Revolution. Frankreich war entschlossen, auch dieses Bollwerk der Aristokratie zu bezwingen. Aber der schlaue General Brune, der jetzt den Oberbefehl über die Truppen in der Waadt führte, war zu einem Angriff noch nicht genügend gerüstet. Deshalb knüpfte er mit Bern Unterhandlungen an, um Zeit zu gewinnen. Die Berner waren unter sich selber nicht einig. Die Kriegspartei unter Schultheiß Friedrich v. Steiger wollte sofort zum Angriff übergehen und rief 15,000 Mann zum Schutze des Landes auf, deren Führung General Ludwig v. Erlach übernahm. Die Friedenspartei aber glaubte durch Nachgiebigkeit den Krieg vermeiden zu können und trat mit Brune in Unterhandlungen ein. Beide Parteien waren im Rate fast gleich stark; jeden Tag wurden andere Beschlüsse gefaßt, und damit ward die kostbare Zeit vertrödelt. General Erlach mußte mit seinen Truppen untätig an der Grenze liegen, während der Feind seine Streitkräfte verstärkte.

2. Vormarsch der Franzosen. Innert fünf Wochen hatte Brune seine Armee auf 25,000 Mann verstärkt und alle Vorbereitungen zum Angriff getroffen. Gleichzeitig rückte General Schauenburg vom Bistum Basel her mit 15,000 Mann Hilfstruppen gegen Bern vor und besetzte auf dem Wege Solothurn, das ohne Schwertstreich kapitulierte. Brune forderte zu Anfang März von Bern plötzlich die Einsetzung einer neuen Regierung, die Entlassung aller Truppen und die Annahme einer neuen Verfassung. Als die Berner nicht sogleich auf diese Bedingungen eingingen, rückte seine Armee über Freiburg, das sich ergeben mußte, gegen Bern vor. Zu Stadt und Land entstand eine heillose Verwirrung. Viele Soldaten meuterten und töteten ihre Offiziere, weil sie sich verraten glaubten. Bern mußte seine Streitkräfte auf seiner ausgedehnten Grenzlinie verzetteln, während der Feind in geschlossenen Kolonnen vorrückte. Unterdessen dankte die Berner Regierung zugunsten der Friedenspartei ab.

3. Kämpfe bei Neuenegg und im Grauholz. In der Morgenfrühe des 5. März stieß der französische General Pijon (Unterfeldherr Brunes) bei Neuenegg (an der Grenze zwischen Bern und Freiburg) auf eine Abteilung der Berner, wurde aber geschlagen. Doch erlitt inzwischen ein anderer bernischer Heerhaufen unter Erlach und Schultheiß Steiger im Grauholz eine entscheidende Niederlage. Erlach zog sich ins Oberland zurück und

Der Kampf im Grauholz. Gemälde von R. Walthard.

versuchte dort den Widerstand fortzusetzen, aber betrunkene Landstürmer ermordeten ihn.

4. Einzug der Franzosen in Bern. Unterdessen hatte sich die Stadt schon ergeben, und am Nachmittag des 5. März zog Schauenburg mit seinen Truppen in Bern ein; tags darauf hielt auch Brune seinen Einzug. Die öffentlichen Gelder ($6^1/_2$ Millionen Fr.) wurden beschlagnahmt, das Zeughaus mit seinen 60,000 Gewehren und 130 Kanonen und die großen staatlichen Weinkeller geleert. Die stolze Zähringerstadt, die bisher noch keinen Feind innerhalb ihrer Mauern gesehen, war tief gedemütigt. Mit ihr fiel der Widerstand der Aristokratie in der ganzen Schweiz.

51. Die helvetische Verfassung (1798).

1. Der Einheitsstaat. Nach dem Sturze Berns gab die französische Regierung der Schweiz eine neue Verfassung. Der Entwurf dazu stammte von Peter Ochs aus Basel, das Direktorium aber änderte ihn vielfach; als Muster diente ihm die neue Verfassung Frankreichs. Auch die Schweiz sollte, wie Frankreich, ein absoluter Einheitsstaat werden, in dem eine einzige von den Vertretern des Volkes gewählte Behörde alles regiert. Man schuf

die „Eine und Unteilbare Helvetische Republik." (Vergl. hierzu Karte VII.)

2. Einteilung des Landes. Die helvetische Verfassung teilte die Schweiz in 19 Kantone ein. Die Bezeichnung „Kanton" tritt hier zum erstenmal in der schweizer. Verfassung auf. Zürich, Luzern, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Rätien (Graubünden), Thurgau und Wallis behielten ungefähr ihre bisherigen Grenzen. Aus Bern entstanden vier Kantone: Bern, Oberland (Hauptstadt Thun), Aargau (Hauptstadt Aarau) und Léman (oder Waadt, Hauptstadt Lausanne). Die drei Urkantone und Zug wurden zum Kanton Waldstätten verschmolzen (Hauptstadt Zug). Die Freien Ämter und die Grafschaft Baden bildeten den Kanton Baden. Der Kanton Säntis (Hauptstadt St. Gallen) umfaßte das nördlich vom Säntis liegende Gebiet von St. Gallen und das Appenzell; der südliche Teil St. Gallens und Glarus zusammen hießen Kanton Linth (Hauptort Glarus). Der heutige Tessin zerfiel in die Kantone Bellinzona und Lugano. — Die übrigen Teile, die bisher mit der Schweiz verbunden waren, gingen ihr verloren (Bistum Basel, Genf, Neuenburg, Veltlin).

3. Behörden. Die helvetische Verfassung unterschied gesetzgebende, vollziehende und richterliche Behörden. Der Große Rat und der Senat bildeten zusammen die gesetzgebende Behörde (helvetische Nationalversammlung); jeder Kanton konnte 8 Mitglieder in den Großen Rat und 4 in den Senat abordnen. — Die Regierung des Landes (die vollziehende Behörde) hieß das Direktorium und wurde von der Nationalversammlung gewählt. Es hatte 5 Mitglieder, ihnen standen 4 Minister als oberste Verwaltungsbeamte zur Seite. In den obersten Gerichtshof entsandte jeder Kanton ein Mitglied. — Sitz der helvetischen Behörden war anfänglich Aarau, seit dem Sept. 1798 Luzern.

An der Spitze des Kantons stand der Regierungsstatthalter, der vom Direktorium ernannt wurde. Er überwachte alle übrigen kantonalen Behörden und wählte für jeden Bezirk einen Unterstatthalter, der wiederum in jeder Gemeinde seines Gebietes den Agenten (Gemeindevorsteher) bezeichnete. So hatte das Direktorium alle Macht in den Händen, die Kantone waren nur mehr Verwaltungsbezirke, die keine Selbständigkeit besaßen. Neben dem Regierungsstatthalter bestand in jedem Kanton eine Verwaltungskammer als vollziehende und das Kantonsgericht als richterliche Behörde.

4. Licht- und Schattenseiten der Helvetik. Durch diese neue Verfassung, die Helvetik, sollte die Schweiz einen engern Zusammenschluß ihrer Glieder erhalten. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde als oberster Grundsatz hingestellt. Die höchste Gewalt ging von der Aristokratie auf die Bürger über. Die Unterschiede zwischen vollberechtigten Eidgenossen, Zugewandten und Untertanen fielen dahin, desgleichen alle Vorrechte des Adels, der Städte und der Zünfte. Man verkündete auch Gewissensfreiheit, Gewerbefreiheit und andere Volksrechte und schaffte die Folter- und Ketzerstrafen ab.

Um den Verkehr im Innern des Landes zu heben, wurden die Zölle zwischen den Kantonen aufgehoben. Die Grundzehnten an die Herren, die auf den Liegenschaften hafteten, sollten gegen billige Entschädigung abgelöst werden. Minister Rengger suchte besonders Landwirtschaft, Handel und Industrie zu fördern, Minister Stapfer war bemüht, das Schulwesen zu verbessern. Allein der Mangel an Geld und die unruhige Zeit vereitelten ihre Pläne.

Die Helvetik zeigte aber weit größere Schattenseiten. Eine fremde Macht drängte der Schweiz die neue Verfassung auf und machte sie schon deshalb verhaßt. In Frankreich hatte man die monarchische Regierung durch eine republikanische ersetzt, die aber so viele Rechte besaß wie vorher das Königtum. So wollte man auch in der Schweiz alle Macht in die Hände einer einzigen Oberbehörde legen. Die Helvetik nahm keine Rücksicht auf die geschichtliche Entwicklung des Landes, auf Religion, Sprache und Sitte des Volkes. Sie zirkelte die Kantone vielfach willkürlich ab und verachtete die alten, volkstümlichen Namen. Die ganze Verfassung paßte sich überhaupt den wirklichen Bedürfnissen des Landes zu wenig an, weil diejenigen, die sie der Schweiz gaben, deren Verhältnisse zu wenig kannten.

Zudem brachte uns die Helvetik eine ausgeprägte Beamtenherrschaft. Das Volk konnte nur über Verfassungsabänderungen abstimmen, nicht aber über Gesetze. Das Wahlrecht war stark beschränkt. Die Bürger durften ihre Behörden nicht direkt, sondern nur durch Wahlmänner wählen.

Auch die kirchenfeindliche Haltung der Verfassung und der Behörden machte die Helvetik unbeliebt. Man entzog den Geistlichen jeder Konfession das Stimm- und Wahlrecht und zwang sie zur Leistung eines glaubenswidrigen Bürgereides. Das Vermögen der Klöster und Stifte wurde als Staatsgut erklärt und die Aufnahme neuer Novizen verboten. Das Wallfahrten wurde untersagt, die Amtstätigkeit der Geistlichen erschwert. Bei Neubesetzung von

Pfarreien hatten nicht die kirchlichen Obern, sondern die kantonale Verwaltungskammer das entscheidende Wort.

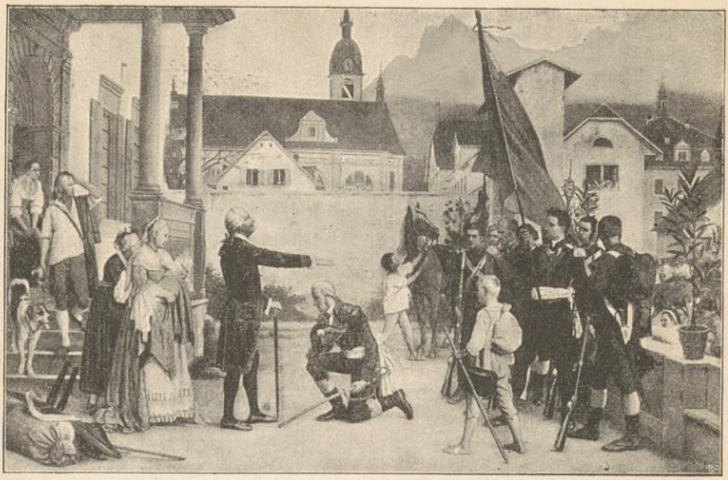
Die Franzosen behandelten die Schweiz als ein Untertanenland. Lecarlier, der Kommissär der französischen Regierung, und General Schauenburg regierten das Land, und das helvetische Direktorium mußte tun, was sie befahlen. Die vielen französischen Truppen sogen das Volk aus, ebenso der Kommissär und seine Gehilfen. Bern mußte 13 Millionen Fr. aus öffentlichen Geldern an Frankreich abtreten, Zürich, Luzern, Freiburg und Solothurn büßten 3½ Millionen ein; etwa 6 Millionen preßte man den aristokratischen Familien und geistlichen Stiften ab. Brune, Lecarlier und andere Machthaber raubten für sich Werte von über 2 Millionen Franken.

52. Der Kampf der Urschweiz gegen der Helvetik.

A. Der Heldenkampf der Schwyzer (1798).

1. Widerstand der Urschweizer gegen die Helvetik. Auf Befehl des französischen Kommissärs versammelte sich am 12. April 1798 die erste helvetische Nationalversammlung zu Aarau. Aber nur 10 Kantone hatten ihre Vertreter geschickt, die übrigen zögerten und wollten sich mit der neuen Ordnung nicht befreunden. Namentlich in den Ländern herrschte eine starke Verbitterung gegen „Ochsens höllisches Büchlein", wie man die helvetische Verfassung nannte. Die Abschaffung der Landsgemeinde, die Eingriffe in die kirchlichen Rechte und viele andere Ursachen machten den Einheitsstaat verhaßt. Die Söhne des fünfhundertjährigen schweizerischen Freistaates wollten sich nicht von den jungen französischen Republikanern die Staatsform vorschreiben lassen. Schwyz, Nidwalden, Uri, Zug und Glarus trotzten der wiederholten Aufforderung, die Helvetik anzunehmen. Sie boten rasch 10,000 Mann auf, zwangen Obwalden, sich den Waldstätten anzuschließen, und besetzten Luzern. Aber Schauenburg, dem 12,000 Mann zur Verfügung standen, eroberte Zug und bezog am Zürichsee Stellung. Die urschweizerischen Truppen mußten Luzern wieder preisgeben.

2. Siegreiche Kämpfe der Schwyzer. Die Franzosen besiegten zunächst die Glarner bei Wollerau, die sich nun der Helvetik fügten. Dann wandten sie sich gegen Schwyz, das jetzt auf sich allein angewiesen war, da die andern Länder ihre eigenen Grenzen schützen mußten. Aloys von Reding, der tüchtige und beliebte Landeshauptmann der Schwyzer, besetzte die Landesgrenzen am Etzel, an der Schindellegi, am Morgarten und im Tal von Arth.



Aloys Reding nimmt Abschied von seiner Familie. Gemälde von A. Weckesser.

Am 2. Mai 1798 griffen die Franzosen das Ländchen Schwyz gleichzeitig an mehreren Punkten an. Bei Schindellegi leisteten die Schwyzer erfolgreichen Widerstand. Aber eine andere feindliche Abteilung rückte unterdessen über den Etzel gegen Einsiedeln vor. Darum zog sich Reding auf Rothenturm zurück. Dort hatten die Franzosen bereits die umliegenden Anhöhen besetzt. Allein die Schwyzer schwuren: „Wir fliehen nicht, wir sterben!" Der Landsturm der Umgebung eilte ihnen zu Hilfe. Mit gefälltem Bajonett schlugen sie die Feinde zurück. — Zur gleichen Zeit besiegten Urner und Schwyzer einen feindlichen Heerhaufen am Morgarten, und am folgenden Tage mißlang ein Angriff der Franzosen bei Arth.

3. Anerkennung der helvetischen Verfassung. Die Schwyzer hatten gesiegt. Aber auf die Dauer vermochten sie den übermächtigen Feind doch nicht zurückzuhalten. Darum knüpfte Reding mit Schauenburg Unterhandlungen an. Dieser gewährte den Schwyzern Schutz der Religion, Sicherheit der Person und Beibehaltung der Waffen, verlangte aber Anerkennung der helvetischen Verfassung. Die Landsgemeinde vom 4. Mai nahm nach stürmischer Beratung diese Bedingungen an. Die Franzosen zogen ab. — Auch Uri, Unterwalden und Zug anerkannten die neue Verfassung.

B. Der Verzweiflungskampf der Nidwaldner (1798).

1. Neue Gewaltakte der Franzosen. Jetzt hatten sich alle Kantone (mit Ausnahme Rätiens) der Helvetik unterworfen. Aber die Franzosen blieben im Land, und der Kommissär Rapinat, der Lecarlier ersetzt hatte, benutzte jede Gelegenheit, um die Schweiz recht tief zu demütigen. Im Direktorium saßen seine gefügigen Werkzeuge, Ochs und Laharpe, die jede selbständige Meinung unterdrückten. Wer ihnen zu widersprechen wagte, wurde nach Frankreich in die Gefangenschaft geschleppt. — Die Abneigung des Volkes gegen die Helvetik wuchs besonders stark, als die Behörden die schweren Eingriffe der Verfassung in die Rechte der katholischen Kirche vollziehen wollten und von jedem Schweizer den Bürgereid auf die Verfassung verlangten.

2. Nidwaldens Schreckenstage. Die Urschweizer empörten sich gegen diese Zumutung. Doch nur Nidwalden verweigerte den Eid und beschloß, für Glauben und Freiheit bis in den Tod zu kämpfen. General Schauenburg erhielt vom Direktorium den Auftrag, die „Rebellen" zum Gehorsam zu zwingen. Mit 10,000 Mann rückte er gegen das Ländchen heran, das ihm (samt einem kleinen Zuzug aus Uri und Schwyz) kaum 1600 ungenügend bewaffnete Streiter entgegenstellen konnte.

Am 9. September 1798 früh eröffneten die Franzosen an mehreren Stellen gleichzeitig den Angriff. Von Obwalden her rückte ihre Hauptmacht über das Drachenried vor. Beim Allweg und am anstoßenden Rotzberg verteidigte sich das Häuflein der Nidwaldner mit beispielloser Tapferkeit. Jünglinge und Frauen und Kinder standen in ihren Reihen, um Gewehre zu laden und Kanonen zu ziehen. Die Feinde mußten jeden Schritt mit Haufen von Leichen bezahlen. Doch ihre Übermacht war zu groß. Ein zweiter Heerhaufe der Franzosen erzwang sich den Durchpaß beim Großächerli (hinter dem Stanserhorn), ein dritter landete in Stansstad und Kersiten und drang über den Bürgenberg gegen Stans vor, das nach wenigen Stunden in feindliche Hände geriet.

Noch bis in die Nacht hinein wehrte sich das todesmutige Völklein Nidwaldens um seine heiligsten Güter, dann erlag es der brutalen Gewalt. Über 700 Gebäude gingen in Flammen auf, und die Mordgier und Raublust der Franzosen kannte keine Grenzen. Unter den 386 Toten Nidwaldens befanden sich 102 Frauen und 25 unmündige Kinder. Aber die Feinde hatten ihren Sieg teuer bezahlen müssen, er kostete sie gegen 3000 Mann. Schauenburg mußte

Nidwaldens Schreckensiage. Gemälde von Th. Deschwanden. Historisches Museum in Stans.

bekennen: „Das war der heißeste Tag meines Lebens". Die helvetische Regierung aber stellte ihm und den Franzosen dafür das beschämende Zeugnis aus, „sie hätten sich um die helvetische Republik verdient gemacht."

Nun mußte auch Nidwalden den Bürgereid leisten; aber es hatte mit Bern und Schwyz die Ehre der alten Eidgenossenschaft gerettet.

53. Die Schweiz als Kampfplatz fremder Heere (1799).

1. Kämpfe in Bünden und bei Zürich. Rußland, Österreich und England hatten sich inzwischen gegen die Franzosen verbündet und wollten sie aus Deutschland, Italien und der Schweiz vertreiben. Das führte auch auf Schweizerboden zu neuen blutigen Kämpfen. General Masséna, der Befehlshaber der französischen Truppen in der Schweiz, verlangte vom schweiz. Direktorium 18,000 Mann Hilfstruppen. Aber mit Mühe konnten 5000 Mann aufgebracht werden. Dafür kämpften viele Schweizer als Freiwillige im österreichischen Heere.

Im März 1799 zwang Masséna die Österreicher zum Rückzuge aus Graubünden und Rätien zur Anerkennung der Helvetik. Unter-

dessen aber waren die französischen Heere in Italien und Deutschland geschlagen worden, und der österreichische Feldmarschall Hotze vertrieb die Franzosen auch aus Bünden, dem Tessin und der Innerschweiz. Ein anderes österreichisches Heer eroberte die nordöstliche Schweiz und besiegte gemeinsam mit Hotze die Franzosen bei Zürich (6. Juni). Die Österreicher wurden in der Stadt als Befreier begrüßt; das Gebiet westlich der Linie Limmat-Albis-Gotthard aber seufzte monatelang unter der harten Herrschaft der Franzosen.

2. Suworoffs Kriegszug über die Alpen. Mitte August gingen die Franzosen im Gebirge neuerdings zum Angriff über; die Österreicher mußten das Wallis, Uri und Schwyz räumen. Auch bei Zürich kam es im September zu neuen Kämpfen. Ein österreichisches Heer hatte inzwischen die Schweiz verlassen und war durch ein russisches unter General Korsakoff ersetzt worden. Ihm sollte der russische General Suworoff, der mit seinen Truppen in der Lombardei stand, zu Hilfe eilen. Aber Masséna hatte, ehe Suworoff anrückte, Korsakoff schon geschlagen (25./26. September) und besetzte die Alpenpässe im Gotthardgebiet und Bündnerland.

Noch am 23. September stand Suworoff mit 27,000 Mann am Südfuß der Alpen und erzwang sich dann unter heißen Kämpfen den Übergang über den Gotthard bis an den Urnersee, um von da gegen Luzern vorzudringen. Doch fand er bei Flüelen weder Schiffe noch

Aufnahme armer Kinder der innern Schweiz in Murten.
Gemälde von A. Anker. Reproduziert mit Bewilligung der Verlagsanstalt Goupil u. Cie., Paris.

Straßen und wandte sich über den Kinzigpaß ins Muotathal. Hier erhielt er Kunde von der Niederlage Korsakoffs. Da die Franzosen den Weg gegen Schwyz besetzt hielten, überstieg Suworoff mit seinen Truppen den Pragelpaß. Im Glarnerland wurde er am 5. Oktober abermals zum Rückzug über den verschneiten Panixerpaß ins Bündnerland genötigt, wobei er den größten Teil seiner 6000 Pferde und seiner tapfern Mannschaft verlor.

3. Kriegselend. Nach dem Abzug der Russen und Österreicher konnte sich die helvetische Regierung wieder behaupten. Aber der Groll des Volkes erlosch nicht. In seinen Augen waren die Franzosen die Ursache des ungeheuren Kriegselendes, unter dem das Land seit 1798 seufzte. Noch bis zum Jahre 1802 blieb die Schweiz von 72,000 Mann französischen Truppen besetzt, die aber mehr Räuberbanden als Soldaten glichen. Die meisten Städte waren gänzlich verarmt und ausgeplündert, große Landstriche, namentlich im Gebirge, in Wüsteneien und Trümmerfelder umgewandelt. Die Not steigerte sich aufs höchste, als im nassen Jahr 1799 die Ernte völlig zugrunde ging. Viele Menschen starben vor Hunger, und tausende von verwaisten armen Kindern aus den Gebirgskantonen mußten bei wohltätigen Leuten im Mittelland versorgt werden.

54. Die Mediation (1803–1813).

1. Untergang der Helvetik (1802). Die Helvetik spaltete die Schweiz in zwei große politische Parteien, in die Unitarier (Zentralisten) und Föderalisten. Die Unitarier waren Anhänger des Einheitsstaates, die Föderalisten dagegen wollten den Kantonen ihre Selbständigkeit wieder zurückgeben; ein Teil der letztern verlangte auch die Wiederherstellung der Aristokratie und der Untertanenländer. Jede Partei suchte die Siege, die sie erfocht, rücksichtslos für sich auszunützen. Darum wurde die helvetische Verfassung in den Jahren 1801 und 1802 nicht weniger als viermal geändert.

In Frankreich hatte unterdessen Napoleon Bonaparte das Direktorium gestürzt und als Erster Konsul die Regierung an sich gerissen. Im Sommer 1802 zog er die französischen Truppen aus der Schweiz zurück. Dadurch verloren die Unitarier ihre beste Stütze. Alsbald führten die Länder die alte Ordnung wieder ein und setzten die helvetischen Beamten ab. Das Direktorium bot Truppen auf, die aber am Renggpaß (zwischen Alpnach und Hergiswil) geschlagen wurden. Auch Zürich erhob sich, ebenso der Aargau. Schlecht bewaffnete aargauische Bauern bedrängten Bern, wohin sich das

Direktorium zurückgezogen hatte. Von dort aus mußte es nach Lausanne fliehen („Stecklikrieg"). General Franz Bachmann von Näfels vereinigte die Truppen der Föderalisten, schlug das helvetische Heer (unter General Andermatt) bei Murten und bedrohte auch Lausanne. Das Direktorium rüstete sich schon zur Flucht nach Savoyen.

2. Die Vermittlungsurkunde (1803). Nun gebot Napoleon Bonaparte den Aufständischen, die Waffen niederzulegen und seine Vermittlung anzunehmen. Ein französisches Heer unter General Ney rückte ins Land und nahm einige Führer der Föderalisten gefangen. Auf Befehl Napoleons begaben sich alsdann 60 Abgeordnete aus der Schweiz (die Konsulta genannt) nach Paris. Der Machthaber legte ihnen eine neue Verfassung vor, die Mediations-Akte oder Vermittlungsurkunde (19. Februar 1803). Er duldete aber keine Einwendungen, und die Konsulta mußte sich einfach fügen.

Die Mediations-Akte hob den Einheitsstaat auf und gab den Kantonen ihre Selbständigkeit wieder. Dagegen blieben die Vorrechte der Aristokratie und die Untertanenverhältnisse abgeschafft. Die aufgehobenen Klöster stellte man wieder her (die Abtei St. Gallen ausgenommen).

Die Schweiz wurde in 19 Kantone eingeteilt: in die 13 alten und 6 neuen. Letztere entstanden aus den ehemaligen zugewandten Orten (St. Gallen und Graubünden) und Untertanenländern (Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt). Zum Aargau kam auch das Fricktal, das vorher zu Österreich gehört hatte. (Vergl. hierzu Karte VII.)

Die Tagsatzung war wie vor der Revolution die oberste Landesbehörde. Jeder Ort schickte einen Gesandten; doch hatten Bern, Zürich, Waadt, Aargau, St. Gallen und Graubünden zwei Standesstimmen. Den Beschlüssen der Tagsatzung sollte sich jeder Kanton fügen. Die Boten versammelten sich alljährlich einmal, und zwar abwechselnd in einem der 6 Vororte oder Direktorialkantone: Freiburg, Bern, Solothurn, Basel, Zürich und Luzern (3 reformierte und 3 katholische). Der Regierungspräsident des jeweiligen Vorortes war Landammann der Schweiz. Als solcher leitete er die Tagsatzung und besorgte im Namen der Eidgenossenschaft den amtlichen Verkehr mit dem Auslande.

Die Kantone richteten ihre Verfassungen innerhalb der Mediations-Akte, die auch die Grundzüge der Kantonsverfassungen enthielt, nach ihrem Gutdünken ein. Sie durften auch wieder Zölle erheben. Die Länderkantone kehrten zur Landsgemeinde zurück. In den Städtekantonen und in den 6 neuen Orten verschafften sich die Haupt-

städte und die Patrizier Vorrechte gegenüber dem gemeinen Landvolke.

Napoleon Bonaparte.

3. Die Zeit der Mediation. Der erste Landammann der Schweiz war Ludwig von Affry in Freiburg. Im Juli 1803 trat unter seinem Vorsitz die erste Tagsatzung der 19 Kantone in Freiburg zusammen, um die zerrütteten Staatsverhältnisse in der Schweiz wieder zu ordnen. Nach und nach kehrten Ruhe und Ordnung ins Land zurück. Einzig im Kanton Zürich wurde sie 1804 gestört, weil dort die Landgemeinden der Stadt gegenüber stark im Nachteil waren und zu den Waffen griffen. Sie erlitten aber bei Bocken (oberhalb Horgen) eine Niederlage und büßten ihren Aufstand schwer („Bockenkrieg").

Napoleon hatte am 2. Dezember 1804 sich die Kaiserkrone Frankreichs aufs Haupt gesetzt. Er betrachtete die Schweiz als Untertanenland und zwang sie zur Stellung von 16,000 Mann Hilfstruppen, die immer in den vordersten Reihen der blutigen Schlachten standen und ergänzt werden mußten. Auch marschierten seine Truppen nach Belieben durch eidgenössisches Gebiet. Da Napoleon mit England Krieg führte, verbot er jeden Warenverkehr mit England, wodurch auch die Schweiz schwer geschädigt wurde. Die mit der Schweiz verbündeten Gebiete Wallis und Neuenburg vereinigte er mit Frankreich, auch Genf war ganz unter französischer Herrschaft. Wer gegen diese Willkürherrschaft Einspruch erhob, erregte den Zorn des großen Machthabers.

4. Sturz der Mediation (1813). Im Jahre 1812 unternahm Napoleon den großen Winterfeldzug nach Rußland, wo sein glänzendes Heer von mehr als einer halben Million Soldaten zum großen Teile vernichtet wurde. Von den 9000 Schweizern, die daran teilnahmen, kehrten kaum 1000 zerlumpt und halb verhungert in die Heimat zurück. In der Völkerschlacht bei Leipzig (Oktober 1813) wurde Napoleons neues Truppenaufgebot von den Verbündeten (Alliierten, nämlich Preußen, Österreich und Rußland) abermals besiegt und bald darauf über den Rhein zurückgeworfen.

Auch die Schweiz sollte sich den Verbündeten anschließen, zeigte aber wenig Lust dazu. Sie erklärte sich neutral und besetzte mit 12,500 Mann die Grenzen. Doch vermochten sie den Durchmarsch eines österreichischen Heeres von 150,000 Mann durch die Nord- und Westschweiz nicht zu verhindern (Dezember 1813 bis Januar 1814). Unter dem Einflusse Österreichs beschloß die Tagsatzung am 29. Dezember 1813 die Aufhebung der Mediations-Akte.

55. Die Zeit der Restauration (1815–1830).

1. Anerkennung der schweizerischen Neutralität (1815). Wohl war jetzt die Vermittlungsurkunde gestürzt, aber eine allgemein befriedigende Neuordnung der staatlichen Verhältnisse stieß auf große Hindernisse. Die aristokratischen Kantone und die Länder verlangten ihre alten Untertanengebiete wieder zurück. Die neuen Kantone dagegen wehrten sich für ihre Unabhängigkeit. Lange stritt man sich auf der Tagsatzung um eine neue Verfassung, die alle Wünsche erfüllen sollte.

Inzwischen (1814) war Napoleon des Thrones entsetzt und auf die Insel Elba (Italien) verbannt worden, floh aber nach 10 Monaten (1. März 1815) und zog an der Spitze eines neuen Heeres abermals in Paris ein. Doch dauerte seine Herrschaft nicht mehr lange. Im Sommer 1815 erlag er den Angriffen der Gegner und wurde im Oktober auf die einsame Insel St. Helena (im Westen Afrikas) verbannt, wo er 1821 starb. — Durch den zweiten Pariser Frieden vom 20. Nov. 1815, der das Verhältnis zwischen Frankreich und den Verbündeten ordnete, wurde die immerwährende Neutralität der Schweiz von den Mächten anerkannt.

2. Der Fünfzehnerbund. Die Fürsten und Staatsmänner Europas hatten sich schon im Sommer 1814 in Wien zu einem Kongreß zusammengefunden, um die verworrenen Verhältnisse Europas wieder zu ordnen. Auch die Schweiz war dabei vertreten. Gleichzeitig beriet die Tagsatzung auf Drängen des Kongresses eine neue Verfassung, die nach langen Verhandlungen am 7. Aug. 1815 in Zürich feierlich beschworen wurde.

Der Bundesvertrag von 1815 (so hieß die neue Verfassung) machte aus der Schweiz einen Staatenbund von 22 selbständigen Kantonen. Zu den 19 Kantonen der Mediation kamen als neueste Stände hinzu die bisher zugewandten Orte Wallis, Neuenburg und Genf. Der größte Teil des ehemaligen Fürst-

bistums Basel wurde mit dem Kanton Bern vereinigt (Berner Jura). Seither blieb das Gebiet der Eidgenossenschaft unverändert. (Vergl. hierzu Karte VIII.)

Sonderbünde waren nicht mehr direkt verboten; nur sollten die Kantone keine Verbindungen eingehen, die dem eidgenössischen Bunde oder den Rechten anderer Kantone nachteilig wären. Auch durfte jeder Kanton mit dem Auslande Militärkapitulationen abschließen. — Das Untertanenwesen war verboten. Aber die Vorrechte einzelner Orte und Familien wurden nicht ausdrücklich als abgeschafft erklärt. Die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze war also wieder verloren gegangen.

An der Tagsatzung hatte jeder Kanton (Stand) eine Stimme, jeder Halbkanton eine halbe. Den Beschlüssen der Mehrheit hatte sich die Minderheit zu fügen. Zürich, Bern (reform.) und Luzern (kath.) waren für je 2 Jahre Vororte. Der Vorort besorgte während dieser Zeit die laufenden Bundesgeschäfte.

3. Kantonale Verfassungen. In den Jahren 1814 und 1815 wurden auch die meisten kantonalen Verfassungen geändert, fast durchwegs in aristokratischem Sinne. Die Städtekantone schränkten die Rechte des Landvolkes ein und übertrugen sie der Regierung. Die Hauptorte genossen besondere Vorrechte. Bern, Freiburg, Solothurn und Luzern kehrten wieder zum Patriziat zurück. — Auch in den Länderkantonen herrschte vielerorts Ungleichheit. Innerschwyz benachteiligte die äußern Bezirke; das Unterwallis stand unter dem Oberwallis.

4. Neuordnung der Bistumsverhältnisse. Die religiös-kirchlichen Verhältnisse waren ungefähr die gleichen wie vor der Revolution (Siehe Nr. 45, Ziff. 5). Immerhin wurde eine andere Bistumseinteilung vorgenommen. Der schweizerische Teil des Bistums Konstanz kam größtenteils an das Bistum Basel mit Sitz in Solothurn (1828). Die Urkantone bildeten mit St. Gallen, Appenzell, Zürich, Glarus und Graubünden das Doppelbistum Chur-St. Gallen, das sich 1836 wieder trennte. St. Gallen und Appenzell gehörten nun zum neuen Bistum St. Gallen, die übrigen Gebiete zum Bistum Chur. Die Katholiken von Genf unterstanden seit 1817 der Diözese Lausanne (mit Sitz in Freiburg). Das Bistum Sitten und das Erzbistum Mailand, zu dem der Tessin gehörte, erlitten damals keine Veränderung. (Vergl. hierzu Karte VIII.)

5. Kulturfortschritte. Die allmähliche Rückkehr zu den frühern staatlichen Verhältnissen nennt man die Restauration (Wiederher-

stellung). Sie vermochte sich 15 Jahre lang zu behaupten (1815—1830) und brachte dem Lande eine Zeit der ersehnten Ruhe und mancherlei Fortschritte. Ackerbau und Viehzucht blühten auf. — Die Anwendung der Dampfkraft in den Fabriken förderte die Industrie mächtig, erdrückte aber auch manches ehrsame Kleinhandwerk. Auch kam der Dampfschiffverkehr auf unsern Seen auf. Das erste Dampfschiff der Schweiz fuhr 1823 auf dem Genfersee. Erst zwei Jahrzehnte später folgten die Eisenbahnen. Allerdings wurde auch jetzt noch der Verkehr durch die kantonalen Zollschranken und die Ungleichheit im Maß- und Münzwesen stark gehemmt. — In die Zeit der Mediation und Restauration fällt auch die Erstellung des Linthwerkes (1807—1822), dessen tatkräftiger Förderer Konrad Escher von Zürich war. Dadurch wurde der untere Teil vom Kanton Glarus und das Gebiet zwischen dem Walen- und Zürichsee der dauernden Versumpfung entrissen.

Das Volksschulwesen nahm einen ungeahnten Aufschwung. Heinrich Pestalozzi von Zürich, der Franziskaner P. Gregor Girard aus Freiburg und Emmanuel Fellenberg in Bern wiesen ihm neue Bahnen an. Klöster und Gesellschaften förderten daneben das höhere Schulwesen. Auch wissenschaftliche Vereine (Geschichtsforschende Gesellschaft, Naturforschende Gesellschaft usw.) suchten die allgemeine Volksbildung zu heben; Gesangvereine, Schützenvereine, Studentenvereine pflegten musikalische und patriotische Bestrebungen.

6. Ende der Restaurationszeit. Auf die Dauer konnten auch die freiheitlichen Regungen der frühern Jahrzehnte nicht mehr unterdrückt werden. Wohl handhabten die Regierungen eine strenge Zensur (Aufsicht) gegenüber den Zeitungen und Vereinen und suchten jede mißliebige Kritik an ihrer Verwaltung und an der bestehenden Verfassung zu verhindern. Allein dadurch wurde der Widerstand gegen das herrschende Regiment nur noch gereizt. Man verlangte in Zeitungen und Volksversammlungen wieder mehr Volksrechte (Gleichstellung zwischen Stadt und Land, Trennung der Gewalten, Öffentlichkeit der Verwaltung, der Ratsverhandlungen und der Gerichte), ferner die Abschaffung der kantonalen Zölle und der Militärkapitulationen.

Diese Gegenbewegung führte ums Jahr 1830 zu Verfassungsänderungen in mehreren Kantonen und bahnte damit eine neue Zeit an, die Periode des politischen Aufschwunges, aber auch der schärfsten parteipolitischen Kämpfe.

56. Reformbestrebungen in Bund und Kantonen (1830—1833).

1. Das Parteileben. Schon zur Zeit der Helvetik teilte sich (wie wir in Nr. 54, Ziff. 1 gesehen haben) die schweizerische Bürgerschaft in zwei große Parteien, in die Föderalisten und Zentralisten (oder Unitarier). Später nannten sich die Föderalisten Konservative, die Zentralisten Liberale. Die konservative Partei kämpfte hauptsächlich für die Selbständigkeit der Kantone und für die Rechte der Kirche gegenüber dem Staate. Im übrigen aber scharten sich um die konservative Fahne sowohl städtische Aristokraten als auch demokratisch gesinnte Bauern. — Die liberale Partei strebte die Vereinheitlichung der Gesetzgebung und der Behörden nach dem Vorbild der Helvetik an (Zentralisation) und suchte auch die Rechte der Kirche zugunsten des Staates einzuschränken.

2. Große Volksversammlungen. Die scharfe Scheidung der Parteien wurde namentlich durch die Julirevolution in Paris von 1830 mächtig gefördert. Frankreich beseitigte damals König Karl X., der die Rechte des Volkes mißachtet hatte, und setzte an seine Stelle den freiheitlich gesinnten Herzog Louis Philipp von Orléans (den sog. Bürgerkönig). Dadurch erhielt die demokratische Bewegung in der Schweiz einen kräftigen Anstoß. In Zeitungen, an Schützenfesten und Volksversammlungen verlangte man lauter und energischer als bisher Erweiterung der Volksrechte, Gleichstellung zwischen Stadt und Land, Änderung der Verfassung usw.

Gegen Ende des Jahres 1830 veranstaltete man gewaltige Volksversammlungen in den Kantonen Thurgau (Versammlungsort Weinfelden), Zürich (Uster, 10,000 Teilnehmer), Aargau (Wohlenschwil), Luzern (Sursee), St. Gallen (Wattwil, Altstätten, St. Gallenkappel), Solothurn (Balsthal), Bern (Münsingen, 15,000 Teilnehmer), Waadt (Lausanne), Freiburg und Schaffhausen. In allen diesen Kantonen wurde die Verfassung im Sinne der Volksbegehren geändert, obschon die Regierungen an vielen Orten Widerstand zu leisten suchten. Im Tessin war die Revision schon vorher erfolgt.

3. Parteikämpfe. Zu heftigen Streitigkeiten um die Verfassung kam es in Neuenburg, das zwar schweizerischer Kanton, aber zugleich auch preußisches Fürstentum war. Die Liberalen (Republikaner) versuchten im Jahre 1831 zweimal mit Waffengewalt, die Regierung zu stürzen. Allein mit Hilfe eidgenössischer Truppen vermochte sie sich zu behaupten.

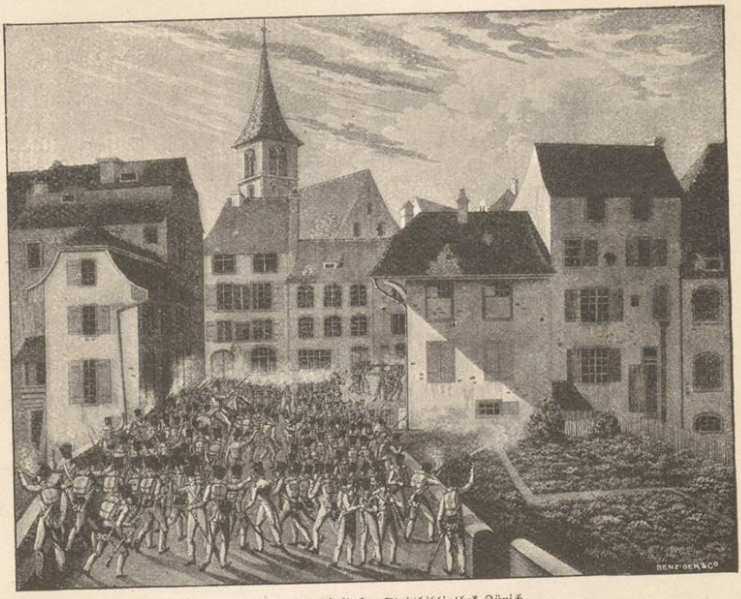
In Basel fühlte sich die liberale Landschaft gegenüber der konservativen Stadt stark zurückgesetzt. Als das Landvolk eine Verfassungsrevision verlangte, wies die Regierung das Begehren ab. Nun wählte die Landschaft eine eigene Regierung. Die Stadt wollte die Abtrünnigen mit Waffengewalt zum Gehorsam zwingen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen in Liestal und Gelterkinden, wobei die Stadt unterlag. Die Tagsatzung suchte zu vermitteln, aber ohne Erfolg. Deshalb trennte sich Basel in zwei Halbkantone: Baselstadt und Baselland (1832).

Auch in Schwyz kam es vorübergehend zu einer Trennung. Innerschwyz (der heutige Bezirk Schwyz) hatte viel mehr Rechte als Außerschwyz (die Bezirke Küßnacht, Einsiedeln, Höfe und March, denen sich auch Gersau anschloß), trotzdem die äußeren Bezirke zusammen viel volksreicher und größer waren. Diese verlangten Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz. Als ihrem Begehren nicht entsprochen wurde, trennten sie sich von Innerschwyz (1832).

4. Die neuen Kantonalverfassungen. In den 12 Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Aargau und Thurgau, Freiburg, Schaffhausen, Baselland, Tessin und Waadt hatte man, wie wir gesehen, in den Jahren 1830 und 1831 die Verfassung im Sinne der Liberalen revidiert. Die Behörden übten ihr Amt nur mehr als Beauftragte des Volkes aus. Man unterschied sie wieder in gesetzgebende, vollziehende und richterliche.

Der Große Rat (Kantonsrat) — die gesetzgebende Behörde — erhielt die höchste Gewalt. Er führte die Aufsicht über die Regierung und die Gerichte und erließ Gesetze und Verordnungen. — Die Rechtsgleichheit wurde wieder als oberster Grundsatz aufgestellt und Handels- und Gewerbefreiheit, Glaubensfreiheit, Vereinsrecht und andere Volksrechte in die Verfassungen eingeführt. Trotzdem behaupteten die Hauptstädte immer noch viele Vorrechte gegenüber dem Lande; sie wählten z. B. mehr Mitglieder in den Großen Rat, als ihnen nach der Volkszahl gehört hätten. — Die Verhandlungen des Großen Rates und die Staatsrechnung sollten allen Bürgern zugänglich sein (Öffentlichkeit der Verwaltung). — Das Schulwesen wurde überall verstaatlicht und damit der Schulzwang eingeführt.

5. Siebnerkonkordat und Sarnerbund (1832). Um ihre neuen Verfassungen gegen Angriffe zu sichern, schlossen im März 1832 die liberalen Kantone Luzern, Zürich, Bern, Solothurn, St. Gallen, Aargau und Thurgau anläßlich der Tagsatzung ein Bündnis, das Siebnerkonkordat (Siebnerbund). Gleich-



Gefecht in Liestal. Stadtbibliothek Zürich.

zeitig beabsichtigten sie, auch der Eidgenossenschaft eine neue Verfassung zu geben, die mehr den Einheitsgedanken berücksichtigen sollte.

Aber die konservativen Kantone waren über die Vorgänge in den liberalen Orten sehr mißstimmt. Im November 1832 vereinigten sich die Vertreter von Uri, Innerschwyz, Unterwalden, Baselstadt und Neuenburg in Sarnen ebenfalls zu einem Bunde (Sarnerbund) und erklärten, daß sie keine Tagsatzung mehr beschicken werden, zu welcher Vertreter von Außerschwyz und Baselland Zutritt hätten. Auch suchten sie die Änderung des Fünfzehnerbundes zu verhindern. Als sich die ordentliche Tagsatzung in Zürich versammelte, kamen die Abgeordneten des Sarnerbundes in Schwyz zu einer Sondertagung zusammen.

6. Versuch einer Bundesreform (1833). Unterdessen war von den Liberalen eine neue Bundesverfassung ausgearbeitet worden. Der Entwurf bezeichnete wie bisher die Tagsatzung als gesetzgebende, aber dazu einen Bundesrat als vollziehende Behörde und sah ein Bundesgericht vor. Die Rechte des Bundes wurden auf Kosten der kantonalen Selbständigkeit stark erweitert. —Die Tagsatzung geneh-

migte mehrheitlich die Vorlage, nachdem sie viele Änderungen daran vorgenommen. Aber das Volk lehnte die neue Verfassung ab (1833). Den Konservativen ging sie zu weit, vielen Liberalen bot sie zu wenig.

7. Neue Kämpfe in Schwyz und Basel. Die Niederlage der Zentralisten bei der Volksabstimmung ermutigte die Konservativen. Schwyz besetzte rasch den Bezirk Küßnacht mit Truppen; Basel schickte 1500 Mann gegen die Landschaft vor; sie wurden aber bei Pratteln geschlagen. Nun bot auch die Tagsatzung Truppen auf, besetzte Schwyz und Basel und löste den Sarnerbund auf. Der Kanton Schwyz erhielt eine neue Verfassung; die beiden Kantonsteile vereinigten sich wieder und führten die Rechtsgleichheit durch. In Basel aber verblieb es bei der Trennung (1833).

8. Verwicklungen mit dem Auslande. Die Juli-Revolution von 1830 führte auch in andern Ländern zu Volksaufständen. Österreich und andere monarchische Staaten schritten strenge gegen die demokratischen Bewegungen ein. Darum flohen viele Ausländer in die Schweiz und versuchten von hier aus ihre Heimat zu revolutionieren. Die auswärtigen Regierungen führten deshalb Klage bei der Eidgenossenschaft. Hierauf wurden einige fremde Flüchtlinge aus der Schweiz verwiesen (1834).

Napoleon III. als schweiz. Artillerie-Offizier.
Bürgerbibliothek in Luzern.

Frankreich unterhielt in der Schweiz Spione (Polizeispitzel), um die Revolutionäre auszukundschaften. Ein solcher war Conseil, der aber, um die Eidgenossen zu täuschen, von der französischen Regierung als Verschwörer bezeichnet worden war, den die Schweiz ausliefern sollte. Dieses Doppelspiel erregte im ganzen Lande große Entrüstung (1836).

Noch mehr wuchs die Abneigung gegen die französische Regierung, als sie die Auslieferung des Prinzen Louis Napoleon verlangte. Dieser (ein Neffe des gestürzten Kaisers) wohnte mit seiner Mutter

im Schloß Arenenberg bei Ermatingen, hatte das thurgauische Bürgerrecht erworben und war schweizerischer Artillerieoffizier. Doch beabsichtigte er, bei passender Gelegenheit den Kaiserthron seines Oheims in Frankreich wieder aufzurichten. Ein Versuch von Straßburg aus war mißlungen. Als sich Louis Napoleon später wieder in Arenenberg aufhielt, verlangte Frankreich seine Ausweisung (1838). Doch die Schweiz weigerte sich dessen entschieden, auch dann, als Frankreich 27,000 Mann an die Schweizergrenze schickte. Genf und Waadt und viele andere Kantone rüsteten sich zur Gegenwehr. Napoleon aber verließ freiwillig die Schweiz. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit wurde durch diese Einmischungen des Auslandes in schweizerische Angelegenheiten wesentlich gestärkt.

57. Aufschwung des Radikalismus (seit 1834).

1. Die Badener Artikel (1834). Die Erfolge der dreißiger Jahre entflammten den Mut der Liberalen. Es bildete sich unter ihnen bald eine schärfere Richtung heraus: der Radikalismus. Sein Hauptziel war, die Rechte des Staates auf Kosten der Kirche zu erweitern. Die Abgeordneten der Kantone Luzern, Bern, Solothurn, Baselland, St. Gallen, Aargau und Thurgau stellten im Januar 1834 zu Baden in 14 Artikeln wesentlich folgende Forderungen auf:

a) Ausgedehnte Handhabung des staatshoheitlichen Plazets (die Befugnis des Staates, die Erlasse der kirchlichen Behörden vor ihrer Veröffentlichung zu prüfen und ihnen die Genehmigung zu versagen). b) Ausgestaltung der katholischen Schweiz zu einem vom Papste möglichst unabhängigen Erzbistum. c) Staatliche Beaufsichtigung der Priesterseminarien, der Kirchensynoden und der kirchlichen Stifte und Klöster; Beschränkung oder Verbot der Novizenaufnahme.

Begreiflicherweise verwarf der Papst diese Artikel, weil sie starke Eingriffe in die Rechte der katholischen Kirche waren. Als Aargau, Bern und andere Regierungen trotzdem die Badener Artikel strenge handhabten, erhob sich das katholische Volk im Berner Jura und im Freiamt. Durch Truppenaufgebote stellte man die Ruhe wieder her. Aber Frankreich und Österreich nahmen sich der Katholiken an und durch ihren Einfluß wurden die größten Härten der Badener Beschlüsse beseitigt.

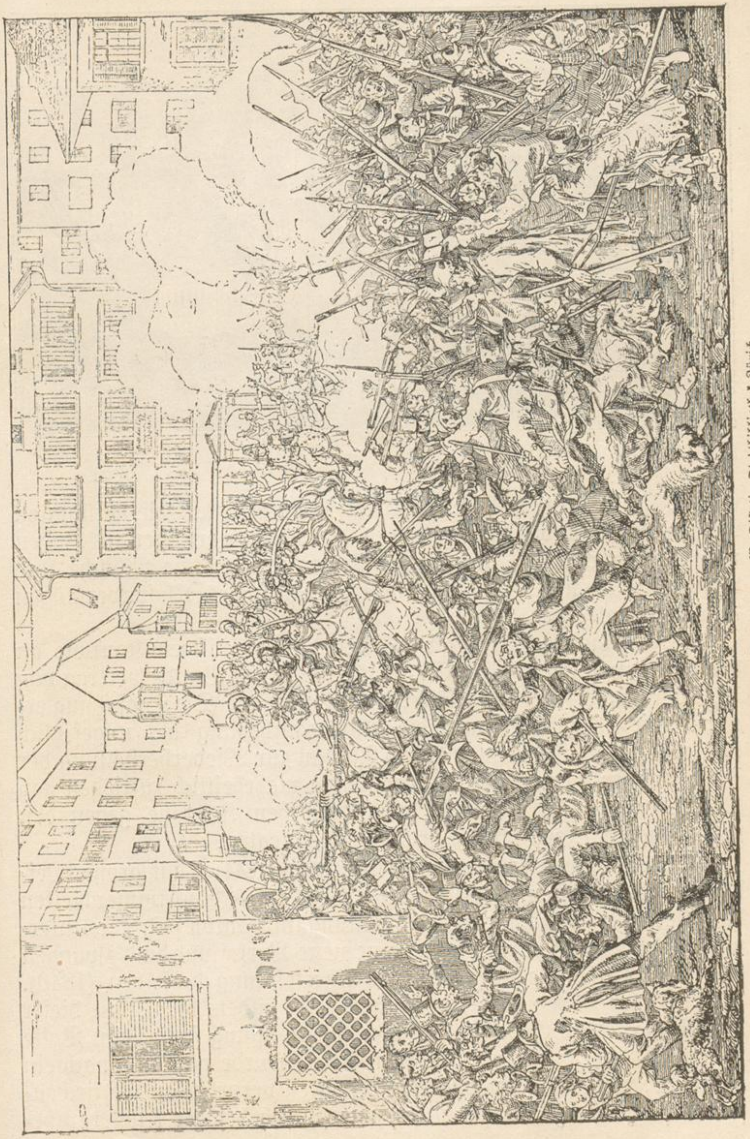
2. Der Züriputsch (1839). Ein kirchenfeindlicher Geist regte sich auch im religiös-politischen Leben der protestantischen Kantone.

Im Kanton Zürich erzielte die freisinnige Partei zwar große Fortschritte im Handel und Gewerbe und in der Gesetzgebung. Das Schulwesen wurde gefördert und auch eine Universität gegründet. Aber manche einflußreiche Lehrstelle besetzte man mit ungläubigen Lehrern. Der Leiter des kantonalen Lehrerseminars in Küßnacht, Dr. Thomas Scherr, erzog die jungen Lehrer zu Freidenkern. An die Universität berief die Regierung als Professor der protestantischen Theologie den jungen Dr. David Strauß aus Tübingen, der die Gottheit Christi leugnete und die Evangelien als fromme Sagen hinstellte.

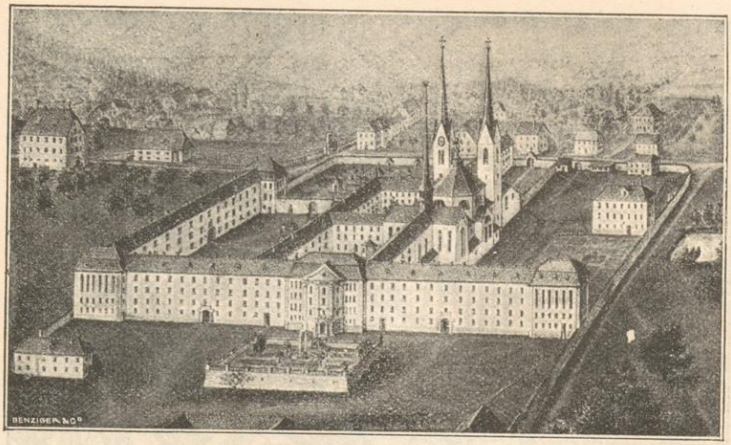
Das Volk wollte in seiner großen Mehrheit nichts von einer solchen Geistesrichtung wissen. Es verlangte, daß die Wahl von Dr. Strauß rückgängig gemacht werde und der evangelische Glaube erhalten bleibe. Als die Regierung nicht genügende Maßnahmen zum Schutze der Religion traf, rückten 5000 Mann aus dem Oberland gegen die Stadt vor, mußten aber den Regierungstruppen weichen. Dennoch dankten Regierung und Großer Rat ab und machten einem konservativen Regiment Platz (September 1839). Zürich trat nun vom Siebnerkonkordat zurück.

3. Die Klosteraufhebung im Aargau (1841). Im Aargau hatte bisher gesetzliche Parität zwischen den beiden Konfessionen bestanden, d. h. die Reformierten und die Katholiken entsandten gleichviele Mitglieder in den Großen Rat, obschon die Reformierten die Mehrheit besaßen. Nun suchte die Regierung mit rücksichtsloser Härte die Badener Artikel durchzuführen. Das katholische Volk erhob dagegen Einspruch und verlangte bessern Schutz seiner religiösen Rechte. Anläßlich der Verfassungsrevision von 1840 wirkten angesehene Vertreter beider Bekenntnisse für Beibehaltung der Parität, jede Konfession sollte ihre Schul- und Kirchenangelegenheiten selber ordnen. Allein die Ratsmehrheit entschloß sich für Aufhebung der Parität, und in der Volksabstimmung erhielt die neue Verfassung die Mehrheit (5. Januar 1841). Als die Regierung einige Führer der Katholiken wegen ihrer ablehnenden Haltung gegen die Verfassung verhaften ließ, gab es im Freiamt einen Volksaufstand. Doch wurden die Aufständischen bei Villmergen von den Regierungstruppen auseinander getrieben.

Die Radikalen beschuldigten die Abtei Muri, sie habe durch Sturmläuten die Empörung geschürt. Das bot nun Anlaß, die längst beabsichtigte und vorbereitete Aufhebung sämtlicher Klöster im Aargau durchzuführen. Der Große Rat erhob diesen Antrag von Seminardirektor Augustin Keller zum Beschluß (13. Januar).



Der Zürcherputsch. Zeichnung von M. Pfister. Stadtbibliothek Zürich.



Das Kloster Muri im Jahre 1841.

Er betraf vier Frauenklöster und vier Männerklöster (die berühmten Abteien Muri und Wettingen und die Kapuzinerklöster in Baden und Bremgarten). Innert zwei Tagen mußten die Mönche und Nonnen Zelle und Heimat verlassen. Sämtliches Klostervermögen wurde Staatsgut.

Gegen diesen Gewaltakt erhoben die katholischen Kantone an der Tagsatzung energischen Einspruch, da gemäß Bundesvertrag von 1815 der Fortbestand der Klöster garantiert war. Die Tagsatzung erklärte mit 13½ Stimmen die Klosteraufhebung als ungesetzlich (9. Juli 1841). Da bequemte sich Aargau zur Wiederherstellung der Frauenklöster, womit sich die Tagsatzung mehrheitlich zufrieden gab (31. August 1843), während die katholischen Kantone gegen den verfassungswidrigen Beschluß Protest einlegten.

4. Verfassungskämpfe im Wallis (1840—1844). Mit großer Leidenschaft bekämpften sich die Parteien im Wallis. Noch immer hielten die Oberwalliser an ihrer Vorrangstellung im Kanton fest. Die Unterwalliser gaben sich darum selber eine neue Verfassung und zwangen die Gegner mit Waffengewalt zur Anerkennung derselben (1840). Ein radikaler Verein, die „Jungschweizer", bildete die Stütze dieser Bewegung. Der Gedanke der Gleichberechtigung fand beim Volke Anklang. Aber aus dem politischen Streit wurde nach und nach ein religiöser; denn die überzeugten Katholiken verurteilten die kirchenfeindliche Haltung der Radikalen, wie sie sich bei der Klosteraufhe-

bung im Aargau äußerte, aufs schärfste. Es entstand der konservative Verein der „Altschweizer", der die kirchentreuen Elemente im ganzen Kanton um sich sammelte. Bei den Wahlen von 1843 siegten die Konservativen. Doch der Parteihader legte sich nicht, sondern brach 1844 in offenen Bürgerkrieg aus. Die Jungschweizer wurden aber am Trientbach geschlagen.

58. Die Freischarenzüge (1844 und 1845).

1. Verfassungsänderung im Kanton Luzern (1841). Das Volk des Kantons Luzern war mit seiner liberalen Regierung nicht zufrieden. Vor allem mißfiel ihm die feindselige Haltung des Staates gegenüber der Kirche. Ferner enthielt die liberale Verfassung von 1831 noch viele Vorrechte der Stadt gegenüber dem Lande. Die Stadt wählte von den 100 Mitgliedern des Großen Rates 25, während ihr der Volkszahl nach nur 8 gehört hätten. Auch hatte das Volk zu der gesetzgeberischen Tätigkeit des Großen Rates nichts zu sagen, und die Verfassung durfte 10 Jahre lang nicht abgeändert werden.

Joseph Leu von Ebersol, ein kluger und rechtschaffener Bauer, war das Haupt der kirchlich gesinnten und demokratischen Bewegung. Ihn unterstützten der Advokat Konstantin Siegwart-Müller und der Staatsschreiber Bernhard Meyer. Im Januar 1841, als die 10jährige Frist abgelaufen war, wurde auf Antrag der Konservativen mit 17,551 gegen 1679 Stimmen Revision der Verfassung beschlossen und im Mai gleichen Jahres die neue Verfassung ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen. Der mehrheitlich konservative Große Rat wählte Siegwart-Müller zum Schultheißen. Luzern wurde wieder katholischer Vorort, trat vom Siebnerkonkordat zurück und setzte auf seinem Gebiete die Badener Beschlüsse außer Kraft.

2. Die Jesuitenfrage. Im Jahre 1773 war der Jesuitenorden von Papst Klemens XIV. aufgehoben, aber 1814 von Pius VII. wieder hergestellt worden. Die Jesuiten kehrten deshalb auch in die Schweiz zurück. Der kirchenfeindliche Geist des liberalen Regimentes von Luzern drängte nun die Führer der Konservativen, besonders Leu, zu einer folgewichtigen Maßnahme. Der Große Rat übertrug 1844 den theologischen Unterricht am Kollegium (Gymnasium) und am Priesterseminar, sowie die Seelsorge in der Kleinstadt den Jesuiten. In Brig, Freiburg und Schwyz hatten sie schon früher wieder Eingang gefunden. Ein Teil der luzernischen Bürger-

schaft zu Stadt und Land erhob heftigen Einspruch gegen diesen Beschluß, denn die Liberalen erblickten in dem Orden ihren unversöhnlichen Gegner. Auch in konservativen Kreisen betrachteten manche den Zeitpunkt dieser Berufung als ungeeignet, da die Gemüter ohnedies stark erregt waren. — Immerhin wurde ein Antrag Augustin Kellers in der Tagsatzung, die Jesuiten aus der Schweiz zu verweisen, mit großer Mehrheit abgelehnt.

3. Die Freischarenzüge. Nun begann in Wort und Schrift ein leidenschaftlicher Sturm gegen die Luzerner Regierung. Man wollte sie mit Waffengewalt stürzen. Freisinnige Elemente anderer Kantone unterstützten diese Bewegung. Am 8. Dezember 1844 ging der Sturm der Radikalen zu Stadt und Land los; doch unterlagen die Freischaren (Luzerner und Aargauer) den Regierungstruppen (Erster Freischarenzug). Die Regierung bestrafte die Aufständischen strenge, viele von ihnen aber entflohen und riefen Gleichgesinnte in andern Kantonen neuerdings zum Kampfe gegen Luzern auf. Die Konservativen dagegen verlangten von der Tagsatzung Schutz ihrer religiösen und politischen Rechte und Verbot der Freischarenzüge.

Rasch bereiteten liberale Vereine in den Kantonen Bern, Aargau, Solothurn und Baselland mit den Luzerner Frei-

Das Gefecht in Malters. Bürgerbibliothek in Luzern.

sinnigen einen zweiten Freischarenzug vor. Hauptmann Ulrich Ochsenbein von Nidau zog am 31. März 1845 mit 3600 Mann gegen Luzern. Sie wurden aber an der Emmenbrücke und bei Malters von den Regierungstruppen, unter denen sich auch Urschweizer befanden, neuerdings geschlagen. Die Freischaren zählten 104 Tote, und 1800 ihrer Leute gerieten in Gefangenschaft.

Abermals erging über die Ruhestörer ein strenges Gericht; Geld- und Freiheitsstrafen wurden über sie verhängt. Dr. Robert Steiger, das Haupt der Luzerner Liberalen, wurde als Hochverräter zum Tode verurteilt. Doch beabsichtigte die Regierung, ihn in eine Festung nach Genua zu verbringen. Ehe sie aber diesen Entschluß verwirklichen konnte, gelang es Steiger, nach Zürich zu entfliehen.

Kurz darauf wurde der Vertrauensmann des konservativen Luzernervolkes, Joseph Leu, nachts in seinem Bette erschossen. Die Konservativen machten für diesen Mord die gesamte liberale Partei verantwortlich, deren Zeitungen in maßloser Weise gegen Leu gehetzt hatten. — Der Mörder wurde zum Tode verurteilt.

59. Der Sonderbundskrieg (1847).

1. Der Sonderbund (1845). Die Freischarenzüge hatten die Spannung zwischen den Parteien noch erhöht. Die katholischen Stände befürchteten neue Gewalttaten und konnten sich nicht auf die Tagsatzung verlassen. Diese hatte wohl die Freischarenzüge verboten, aber der Luzerner Regierung keine Hilfe geschickt, trotzdem der Bundesvertrag von 1815 eine solche Hilfeleistung vorsah. Im Gegenteil hatten liberale Kantone es geschehen lassen, daß das gesetzlose Unternehmen der Freischarenzüge auf ihrem Boden vorbereitet wurde. Das veranlaßte natürlich die katholischen Stände, die seit dem Klosterstreit in engere Fühlung zu einander getreten waren, sich noch mehr zusammen zu schließen. Darum vereinigten sich die sieben Orte Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis im Dezember 1845 (hauptsächlich auf Betreiben Siegwart-Müllers) zu einem Sonderbund. Sie verpflichteten sich, einander gegen alle Angriffe auf ihre Souveränität und ihr Gebiet beizustehen. Mit der Oberleitung eines allfälligen Krieges wurde ein Kriegsrat betraut, in welchem jeder Ort durch ein Mitglied vertreten war.

2. Auflösung des Sonderbundes durch die Tagsatzung (1847). Die liberalen Kantone erklärten den Sonderbund als eine Verletzung des Bundesvertrages; die sieben katholischen Orte aber er-

widerten, ihr Bündnis sei nur zur Abwehr, nicht zum Angriff geschlossen worden und deshalb mit dem Bundesvertrag wohl vereinbar. Im Sommer 1846 kam die Frage vor die Tagsatzung; 11 Stände (10 ganze und 2 halbe, nämlich: Zürich, Bern, Glarus, Solothurn, Schaffhausen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Baselland und Appenzell A.-Rh.) stimmten für die unverzügliche Aufhebung des Sonderbundes. Eine entschiedene Mehrheit ergab sich erst, nachdem im Frühling 1847 Genf und St. Gallen ebenfalls ins liberale Lager abgeschwenkt waren. An der nächsten Tagsatzungssitzung (20. Juli 1847) sprachen sich dann 13 Standesstimmen für die Auflösung des Sonderbundes aus; zugleich wurde die Ausweisung der Jesuiten und die Revision der Bundesverfassung beschlossen.

Die Sonderbundskantone waren aber nicht gewillt, sich dem Beschlusse der Mehrheit zu fügen, den sie als einen Eingriff in ihre kantonale Selbständigkeit betrachteten. Sie beschlossen, nur der Macht zu weichen, und wurden von Frankreich und Österreich mit Geld und Waffen unterstützt. Auch die Tagsatzungsmehrheit traf Vorbereitungen zur bewaffneten Durchführung ihres Beschlusses. Nochmals versuchte man eine Vermittlung. Die katholischen Stände stellten die Bedingung, daß ihre Souveränität und ihre kirchlichen Rechte anerkannt und die Jesuitenfrage als rein kantonale Angelegenheit betrachtet werden solle. Doch kam keine Einigung zustande. Der Kampf sollte entscheiden.

3. Der Sonderbundskrieg. Die Tagsatzung übertrug das Oberkommando ihrer Truppen (98,000 Mann) an General Dufour aus Genf. Die Sonderbundskantone hatten nur 37,000 Mann reguläre Truppen und 47,000 Mann Landsturm. Ihr Befehlshaber war General Ulrich von Salis-Soglio aus Graubünden, dem der Kriegsrat zur Seite stand. Die Katholiken befanden sich auch sonst mehrfach im Nachteil. Freiburg war von den Gegnern völlig eingeschlossen. Auch das Wallis stand mit der Innerschweiz nur durch die Furka in Verbindung. Die V Orte aber vermochten den Druck der Übermacht allein nicht auszuhalten. Bei solcher Ungleichheit der Kräfte war der Ausgang des Krieges vorauszusehen.

General Dufour eröffnete den Feldzug mit der Einnahme der Stadt Freiburg (13./14. November). Inzwischen hatten die V Orte einen zürcherischen Vorposten im Freiamt abgefangen und den Gotthardpaß besetzt. Die Tagsatzungstruppen rückten am 23. November gegen Luzern vor, schlugen die Katholiken bei Gisikon

Gefecht bei Gisikon. Bürgerbibliothek in Luzern.

und zogen am folgenden Tage in Luzern ein. Die luzernische Regierung und der Kriegsrat des Sonderbundes flohen in die Urschweiz, während die siegreichen Truppen, entgegen dem Befehle der Vorgesetzten, sich allerlei Ausschreitungen erlaubten. Zug und die Urkantone kapitulierten ebenfalls und einige Tage nachher auch Wallis. Der Sonderbund war niedergeworfen. Der Krieg hatte kaum drei Wochen gedauert; es gab 78 Tote und 260 Verwundete.

4. Folgen des Krieges. Unter dem Drucke der eidgenössischen Truppen wurden in den unterworfenen Kantonen durchwegs liberale Behörden gewählt, die Verfassungen geändert und die Jesuitenkollegien geschlossen. Die VII Orte hatten die Kriegskosten (6 Millionen Fr.) zu zahlen. Auch Appenzell J.-Rh. und Neuenburg, die neutral geblieben waren, mußten Beiträge leisten. In Luzern, Freiburg und Wallis hoben die Radikalen viele Klöster und Stifte auf, um deren Vermögen zur Deckung der Kriegskosten zu verwenden. Auch der Thurgau benützte die Gelegenheit, gleiches zu tun. Schwyz und Zug schafften die Landsgemeinde ab. — Als im Frühjahr 1848 die VII Orte einen Teil der Kriegskosten bezahlt hatten, zog man die Tagsatzungstruppen zurück; ein Rest wurde ihnen später erlassen.

60. Die Bundesverfassung von 1848.

1. Durchführung der Verfassungsänderung. Nachdem der Sonderbund niedergeworfen und auch in den VII Orten liberale Regierungen ans Ruder gelangt waren, fiel es der Tagsatzung nicht mehr schwer, den Fünfzehnervertrag nach ihren Wünschen umzugestalten. Die Revision wurde im Sommer 1848 besorgt. Der Gedanke des Einheitsstaates war in vielen Kreisen durch die jüngsten Ereignisse mächtig gefördert worden. Aber man legte sich doch eine gewisse Mäßigung auf, um die Gegensätze zwischen den Zentralisten und Föderalisten nicht allzusehr wieder aufleben zu lassen und so die Revision neuerdings zu gefährden. — Am 1. September 1848 wurde die neue Verfassung vom Volke bei schwacher Beteiligung mit rund 170,000 gegen 72,000 Stimmen (und 15½ gegen 6½ Standesstimmen) angenommen. Sie brachte eine Reihe hochwichtiger Neuerungen.

2. Einschränkung der kantonalen Selbständigkeit. Die Bundesverfassung von 1848 verwandelte den bisherigen Staatenbund in einen Bundesstaat. Die Selbständigkeit der 22 Kantone blieb anerkannt, soweit sie nicht durch die Rechte des Bundes eingeschränkt wurde. Gemäß Bundesverfassung dürfen die Kantonalverfassungen nichts enthalten, was jener zuwiderläuft. Sie müssen vom Volke in Mehrheit angenommen sein und sollen die Ausübung der politischen Rechte nach republikanischen Grundsätzen sichern und jederzeit revidiert werden können, wenn die Mehrheit der Bürger dies verlangt. Die Kantonalverfassungen sind dem Bunde zur Genehmigung vorzulegen. Bündnisse und Verträge politischen Inhaltes unter sich oder mit dem Auslande (auch Militärkapitulationen) sind den Kantonen untersagt. Bei gegenseitigen Streitigkeiten haben die Kantone jede Selbsthilfe zu vermeiden und sich der Entscheidung des Bundes zu unterziehen. Bei Unruhen im Innern sind sofort die Bundesbehörden zu benachrichtigen.

3. Rechte und Aufgaben des Bundes. Dem Bunde steht allein das Recht zu, die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz nach außen zu wahren (also Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Verträge mit dem Auslande einzugehen) und die Ruhe und Ordnung im Innern zu handhaben. — Deshalb übernahm der Bund die Aufsicht über das ganze Militärwesen und die Ausbildung der Spezialwaffen. Die Schulung der Infanterie verblieb den Kantonen. Dafür mußten sie die Fabrikation und den Handel mit Schießpulver an den Bund abtreten.

Der Bund hat auch die Rechte und Freiheiten der Bürger zu schützen und soll die allgemeine Wohlfahrt des Landes fördern. Deswegen erhielt er allein das Recht, Zölle an der Landesgrenze zu erheben, dagegen die Zölle und Weggelder im Innern abzuschaffen. — Weiter wurden ihm das Post- und Telegraphenwesen, das Münzrecht und die Gesetzgebung über Maß und Gewicht zugewiesen.

Bundessiegel von 1848.

Die Bundesbehörden gingen ungesäumt ans Werk, die Post zu organisieren. Als neue Einheitsmünze wählte man anno 1850 den Franken (französische Währung), später (1875) wurde auch das metrische Maß und Gewicht obligatorisch eingeführt. — Durch diese Vereinheitlichungen sind Handel und Verkehr wesentlich erleichtert worden. Flußkorrektionen, gut angelegte Alpenstraßen, sowie die Errichtung einer Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich (1855) waren bedeutsame Werke zur Förderung der Landeswohlfahrt.

Endlich regelte man auch die Heimatlosenfrage. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts gab es nämlich in der Schweiz etwa 11,000 Personen, die aus irgend einem Grunde ihr Bürgerrecht verloren hatten. Sie führten ein Vagantenleben und fielen der seßhaften Bevölkerung zur Last. Nun teilte man sie den Kantonen zu, die sie in ihren Gemeinden einbürgerten.

4. Bundesbehörden. Als Sitz der Bundesbehörden (Bundeshauptstadt) bezeichnete man Bern. Die Dreiteilung der Gewalten ging auch in die neue Bundesverfassung über. Nach ihr besteht die gesetzgebende Behörde der Schweiz aus dem Nationalrat und dem Ständerat (Zweikammersystem). Der Nationalrat ist die Vertretung des gesamten Volkes. Ein jeder Kanton kann einen oder mehrere Wahlkreise umfassen. Auf je 20,000 Einwohner (und auf eine Restzahl von über 10,000) wird von den stimmberechtigten Bürgern des Wahlkreises ein Mitglied auf dreijährige Amtsdauer ge-

wählt. Nach Ablauf der Amtsdauer ist es wieder wählbar. — Der Ständerat ist die Vertretung der Kantone; jeder Kanton wählt zwei Mitglieder (jeder Halbkanton eines); die Gesamtzahl beträgt somit 44. Wahlart und Amtsdauer ist Sache der Kantone. — Für den Erlaß eines Bundesgesetzes oder -beschlusses ist die Zustimmung beider Räte in gesonderter Sitzung erforderlich. Nur bei Wahlen und Begnadigungen vereinigen sie sich zur Bundesversammlung, die vom Präsidenten des Nationalrates geleitet wird. — Die gesetzgebende Behörde führt auch die Oberaufsicht über die gesamte Verwaltung des Bundesrates und des Bundesgerichtes.

Vollziehende Behörde des Bundes ist der Bundesrat. Er besteht aus 7 Mitgliedern und wird von der Bundesversammlung

Erste schweizerische Münzen und Postwertzeichen.

auf drei Jahre gewählt. Aus dem nämlichen Kanton darf jeweilen nicht mehr als ein Mitglied genommen werden. Der Bundespräsident ist Mitglied des Bundesrates und leitet dessen Verhandlungen. Als Präsident wird er nur auf ein Jahr gewählt und ist fürs folgende Jahr nicht wieder wählbar. — Jedes Mitglied des Bundesrates ist Vorsteher eines Departementes (Geschäftsabteilung). Eine ständige Kanzlei besorgt die einschlägigen Verwaltungsarbeiten.

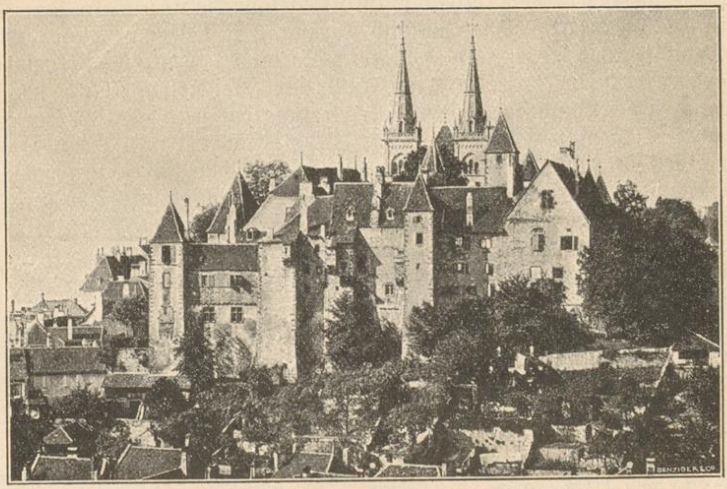
Als oberste richterliche Behörde der Schweiz bestellte man ein Bundesgericht von 11 Mitgliedern, die von der Bundesversammlung auf drei Jahre gewählt wurden. Der Sitz des Gerichtes sollte später bestimmt werden.

5. Volksrechte. Die neue Bundesverfassung konnte revidiert werden, wenn wenigstens eine der beiden gesetzgebenden Kammern des Bundes oder 50,000 Bürger es verlangten. In letzterm Falle sollte die Frage der Revision dem Volke zur Entscheidung vorgelegt werden. Erst wenn die Mehrheit der Stimmenden und der Stände die Änderung genehmigt hatte, erhielt die revidierte Verfassung Gültigkeit.

Weiter garantierte die Verfassung folgende Volksrechte: a) Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze, b) freie Niederlassung auf dem ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft, c) ungehinderte Ausübung des Gottesdienstes (Glaubens- und Gewissensfreiheit), d) Preßfreiheit, e) das Vereinsrecht, f) das Petitionsrecht, g) Handels- und Gewerbefreiheit. — Die Gleichheit vor dem Gesetz und die Glaubens- und Gewissensfreiheit fanden jedoch keine Anwendung auf den Jesuitenorden und auf die Juden. Ersterer ward aus der Schweiz verbannt, letztere wurden erst später (1866) als gleichberechtigt anerkannt.

61. Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität (1856—1871).

1. Der Neuenburger-Handel (1856/57). Der junge Bundesstaat bekam bald Gelegenheit, seine innere Kraft zu erproben. Wieder erhob sich in Neuenburg die radikale Partei, welche die Verbindung mit Preußen lösen wollte. Diesmal hatte sie Erfolg. Die Regierung wurde gestürzt und die Verfassung im Sinne der Radikalen geändert (1848). Der König von Preußen konnte sich seiner Anhänger nicht annehmen, weil er im eigenen Lande Unruhen zu bekämpfen hatte. Die Eidgenossen aber unterstützten



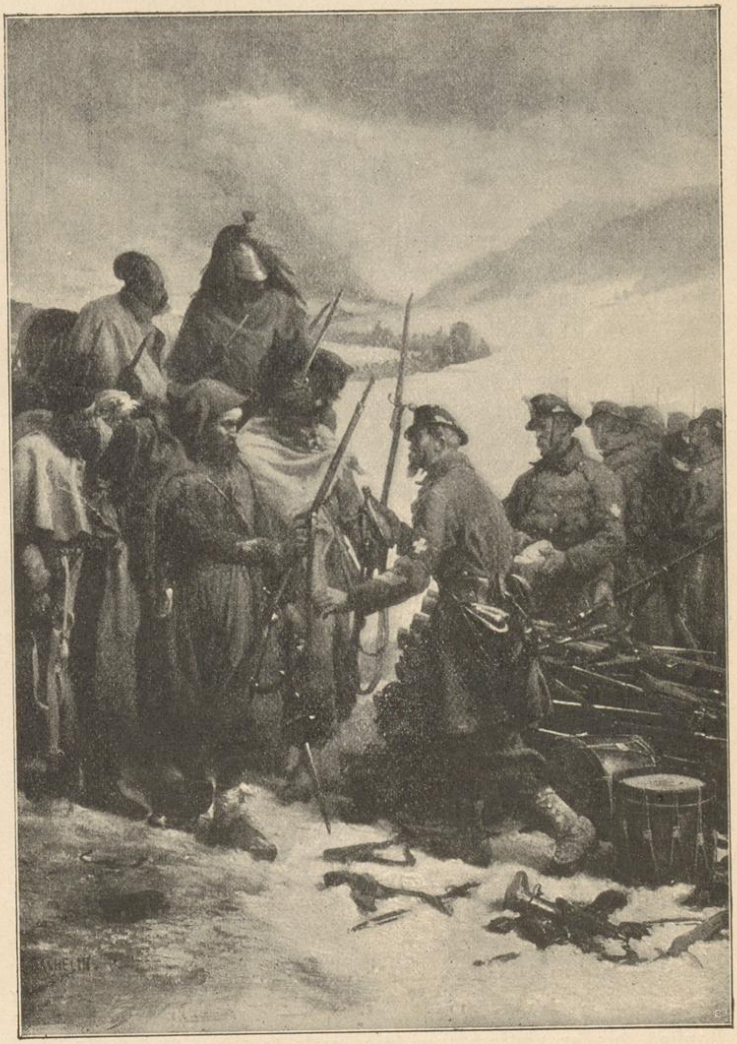
Das Schloß in Neuenburg.

die Republikaner. — Einige Jahre später gerieten diese beim Bau einer Eisenbahn unter sich selber in Streit. Die Royalisten (Preußenpartei) benützten diesen Anlaß, eroberten Locle und das Schloß in Neuenburg (Sitz der Regierung), hißten die preußische Fahne und nahmen den Staatsrat gefangen. Aber die Republikaner hatten schon wenige Stunden später das Schloß und dazu die royalistischen Führer in ihrer Gewalt (September 1856). Die Bundesbehörden eröffneten eine Strafuntersuchung gegen die Ruhestörer, Preußen aber verlangte deren Freigabe. Der Bundesrat wollte nur dann auf diese Forderung eingehen, wenn Preußen für immer auf Neuenburg verzichte.

Nun bedrohte König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die Schweiz mit Krieg. Aber die Eidgenossen erschraken nicht und rüsteten sich ebenfalls. Niemand dachte mehr an die vorausgegangenen Parteikämpfe, alle Parteien waren bereit, mit Gut und Blut für die Unabhängigkeit des Landes einzustehen. Zu Anfang Januar 1857 standen 30,000 Mann unter General Dufour an der Nordgrenze, und weitere 100,000 waren zum Ausmarsch bereit. — Da legten sich Österreich, England und Frankreich ins Mittel, ehe es zum Kriege kam. Der Prozeß gegen die Royalisten wurde niedergeschlagen; Preußen aber verzichtete für immer auf Neuenburg (Mai 1857).

2. Die Savoyer-Frage (1860). Durch den Wiener Kongreß hatte die Schweiz das Recht erhalten, im Kriegsfalle die neutrale Zone in Nordsavoyen (Chablais und Faucigny) zu besetzen. Nun kam Savoyen, das bisher zum Königreich Sardinien (Hauptstadt Turin) gehört hatte, im Jahre 1860 an Frankreich. Bei diesem Anlasse verlangten die Bundesbehörden die Abtretung des neutralen Gebietes an die Eidgenossenschaft. Allein die Bevölkerung der zwei Provinzen verhielt sich zunächst unschlüssig und sprach sich schließlich gegen einen Anschluß an die Schweiz aus. Aufgeregte Gemüter forderten nun, daß man Nordsavoyen mit den Waffen hole. Allein bald kehrte wieder Ruhe ins Land ein. Frankreich erklärte seine neuen Provinzen als neutrale Zone; die Schweiz dagegen hielt ihre Ansprüche nicht mehr aufrecht. (Vergl. Karte VIII im Anhang.)

3. Grenzbesetzung während des deutsch-französischen Krieges (1870/71). Der neue schweizerische Bundesstaat wußte nicht nur seine Unabhängigkeit, sondern auch seine Neutralität zu wahren. Bei der badischen Revolution (1848/49) und anläßlich neuer Kriege um die Lombardei (1848/49 und 1859) besetzte die Schweiz die Landesgrenze, ebenso während des deutsch-französischen Krieges (1870/71). — Am 2. Februar 1871 mußte sich die französische „Bour-



Einmarsch der Bourbakiarmee in die Schweiz. Gemälde von A. Bachelin.
Im Besitze der Kunstgesellschaft in Luzern.

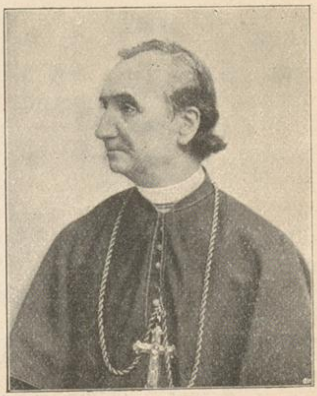
baki-Armee" bei Verrières und Ste. Croix im Neuenburger Jura auf Schweizerboden flüchten: 85,000 Mann mit 10,000 Pferden und 200 Geschützen, die entwaffnet und bis zum Kriegsende in der Schweiz gut verpflegt wurden. Die Internierten erholten sich rasch und bewahrten dem gastfreundlichen Lande dafür ein gutes Andenken.

62. Der Kulturkampf (1871–1875).

1. Das Vatikanische Konzil (1869/70). Zu Anfang der siebziger Jahre erhob sich in der Schweiz (wie in Deutschland) ein heftiger Sturm gegen die katholische Kirche, der unter dem Namen Kulturkampf bekannt ist. Im Jahre 1869 auf 1870 wurde im Vatikan zu Rom wieder eine allgemeine Kirchenversammlung abgehalten, um die Aufgabe des Konzils zu Trient (vergl. Nr. 41, Ziff. 1) zu vollenden. Dieses hatte u. a. die Quellen der Offenbarung (Hl. Schrift und apostolische Überlieferung) genau festgelegt. Das Vatikanische Konzil dagegen befaßte sich mit der Unfehlbarkeit des Papstes in der Auslegung dieser Quellen. Neben den Konzilien kommt nach katholischer Lehre dem Papste als Amtsnachfolger des Apostelfürsten Petrus diese Unfehlbarkeit zu. Deshalb wurden auch von alters her in der katholischen Kirche die Glaubens- und Sittenfragen dem Urteil des Papstes unterbreitet. Gestützt auf den Wortlaut der Heiligen Schrift und die beständige kirchliche Überlieferung erklärte daher das Vatikanische Konzil es als Glaubenssatz (Dogma), daß dem Papste in Ausübung seines obersten Lehr- und Hirtenamtes jene Unfehlbarkeit zukomme, die Christus seiner Kirche zugesichert hat.

Dieser Entscheid der obersten kirchlichen Behörde trug mächtig zur Stärkung und Festigung der Katholiken gegenüber den religiösen Irrlehren bei und wurde von der katholischen Welt mit Befriedigung aufgenommen. Nur eine kleine Zahl fügte sich der Lehrentscheidung des Konzils nicht und trennte sich von der katholischen Kirche. Sie bildeten als Altkatholiken oder Christkatholiken, wie sie sich nannten, da und dort eigene Gemeinden und beanspruchten auch einen Teil des katholischen Kirchengutes. In den liberalen Kantonen fanden sie lebhafte Unterstützung. Denn der Liberalismus erblickte in der Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes, die er vielfach unrichtig auslegte, eine Gefahr für den Staat und die neuzeitliche Kultur (freie Forschung). Auch hofften die Liberalen mit Hilfe der Altkatholiken den alten Plan von der

Errichtung eines schweizerischen, vom Papste möglichst unabhängigen Erzbistums zu verwirklichen. Damit begann ein neuer schwerer Kampf zwischen Staat und Kirche.


Kardinal Mermillod.

2. Altkatholische Bewegung in Genf. Die Katholiken von Genf unterstanden seit 1817 dem Bistum Lausanne. Nun gedachte der katholische Pfarrer von Genf, Kaspar Mermillod, im Einverständnis mit Papst Pius IX., den alten Bischofssitz in Genf wieder aufzurichten. Zunächst wurde er Hilfsbischof seines Oberhirten von Lausanne. Später wurden die Genfer Pfarreien aus dem Verband der Lausanner Diözese losgelöst (1865), und Mermillod ward apostolischer Vikar (Stellvertreter des Papstes) für die Diözese Genf. Aber der freisinnige Staatsrat von Genf protestierte dagegen, und als Mermillod auf sein Amt nicht verzichten wollte, verbannte ihn der Bundesrat aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft, trotzdem er Schweizerbürger war (1873). Ferner forderte die Regierung von der Geistlichkeit einen Eid auf die Verfassung, den aber der gesamte katholische Klerus verweigerte, weil er mit ihrer kirchlichen Treue unvereinbar sei. Hierauf setzte die Regierung auch die katholischen Geistlichen ab und übergab die katholischen Kirchen den Altkatholiken.

3. Unterdrückung der religiösen Freiheit im Bistum Basel. In der Diözese Basel hatte Bischof Eugenius Lachat einige Geistliche ihrer Stelle enthoben, weil sie die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht anerkennen wollten. Die liberalen Kantonsregierungen des Bistums (Solothurn, Bern, Aargau, Baselland und Thurgau) forderten vom Bischof Zurücknahme dieser Maßregel. Als Lachat eine solche Zumutung ablehnte, erklärte sie ihn für abgesetzt und ließen ihn aus seiner Residenz Solothurn ausweisen. Der Bischof fand Zuflucht in Luzern.

Aber 69 Geistliche im Berner Jura protestierten gegen die Absetzung ihres Bischofs und erklärten, daß sie ihn nach wie vor als ihren rechtmäßigen Oberhirten betrachten. Dafür wurden sie von der Berner Regierung ebenfalls ihrer Stellen enthoben. Dann übertrug sie die erledigten Pfründen altkatholischen Geistlichen,

die sie aus verschiedenen Ländern kommen ließ, nahm für dieselben Kirchen und Pfarrhäuser in Beschlag und verbot den Katholiken sogar den Privatgottesdienst. Um die Aufregung des Volkes niederzuhalten, wurde Militär in den Jura geschickt. Gefängnisstrafe bedrohte die katholischen Priester, die es wagten, mit ihren Pfarrkindern in Häusern oder Scheunen Gottesdienst zu halten (1873).

Auch im Aargau, in Solothurn und Zürich entbrannte ein ähnlicher Kulturkampf. Man ging aber etwas weniger brutal vor als die Berner Regierung. Als Papst Pius IX. in einem Rundschreiben gegen die Maßnahmen der liberalen Regierungen und des Bundesrates Einspruch erhob, brach der Bundesrat seine Beziehungen zu Rom ab und wies den päpstlichen Nuntius Agnozzi aus (1873).

4. Erlöschen des Kulturkampfes. Das gewaltsame Vorgehen der Freisinnigen gegen die Katholiken erreichte seinen Zweck nicht. Vielmehr wurde dadurch der Katholizismus gestärkt, Geistlichkeit und Volk einander näher gebracht und das katholische Leben innerlich gekräftigt. Der Altkatholizismus aber gelangte trotz aller staatlichen Unterstützung nie recht zur Blüte. Wohl wurde ein altkatholisches schweizerisches Bistum mit Sitz in Bern gegründet, wo die Regierung für die Altkatholiken eine eigene theologische Fakultät an die Hochschule angliederte. Gleichwohl blieb die Zahl der Altkatholiken klein und ging im Laufe der Jahre noch zurück.

Der Bundesrat und die liberalen Regierungen zeigten sich später wieder weniger schroff und milderten die engherzigen Gesetze, die sie gegen die katholische Kirche erlassen hatten. Nach dem Tode Pius IX. (1878) vereinigte sein Nachfolger Leo XIII. 1883 die Diözese Genf neuerdings mit Lausanne und ernannte Mermillod zum Bischof, dem man die Rückkehr in sein Vaterland wieder gestattete.

Bischof Lachat verzichtete 1884 auf die Diözese Basel und wurde apostolischer Vikar im Kanton Tessin, der früher kirchlich zu Como und Mailand gehört hatte. Als Bischof von Basel trat an seine Stelle Domherr Friedrich Fiala. Nach dem Tode Lachats wurde der Tessin dem Namen nach mit der Diözese Basel zum Doppelbistum Basel-Lugano vereinigt. Doch liegt die bischöfliche Verwaltung des Kantons Tessin in den Händen eines besondern apostolischen Administrators, der vom Papste ernannt wird. (Vergl. Karte VIII im Anhang.)

63. Demokratie und Zentralisation in Bund und Kantonen.

1. Erweiterung der Volksrechte. Zu den wichtigsten Volksrechten gehört das Recht, eine Änderung der Verfassung verlangen zu können. Die Verfassung kann ganz (total) oder teilweise (partial) revidiert werden. Bei der Totalrevision wird die ganze Verfassung neu durchberaten, ohne daß aber alle Artikel geändert werden müssen. Bei der Partialrevision werden nur einzelne Artikel abgeändert oder beseitigt oder neu eingefügt. — In gleicher Weise kann man bei der Revision eines Gesetzes vorgehen.

Die Kantonalverfassungen der dreißiger Jahre standen fast durchweg auf dem Boden der repräsentativen Demokratie. Das Volk konnte sein Recht als Souverän nur bei Wahlen und Verfassungsänderungen ausüben; im übrigen herrschte in seinem Namen der Große Rat (Kantonsrat). Er erließ die Gesetze nach Gutfinden, ohne daß die Bürger Gelegenheit erhielten, dazu Stellung zu nehmen. Darum regte sich nach und nach im Volke das Verlangen, mehr Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen und gleichzeitig auch alle Ungleichheiten im Wahlrecht zu beseitigen. So schritt man schon in den vierziger Jahren (z. B. im Kanton Luzern in der Verfassung von 1841) zur völligen Gleichstellung der Bürger von Stadt und Land und führte das Veto ein, wonach das Volk über Gesetze, die der Große Rat erlassen, abstimmen konnte. Seit den sechziger Jahren nennt man das Veto Referendum. Es verschafft also dem Volke die Möglichkeit, ein mißliebiges Gesetz zu Fall zu bringen. Und zwar ist das Referendum obligatorisch, wenn alle neuen oder abgeänderten Gesetze ohne weiteres vor Inkrafttreten dem Volke vorgelegt werden müssen, dagegen fakultativ, wenn die Abstimmung nur zu erfolgen hat, sofern sie von einer bestimmten Anzahl Bürgern verlangt wird.

Ein noch weitergehendes Volksrecht ist die Initiative, die den Bürgern das Recht gibt, die Abänderung der Verfassung zu verlangen (Verfassungsinitiative) oder selber Gesetze vorzuschlagen (Gesetzesinitiative).

In den meisten Kantonen führte man in den letzten Jahrzehnten neben dem Referendum und der Initiative auch die Volkswahl der Regierung und der Ständeräte ein. In neuester Zeit fand für die Wahl des Nationalrates und in vielen Kantonen auch für die Wahl des Großen Rates und der Gemeindebehörden das pro-

Bundeshaus in Bern.

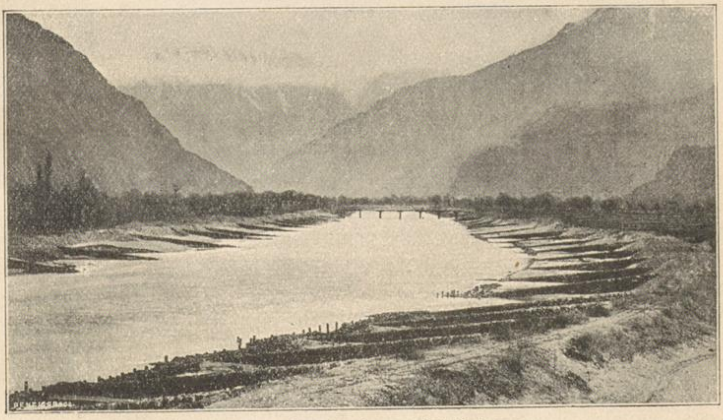
portionale Wahlverfahren Eingang. Dadurch erhalten die Parteien ihre Vertreter in den Behörden im Verhältnis ihrer Parteistärke. Um dem Bürger die Stimmabgabe zu erleichtern, ging man zur geheimen Abstimmung (Urne und Stimmkarte) über. — So näherte man sich mehr und mehr der reinen oder unmittelbaren Demokratie, wie sie die Landsgemeindekantone haben.

2. Ausbau der Bundesverfassung (1874). Die Erweiterung der Volksrechte einerseits und die scharfe Kulturkampfpolitik anderseits gaben Anlaß zu einer Totalrevision der Bundesverfassung. Ein erster Entwurf vom Jahre 1872 fand nicht die Zustimmung des Volkes. Aber schon zwei Jahre später (19. April 1874) wurde die neue Verfassung mit 340,000 Ja gegen 198,000 Nein und 14½ gegen 7½ Standesstimmen angenommen.

Die Bundesverfassung von 1874 baut auf diejenige von 1848 auf und bildet die Grundlage unseres heutigen Staatswesens. Sie verschaffte dem Bunde neue wichtige Rechte auf Kosten der kantonalen Selbständigkeit. Das Rechtswesen wurde in die Hände des Bundes gelegt (zentralisiert), so das Obligationenrecht (d. h. das Recht der Schuldverhältnisse, die durch Kauf-, Miet-, Pacht-, Dienstverträge usw. entstehen), das Handels-, Wechsel- und Konkursrecht, ebenso das Zivilstandswesen. Weiter erhielt der Bund die Oberaufsicht über Jagd- und Fischerei, über das Forstwesen und die Wasserverbauungen, über das Fabrikwesen, Banknotenwesen und die Eisenbahnen.

Von den neuen Volksrechten fand das fakultative Referendum Aufnahme in die Bundesverfassung. 30,000 Bürger oder 8 Kantone können es begehren. Fast zwei Jahrzehnte später (1891) wurde auch die Verfassungsinitiative eingeführt. Hierfür sind 50,000 Unterschriften erforderlich.

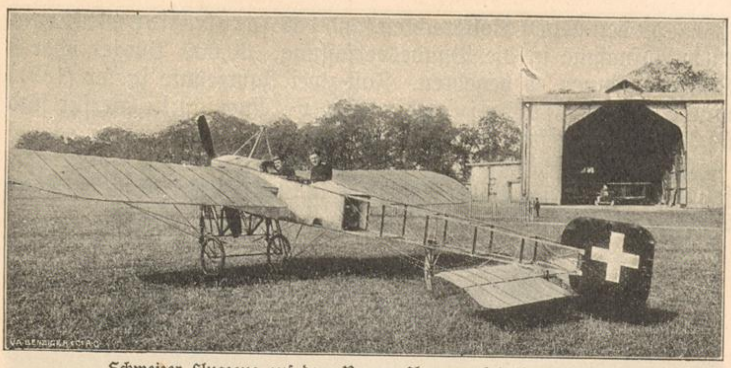
Das Bundesgericht wurde durch die revidierte Bundesverfassung eine ständige Behörde mit Sitz in Lausanne. Es zählt heute 24 Mitglieder (Amtsdauer 6 Jahre).



Rhonekorrektion. Verbauung bei Evionnaz.

Das Volksschulwesen blieb zwar den Kantonen überlassen; aber es wurde die Bedingung daran geknüpft, daß der Unterricht unentgeltlich und obligatorisch sein und ausschließlich unter staatlicher Leitung stehen müsse. Auch ist er so zu gestalten, daß er von Angehörigen aller Konfessionen ohne Beeinträchtigung der Glaubensfreiheit besucht werden kann. — Ein Versuch, das Volksschulwesen ganz unter die Leitung des Bundes zu bringen, wurde 1882 vom Volke abgelehnt. — Das Jesuitenverbot wurde verschärft, die Wiederaufrichtung aufgehobener und die Gründung neuer Klöster verboten.

Die neue Bundesverfassung übertrug dem Bunde auch die Obsorge für die gesamte Wehrkraft der Schweiz. Das Bundesheer unterscheidet (nach der Militärorganisation von 1907) folgende Waffengattungen: Infanterie, Kavallerie, Artillerie (und Train), Genie, Festungstruppen, Sanitätstruppen, Verpflegungstruppen; dazu



Schweizer Flugzeug auf dem Berner Flugzeugplatz Beundenfeld.

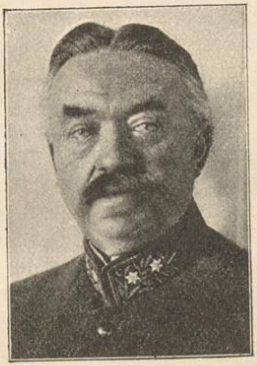
kommen Dienstzweige für Aufklärungs- und Nachrichtendienst, Etappen, Militärseelsorge usw.— Die Militärdienstpflicht dauert vom 20. bis 48. Altersjahr und zwar 12 Jahre im Auszug und je 8 Jahre in der Landwehr und im Landsturm. — Die Schweiz ist militärisch in 6 Divisionskreise eingeteilt: 1. Kreis: Genf, Waadt, Unterwallis. 2. Kreis: Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Berner Jura. 3. Kreis: Deutsch-Bern und Oberwallis (der Bezirk Goms ausgenommen). 4. Kreis: Luzern, Zug, Aargau und Basel. 5. Kreis: Zürich, Schaffhausen, die Urschweiz, Tessin und das Goms. 6. Kreis: Thurgau, St. Gallen, Appenzell, Glarus und Graubünden. Jede Division gliedert sich in viele Unterabteilungen (Einheiten), die von Offizieren befehligt werden. — Dienstuntaugliche haben eine Militärpflicht-Ersatzsteuer zu bezahlen.

Seit 1874 ist noch mancher andere Schritt zur Zentralisation getan worden: Das Jahr 1898 brachte uns die Verstaatlichung der Eisenbahnen, 1912 das schweizerische Zivilgesetzbuch. Trotzdem ist das Volk auch heute nicht für einen Einheitsstaat nach dem Muster der Helvetik zu haben, sondern bewacht mit scharfem Auge die Freiheit und Selbständigkeit der Kantone.

3. Der Tessiner Putsch (1890). Bis zum Ausbruch des Weltkrieges gab es in der Schweiz wenig größere Unruhen. Am meisten Aufsehen erregte 1890 der sog. Tessiner Putsch. Die radikale Partei wollte gewaltsam die konservative Regierung beseitigen. Staatsrat Rossi in Bellinzona wurde von den Revolutionären erschossen (11. Sept.), der Tessin von eidgenössischen Truppen besetzt und die Verwaltung des Staatswesens bis zur Wiederherstellung der Ordnung einem eidgenössischen Kommissär übertragen.

64. Die Schweiz während des Weltkrieges (1914—1918).

1. Ihr Verhältnis zum Auslande. Zu Anfang August 1914 brach rings um unser Vaterland ein Krieg aus, an dem beinahe alle Staaten Europas und Amerikas beteiligt waren. Die Zentralmächte, Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien, kämpften gegen die Entente, zu der Frankreich, Belgien, England, Rußland, Serbien, Montenegro, Japan, Italien, Rumänien, Portugal, Griechenland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und auch mehrere südamerikanische Staaten gehörten. Im Nov. 1918 endete das gewaltige Ringen mit einem Siege der Entente, nachdem die Zentralmächte fast vier volle Jahre lang das Feld behauptet hatten. Infolgedessen fiel auch unser Nachbarland Elsaß-Lothringen wieder an Frankreich zurück, das seit 1871 zu Deutschland gehört hatte. Das Südtirol (bis zum Brenner) kam an Italien. — Die Schweiz verzichtete im Nov. 1919 durch ein Abkommen mit Frankreich auf die Neutralität Savoyens (Vergl. Nr. 61. Ziff. 2).



General Ulrich Wille.

Generalstabschef Theophil von Sprecher.

Die Spitzen der Schweizer Armee im Weltkrieg.

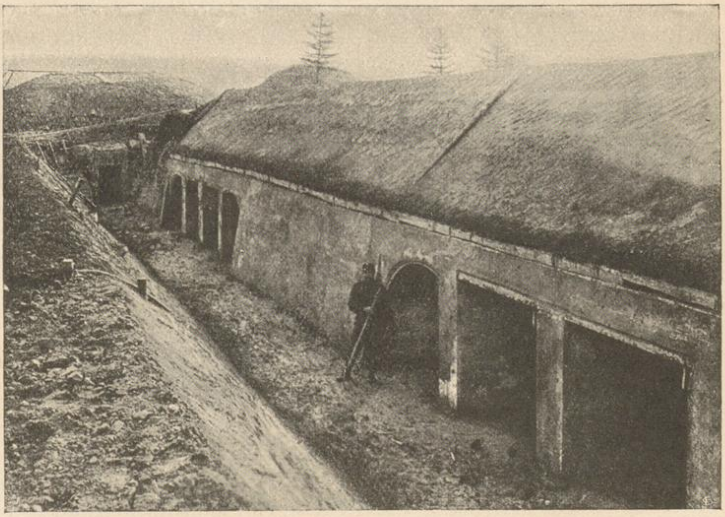
Der Weltkrieg zog auch die Schweiz stark in Mitleidenschaft. Zwar erklärte sie sich gleich zu Beginn der Feindseligkeiten absolut neutral und besetzte mit großen Truppenmassen ihre Landesgrenzen, um einem allfälligen Durchmarsch fremder Streitkräfte durch ihr Gebiet entgegenzutreten. Wohl gaben die kriegführenden Staaten die bestimmte Erklärung ab, daß sie die Schweiz als neutrales Land betrachten werden. Dennoch kamen namentlich durch fremde Flieger häufig Neutralitätsverletzungen vor. Fremde Agenten suchten in der Schweiz die Lage ihrer Gegner auszukundschaften, was zu vielen Spionageprozessen Anlaß bot, in die auch Schweizer verwickelt waren.

Offizielle und vertrauliche Versuche der Schweiz, eine Verständigung zwischen den Kriegführenden anzubahnen, scheiterten. Doch unterhielt die Schweiz mit den kriegführenden und neutralen Staaten und auch mit dem Papste rege Beziehungen und übernahm für mehrere kriegführende Mächte die Wahrung ihrer Interessen in feindlichen Staaten, sowie die Übermittlung ihrer diplomatischen Noten. Auch vermittelte sie den Austausch der in den benachbarten Kriegsländern internierten (zurückgebliebenen) Angehörigen des Feindes und der Evakuierten (d. h. der bürgerlichen Bevölkerung jener Gebiete, die in der Kriegszone lagen und deshalb geräumt werden mußten) und versah sie mit Speise und Trank und den nötigsten Kleidern. Ihre Zahl belief sich in die Hunderttausende. Weiter internierte man viele tausend kranke Kriegsgefangene der beiden Mächtegruppen zum Zwecke der Genesung in der Schweiz, vermittelte den Invalidenaustausch zwischen benachbarten feindlichen Staaten, besorgte mit großer Mühe und vielen Opfern die Kriegsgefangenenpost und die Nachforschung nach vermißten Angehörigen, entsandte nach den Kriegsschauplätzen Ärzte und Pflegepersonal, versah hungernde Städte (Wien) und Länder (Vorarlberg) mit Lebensmitteln usw. Viele Flüchtlinge (Deserteure) und Angehörige kriegführender Staaten, die ihrem Vaterlande die Wehrpflicht verweigerten (Refraktäre), hielten sich in der Schweiz auf.

2. Sorgen im Innern. Der Weltkrieg hatte auch auf das Innenleben der Schweiz eine sehr nachteilige Wirkung. Anfänglich brachte er eine Verstimmung zwischen der deutschen und welschen Bevölkerung infolge der Sympathie zu der einen oder andern Mächtegruppe, die aber später wieder ausgeglichen wurde. Sodann stellten die kriegführenden Mächte die Ein- und Ausfuhr nach und aus der Schweiz unter strengste Kontrolle und suchten jede Berücksichtigung eines feindlichen Staates zu unterdrücken. Dazu kam der große Mangel an den notwendigsten Lebensmitteln, Bedarfsartikeln und Rohstoffen, verursacht durch die Zerstörungen in den Kriegsländern und auf dem Meere (Unterseebootkrieg) und andere Umstände. Die Preise für die meisten Waren stiegen deshalb aufs doppelte und fünffache. Wohl taten die Behörden viel zur Unterdrückung eines einträglichen Schmuggels, der an den Landesgrenzen schwunghaft betrieben wurde, da in einigen anstoßenden Ländern viele Waren fast unerschwinglich hohe Preise galten. Die Einfuhr der notwendigsten Artikel erfolgte zum großen Teil aus Amerika und wurde unter staatliche Leitung und

Kontrolle gestellt (monopolisiert). Um den Mangel an Lebensmitteln erfolgreich zu bekämpfen, suchte man die einheimische Bodenproduktion noch mehr zu steigern und förderte namentlich den Getreide- und Gemüsebau auf Kosten der vorherrschenden Milchwirtschaft. Auch schränkte man den Verbrauch der Vorräte ein und verteilte (rationierte) sie gleichmäßig. Infolge des großen Kohlenmangels und der immer mehr erschwerten Einfuhr und Verteuerung derselben mußten der Eisenbahnverkehr und andere Betriebe, die auf Kohlenverbrauch angewiesen waren, stark eingeschränkt werden. Der Mangel an Rohstoffen zwang manche Industrien, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen oder gar den Betrieb einzustellen. Doch deckte die Herstellung von Kriegsmaterialien auf Rechnung der kriegführenden Staaten zum Teil den entstandenen Ausfall und brachte zeitweilig viel Geld ins Land. Da verschiedene Artikel nicht mehr aus dem Auslande bezogen werden konnten, mußten sich einheimische Industrieen auf neue Fabrikationszweige einrichten, wodurch die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Schweiz vom Auslande gefördert wurde.

Aber infolge der allgemeinen Teuerung wuchs vor allem die Not der unselbständig Erwerbenden in hohem Maße.



Schweizerische Grenzbefestigung im Jura während des Weltkrieges.

Bureau-Saal für die Kriegsgefangenen-Post im Genfer Musée Rath.

Bund, Kantone, Gemeinden und private Unternehmungen ergriffen umfassende Maßnahmen, um sie zu lindern. Die Löhne mußten wesentlich erhöht werden, um die große Geldentwertung einigermaßen auszugleichen. Da und dort schritt die Arbeiterschaft, um ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen durchzusetzen, zur Arbeitseinstellung (Streik) wobei es manchmal auch zu Revolten kam.

3. Revolutionäre Bewegungen (1918). Besonders kritisch wurde die Lage im Innern im November 1918. In Rußland, das seit dem Frühjahr mit den Zentralmächten einen Sonderfrieden abgeschlossen hatte, wütete seit einem Jahre die Revolution. Die Revolutionäre (Bolschewiki) bemächtigten sich der Regierungsgewalt und führten ein Schreckensregiment. Im Spätherbst, beim Zusammenbruch der Zentralmächte, verpflanzte sich die revolutionäre Bewegung auch nach Österreich-Ungarn und Deutschland, wo alle Monarchien gestürzt und in Republiken umgewandelt wurden, an deren Spitzen revolutionäre Sozialisten standen. Durch diese Erfolge im Auslande ermutigt, suchten die Sozialisten auch in der Schweiz die Oberhand zu gewinnen, proklamierten den Generalstreik für alle staatlichen und privaten Betriebe (12.—14. Nov.), brachten dadurch das Vaterland an den Rand eines Bürgerkrieges und stellten ein politisches Kampfprogramm auf. Hauptherde des Aufstandes waren Zürich, Basel

und Bern, wo viele ausländische Agenten der Revolution sich aufhielten. Der Bundesrat wies die diplomatische Gesandtschaft der russischen Regierung aus, in deren Händen die Fäden der geplanten Revolution zusammenliefen. Durch starke Truppenaufgebote konnte die Ordnung und zum Teil auch der Verkehr aufrecht erhalten werden. An einigen Orten kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Truppen und den Revolutionären. Die Bundesversammlung nahm mit überwältigender Mehrheit gegen die Revolutionäre Stellung und unterstützte die Maßnahmen des Bundesrates kräftig, worauf sich die Streikenden bedingungslos ergaben.

4. Kriegsschulden. Dem Bunde erwuchsen durch die mehrjährige Mobilisation und die Maßnahmen gegen die Teuerung gewaltige Ausgaben. Innert 5 Jahren waren sie auf mehr als 1500 Millionen Franken angewachsen. Zur Deckung derselben erhob man außerordentliche Steuern. Auch die Kantone und Gemeinden wurden durch die Fürsorgemaßnahmen sehr stark belastet, trotzdem aus privaten Mitteln große Summen für notleidende Soldaten und ihre Familien und für die arme Bevölkerung flossen.

Durch den Krieg gerieten aber die Kriegsstaaten in noch viel größere Schulden, besonders die unterlegenen Zentralmächte. Sie suchten durch drückende Steuern aller Art und fortwährende Neuausgabe von Banknoten sich die nötigen Mittel zu beschaffen. Dadurch verschlechterte sich ihr Kredit, ihr Papiergeld verlor den früheren Kurswert immer mehr (tiefe Valuta), während der Kurswert des Schweizergeldes stieg (hohe Valuta). Das Ausland verlor seine frühere Kaufkraft und konnte fast keine Schweizerwaren mehr kaufen, weil sie zu teuer waren. Das verursachte eine große Arbeitslosigkeit in unsern Industrien. Bund, Kantone und Gemeinden mußten gewaltige Summen aufbringen, um die dadurch entstandene Not zu lindern.

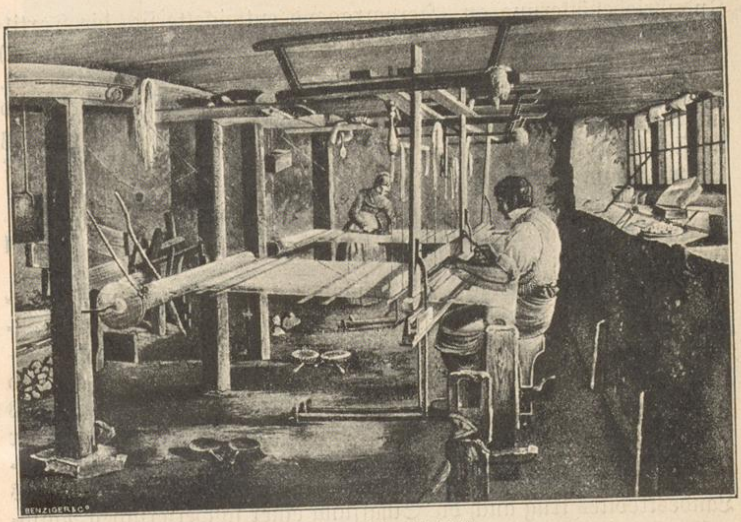
5. Der Völkerbund. (1920.) Als eine Folge des Weltkrieges ist auch der Völkerbund zu betrachten. Er wurde von den Siegerstaaten geschaffen und soll die gegenseitige Verständigung und gemeinsame Arbeit unter den Völkern fördern. Der Rat des Völkerbundes hat am 13. Februar 1920 in London die immerwährende Neutralität der Schweiz ausdrücklich anerkannt und erklärt, diese sei mit dem Völkerbund vereinbar. Hierauf trat die Schweiz, wie alle neutralen Staaten Europas, dem Völkerbunde ebenfalls bei, durch Bundesbeschluß vom 5. März und Volksabstimmung vom 16. Mai 1920. Sitz des Völkerbundes ist Genf.

65. Wirtschaftliches, soziales und geistiges Leben der Schweiz in der Neuzeit (Rückblick.)

1. Aufschwung des Verkehrs. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schenkte man der Hebung des Verkehrs volle Aufmerksamkeit durch den Bau kunstvoll angelegter Alpenstraßen, Napoleon I. hatte 1805 die Simplonstraße erstellt. Ihr folgte die Verbesserung des Splügens (1818/23) und der Julier- und Malojastraße (1820—1840). Gleichzeitig (1820—1830) erweiterte man die Gotthardstraße zu einer Verkehrsader ersten Ranges. Der jährliche Personenverkehr über den Gotthard betrug in den letzten Jahren vor der Eröffnung der Gotthardbahn (1882) mehr als 80,000, und noch bedeutender war der Warenverkehr. Als Fortsetzung der Gotthardstraße nach Norden schuf man die Axenstraße (1863/65). Seither entstanden noch viele sorgfältig ausgebaute Kunststraßen über die Alpen: Brünig (1862), Oberalp 1862/63), Furka (1864/66), Albula (1865,) Klausen (1893/99), Grimsel (1895), Großer St. Bernhard (1893/1905).

Noch mehr wurde der Verkehr durch den Bau von Eisenbahnen gefördert. Die erste Bahnstrecke entstand in England: Stockton-Darlington (1825); auf Schweizerboden war es die Linie Zürich-Baden 1847). Große Gesellschaften bauten die Schienenstränge, die heute unser Land durchqueren. Im Jahre 1856 waren es erst 340 km, heute sind es über 5000 km. Die größte Bedeutung erhielt die Gotthardbahn als Verbindungslinie zwischen Deutschland und Italien (1882 eröffnet, Gesamtkosten 227 Millionen Fr., die 56 Tunnels haben zusammen eine Länge von 40,7 km); ihr gesellte sich 1906 die Simplonlinie bei (mit dem längsten Tunnel 19,803 m), die 1913 durch die Lötschberglinie ergänzt wurde. — Durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen (1898) wurde Bern Sitz der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen. Um den internationalen Eisenbahnverkehr möglichst zu vereinheitlichen, schuf man 1890 hierfür in Bern ein besonderes Bureau. — Neben den großen Talbahnen entstanden zur Förderung des Fremdenverkehrs zahlreiche Bergbahnen.

Die Schweiz hat auch dem Ausbau des Postwesens große Aufmerksamkeit geschenkt. Im Jahre 1878 kam der Weltpostverein mit Sitz in Bern zustande, der das Postwesen im Auslandverkehr vereinheitlichte. Ihm gehören heute über 160 Staaten an. Schon vorher (1868) war eine ähnliche Übereinkunft für den internationalen Telegrammverkehr getroffen worden. — Auch der



Ostschweizerischer Webkeller.

Flugmaschine (Aeroplan) und dem lenkbaren Luftschiff, die während des Weltkrieges einen ungeahnten Aufschwung nahmen, dürften im Dienste des friedlichen Verkehrs noch große Aufgaben vorbehalten sein.

2. Entwicklung des Erwerbslebens. Bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts war in der Schweiz die Landwirtschaft die ganz überwiegende Beschäftigung der Bevölkerung. Aber sie bewegte sich in althergebrachten Formen, sodaß sie nur bescheidenen Anforderungen zu genügen vermochte. Doch seit der Restaurationszeit nahm sie einen kräftigen Aufschwung. Im Jahre 1815 errichtete man in Kiesen (bei Thun) die erste Talkäserei für Emmentalerkäse; ihr folgte 1822 das Kloster Muri. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts ging man in der Landwirtschaft zum intensiven Betrieb (d. h. zur starken Ausnützung des Bodens mit Hilfe von Kunstdüngermitteln) über. Insbesondere pflegte man Milchproduktion und Rindviehmast, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges (über 60% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion ausmachten. Ein ausgedehnter Handel mit landwictschaftlichen Erzeugnissen (Käse, kondensierte Milch, Zuchtvieh usw.) blühte auf.

Die neueste Zeit machte die Schweiz zu einem ausgeprägten Industrieland. Heute gehört die Hälfte der Einwohnerschaft der

Industriebevölkerung an. Hervorragend entwickelte sich die Textilindustrie (Herstellung von Baumwolle, Seide, Wolle und Stickereien) ebenso die Metallindustrie (Uhrmacherei und Maschinenfabrikation). Die Erzeugnisse unserer Industrien suchen ihre Käufer vorwiegend im Ausland, wie auch viele Rohmaterialien zu deren Herstellung nebst der Kohle von auswärts bezogen werden müssen, was die Schweiz vom Auslande abhängig macht.

Auch der Fremdenverkehr hatte sich in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege stark entwickelt und der Schweiz viel Geld gebracht.

In engster Beziehung mit Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie blühte der Handel auf. Die zentrale Lage der Schweiz zwischen vier Großmächten, die an einzelnen Produkten großen Überfluß, an andern dagegen Mangel haben, förderte ihren Handel und Verkehr mächtig. Dazu gesellte sich der sorgfältige Ausbau unseres Eisenbahnnetzes und die Schiffbarmachung des Rheines sowie der Abschluß günstiger Handelsverträge mit dem Auslande. Große Banken unterstützen die Handelsleute in ihrer Arbeit. Zur Hebung des Landeskredites trug auch die Schaffung einer schweizerischen Nationalbank (mit Banknotenmonopol) erheblich bei (1905).

3. Soziale Fürsorge. Die gewaltige Entwicklung von Gewerbe, Industrie und Verkehr schuf ein Heer von unselbständig Erwerbenden, von Lohnarbeitern und Angestellten. Die Groß-

Schweizerisches Landesmuseum in Zürich.

industrie untergrub das Kleingewerbe und brachte die Masse des Volkes in Abhängigkeit von reichen Fabrikanten oder Aktiengesellschaften, von großen Handels- und Verkehrsfirmen und staatlichen und Gemeindebetrieben. Die starke Verwendung der Maschinen in allen Betrieben erzeugte einen Überfluß an Arbeitskräften, infolgedessen sanken die Löhne, und durch Verwendung von Frauen und Kindern im Industriebetrieb wurden sie noch mehr gedrückt. Zudem wanderten aus dem Auslande viele billige Arbeitskräfte ein und halfen das Los der Arbeiterschaft noch verschlimmern (Im Jahre 1910 zählte die Schweiz mehr als 560,000 Ausländer, etwa 16% der Gesamtbevölkerung, die vorwiegend in Industrie und Handel tätig sind.) — Die Folgen dieser Erscheinungen waren Verarmung der Industriebevölkerung, mangelhafte Ernährung und schlechte Wohnungsverhältnisse und die weitere Folge eine weitverbreitete Unzufriedenheit.

P. Theodosius Florentini.

Solche Übelstände riefen der Abhilfe. Kantone und Bund erließen Gesetze gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft (über Arbeitsdauer, Frauen- und Kinder-, Sonntags- und Nachtarbeit, Haftpflicht bei Unfällen usw.). Das schweizerische Fabrikgesetz von 1877, revidiert 1914, regelt alle diese Fragen, und die schweizerische Kranken- und Unfallversicherung (1912) gewährt allen unselbständig Erwerbenden weitgehenden Schutz gegen die materiellen Nachteile bei Krankheit und Unfall. Sitz der Unfallversicherungsanstalt ist Luzern.

Auch viele Arbeitgeber haben sich bemüht, ihre Arbeiterschaft vor Verarmung zu schützen, und weiter taten sich auch die Arbeiter zu Gewerkschaften zusammen, um ihre Interessen dem Brotherrn gegenüber zu wahren. Aus den gleichen Verhältnissen heraus haben sich die Arbeiterparteien (Sozialdemokraten, Christlichsoziale) entwickelt, die die Arbeiterinteressen auch in der Öffentlichkeit (in den Ratsälen, in der Presse, bei Volksabstimmungen usw.) verfechten.

Der privaten Wohltätigkeit blieb trotz den verschiedenen staatlichen Maßnahmen noch ein großes Feld offen zur Bekämpfung menschlichen Elendes. Bei großen Landesunglücken wurden im ganzen Schweizerlande Liebesgaben gesammelt. Ebenso flossen Millionenbeiträge zur Unterstützung der durch den Weltkrieg in Not

M. P. von Deschwanden: Moses auf Nebo.

geratenen Personen des In- und Auslandes. (Vergleiche Nr. 64.)

Auch Wohltätigkeitsvereine und -anstalten aller Art arbeiten mit bewundernswertem Eifer an der Linderung menschlicher Not. Die schweiz. Winkelriedstiftung (gegründet 1860) stellte sich die Aufgabe, Witwen und Waisen schweizerischer Wehrmänner im Notfalle zu unterstützen. Das „Rote Kreuz" (Genfer Konvention) entstand auf Anregung von Henri Dunand in Genf (1864). Ihm liegt die Aufgabe ob, das Los der im Kriege Verwundeten zu verbessern. Fast alle Staaten haben sich ihm angeschlossen. Diese Institution hat sich besonders im Weltkrieg vorzüglich bewährt und stellte an Ärzte, Krankenschwestern und Wärter die größten Anforderungen.

4. Kirchlich-religiöses Leben. Die katholische Kirche hatte durch die Klosteraufhebungen und den Kulturkampf großen Schaden erlitten. Aber das vermochte sie nicht niederzudrücken. Es entstanden neue religiöse Unternehmungen. Der Bündner Kapuziner P. Theodosius Florentini gründete 1844 die Kongregation der „Schwestern vom hl. Kreuz" (Mutterhäuser in Menzingen und Ingenbohl). Sie widmen sich dem Jugendunterricht und der Armen- und Krankenpflege und haben ihre Kongregation über viele Länder Europas und Amerikas ausgebreitet. — Zur Hebung des katholischen Lebens wurde 1857 der Piusverein gegründet, jetzt heißt er „Schweizerischer katholischer Volksverein". Sein wichtigstes Werk ist die inländische Mission. Sie hat die Aufgabe, den in den protestantischen Kantonen zerstreut wohnenden Katholiken zur Seelsorge zu verhelfen. — Auf Anregung des Papstes nahm sich die Schweiz während des Weltkrieges besonders auch der invaliden und kranken Kriegsgefangenen an. Seit 1915 weilte ein besonderer päpstlicher Bevollmächtigter in Bern, um diese gemeinsamen Liebeswerke zu fördern. Im September 1920 wurde die ständige Vertretung des Papstes (Nuntiatur) bei der Eidgenossenschaft, die zur Zeit des Kulturkampfes aufgehoben worden war, wieder hergestellt (Sitz in Bern).

Die Altkatholiken vereinigten sich zur christkatholischen Kirche der Schweiz (1875). — Die Reformierten trennten sich in Strenggläubige (Positive oder Orthodoxe) und Freisinnige (Reformer). Beide Richtungen spalteten sich wieder in viele Sekten und riefen verschiedene Vereine und Gesellschaften zur Verfolgung ihrer Ziele ins Leben.

5. Bildungswesen. Das Primarschulwesen war durch die Bundesverfassung von 1874 obligatorisch erklärt worden. Alle Kantone bauten es noch aus durch Errichtung von Sekundar-, Bezirks-

A. Böcklin: Die Toteninsel.
(Mit Genehmigung der Photographischen Union in München.)

oder Fortbildungsschulen. Neue Lehrerseminarien, Gymnasien, Real- und Handelsschulen wurden ins Leben gerufen, ferner eigentliche Berufs- und Fachschulen für verschiedene Erwerbszweige (landwirtschaftliche und Handwerkerschulen, Techniken, usw.) Auch für die weibliche Jugend bestehen zahlreiche Institute und Töchterschulen zur allgemeinen und beruflichen Ausbildung. — Das Hochschulwesen findet in der Schweiz eifrige Pflege. Zu der Universität Basel (1459) gesellten sich weitere in Zürich (1833), Bern (1834), Genf (1874), Freiburg (1889), Lausanne (1890) und Neuenburg (1894). Sie werden von den betreffenden Kantonen unterhalten. Für technische Berufe wurde 1855 die Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich gegründet. St. Gallen rief eine Handelshochschule ins Leben.

6. Wissenschaft und Kunst. Mit dem 19. Jahrhundert nahm die Wisseschaft fast auf allen Gebieten einen mächtigen Aufschwung,

auch in der Schweiz. Geschichtsforscher wie Eutych Kopp und A. Ph. von Segesser in Luzern, Georg von Wyß und J. K. Bluntschli in Zürich, J. J. Blumer in Glarus und verschiedene geschichtsforschende Gesellschaften lüfteten immer mehr die Schleier der Vergangenheit unseres Landes. Das schweizerische Landesmuseum in Zürich (eröffnet 1898) zeigt uns in anschaulicher Weise den Werdegang unserer schweizerischen Kultur. — Hervorragende Männer befaßten sich auch mit der Darstellung unserer schweizerischen Mundart, andere mit der Erforschung der Natur, wieder andere (General Dufour und Oberst Siegfried) mit der Schaffung trefflicher Kartenwerke der Schweiz.

Als Dichter und Schriftsteller begegnen uns unter vielen andern Jeremias Gotthelf (eigentlich Albert Bitzius, Pfarrer in Lützelflüh), Gottfried Keller und Konrad Ferdinand Meyer in Zürich, P. Gall Morell in Einsiedeln, Arnold Ott in Luzern.

Zu den bekanntesten Vertretern der Kunst gehören die berühmten Maler Arnold Böcklin und E. Stückelberg (Basel), F. Ciseri (Tessin), P. Deschwanden (Stans), Vautier (Waadt), Anker (Bern), A. Welti (Zürich), Segantini (Engadin), Hodler (Genf). — Schöpfer hervorragender Denkmäler in der Schweiz sind der Däne Thorwaldsen (Löwendenkmal in Luzern), O. Schlöth in Basel (St. Jakobsdenkmal in Basel und Winkelrieddenkmal in Stans), R. Dorer in Baden (Nationaldenkmal Genf), Kißling in Zürich (Telldenkmal Altdorf).

Auf dem Gebiete der Musik und des Gesanges sind zahlreiche Vereine tätig, die im eidgenössischen Sängerverein sich zusammenfinden und unter der Führung hervorragender Komponisten (Ign. Heim, J. R. Weber, K. Attenhofer, Fr. Hegar, Gust. Arnold, Hans Huber usw.) Großes leisteten.

Bei historischen Gedenkfeiern stellten sich Kunst und Wissenschaft in den Dienst des Vaterlandes. Solche Anlässe fanden u. a. statt 1886 in Sempach (500jähriges Jubiläum), 1891 in Schwyz (Bundesfeier), 1915 Morgartenfeier, 1917 Bruderklausenfeier in Sachseln usw. Sie waren geeignet, die Erinnerung an die Großtaten unserer Ahnen wachzurufen und vor allem auch dessen zu gedenken, der uns ein schönes, freies Vaterland mit einer ruhmreichen Geschichte geschenkt und es in den Tagen der Not beschützt hat. Darum sei auch in alle Zukunft unser Wahlspruch:

Für Gott und Vaterland.

Wichtige Ereignisse der Schweizer Geschichte.

(Chronologische Reihenfolge)

bis 1291 I. Von der keltischen Zeit bis zur Gründung der Eidgenossenschaft.

bis 406 n. Chr. 1. Keltisch-römische Zeit.

107 v. Chr.	Sieg der Helvetier über die Römer bei Aginum (an der Garonne).
58 v. Chr.	Die Helvetier wandern nach Gallien aus, werden bei Bibrakte geschlagen und kommen unter römische Herrschaft.
57—15 v. Chr.	Unterwerfung der Walliser, Rätier und Leponter (im Tessin) unter die Herrschaft der Römer.
nach Chr. ca. 100—250	Blüte der römischen Kultur in Helvetien.
ca. 100—400	Erste Ausbreitung des Christentums. Bildung bischöflicher Sprengel.
ca. 260	Die Alemannen zerstören Aventicum.
zwischen 285 u. 296	Martertod der thebäischen Legion in Agaunum.

406—814 2. Von der Völkerwanderung bis auf Karl den Großen.

von 450 an	Die Alemannen und Burgunder besiedeln das Gebiet der heutigen Schweiz.
496	Der Frankenkönig Chlodwig besiegt die Alemannen. Beginn der Herrschaft der Merovinger.
515	Gründung des ersten Klosters in der Schweiz (St. Maurice).
534—536	Sieg der Franken über Burgund und Rätien.
600—750	Zweite Ausbreitung des Christentums. Kolumban, Gallus und Sigisbert als Glaubensboten. Gründung der Klöster St. Gallen, Disentis usw.
751	Pipin der Kleine gründet die Dynastie der Karolinger.
768—814	Karl der Große. Aufschwung des kirchlichen Lebens, Hebung des Schulwesens und der Landwirtschaft.

814—1218 3. Von Karl d. Gr. bis zum letzten Zähringer.

843	Teilung des Frankenreiches zu Verdun.
850—1050	Blütezeit des Klosters St. Gallen.
853	Uri kommt an das Fraumünster in Zürich.
917—954	Einfälle der Ungarn und der Sarazenen.
1033—1038	Das ganze Gebiet der heutigen Schweiz kommt an das deutsche Reich.
1097	Berthold II. v. Zähringen wird Reichsvogt von Zürich.
12. u. 13. Jahrh.	Die Kreuzzüge. Entstehung der Ritterorden.
12. Jahrh.	Gründung der Zisterzienserklöster in der Schweiz.
1173	Aussterben der Lenzburger.
um 1177	Gründung der Stadt Freiburg i. Ue. durch Bertold IV. v. Zähringen.
1191	Bertold V. v. Zähringen gründet Bern.
1218	Aussterben der Zähringer. Bern, Solothurn und Zürich werden reichsfrei. Entfaltung des Hauses Habsburg.
13. Jahrh.	Gründung des Franziskaner- und Dominikanerordens.

1218—1291 4. Das Werden des Schweizerbundes.

1231	Uri erhält die Reichsfreiheit.
1239—1244	Erste Erhebung der Waldstätte gegen Habsburg. Erstes Bündnis der Urkantone mit Luzern.
1240	Schwyz erhält einen Freibrief.
1245—1250	Zweite Erhebung der Schwyzer und Unterwaldner.
1273	Graf Rudolf III. von Habsburg wird deutscher König, erwirbt die Hoheitsrechte über die Waldstätte und gründet die Hausmacht Oesterreich-Habsburg.
1291	Luzern kommt an Habsburg. Tod des Königs Rudolf.

1291—1519 II. Von der Gründung der Eidgenossenschaft bis zur Reformation.

1291—1316 1. Die Gründungszeit der Eidgenossenschaft.

1291	Ewiger Bund der drei Länder Uri, Schwyz und Unterwalden.
1297	Adolf v. Nassau erneuert die Freibriefe der Urner und Schwyzer.

1298—1308 König Albrecht I.
1309 König Heinrich VII. bestätigt die Reichsfreiheit von Uri und Schwyz und schenkt sie auch Unterwalden.
1315 Schlacht am Morgarten. Erneuerung des ewigen Bundes in Brunnen.
1316 König Ludwig von Bayern bestätigt die Freibriefe der Eidgenossen.

1332—1470 2. Vom Bund der acht alten Orte bis zum Burgunderkrieg.

1332—1370 a. Bildung der achtörtigen Eidgenossenschaft.

1332 Luzern tritt der Eidgenossenschaft bei (Vierwaldstätterbund).
1336 Verfassungsänderung in Zürich.
1339 Schlacht bei Laupen.
1350—1355 Kämpfe Zürichs mit Oesterreich.
1351 Zürichs Eintritt in den Bund der Eidgenossen.
1352 Glarus und Zug werden eidgenössisch.
1353 Bern tritt der Eidgenossenschaft bei (Bund der acht alten Orte).
1355 Regensburger Friede. Zug und Glarus müssen die österreichische Herrschaft wieder anerkennen.
1365 Zug wird wieder eidgenössisch.
1367 Gründung des Gotteshausbundes in Rätien.
1368 Thorberger Friede: Waffenstillstand zwischen den Eidgenossen und Österreich.
1370 Pfaffenbrief.

1375—1422 b. Ausdehnung der eidgenössischen Macht.

1375 Einfall der Gugler.
1382 Kyburgerkrieg.
1386 Schlacht bei Sempach. Glarus schließt sich wieder dem Schweizerbunde an.
1388 Schlacht bei Näfels.
1389 Friede mit Oesterreich.
1393 Sempacherbrief.
1395 Stiftung des Grauen Bundes in Rätien.
1401—1429 Appenzeller Freiheitskriege.
1403 Gefecht bei Vögelisegg. — Eroberung des Livinentales durch Uri und Obwalden.

1405 Schlacht am Stoß.
1406 Neuenburg wird zugewandter Ort der Eidgenossenschaft.
1411 Appenzell wird ins Burg- und Landrecht der Eidgenossen aufgenommen.
1412 50jähriger Friede mit Österreich.
1415 Eroberung des Aargaus.
1414—1420 Freiheitskämpfe im Wallis.
1417 Oberwallis wird zugewandter Ort der Eidgenossenschaft.
1419 Schlacht bei St. Ulrichen (Goms). — Bellenz kommt an Uri und Obwalden.
1422 Schlacht bei Arbedo.

1436—1474 c. Vom alten Zürichkrieg bis zum Burgunderkrieg.

1436 Aussterben der Grafen von Toggenburg. Gründung des Zehngerichtenbundes in Rätien.
1436—1438 Streit zwischen Zürich und Schwyz um das toggenburgische Erbe.
1439—1440 Niederlage der Zürcher am Etzel, Abtretung der Höfe an Schwyz.
1440 Uri erobert das 1422 verlorene Livinental wieder.
1442 Zürichs Bündnis mit Österreich.
1443 Gefechte bei Freienbach und am Hirzel. Schlacht bei St. Jakob a. d. Sihl.
1444 Mord bei Greifensee. Schlacht bei St. Jakob a. d. Birs. Friede zu Ensisheim.
1446 Gefecht bei Ragaz.
1450 Friede zu Einsiedeln. Ende des alten Zürichkrieges.
1451 Burg- und Landrecht der Eidgenossen mit der Abtei St. Gallen.
1454 Bündnis der Eidgenossen mit den Städten St. Gallen und Schaffhausen.
1458 Plappartkrieg. Einnahme von Rapperswil.
1459 Gründung der ersten Universität (Basel) in der Schweiz.
1460 Eroberung des Thurgaus. — Appenzell erwirbt das Rheintal.
1466 Bündnis der Stadt Mülhausen mit Bern und Solothurn.
1468 Waldshuterkrieg.

1474—1525 3. Bildung der dreizehnörtigen Eidgenossenschaft.

1474—1499 a. Der Burgunder- und Schwabenkrieg.

1474 Die Ewige Richtung. Bündnis mit der Niedern Vereinigung. Ausbruch des Burgunderkrieges. Eroberung von Héricourt.
1475 Eroberung der Waadt.
1476 Schlachten bei Grandson und Murten.
1477 Schlacht bei Nancy.
1478 Die Freigrafschaft Burgund kommt an Österreich. — Schlacht bei Giornico.
1481 Tagsatzung zu Stans. Freiburg und Solothurn werden eidgenössisch. Stanserverkommnis.
1487 Tod von Bruder Klaus.
1489 Hinrichtung des Bürgermeisters Hans Waldmann in Zürich. Waldmannische Spruchbriefe.
1497—1498 Bündnisse mit dem Grauen und Gotteshausbund.
1499 Schwabenkrieg: Kämpfe bei Triesen, im Bruderholz, bei Schwaderloh, Frastenz, an der Calven und bei Dornach. Friede zu Basel. Trennung der Schweiz vom deutschen Reiche.
1501 Basel und Schaffhausen werden eidgenössisch.

1499—1525 b. Die Kämpfe um die Lombardei.

1499 Bündnis mit König Ludwig XII. von Frankreich. Der König erobert mit Hilfe schweiz. Söldner Mailand.
1500 Lodovico Sforza bringt mit Hilfe der Eidgenossen sein Herzogtum wieder an sich. Verrat bei Novara. Frankreich behauptet Mailand.
1503 Bellenz kommt an die Urkantone.
1510 Bündnis der Eidgenossen mit Papst Julius II.
1512 Pavierzug. Mailand kommt an die Sforza. Die Eidgenossen erhalten den südlichen Tessin, Bünden das Veltlin.
1513 Schlacht bei Novara. — Appenzell wird eidgenössischer Ort. (Dreizehnörtige Eidgenossenschaft.)
1515 Schlacht bei Marignano.
1516 Friede mit Frankreich.
1521 Ewiges Bündnis mit Frankreich.
1522 Schlacht bei Bicocca.
1525 Schlacht bei Pavia.

1519—1798 III. Von der Reformation bis zur Helvetik.

1519—1648. 1. Das Zeitalter der Reformation und Gegenreformation.

1519—1564. a. Die Reformation.

1519 Zwinglis Auftreten in Zürich.
1519—1529 Heftige Kämpfe zwischen Genf und Savoyen.
1523 Zürcher Disputation.
1523—1525 Durchführung der Reformation in Zürich. Wiedertäufer.
1523—1528 Ausbreitung der Reformation in der Ost- und Nordschweiz. Bauernaufstände.
1526 Religionsgespräch in Baden. — Burgrecht der Genfer mit Bern und Freiburg.
1527—1529 Christliches Burgrecht der reformierten Städte.
1528 Berner Disputation.
1528—1529 Durchführung der Reformation in Bern, Basel und Schaffhausen.
1528—1530 Farel verbreitet die neue Lehre in der Westschweiz.
1529 Bündnis („Christliche Vereinigung") der V. Orte mit Österreich. — Erster Kappelerkrieg, erster Landfriede.
1531 Zweiter Kappelerkrieg. Schlacht bei Kappel. Überfall am Gubel. Zweiter Landfriede. Kappelerbrief.
1533 Religiöse Kämpfe in Solothurn.
1536 Bern befreit die Genfer aus der Herrschaft der Savoyer, erobert die Waadt und drängt ihr die neue Lehre auf. — Helvetische Konfession. — Calvins erste Wirksamkeit in Genf.
1541—1564 Calvins Herrschaft über das „protestantische Rom".
1555 Aufteilung der Grafschaft Greyerz zwischen Bern und Freiburg. Gewaltsame Durchführung der Reformation im bernischen Gebietsteile. — Zweite Helvetische Konfession.

1545—1604. b. Die Zeit der Gegenreformation.

1545—1563 Konzil zu Trient.
1555 Ausweisung der Reformierten von Locarno.

1570 Karl Borromäus in der Schweiz.
1577 Gründung des ersten schweizerischen Jesuitenkollegiums in Luzern.
1581 Errichtung des ersten schweizerischen Kapuzinerklosters in Altdorf.
1582 Ausbruch des Kalenderstreites.
1586 Goldener Bund. Errichtung einer ständigen Nuntiatur in Luzern.
1597 Trennung von Appenzell.
1602 Eskalade in Genf.
1604 Sieg der Gegenreformation im Wallis.

1602—1648 **c. Bündner Wirren und Dreißigjähriger Krieg.**

1602 Ausbruch der religiös-politischen Streitigkeiten in Graubünden.
1618 Beginn des Dreißigjährigen Krieges in Deutschland. — Strafgericht in Thusis.
1620 Veltlinermord.
1622 Keulenkrieg.
1637 Vertreibung der Franzosen aus Graubünden.
1639 Das Veltlin kommt wieder an Graubünden.
1647 Das Defensionale.
1648 Westfäl. Friede: Die Unabhängigkeit der Schweiz vom deutschen Reiche wird urkundlich anerkannt.

17. u. 18. Jahrhundert **2. Vorherrschaft der Aristokratie.**

1653 **a. Der Bauernkrieg.**

Volksversammlungen im Entlebuch, in Sumiswald und Huttwil. Kämpfe bei Wohlenswil, Gisikon und Herzogenbuchsee. Kriegsgericht in Zofingen.

1656—1718 **b. Religiöse Streitigkeiten.**

1656 Erster Villmergerkrieg. Schlacht bei Villmergen. Friede zu Baden.
1707 Erhebung der Toggenburger gegen den Abt von St. Gallen.
1712 Zweiter Villmergerkrieg. Schlacht bei Villmergen. Friede von Aarau. Vorherrschaft der Reformierten in den gemeinen Vogteien.
1718 Ausgleich zwischen dem Abt und dem Toggenburg.

1722—1784 **c. Empörungen und Parteikämpfe.**

1722 Aufstand der Werdenberger gegen Glarus.
1723 Major Davel versucht die Befreiung der Waadt. Sein Tod fürs Vaterland.
1729—1735 Kampf der Zurlauben und Schumacher in Zug.
1742—1770 Parteikämpfe zwischen den Patriziern in Luzern.
1749 Henzi-Handel in Bern.
1755 Aufstand der Livinentaler.
1763—1771 Streitigkeiten in Schwyz.
1781 Erhebung des Freiburger Landvolkes gegen die Stadt.
1784 Der Suter-Handel in Appenzell.

1790—1798 **3. Untergang der alten Eidgenossenschaft.**

1790—1791 Unruhen im Unterwallis, in der Waadt und im Pruntrut.
1792 Heldentod der Schweizergarde in Paris. — Raurakische Republik.
1794—1795 Der Stäfner-Handel.
1797 Verlust des Veltlins an die Cisalpinische Republik. — Die Franzosen besetzen das Bistum Basel.
1798 Einmarsch der Franzosen in die Waadt. — Lemanische Republik. Letzte Tagsatzung der alten Eidgenossenschaft. — Kämpfe bei Neuenegg und im Grauholz. Fall des alten Bern.

von 1798 an. **IV. Von der Helvetik bis zur Gegenwart.**

1798—1813 **1. Die Schweiz als Untertanenland Frankreichs.**

1798—1802 **a. Die Zeit der Helvetik.**

1798 Einführung der helvetischen Einheitsverfassung. Alle Macht liegt in den Händen des Direktoriums. Die 19 Kantone sind bloße Verwaltungsbezirke. — Erhebung der Schwyzer gegen die Helvetik. — Nidwaldens Schreckenstage.
1799 Die Schweiz als Kampfplatz fremder Heere: Kämpfe um Zürich und im Gebirge. Suworoffs Übergang über die Alpen.
1799—1802 Parteikämpfe zwischen Föderalisten und Unitariern.
1802 Stecklikrieg. Untergang der Helvetik.

1803—1813 **b. Die Zeit der Mediation.**

1803 Einführung der Mediations-Akte. St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt werden neue selbständige Kantone.
1804 Bockenkrieg in Zürich.
1812 Napoleons Zug nach Rußland.
1813 Völkerschlacht bei Leipzig. — Aufhebung der Vermittlungsurkunde. — Durchzug der Alliierten durch die Schweiz.

1814—1848 2. Die Entwicklung des Staatenbundes zum Bundesstaat.

1814—1830 **a. Die Zeit der Restauration.**

1814 Auflösung des Bistums Konstanz.
1814—1815 Wiener Kongreß.
1815 Wallis, Neuenburg und Genf werden eidgenössisch. — Anerkennung der immerwährenden Neutralität der Schweiz. — Bundesvertrag der XXII Kantone.
1817 Genf wird dem Bistum Lausanne unterstellt.
1823 Errichtung des Doppelbistums Chur-St. Gallen. Das erste schweizerische Dampfschiff auf dem Genfersee.
1828 Neuordnung des Bistums Basel.

1830—1848 **b. Parteikämpfe zwischen Konservativen und Liberalen.**

1830—1831 Verfassungsänderungen in 12 liberalen Kantonen.
1831—1832 Unruhen in Neuenburg, Basel und Schwyz.
1832 Siebnerkonkordat und Sarnerbund.
1833 Verwerfung der Revision des Bundesvertrages. Bleibende Trennung des Kantons Basel.
1834 Badener Artikel. — Unruhen im Berner Jura und Freiamt.
1836 Das Doppelbistum Chur-St. Gallen wird in zwei Diözesen getrennt.
1839 Züriputsch.
1840—1844 Parteikämpfe im Wallis.
1841 Klosteraufhebung im Aargau. — Demokratisch-religiöse Bewegung im Kanton Luzern.
1844 Jesuitenberufung nach Luzern. Erster Freischarenzug. — Gründung des Kreuzschwesternordens.
1845 Zweiter Freischarenzug. Gründung des Sonderbundes.

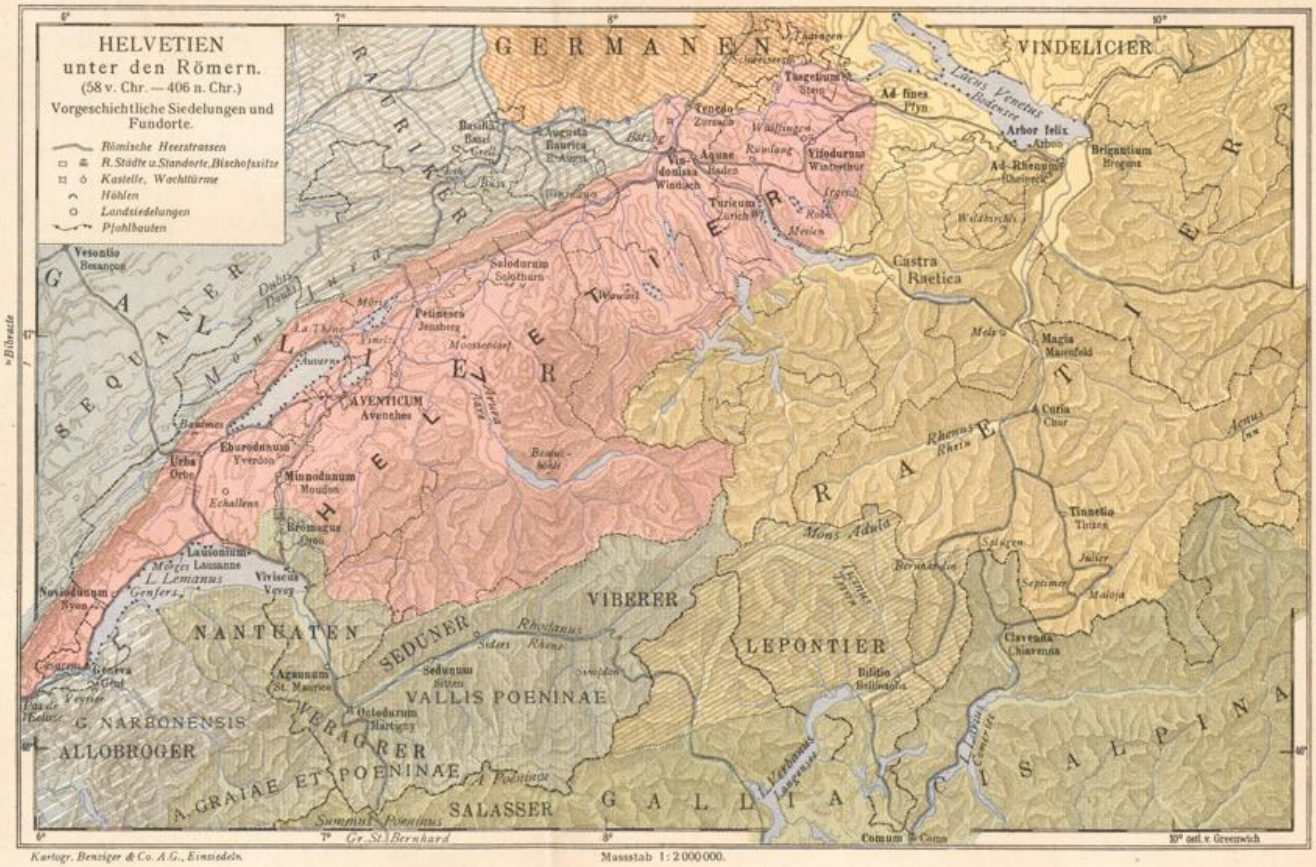
1847 Auflösung des Sonderbundes durch die Tagsatzung. Sonderbundskrieg. — Eröffnung der ersten Eisenbahn der Schweiz (Zürich-Baden).

seit 1848 3. Die Schweiz als Bundesstaat.

1848 Annahme der neuen Bundesverfassung: Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat. — Sturz der Royalisten in Neuenburg.
1849—1853 Vereinheitlichung der Post, des Geld- und Zollwesens.
1855 Gründung der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich.
1856—1857 Der Neuenburger-Handel.
1860 Der Savoyer-Handel.
seit 1860 Erweiterung der Volksrechte in den Kantonen.
1864 Gründung des Roten Kreuzes.
1870—1871 Grenzbesetzung im deutsch-französischen Kriege.
1870—1875 Kulturkampf. Bildung altkatholischer Gemeinden.
1874 Totalrevision der Bundesverfassung.
1882 Ablehnung des „Schulvogtes". — Eröffnung der Gotthardbahn.
1890 Tessinerputsch.
1891 Einführung der eidgenössischen Verfassungsinitiative.
1898 Verstaatlichung der Eisenbahnen.
1907 Zentralisation des Militärwesens.
1912 Schaffung der eidg. Kranken- und Unfallversicherung. — Das schweiz. Zivilgesetzbuch tritt in Kraft.
1914—1918 Grenzbesetzung während des Weltkrieges. Spannung zwischen der deutschen und welschen Schweiz. Zahlreiche Spionagefälle, Grenzverletzungen durch fremde Flieger und Schmuggelaffären. Großartige Liebeswerke für fremde Kriegsgefangene, Internierte und Evakuierte. Starke Einschränkung der Zufuhr von außen und Abhängigkeit vom Auslande. Große Teuerung. Rationierung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel. Gewaltige Schuldenlast in Bund und Kantonen.
1918 Einführung der Verhältniswahl für den Nationalrat. — Revolutionäre Unruhen der Sozialisten.
1920 Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. — Wiederaufrichtung der päpstlichen Nuntiatur mit Sitz in Bern.

Helvetien unter den Römern.
(58 *v. Ch.*—406 *n. Chr.*)

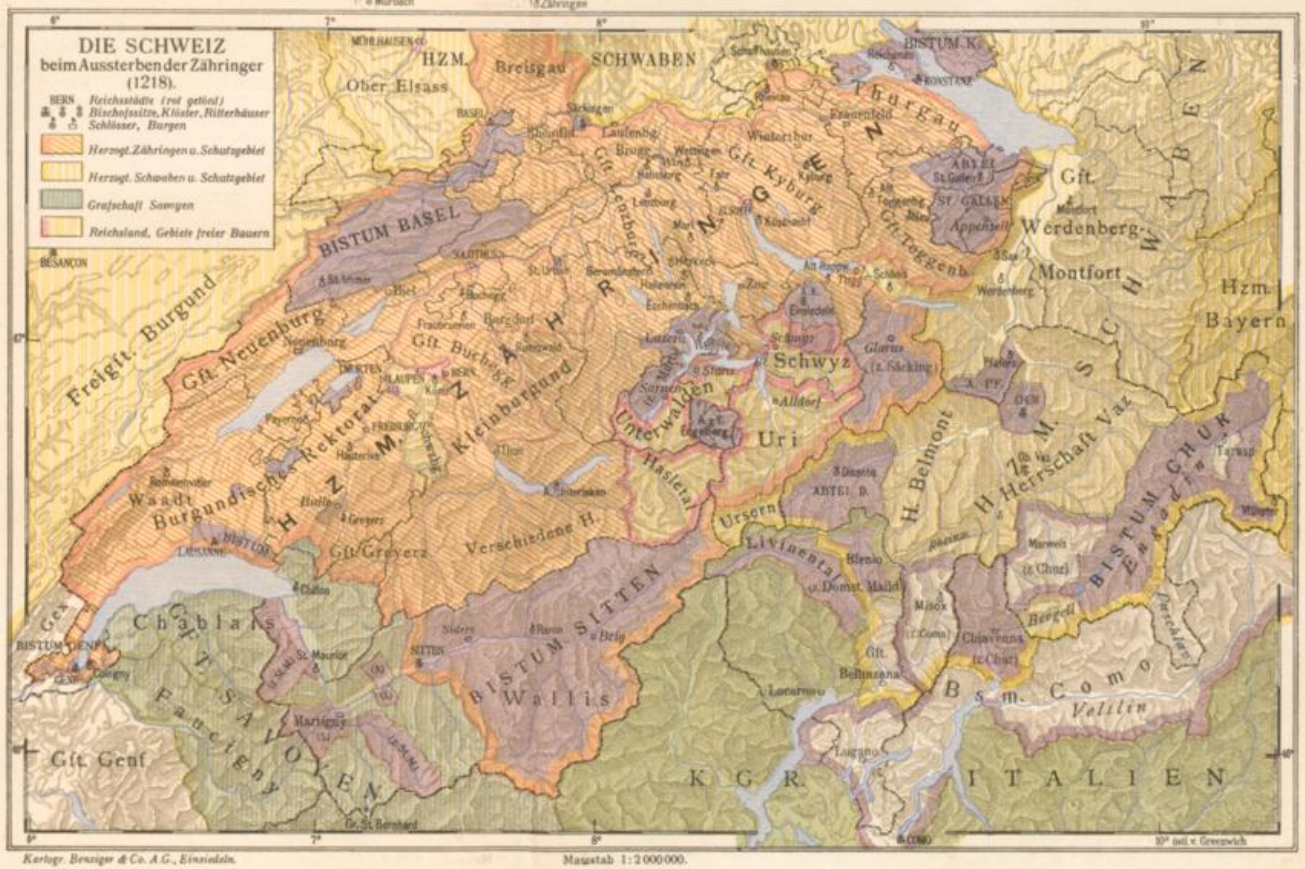
Karte I zeigt uns die heutige Schweiz und angrenzende Gebiete zur Zeit der Römerherrschaft. Die Mitte des Landes bewohnten die *Helvetier*, den Nordwesten die *Rauriker*, südwestlich folgten die *Sequaner*. Im Süden des Lacus Lemanus (Genfer Sees) lag das Gebiet der *Allobroger*, wo die Cäsarsmauer bei Genf und der Pas de l'Écluse noch an den zweiten Zug der Helvetier nach Gallien und ihre Niederlage bei Bibrakte erinnern. Das Wallis (Vallis poeninae) hatten die *Nantuaten*, *Veragrer*, *Seduner* und *Viberer* (oder Uberer) inne. — Das Gebiet der *Rätier* reichte westlich bis an den Abfall der Alpen ins Mittelland und bis ans untere Ende des Bodensees, wo jetzt noch Pfyn im Thurgau (Ad fines - Grenzort) an die Grenze zwischen Helvetien und Rätien erinnert. Es umschloss auch Vindelizien, nordöstlich der Schweiz, war also viel ausgedehnter als das heutige rätoromanische Sprachgebiet im Bündnerland, das seinen Ursprung auf die Rätier zurückführt. — Im Tessin und in den südlichen Tälern Bündens wohnten die *Lepontier*, ein Zweig der Ligurer am Mittelmeer.


HELVETIEN
unter den Römern.
(58 v. Chr. — 406 n. Chr.)
Vorgeschichtliche Siedelungen und Fundorte.
Römische Heerstrassen
R. Städte u. Standorte, Bischofssitze
Kastelle, Wachtürme
Höhlen
Landsiedelungen
Pfahlbauten
GERMANEN
VINDELICIER
RAURIKER
SEQUANER
HELVETIER
NANTUATEN
SEDUNER
VIBERER
VALLIS POENINAE
VERAGRER
LEPONTIER
ALLOBROGER
G. NARBONENSIS
A. GRAIAE ET POENINAE
SALASSER
GALLIA CISALPINA
RAETIER
Castra Raetica
Vesontio Besançon
Salodurum Solothurn
Petinesca Jensberg
AVENTICUM Avenches
Eburodunum Yverdon
Minnodunum Moudon
Bromagus Oron
Lausonium Lausanne
Vivisci Vevey
Noviodunum Nyon
Genf
Agaunum St. Maurice
Sedunum Sitten
Octodurum Martigny
Tarnaiae Tarnaia
Tinnetio Tinzen
Curia Chur
Magia Maienfeld
Clavenna Chiavenna
Bilitio Bellinzona
Comum Como
Gr. St. Bernhard
Summus Poeninus
Mons Adula
Rhenus Rhein
Rhodanus Rhone
Lacus Venetus Bodensee
Lacus Lemanus Genfersee
Pas de l'Écluse
Bibracte
Ad fines Pfyn
Arbor felix Arbon
Brigantium Bregenz
Ad Rhenum Rheineck
Tiguriner Zurich
Turicum Zurich
Vindonissa Windisch
Aquae Baden
Vitodurum Winterthur
Tasgetium Stein
Basilia Basel
Augusta Raurica Augst
Tenedo Zurzach
Wallingen
Kaiserstuhl
Wildkirchli
Meilen
Mörsburg
Mörsburg
Mörsburg

Die Schweiz beim Aussterben der Zähringer (1218).

Nach dem Zerfall des karolingischen Reiches kam der Nordosten der Schweiz an das Herzogtum *Alemannien*, der Südwesten an das Königreich *Burgund*. Letzteres ging 1016 an den Deutschen Kaiser über. Im Jahre 1033 gelangte auch das Herzogtum *Schwaben* (Alemannien) an Deutschland, und damit war die ganze heutige Schweiz *unter deutscher Herrschaft*.

Im Jahre 1097 erwarb Herzog *Bertold II. von Zähringen* die Hoheitsrechte über den Zürichgau. Anno 1127 erhielten seine Nachfolger das Rektorat (kaiserliches Statthalteramt) von Burgund (vom Jura im Westen der Waadt bis an die Grenze Luzerns), erbten Kleinburgund (den Oberaargau) und brachten im Laufe der Jahre die heutigen Gebiete von Bern und Freiburg und die Grafschaften Thurgau, Aargau und Uri an sich. Später belehnten sie die Grafen von Buchegg (südlich von Solothurn), die dann von Habsburg und Kyburg beerbt wurden, mit Kleinburgund und angrenzenden Gebieten. — *Bertold IV.* erhielt die Bistümer Genf, Lausanne und Sitten als kaiserliche Lehen. Er und sein Sohn *Bertold V.* gründeten und befestigten viele Städte, darunter Freiburg und Bern.



Die vornehmsten *Vasallen* der Zähringer waren die Grafen von *Lenzburg*, *Kyburg* und *Habsburg*. Die Lenzburger, zugleich Grafen des Aargaus, geboten dazu über Baden, Unterwalden und das Gaster. Sie waren auch Schirmvögte von Beromünster, Schänis und Säckingen, sowie des Fraumünsters und der Stadt Zürich. — Erbgüter der Kyburger waren die Grafschaften Thurgau und Zürichgau. Beim Aussterben der Lenzburger (1172) erbten sie das Gaster, Zug, Sempach und die Grafschaft Baden. Anno 1231 teilten sich die Kyburger in die Linien Kyburg-Zürich und Kyburg-Burgdorf. — Die Habsburger erbten die Besitzungen der Lenzburger im Aargau, sowie deren Rechte auf Schwyz, Unterwalden und das heutige Gebiet von Luzern, ferner zum Teil den Zürichgau, und erwarben die Verwaltung über das Kloster Murbach und seine zahlreichen Besitzungen.

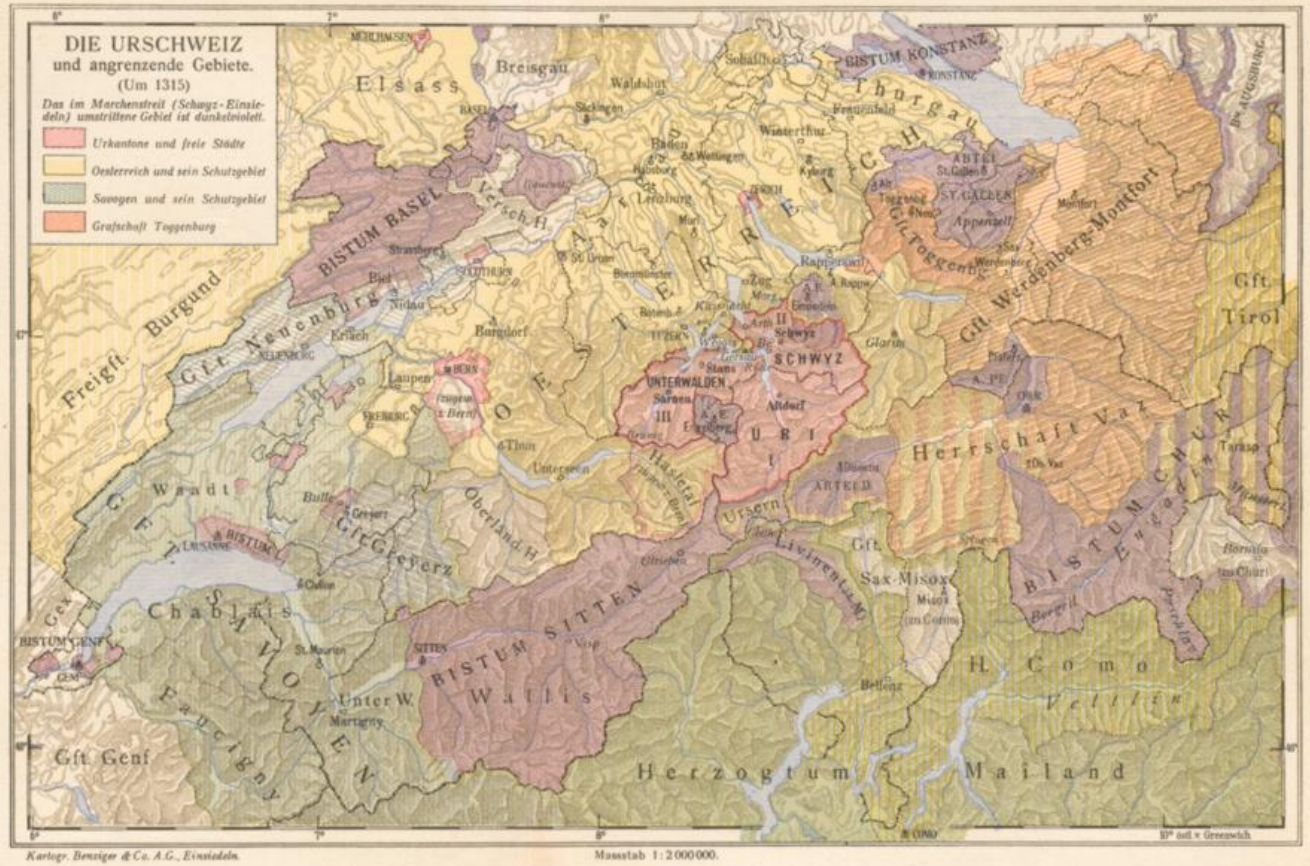
Beim *Aussterben der Zähringer* (1218) wurden mehrere Grafschaften unabhängig (reichsfrei), darunter Kyburg, Neuenburg, Greyerz und Buchegg, desgleichen mehrere Städte, z. B. Zürich, Bern und Solothurn.

Uri bildete eine kaiserliche Reichsvogtei, die aber 1218 an Habsburg verpfändet wurde. Das *Urserntal* war ebenfalls freie Reichsvogtei, kam jedoch an die Grafen von Rapperswil und 1282 an Habsburg. — Die freien Gemeinden des Tales von *Schwyz* erkannten die Lenzburger, später die Habsburger als Reichsvögte an. Der Norden gehörte bis an den Etzel dem Kloster Einsiedeln. — *Unterwalden* hatte zwar reichsfreie Bauern, war aber zum größten Teil im Besitz der Klöster Luzern-Murbach, Beromünster, Muri und Engelberg. Die Habsburger übten die Hoheitsrechte über das ganze Land aus und besassen Güter zu Stans, Sarnen, Buochs und andernorts. — Das benachbarte Hasletal dagegen war bereits Reichsgebiet. — *Luzern* gehörte zum Kloster Murbach im Elsass, *Weggis* zu Pfäfers. *Glarus* war eine Besitzung des Klosters Säckingen, *Appenzell* eine solche der Abtei St. Gallen.

Im Südwesten der Schweiz gewann *Savoyen* anno 1208 einen größern Teil der Waadt, im Laufe des 13. Jahrhunderts wurden weitere Gebiete angegliedert (vgl. Karte III). — Im Nordwesten breitete sich das Bistum *Basel* aus. — Der Osten und zum Teil auch der Norden gehörten zum *Herzogtum Schwaben*, das seine Hoheitsrechte über die aufstrebende Grafschaft *Werdenberg-Montfort*, die Herrschaften *Vaz* und *Belmont* im Bündnerland, und über die geistlichen Gebiete des *Bistums Chur* und die *Abteien Disentis* und *Pfäfers* geltend machte, desgleichen über den heutigen Gebietsbereich von Schaffhausen. — *Tessin* und *Misox* waren Bestandteile des damaligen Königreichs Italien.

Die Urschweiz und angrenzende Gebiete.
(Um 1315)

Im Jahre 1231 wurde Uri, wegen der Wichtigkeit des Gotthardpasses als Heer- und Handelsweg nach Italien, von König Heinrich reichsfrei erklärt und damit der Gewalt der Grafen von Habsburg entzogen. Das gleiche Ziel erreichte Schwyz 1240, indem Kaiser Friedrich II. dem Tal einen Freibrief verlieh, der aber von Habsburg-Österreich nicht anerkannt wurde. Unterwalden, das zunächst keinerlei Selbständigkeit gewann (erster Freibrief 1309), suchte sich im Bunde mit Uri und Schwyz des Druckes der Habsburger zu erwehren. 1291, beim Tode Kaiser Rudolfs von Habsburg, beschworen die 3 Länder den Ewigen Bund, womit sie zueinander in eine dauernde staatliche Gemeinschaft traten.



1. Die **drei Waldstätte** besassen jedoch zur Zeit der Gründung der Eidnossenschaft noch nicht den Umfang von heute. **Uri** war seit 1309 mit *Ursern* wohl verbündet, nahm es aber erst 1410 ins Landrecht auf. — **Schwyz** bestand nur aus dem heutigen *Bezirk* Schwyz; Küssnacht, Gersau, die Höfe, March und Einsiedeln kamen erst später hinzu. — **Unterwalden** fehlte noch die Abtei Engelberg (zugewandter Ort der Waldstätte und Luzerns).

2. *Bern* hatte sich bereits einen Kreis von zugewandten Orten (den Adel der Umgebung mit seinen Herrschaftsgebieten) gesichert, ebenso standen Solothurn, Biel und das Hasletal im Bunde mit der Stadt. Desgleichen gehen die ersten Beziehungen zu den Waldstätten auf diese Zeit zurück.

3. *Österreich und seine Schutzstaaten* (Habsburg-Österreich, Habsburg-Laufenburg, Habsburg-Rapperswil, Habsburg-Kyburg) umfassten das Gebiet von Luzern, Zug, den Aargau, Thurgau, Schaffhausen, Glarus, den grössten Teil von Schwyz und Zürich, Teile von Bern (den Oberaargau, das Emmental sowie das Gebiet am Thuner- und Brienzersee und südlich davon), Freiburg und Graubünden.

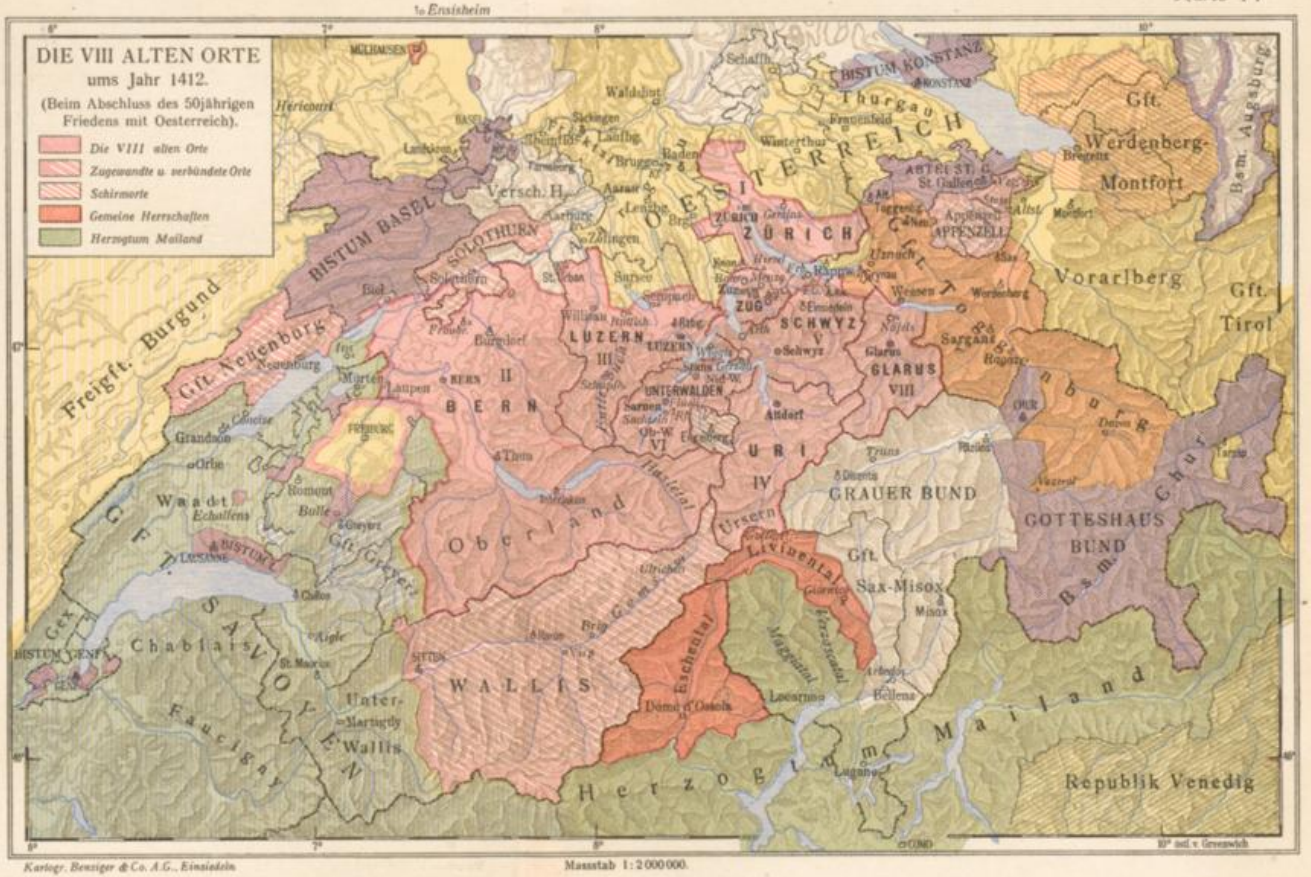
4. *Die Grafschaft Savoyen* erstreckte sich *mit ihrem Protektoratsgebiete* über die Waadt, Teile von Freiburg, Bern, das Unterwallis und Genf, ferner über die Grafschaft Greyerz, einen Teil des Berner Oberlandes und der Grafschaft Neuenburg.

5. In der Nordwestschweiz dehnte sich das *Bistum Basel* aus, den Osten bildeten die *Abtei St. Gallen*, die *Grafschaften Toggenburg* und *Werdenberg-Montfort*. Graubünden zerfiel in eine Menge kleiner Herrschaften, die zum Teil unter österreichischem Einfluß standen, so das *Bistum Chur* und die *Abtei Disentis*. Vom Süden der Schweiz gingen die Täler des Tessin im *Herzogtum Mailand* und das Wallis im *Bistum Sitten* auf.

Diese Karte zeigt uns besonders deutlich, wie die werdende Eidgenossenschaft von Feinden ringsum eingeschlossen war. Sie musste deshalb unter grössten Anstrengungen, gepaart mit klugem Vorgehen, ihre Unabhängigkeit zu wahren und ihr Gebiet zu sichern und zu erweitern suchen.

Die VIII alten Orte ums Jahr 1412.
(Beim Abschluss des 50jährigen Friedens mit Österreich.)

1. Die **Eidgenossenschaft** erhielt um die Mitte des 14. Jahrhunderts Zuwachs durch den Eintritt von **Luzern** (1332), **Zürich** (1351), **Glarus** und **Zug** (1352) und **Bern** (1353) als *selbständige* Orte. Jedoch besassen auch die meisten der neuen Orte noch nicht den Umfang von heute. *Luzern* fehlte noch der Nordosten seines jetzigen Gebietes, *Zürich* der Norden und das Knonaueramt, *Bern* aber hatte inzwischen sein Gebiet stark vergrössert durch Erwerbung des ganzen Oberlandes (einzig Saanen verblieb zunächst noch bei der Grafschaft Greyerz), sowie des Emmentals und zum Teil des Seelandes.—*Schwyz* war in den Besitz von Einsiedeln und Küssnacht gelangt, *Uri* gliederte sich das Urserntal an, (Vgl. Karte III).



Kartogr. Benziger & Co. A.G., Einsiedeln — Massstab 1:2000000.

2. **Zugewandte, verbündete und Schirmorte** der Eidgenossenschaft od. einzelner Orte waren: *Solothurn* seit 1295 mit Bern, später auch mit den übrigen Orten verbündet, *Biel* seit 1297 mit Bern, seit 1343 mit Freiburg und Solothurn, die *Grafschaft Neuenburg* seit 1406 mit Bern, Freiburg, Solothurn und Luzern, das *Oberwallis* seit 1416 mit den IV Waldstätten; *Appenzell*, seit 1411 im Landrecht der VII Orte (ohne Bern), wurde 1452 zugewandter Ort, Gersau seit 1332 und die Abtei Engelberg seit 1425 waren Schirmorte der IV Waldstätte.

3. **Gemeine Vogteien** gab es erst zwei: das *Livinental* (von 1403—1422, und dann wieder von 1440 an) als Untertanenland Uris, und das *Eschental* (1410—1425) als Untertanenland von VI Orten.

4. *Österreichisches Gebiet* waren der Aargau, der Thurgau, das St. Galler Rheintal, Rapperswil, Schaffhausen und Freiburg.

5. Die *Grafschaft Savoyen* reichte noch immer weit in die Westschweiz hinein, auch die *Grafschaf Greyerz* besass eine ansehnliche Macht.

6. Die *Grafschaft Toggenburg* zeigte ihre grösste Ausdehnung; *Werdenberg* trat nur mehr als Vasall der Toggenburger auf.

7. Von den geistlichen Gebieten hatte das *Bistum Basel* an Ausdehnung eingebüsst, desgleichen die *Abtei St. Gallen* durch den Verlust von *Appenzell*. Das Bistum Chur ging im *Gotteshausbunde* auf. Im Bündner Oberland hatte sich der *Obere* oder *Graue Bund* gebildet, der später dem Lande den Namen gab und an den sich südlich die mitverbündete *Grafschaft Sax* (*Misox*) anlehnte.

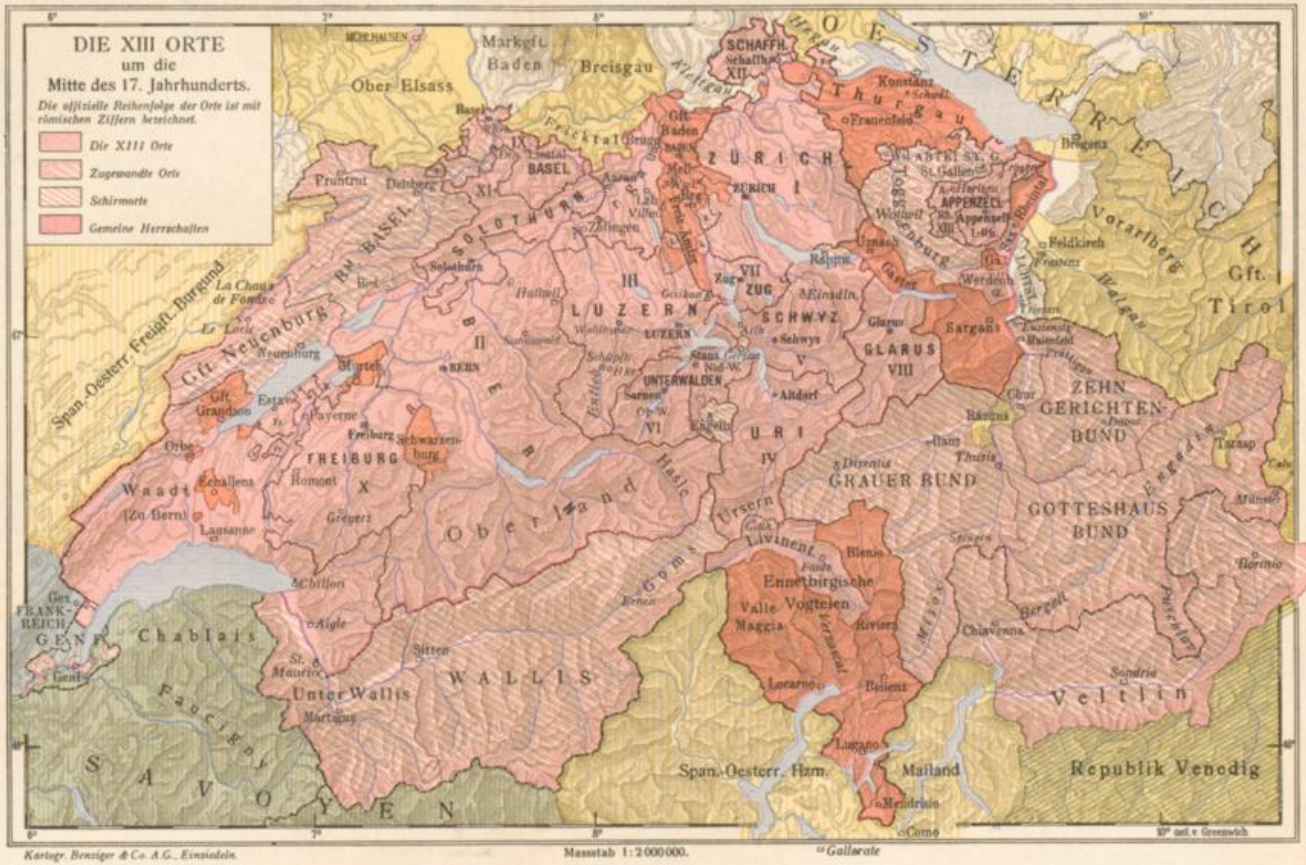
8. Die *Freigrafschaft Burgund*, im Westen des Bistums Basel und der Grafschaft Neuenburg, bildete wie früher einen Teil des Deutschen Reiches.

9. In das *Herzogtum Mailand*, das zu Anfang des 15. Jahrhunderts noch bis an die Höhen des Gotthard reichte, schoben sich die bereits genannten gemeinen Vogteien Livinental und Eschental vor, doch konnte das Eschental auf die Dauer nicht gehalten werden.

Die XIII Orte um die Mitte des 17. Jahrhunderts.

1. Von 1353—1481 wurde *kein neuer Ort* als *vollberechtigt* in die *Eidgenossenschaft* aufgenommen. Nach dem Burgunder- und Schwabenkriege aber erfolgte neuer Zuwachs an selbständigen Gliedern: **Freiburg** und **Solothurn** (1481), **Basel** und **Schaffhausen** (1501) und **Appenzell** (1513).

Mehrere Orte hatten indes seit 1412 erheblichen Gebietszuwachs erhalten: *Zürich* im Norden, Osten und Westen, *Bern* durch die Eroberung des Aargau, der Waadt und durch die Aufteilung des Greyerzerlandes, *Luzern* durch Ausdehnung nach Norden, *Uri* durch den Alleinbesitz des Livinentales, *Schwyz* durch die Erweiterung seines Gebietes bis an den Zürichsee, *Glarus* durch Besitznahme des Werdenberg, *Freiburg* bei der Teilung der Grafschaft Greyerz und durch Eroberungen am Neuenburgersee, *Solothurn* durch Ausdehnung seines Gebietes nach Nordosten und Nordwesten, *Basel* durch Eingliederung der verschiedenen kleinen Herrschaftsgebiete zwischen dem Bistum Basel und dem österreichischen Aargau; *Schaffhausen* hatte sich ein bedeutendes Umgelände gesichert.



In den Städteorten wurden die umliegenden Landschaften (Ämter) als blosse Untertanengebiete behandelt; auch einzelne Länderorte hielten gewisse Gebietsteile in strenger Abhängigkeit. Doch sind in unserer Karte solche Gebiete minderen Rechtes innerhalb desselben Ortes nicht weiter unterschieden.

2. **Gemeine Vogteien:** Die *Grafschaft Baden* (erworben 1415) stand unter den VIII Orten, seit 1712 unter Zürich und Bern allein. — Die *Freien Ämter* (1415) standen unter den VI Orten (ohne Uri und Bern; Uri beteiligte sich erst 1532). Seit 1712 stand das *untere* Freiamt unter Zürich, Bern und Glarus, das *obere* unter den VIII Orten. — Der *Thurgau* (1460) bis 1712 unter den VII Orten (ohne Bern), nachher auch unter den VIII Orten. — Das *untere Rheintal* (1460) bis 1490 bei Appenzell, bis 1712 unter Appenzell und den VII Orten, nachher auch unter Bern. — *Uznach* und *Gaster* (1437 und 1438) unter Schwyz und Glarus. — *Rapperswil* von 1458 bis 1531 Schirmort der Waldstätte und Glarus, seit 1532 mehr in Untertanensiellung, wurde 1712 Vogtei von Zürich, Bern und Glarus. — Die *tessinischen Vogteien* (Locarno, Lugano, Maggia und Mendrisio, 1512) standen unter den XII Orten (ohne Appenzell). — *Bellenz, Riviera* und *Blenio* (1503) unter Uri, Schwyz und Nidwalden. — Die Vogteien im Westen der Schweiz, *Murten, Grandson, Orbe, Echallens* und *Schwarzenburg* (1476) unter Bern und Freiburg.

3. **Zugewandte und schutzverwandte Orte und ihre Vogteien:** Die Städte *Biel* (1297 und 1490) und *Mülhausen* (1466) verbündet mit den reformierten Orten. — Die *Grafschaft Neuenburg* (1406) mit Bern, Freiburg, Solothurn und Luzern (Neuenburg war seit 1707 zugleich preussisches Fürstentum). — Das *Oberwallis* und das *Bistum Sitten* (1416) mit den IV Waldstätten (seit 1476 war das *Unterwallis* Vogtei des Oberwallis). — Der *Graue Bund* (1497) und der *Gotteshausbund* (1498) mit den VIII Orten, der *Zehngerichtenbund* seit 1602 mit Zürich, Bern und Glarus (gemeinsames Untertanenland der drei Bünde war das *Veltlin*, seit 1512). — Vom *Bistum Basel* war der Süden, das *Münstertal* und *St. Immer-Tal*, zugewandter Ort von Bern, der übrige Teil verbündet mit den katholischen Orten (seit 1579); (das Bistum erlitt Einbusse an Gebiet durch Abtretungen an Solothurn und Basel). — Die *Abtei St. Gallen* (1451) zugewandter Ort von Zürich, Luzern, Schwyz und Glarus (die Abtei verlor 1411 das Appenzell, erwarb aber 1468 das *Toggenburg* als Untertanenland.) — Die *Stadt St. Gallen* (1454) zugewandter Ort der VI Orte (ohne Uri und Unterwalden). — *Genf* (seit der Reformation) zugewandter Ort von Zürich und Bern. — *Engelberg* und *Gersau* blieben Schirmorte.

4. *Österreichs* Besitz war auf das *Fricktal*, *Tarasp* und *Räzüns* beschränkt.

Bistümer und Konfessionen der Schweiz im 17. Jahrhundert.

A. Die **Bistumseinteilung** der Schweiz blieb auch **nach** der **Reformation** im allgemeinen dieselbe wie **vorher.** Allerdings hatten sich die reformierten Gebiete gewaltsam aus den Bistumsverbänden losgelöst. Doch erfolgte eine durchgreifende Neuordnung, die auch die neuern staatlichen Verhältnisse berücksichtigte, erst im 19. Jahrhundert (vgl. Karte VIII). Alle Bistümer, mit Ausnahme desjenigen von Lausanne, ragten mit ihren Gebieten über die Grenzen der Schweiz hinaus.

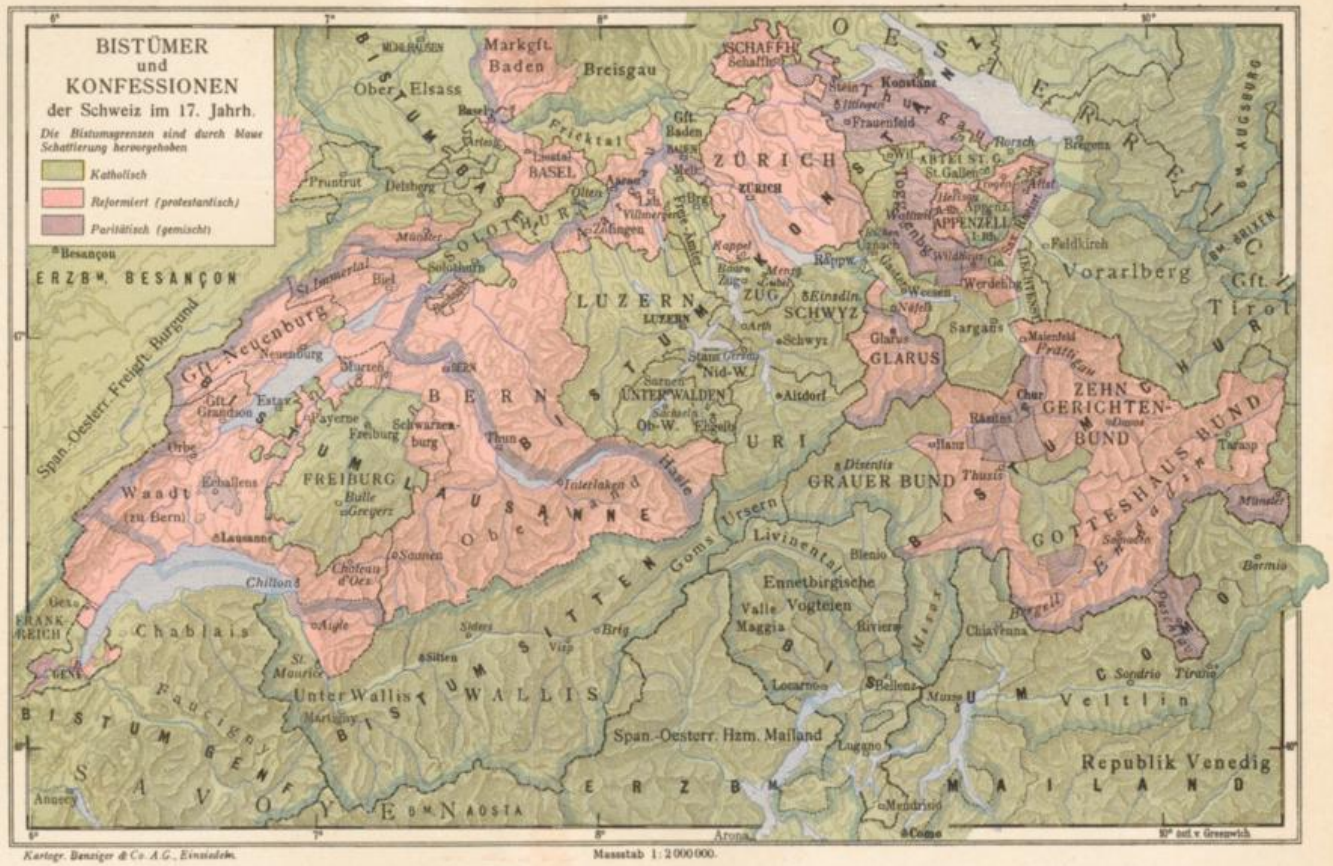
Die Diözese **Chur** umfasste ausser Graubünden auch Liechtenstein und Teile von Vorarlberg und Tirol, das st.-gallische Oberrheintal, Werdenberg, Sargans und Gaster, den Norden von Glarus und das Urserntal. Dagegen gehörte das Puschlav zum Bistum Como. — Das Bistum **Konstanz** reichte im Westen und Süden bis an die Aare, nahm also die ganze Zentral- und Nordschweiz ein; ausserdem umfasste es einen Teil der heutigen badischen, württembergischen und bayrischen Lande und von Vorarlberg. — Chur und Konstanz unterstanden dem Erzbistum *Mainz.*—Das Bistum **Basel** grenzte im Süden an die Diözese Lausanne, im Osten an die Aare, im Norden an den Rhein, im Westen reichte es in das Ober-Elsass hinein. — Das Bistum **Lausanne** hatte im Süden die Berner Alpen, den Genfer See und die Aubonne zur Grenze, im Westen den Jura, im Norden die Aare. — Basel und Lausanne standen unter dem Erzbistum *Besançon.* — Das Bistum **Sitten** umschloss das Wallis, sowie einen kleinen Teil der Waadt und stand seit Kardinal Schiners Zeiten (1513) direkt unter dem Papste. — Zum Bistum **Genf** gehörten der südwestliche Teil der Waadt, das Gebiet des heutigen Kantons Genf, das Chablais, die Landschaften Faucigny und Gex. Es stand unter dem Erzbistum *Vienne* in der Dauphine. — Das heutige Tessin gehörte teils zum Erzbistum *Mailand,* teils zum Bistum *Como,* das auch das Puschlav und das Veltlin umschloss.

Im Anfang des 16. Jahrhunderts (**vor** Beginn der Reformation) zählte die Schweiz **205 Männerklöster** und **88 Frauenklöster. Während der Reformation** wurden 144 Männerklöster und 38 Frauenklöster **aufgehoben.** Dagegen entstanden zur Zeit der Gegenreformation und später wieder neue Klöster.

B. Karte VI zeigt uns auch die **Verteilung der Konfessionen** im 17. Jahrhundert. Die *Katholiken* nahmen die Mitte des Landes ein und stellten damit von Süden nach Norden eine konfessionelle Brücke zwischen dem katholischen Herzogtum Spanien-Mailand und Savoyen einerseits und dem ebenfalls katholischen Österreich anderseits dar. Freiburg und Solothurn und das Bistum Basel bildeten im Westen katholische Inseln, ebenso im Osten die gemeinen Herrschaften von Rapperswil bis an den Rhein, Appenzell Inner-Rhoden und das Fürstenland, sowie vereinzelte kleinere Gebiete im Gotteshausbund.

Die *Reformierten* waren durch die katholische Innerschweiz und die gemeinen Vogteien Baden und Freiamt in zwei Hälften getrennt. — *Bern* und *Zürich* besassen aber damals mehr als $^{1}/_{3}$ des Gebietes der selbständigen XIII Orte. Darum strebten sie stets danach, auch das Übergewicht in den gemeinen Herrschaften, besonders in der Grafschaft *Baden* und in den *Freien Ämtern* zu erhalten, was ihnen durch den Frieden von Aarau (1712, nach dem *zweiten Villmergerkriege*) auch gelang.

Die Kämpfe während der *Bündner Wirren* werden uns ebenfalls verständlicher wenn wir sehen, wie die katholischen Länder *Spanien-Mailand* und *Österreich* durch das reformierte Bünden von einander getrennt waren und deshalb danach strebten, dieses Bergland mit seinen wichtigen Alpenpässen in ihre Gewalt zu bekommen, um dadurch den Angriffen *Venedigs* und *Frankreichs* auf das Herzogtum Mailand besser begegnen zu können. (Vgl. Karte V).



Die Schweiz zur Zeit der Helvetik und Mediation (1798—1815).

A. Die **„Eine und Unteilbare Helvetische Republik"** (1798-1803) hob alle Standes- und Landesunterschiede auf. Die *Kantone* waren blosse Verwaltungsbezirke (Präfekturen) mit vielfach willkürlicher Abgrenzung. Wiederholte Verfassungsrevisionen brachten verschiedene Änderungen in der Einteilung und Benennung der Kantone.

Die Neuordnung brachte auch ganz bedeutende Gebietsverluste. *Nicht mehr zum schweizerischen Staatsgebiet* gehörten das bündnerische Untertanenland *Veltlin* (nun Glied der Cisalpinischen Republik), die zugewandten Orte *Neuenburg, Genf, Biel* und das *Bistum Basel* (nun Glieder der Französischen Republik). Seit 1802 war auch das *Wallis* als Rhodanische Republik Frankreich zugeteilt. Die *Französische Republik* grenzte nun von Basel bis zum Langensee an die Helvetische Republik, die (wie die Cisalpinische Republik) ihr Vasallenstaat war.

Die *Einfälle* der *Franzosen* in die *West-* und *Zentralschweiz*, ihr Verheerungszug ins Wallis im Sommer 1799 (wobei im Bezirk Brig allein 827 Gebäude eingeäschert wurden) und der *Zug Suworoffs* sind in der Karte eingezeichnet, nicht aber die zahlreichen Kriegszüge fremder Heere in der innern und östlichen Schweiz.

B. Die **Mediationsakte** (1803) machte dem Einheitsstaat ein Ende. Aber das *äussere Bild* der Schweiz blieb sich ziemlich gleich. *Neu* kam nur das *Fricktal* zur Schweiz (Aargau), als Ersatz für das Wallis. — Auch während der Mediation zählte die Schweiz *19 Kantone*, deren Grenzen mit den heutigen meistens zusammenfallen. Einige Verschiebungen gegenüber der helvetischen Einteilung seien erwähnt. *Freiburg* erhielt Murten und Estavayer. Avenches und Payerne kamen zur *Waadt*. *Bern* erhielt den helvetischen Kanton Oberland, trat aber bei Zofingen ein kleines Stück an den *Aargau* ab. Zu *Zürich* kamen das Kloster Rheinau (bisher Schirmort) und Dietikon (vorher zur Grafschaft Baden gehörig). *Luzern* wurde der Kreis Hitzkirch zugewiesen, bisher dem Freiamt zugeteilt. *Schwyz* gewann die Höfe und die March zurück, die dem Kanton Linth einverleibt waren. *Nidwalden* erhielt Zuwachs durch die Abtei Engelberg (bis 1815). Die zürcherische Enklave Stein a. Rhein. ging an *Schaffhausen* über. *Appenzell*, das im helvetischen Kanton Säntis aufgegangen war, nahm seinen frühern Namen und Umfang wieder an.

Sechs neue Kantone wurden als gleichberechtigte Bundesglieder aufgenommen. **St. Gallen** setzte sich zusammen aus den zugewandten Orten Abtei und Stadt St. Gallen und aus den Untertanenländern Rheintal, Sax, Gams, Werdenberg, Sargans, Gaster, Uznach und Rapperswil. **Graubünden** fehlten auch jetzt noch Tarasp (österreichische Enklave) und die Herrschaft Räzüns. Der **Aargau** bildete sich aus den helvetischen Kantonen Aargau und Baden und aus dem österreichischen Fricktal; auch das Kloster Fahr an der Limmat wurde ihm zugesprochen. Der helvetische Kanton **Thurgau** blieb unverändert. Im **Tessin** vereinigten sich die beiden helvetischen Kantone Bellinzona und Lugano. Die **Waadt** umfasste den helvetischen Kanton Léman und die Bezirke Avenches und Payerne.

Neuenburg, Biel, Genf, das *Bistum Basel*, das *Veltlin* und das *Wallis* (nun Département du Simplon) verblieben Glieder des Kaiserreiches Frankreich oder seiner Vasallenstaaten.

Die Schweiz seit 1815.— Bistumseinteilung der Gegenwart.

A. Durch den Wiener Kongress wurde am 20. März 1815 und durch den zweiten Pariser Frieden am 20. Nov. 1815 die *Neutralität der Schweiz* von den europäischen Mächten anerkannt und die neue schweizerische Verfassung — **Bundesvertrag von 1815** — genehmigt. Die Zahl der *Kantone* stieg auf 22, indem **Wallis, Neuenburg** und **Genf** sich der Schweiz anschlossen. Genf erhielt bei diesem Anlasse eine Aufrundung seines Gebietes durch Zuteilung von savoyischen und französischen Gemeinden und wirtschaftliche Erleichterungen durch Errichtung von Freizonen um seine Grenzen. Neuenburg nahm nun als Schweizerkanton und preussisches Fürstentum eine Doppelstellung ein, die ihm in der Folge schwere Konflikte brachte. — Der grösste Teil des *Bistums Basel* und die Stadt *Biel* kamen an *Bern*, das dadurch wieder zweisprachiger Kanton wurde. Die nördliche Ecke des Bistums Basel (Bezirk Arlesheim) erhielt der Kanton *Basel*. Von den übrigen Kantonen erlitt einzig Nidwalden noch eine Gebietsverschiebung, indem die Abtei *Engelberg* wieder zu *Obwalden* kam. —

Die angrenzenden Gebiete haben seit 1815 ihre Staatszugehörigkeit mehrmals gewechselt.

B. Karte VIII zeigt uns auch die **gegenwärtige Bistumseinteilung** der Schweiz (Vergleiche dazu Karte VI). Die katholische Schweiz ist heute in 5 Bistümer eingeteilt, die (mit einer einzigen Ausnahme — Liechtenstein) nirgends über die Landesgrenzen hinausreichen und **exemt** sind, d. h. unter keinem Erzbischof, sondern direkt unter dem Papste stehen. Die seit 1873 unterbrochenen offiziellen Beziehungen der Schweiz zum Heiligen Stuhle wurden 1920 durch Wiedererrichtung der päpstlichen Nuntiatur wieder aufgenommen.

Übersicht über die einzelnen Bistümer und wichtigste Daten:

1. *Bistum Basel und Lugano.* — Das *Bistum Basel* (reorganisiert seit 1828, Bischofssitz in Solothurn) umfasst die Kantone Basel, Aargau, Solothurn, Luzern, Zug, Bern, Schaffhausen und Thurgau mit ca. 550,000 Katholiken (Andersgläubige ca. 1,1 Mill.), die sich auf 415 Pfarreien mit etwa 730 Geistlichen verteilen. — Zum *Bistum Lugano* (1888 errichtet) gehört einzig der Kanton Tessin mit ca. 140,000 Katholiken (Andersgläubige ca. 12,000); 245 Pfarreien mit 370 Priestern. Die kirchliche Verwaltung ist vom Bistum Basel unabhängig. Der Bischof, mit dem Titel Apostolischer Administrator, wird direkt vom Papste ernannt.

2. Das *Bistum Chur* erhielt 1836 den jetzigen Umfang und umfasst die Kantone Graubünden, Glarus, Schwyz, Unterwalden, Uri und Zürich (letztere drei als Administrationsgebiete) und das Fürstentum Liechtenstein; ca. 300,000 Katholiken (Andersgläubige 520,000) in 220 Pfarreien mit 670 Priestern.

3. Zum *Bistum Sitten* gehören das Wallis und der Bezirk Aigle (Waadt); ca. 122,000 Katholiken (Andersgläubige ca. 26,000) in 135 Pfarreien mit 330 Priestern.

4. Das *Bistum Lausanne-Genf* (seit 1817 vereinigt, Sitz in Freiburg) umschliesst die Kantone Freiburg, Genf, Neuenburg und Waadt (ohne Aigle) mit ca. 260,000 Katholiken (Andersgläubige ca. 480,000) in 200 Pfarreien mit 375 Priestern.

5. Zum *Bistum St. Gallen* (errichtet 1836) gehört der Kanton St. Gallen und als Administrationsgebiet der Kt. Appenzell; ca. 200,000 Katholiken (Andersgläubige ca. 165.000 in 120 Pfarreien mit 320 Priestern.

Insgesamt zählt die **katholische Schweiz** ungefähr 1,572,000 Seelen in 1335 Pfarreien mit 2795 Priestern (wovon ca. 700 Ordensgeistliche). Die Zahl der *Männerklöster* beträgt heute noch 33, die der *Frauenklöster* und *Mutterhäuser* von *Kongregationen* 57. Zur Zeit der Französischen Revolution wurden 48 Klöster aufgehoben, aber wiederhergestellt, mit Ausnahme der Abtei St. Gallen; in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts erfolgte die Aufhebung von mehr als 50 Klöstern.